

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

Aus dem Inhalt

Thomas Schlemmer und Hans Woller
Der italienische Faschismus und die Juden
1922 bis 1945

Peter Langer
Paul Reusch und die Gleichschaltung
der „Münchener Neuesten Nachrichten“ 1933

Barbara Lambauer
Der deutsche Botschafter Otto Abetz
und die Judenverfolgung in Frankreich (1940–1942)

Matthias Schulz
Integration durch eine europäische Atomstreitmacht?
Nuklearambitionen und die deutsche Europa-Initiative
vom Herbst 1964

Helmut Vogt
Der Tag der Souveränität am 5. Mai 1955

**Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg**

■ Wie antisemitisch war der Faschismus?

Thomas Schlemmer und Hans Woller

**Der italienische Faschismus und die Juden
1922 bis 1945** **164** Aufsätze

■ Widersetzte sich der Ruhrmagnat?

Peter Langer

**Paul Reusch und die Gleichschaltung der
„Münchener Neuesten Nachrichten“ 1933** **203**

■ Forcierte Abetz die Judenverfolgung?

Barbara Lambauer

Opportunistischer Antisemitismus **241**
Der deutsche Botschafter Otto Abetz und die Judenver-
folgung in Frankreich (1940–1942)

■ Worauf wollte Bundeskanzler Erhard hinaus?

Matthias Schulz

**Integration durch eine europäische
Atomstreitmacht?** **275**
Nuklearambitionen und die deutsche Europa-Initiative
vom Herbst 1964

■ Warum ging ein nationaler Gedenktag unter?

Helmut Vogt

„Wir stehen als Freie unter Freien“ **315**
Der Tag der Souveränität am 5. Mai 1955

Debatten um den Hitler-Stalin-Pakt:

Eine Moskauer Konferenz und ihr Umfeld **331** Notiz**343** Rezensionen
online**347** Abstracts**351** Autoren

■ **Können Antisemitismus und Rassismus tatsächlich als die entscheidenden Faktoren angesehen werden, die einen kategorischen Unterschied zwischen Nationalsozialismus und Faschismus begründen? Bevor eine Antwort auf diese Frage gegeben werden kann, muß genau bestimmt werden, welchen Stellenwert insbesondere der Antisemitismus im italienischen Faschismus hatte. Thomas Schlemmer und Hans Woller entkräften zunächst die Behauptung, in Italien habe es keinen Antisemitismus gegeben. Sie beleuchten dann die Vorgeschichte der italienischen Rassengesetze von 1938 und veranschaulichen schließlich die bitteren Konsequenzen, die sich daraus für die Juden in Italien ergaben, ehe sie sich dem düsteren Kapitel der mörderischen Judenverfolgung zuwenden, die 1943 mit der deutschen Besetzung begann.** ■■■

Thomas Schlemmer und Hans Woller

Der italienische Faschismus und die Juden 1922 bis 1945

1. Interpretationen zwischen Wissenschaft und Politik

Im Millenniumsjahr 2000 legte die altherwürdige „Enciclopedia Italiana“ über das Erbe des 20. Jahrhunderts Rechenschaft ab. Zu dieser mitunter sperrigen Hinterlassenschaft zählte die Redaktion auch den Faschismus, über den ein Beitrag des in Rom lehrenden Historikers Francesco Perfetti informiert. Wer hier nach Antworten auf die Frage nach dem Stellenwert von Rassismus und Antisemitismus für Ideologie und Herrschaftspraxis des Faschismus sucht, muß sich mit wenigen Sätzen begnügen. Der antisemitische Kurswechsel des Jahres 1938, so Perfetti, sei mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Folge der Annäherung Italiens an das Deutsche Reich gewesen und nicht Ausdruck eigener ideologischer Prägungen. Die große Mehrheit der Italiener habe die Diskriminierung der Juden weder gewollt noch verstanden, ja die antisemitische Politik der Regierung habe die Ängste vor einem Bündnis mit Deutschland geschürt, das so fremd und andersartig gewesen sei, und letztlich zur Verschärfung der inneren Krise beigetragen, mit der sich das Regime nach dem siegreichen Krieg in Abessinien und der Ausrufung des Imperiums unerwartet konfrontiert gesehen habe¹. Damit konstatierte Perfetti aber nicht nur einen offenen Dissens zwischen den faschistischen Machthabern und dem italienischen Volk und eine gleichsam natürlich gewachsene, kaum zu überbrückende Kluft zwischen Italien und Deutschland; zugleich wies er dem Antisemitismus lediglich die Funktion einer von den übergeordneten Zielen der herrschenden Faschisten abhängigen Variablen ohne großes Eigengewicht zu.

¹ Vgl. Francesco Perfetti, *Fascismo*, in: *Enciclopedia Italiana di scienze, lettere ed arti. Appendice 2000 – eredità del Novecento*, Bd. 1, Rom 2000, S. 364–375, hier S. 371.

Diese Deutung steht ganz in der Tradition des ebenso bedeutenden wie umstrittenen Faschismus-Forschers Renzo De Felice, dessen großangelegte, erstmals 1961 publizierte Geschichte der Juden im faschistischen Italien noch heute zu den Standardwerken zählt. Immer stärker dem Revisionismus zuneigend, vertrat De Felice schließlich die These, der Faschismus sei anders als der Nationalsozialismus weder rassistisch noch antisemitisch gewesen² und könne nicht des Genozids angeklagt werden, da er sich außerhalb der langen Schatten des Holocausts befunden habe³. Damit erteilte er letztlich auch allen Versuchen eine Absage⁴, Faschismus und Nationalsozialismus in vergleichender Perspektive zu untersuchen oder durch theoretische Konstrukte sozusagen auf einen Nenner zu bringen. Neu war diese Sicht der Dinge freilich nicht. Noch während des Krieges hatte die politische und intellektuelle Elite des postfaschistischen Italien alles daran gesetzt, um die Distanz zwischen dem eigenen Land und dem nationalsozialistischen Deutschland so groß wie irgend möglich erscheinen zu lassen. Im Zuge dieser Kampagne, die das klare Ziel verfolgte, Italien die Rückkehr in die europäische Völkergemeinschaft zu erleichtern, wurde mit polarisierenden Stereotypen und simplifizierenden Deutungsmustern gearbeitet, die sich rasch zu zählbaren Mythen verdichteten⁵. Der Unterstellung, Rassismus und Antisemitismus hätten in Italien und damit auch im Faschismus nie wirklich Fuß fassen können, kam dabei eine wichtige Rolle zu⁶, und wer wollte, konnte sich durch die Studien De Felices darin bestätigt fühlen.

Gegen diese Vulgata, die sich tief in das kollektive Gedächtnis der italienischen Gesellschaft eingebrannt hat und in bestimmten politischen Kreisen noch heute zum historischen Standardrepertoire gehört, war lange Zeit kaum ein Kraut gewachsen, zumal sich die Historiographie vorwiegend anderen Themen wie der Geschichte der italienischen Widerstandsbewegung widmete, während sie das Problemfeld Rassismus/Antisemitismus spät und zögerlich zu erschließen begann⁷.

² Vgl. Renzo De Felice, *Storia degli ebrei italiani sotto il fascismo*. Nuova edizione ampliata, Turin 1993, S. IX.

³ Vgl. Interview von Giuliano Ferrara mit Renzo De Felice vom 27. 12. 1987, abgedruckt in: Jader Jacobelli (Hrsg.), *Il fascismo e gli storici di oggi*, Rom/Bari 1988, S. 3–6, hier S. 6.

⁴ Vgl. Renzo De Felice, *Der Faschismus*. Ein Interview von Michael A. Leeden, Stuttgart 1977, S. 89 ff., sowie Jens Petersens Nachwort (Zum Stand der Faschismusdiskussion in Italien) im selben Band (S. 114–144, hier S. 135).

⁵ Vgl. hierzu den grundlegenden Beitrag von Filippo Focardi, „Bravo italiano“ e „cattivo tedesco“: riflessioni sulla genesi di due immagini incrociate, in: *Storia e memoria* 5 (1996), H. 1, S. 55–84.

⁶ Vgl. ders., *Alle origini di una grande rimozione. La questione dell'antisemitismo fascista nell'Italia dell'immediato dopoguerra*, in: *Horizonte* 4 (1999), S. 135–170.

⁷ Den aktuellsten Überblick bieten die kommentierte Bibliographie bei Enzo Collotti, *Il fascismo e gli ebrei. Le leggi razziali in Italia*, Rom/Bari 2003, S. 167–183, und Carlo Moos, *Ausgrenzung, Internierung, Deportation. Antisemitismus und Gewalt im späten italienischen Faschismus (1938–1945)*, Zürich 2004, S. 27–33; vgl. auch Katharina Walter, *Die Judenpolitik unter Mussolini. Standpunkte und Entwicklungen der Forschung*, in: *Zeitgeschichte* 24 (1997), S. 3–29, und Juliane Wetzel, *Der Mythos des „braven Italieners“*. Das faschistische Italien und der Antisemitismus, in: Hermann Graml/Angelika Königseder/Juliane Wetzel (Hrsg.), *Vorurteil und Rassenhaß. Antisemitismus in den faschistischen Bewegungen Europas*, Berlin 2001, S. 49–74.

Erst Mitte der achtziger Jahre kam eine gewisse Dynamik in die Entwicklung. Dabei spielte das Jahr 1988 mit seinen zahlreichen Publikationen, Kongressen und Veranstaltungen zum Gedenken an den fünfzigsten Jahrestag der Verkündung der faschistischen Rassengesetze eine entscheidende Rolle. Von besonderer Bedeutung war eine im Oktober 1988 von der Deputiertenkammer organisierte Tagung über die antijüdische Gesetzgebung in Italien und Europa⁸, die nicht nur der Forschung neue Impulse verlieh, sondern die Beschäftigung mit dem Themenkomplex Judenverfolgung und Faschismus gleichsam auch mit den höheren Weihen versah. Allerdings blieb die Debatte weitgehend auf kleine intellektuelle Zirkel beschränkt, was wiederum den Anstoß für die Ausstellung „La menzogna della razza“ – die Rassenlüge – gab, die 1994 vom Centro Furio Jesi in Bologna organisiert und später auch in anderen Städten mit großem Erfolg gezeigt wurde⁹. Die Schau und der dazugehörige Katalog führten einem breiten Publikum vor Augen, wie umfassend die Bemühungen des Regimes gewesen sind, Xenophobie, Judenhaß und Rassenbewußtsein in der italienischen Gesellschaft zu verankern.

Die neuere Forschung hat sich vor allem auf vier Themenfelder konzentriert: die Wurzeln von Rassismus und Antisemitismus, die antijüdische Gesetzgebung und ihre Umsetzung, die Internierungslager sowie die mörderische Judenverfolgung nach dem Sturz Mussolinis und der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen im September 1943. Was die Tiefendimension rassistischen und antisemitischen Gedankenguts in der italienischen Gesellschaft im allgemeinen und im Faschismus im besonderen angeht, so haben die Historiker vor allem die Rolle der katholischen Kirche und des Vatikans¹⁰, die für die Genesis der antijüdischen Politik des faschistischen Regimes kaum zu überschätzende Bedeutung des kolonialen Rassismus¹¹ sowie die lange vernachlässigte Rolle bestimmter Wissenschaftszweige wie der Demographie oder der Anthropologie bei der Formulierung und Durchsetzung rassistischer Theoreme¹² in den Blick genommen. Die antijüdischen Gesetze sind dagegen vor allem unter drei Fragestellungen untersucht worden: Wie kamen sie zustande? Welche Bestimmungen enthielten sie, und wie sind diese im europäischen Vergleich zu bewerten? Wie sah die Implementierung der rassistischen Gesetzgebung aus? Was die ersten beiden Punkte betrifft, so hat in den letzten Jahren vor allem der Mailänder Historiker Michele

⁸ Vgl. La legislazione antiebraica in Italia e in Europa. Atti del Convegno nel cinquantenario delle leggi razziali (Roma, 17–18 ottobre 1988), hrsg. von der Camera dei deputati, Rom 1989; erwähnt seien auch die Sondernummern der Zeitschriften *Storia contemporanea* (19. Jahrgang 1988, H. 6: Ebrei, antisemitismo e razzismo in Italia dall'Unità alla persecuzione fascista) und *Qualestoria* (17. Jahrgang 1989, H. 1: L'offesa della razza. Antisemitismo e leggi razziali in Italia e nella Venezia Giulia).

⁹ Vgl. *La menzogna della razza. Documenti e immagini del razzismo e dell'antisemitismo fascista*, hrsg. vom Centro Furio Jesi, Bologna 1994.

¹⁰ Vgl. den materialreichen Überblick von Giovanni Miccoli, *Santa Sede, questione ebraica e antisemitismo fra Otto e Novecento*, in: Corrado Vivanti (Hrsg.), *Storia d'Italia. Annali*, Bd. XI: *Gli ebrei in Italia*, Teil 2: *Dall'emancipazione a oggi*, Turin 1997, S. 1369–1574.

¹¹ Vgl. die einschlägigen Aufsätze in: Alberto Burgio (Hrsg.), *Nel nome della razza. Il razzismo nella storia d'Italia 1870–1945*, Bologna 2000.

¹² Vgl. Giorgio Israel/Pietro Nastasi, *Scienza e razza nell'Italia fascista*, Bologna 1998.

Sarfatti mit seinen Forschungen über die führende Rolle Mussolinis Maßstäbe gesetzt¹³. Bezüglich der Umsetzung der antisemitischen Politik liegen mittlerweile zahlreiche Regionalstudien vor, die belegen, daß die Gesetze und Verordnungen aus Rom beileibe nicht nur auf dem Papier standen; die Arbeiten von Fabio Levi über Turin und das Forschungsprojekt von Enzo Collotti über die Verfolgung der Juden in der Toskana mögen als Beispiele genügen¹⁴. Auf diesem Feld bestehen aber nach wie vor Lücken; wir wissen zwar recht gut über die Verdrängung der Juden aus den Schulen und Hochschulen¹⁵ sowie aus den Streitkräften¹⁶ Bescheid, unsere Kenntnisse über ihre Ausschaltung aus der freien Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung lassen aber sehr zu wünschen übrig. Auch die Frage nach der Reaktion der Gesellschaft auf die Rassengesetze wäre noch eingehender zu untersuchen. Gleiches gilt für die zahlreichen Internierungslager, in denen seit 1940 immer mehr Juden ihr Dasein fristen mußten¹⁷, während der Forschungsstand zur Geschichte von Verfolgung und Deportation der jüdischen Bevölkerung Italiens nach der Besetzung des Landes durch deutsche Truppen als einigermaßen befriedigend angesehen werden kann¹⁸, zumal neuerdings auch nach der Rolle der italienischen Sicherheitsorgane und der Faschisten der *Repubblica Sociale Italiana* (RSI) gefragt wird. Mit den Beziehungen zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland beschäftigte sich die italienische Geschichtswissenschaft dagegen nur am Rande; das Standardwerk hierzu hat Meir Michaelis aus Israel bereits 1978 vorgelegt¹⁹, und es scheint an der Zeit zu sein, dieses Thema erneut aufzugreifen²⁰.

Der vorliegende Beitrag verfolgt nicht das Ziel, auch nur eine der bestehenden Lücken zu schließen. Es geht vielmehr darum, im Lichte der in Deutschland vielfach kaum oder nur verzerrt rezipierten neueren italienischen Forschung nach

¹³ Vgl. Michele Sarfatti, *Mussolini contro gli ebrei. Cronaca dell'elaborazione delle leggi del 1938*, Turin 1994; Anna Capelli/Renata Broggin (Hrsg.), *Antisemitismo in Europa negli anni Trenta. Legislazioni a confronto*, Mailand 2001.

¹⁴ Vgl. Fabio Levi (Hrsg.), *L'ebreo in oggetto. L'applicazione della normativa antiebraica a Torino 1938–1943*, Turin 1991; Enzo Collotti (Hrsg.), *La persecuzione contro gli ebrei in Toscana (1938–1943)*, 2 Bde., Rom 1999.

¹⁵ Vgl. den Überblick von Roberto Finzi, *L'università italiana e le leggi antiebraiche*, Rom 1997.

¹⁶ Vgl. Alberto Rovighi, *I militari di origine ebraica nel primo secolo di vita dello stato italiano*, Rom 1999.

¹⁷ Vgl. Costantino Di Sante (Hrsg.), *I campi di concentramento in Italia. Dall'internamento alla deportazione (1940–1945)*, Mailand 2001.

¹⁸ Vgl. Giuseppe Mayda, *Storia della deportazione dall'Italia 1943–1945. Militari, ebrei e politici nei lager del Terzo Reich*, Turin 2002.

¹⁹ Vgl. Meir Michaelis, *Mussolini and the Jews. German-Italian relations and the Jewish question in Italy 1922–1945*, Oxford 1978.

²⁰ An neueren deutschen Arbeiten vgl. Kay Kufeke, *Rassenhygiene und Rassenpolitik in Italien. Der Anthropologe Guido Landra als Leiter des „Amtes zum Studium des Rassenproblems“*, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 10 (2001), S. 265–286, und Andrea Hoffend, *Zwischen Kultur-Achse und Kulturkampf. Die Beziehungen zwischen „Drittem Reich“ und faschistischem Italien in den Bereichen Medien, Kunst, Wissenschaft und Rassenfragen*, Frankfurt a.M. u. a. 1998.

der Qualität und Quantität antisemitischen Gedankenguts in der Gesellschaft Italiens zu fragen, den Stellenwert zu erörtern, den Rassismus und Antisemitismus für Mussolinis Faschisten besaßen, die Etappen und die Reichweite der antisemitischen Politik des faschistischen Regimes skizzenhaft nachzuzeichnen und schließlich Perspektiven aufzuzeigen, die sich aus den neuen Erkenntnissen zum Problemkomplex Rassismus/Antisemitismus für die vergleichende Faschismusforschung ergeben könnten, die durch die einseitige Konzentration auf politische Systeme, Herrschaftstechniken und ideologische Konvergenzen oder Divergenzen zunehmend steril geworden ist.

2. Die Juden in Italien zwischen „Risorgimento“ und faschistischer Rassengesetzgebung

Die jüdischen Gemeinden Italiens waren klein. Als im August 1938 im Zuge der sich verschärfenden antisemitischen Politik ein besonderer Zensus der jüdischen Bevölkerung durchgeführt wurde, registrierten die Statistiker insgesamt 58.412 Juden, von denen 48.032 Italiener und 10.380 Ausländer waren, die seit mehr als sechs Monaten in Italien lebten. Allerdings lagen diesem Zensus rassistische Kriterien zugrunde, das heißt, es zählte in erster Linie die Herkunft und nicht das Bekenntnis zum mosaischen Glauben, dem nur 46.656 Menschen anhängen, von denen wiederum 37.241 Italiener und 9415 Ausländer waren²¹. Insgesamt betrug der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung gerade einmal 0,11 Prozent. Im Deutschen Reich dagegen lebten 1933 rund 500.000 Männer, Frauen und Kinder mosaischen Glaubens; damit machten die Juden immerhin etwa 0,8 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Die italienischen Juden waren größtenteils in Nord- und Mittelitalien ansässig, genauer gesagt hatten sie sich in dem Teil der Halbinsel niedergelassen, der im Norden durch die Alpen und im Süden durch die Linie Rom-Ancona begrenzt wird. Im „Mezzogiorno“ hingegen gab es so gut wie keine Juden. In Süditalien wie auf Sizilien und Sardinien hatten ja auch lange die Spanier geherrscht, die hier keinen anderen Kurs verfolgt hatten als in ihrer Heimat: Die Juden waren bis 1541 nahezu vollständig vertrieben worden²². Aber auch in Nord- und Mittelitalien war die jüdische Bevölkerung sehr ungleich verteilt. Hier hatte es die Juden seit Beginn der Industrialisierung mehr und mehr in die wachsenden urbanen Zentren gezogen, so daß allein in Rom, Mailand, Triest und Turin mehr Juden lebten als in allen anderen Regionen des Landes zusammen. Gemessen am Bevölkerungsanteil standen Triest (2,5 Prozent) und Livorno (1,8 Prozent) an der Spitze der jüdischen Gemeinden Italiens, in absoluten Zahlen

²¹ Vgl. dazu Michele Sarfatti, *Gli ebrei nell'Italia fascista. Vicende, identità, persecuzione*, Turin 2000, S. 31; zu den Vergleichszahlen aus dem Deutschen Reich vgl. Ino Arndt/Heinz Boberach, *Deutsches Reich*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1991, S. 23–65, hier S. 23 f.

²² Vgl. dazu die drei Beiträge von David Abulafia, *Il Mezzogiorno peninsulare dai bizantini all'espulsione (1541)*, *Le comunità di Sicilia dagli arabi all'espulsione (1493)* und *Gli ebrei di Sardegna*, in: Corrado Vivanti (Hrsg.), *Storia d'Italia. Annali*, Bd. XI: *Gli ebrei in Italia*, Teil I: *Dall'alto Medioevo all'età dei ghetti*, Turin 1996, S. 3–44, S. 45–82 u. S. 83–94.

Rom (knapp 13.000) und Mailand (gut 10.000)²³. Mochten diese Zahlen für italienische Verhältnisse auch beachtlich sein, so bedeuteten sie im internationalen Vergleich nichts; Berlin etwa verzeichnete rund 160.000 Bürger jüdischen Glaubens, was einem Bevölkerungsanteil von 3,8 Prozent entsprach.

Der Siedlungsstruktur mit ihrer Konzentration auf die großen Städte entsprach auch die Berufsstruktur der italienischen Juden²⁴. Nach einer Statistik des Jahres 1931 waren sie vor allem als Kaufleute (34,3 Prozent), Angestellte (25,2 Prozent), in freien Berufen (10,8 Prozent) sowie als Unternehmer und Manager (6,2 Prozent) tätig. Dagegen waren nur wenige Juden als Arbeiter in Industrie und Handwerk (5,6 Prozent) und so gut wie gar keine in der Landwirtschaft (0,8) beschäftigt. Angesichts der Tatsache, daß in Italien noch Anfang der dreißiger Jahre fast die Hälfte der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiteten, sind diese Zahlen besonders bemerkenswert; sie korrespondieren im übrigen auch mit dem Bildungsstand der italienischen Juden. Unter ihnen gab es nämlich kaum Analphabeten, während die Quote derer, die weder lesen noch schreiben konnten, landesweit die Marke von 30 Prozent deutlich übertraf. Doch obwohl die Juden als soziale Gruppe einige Besonderheiten aufwiesen und obwohl sie in manchen Berufszweigen deutlich überrepräsentiert waren, fiel dieser Umstand kaum ins Gewicht. Dies lag neben ihrer geringen Gesamtzahl vor allem daran, daß sich die Juden weitgehend assimiliert hatten, auch wenn sie nicht so vollständig in der italienischen Gesellschaft aufgegangen waren, wie lange behauptet worden ist²⁵.

Diese Entwicklung verweist auf die vergleichsweise günstigen Umstände, unter denen sich die Emanzipation der Juden seit 1848 zunächst im Königreich Sardinien-Piemont und dann im geeinten Königreich Italien vollzogen hatte²⁶. Die liberalen Trägerschichten des „Risorgimento“ hatten nämlich nicht nur die Erringung der nationalen Einheit, sondern auch die Durchsetzung bürgerlicher Freiheiten auf ihre Fahnen geschrieben, die für alle Italiener gelten sollten, also auch für die Juden. Dabei war es von erheblicher Bedeutung, daß die politische Elite des neuen Staates keine großen Rücksichten auf den Vatikan und die katholische Kirche zu nehmen brauchte, die sich der Einigung des Landes ebenso verbissen widersetzen wie der Gleichstellung der Juden. Vielmehr zählten die weitgehende Neutralität des Staates in Glaubensfragen und seine Äquidistanz zu den verschiedenen Religionsgemeinschaften trotz der formalen Privilegierung der katholischen Kirche zu den wichtigsten politischen Axiomen des liberalen König-

²³ Eine genaue Aufstellung findet sich bei Collotti, *Fascismo e gli ebrei*, S. 68.

²⁴ Vgl. dazu detailliert Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 42–51; die hier zitierte Statistik findet sich auf S. 44 und gibt die Berufsgruppenschichtung der italienischen Juden nach Haushaltsvorständen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung wieder.

²⁵ So Stefano Caviglia, *L'identità salvata. Gli ebrei di Roma tra fede e nazione 1870–1938*, Rom/Bari 1996, S. 212 f.

²⁶ Vgl. hierzu und zum folgenden Volker Sellin, *Judenemanzipation und Antisemitismus in Italien im 19. Jahrhundert*, in: Christof Dipper/Rainer Hudemann/Jens Petersen (Hrsg.), *Faschismus und Faschismen im Vergleich. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag*, Vierow bei Greifswald 1998, S. 107–124, sowie Collotti, *Fascismo e gli ebrei*, S. 5–19.

reiches. Daß dies den Juden entgegenkam, liegt auf der Hand, und sie dankten es König und Vaterland durch ein hohes Maß an Patriotismus.

Das heißt jedoch nicht, daß es südlich der Alpen keine Judenfeindschaft gegeben hätte. Auf diesem Feld taten sich insbesondere die katholische Kirche und die ihr verbundene Presse hervor²⁷, deren Ausfälle gegen die Juden neben traditionellen Feindbildern seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend Elemente eines modernen Antisemitismus enthielten. In dieser Lesart erschienen die Juden nicht mehr nur als die Mörder Jesu Christi, sondern auch als Symbol für alle Auswüchse der Moderne wie Liberalismus, Kapitalismus, Freimaurerei oder Sozialismus. Kritische Stimmen waren auch aus dem schnell wachsenden Lager der Nationalisten zu hören, die vor allem im Zuge des Eroberungskriegs gegen das Osmanische Reich die uneingeschränkte Loyalität der italienischen Juden anzweifeln, und bei den Liberalen war ebenfalls nicht alles Gold, was glänzte. Zwar gab es hier kaum Fälle von unverhohlener Ablehnung, doch es wurde wiederholt die Erwartung geäußert, die Juden würden sich nach der Abschaffung aller diskriminierenden Vorschriften mit der Zeit so weit integrieren, daß sie aufhörten, eine eigene soziale Gruppe zu sein; Assimilierungserwartung konnte so leicht in Assimilierungsdruck umschlagen. Italienische Intellektuelle wie Antonio Gramsci oder prominente Vertreter des Judentums wie Chaim Weizmann machten es sich daher mit ihren Behauptungen zu einfach, Italien sei frei von Antisemitismus gewesen²⁸. Antijüdische Stereotypen, Vorurteile, ja selbst offene Feindschaft gab es auch hier. Angesichts der politischen Rahmenbedingungen – und hier liegt der entscheidende Unterschied zum Deutschen Reich – fand der Judenhaß jedoch keine Rezeptoren in der liberalen Führungsschicht des Landes. Daher hat der Antisemitismus „als Instrument politischer Mobilisierung und Integration in der politischen Kultur Italiens zwischen Emanzipation und Faschismus praktisch keine Rolle gespielt“.

Mit dem Aufstieg des Faschismus schien sich für die Juden zunächst nicht viel zu ändern. Der Partito Nazionale Fascista (PNF) hatte nicht wenige jüdische Mitglieder, und auch in den Reihen der militanten faschistischen Kämpfer, der „squadristi“, standen Juden. Selbst nach der Machtübernahme Benito Mussolinis im Oktober 1922 konnten Juden in höchste Ämter aufsteigen; Aldo Finzi²⁹

²⁷ David I. Kerzer, *Die Päpste gegen die Juden. Der Vatikan und die Entstehung des modernen Antisemitismus*, München 2004, hat – wenn auch überspitzt – einen wichtigen Punkt benannt, als er der katholischen Kirche einen maßgeblichen Anteil an der Entstehung des modernen rassistischen Antisemitismus zusprach; in seinen Augen gehörte die katholische Kirche sogar zu den Haupttriebkraften der Dämonisierung der Juden.

²⁸ Entsprechende Zitate von Gramsci und Weizmann sind – neben anderen – wiedergegeben bei Sellin, *Judenemanzipation und Antisemitismus*, in: Dipper/Hudemann/Petersen (Hrsg.), *Faschismus und Faschismen*, S. 113; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 116; vgl. auch Carlo Moos, *Das Italien der Einigungs- und Nach-Einigungszeit und die Juden*, in: Olaf Blaschke/Aram Mattioli (Hrsg.), *Katholischer Antisemitismus im 19. Jahrhundert. Ursachen und Traditionen im internationalen Vergleich*, Zürich 2000, S. 229–238.

²⁹ Aldo Finzi (1891–1944), faschistischer Politiker, Teilnahme an der Besetzung Fiumes und am „Marsch auf Rom“, Vertrauter Mussolinis, 1922–1924 Staatssekretär im Innenministerium, Mitglied des faschistischen Großrats, unterstützte seit September 1943 die Partisanen, im März 1944 in den Fosse Ardeatine erschossen.

etwa diente dem „Duce“ als Staatssekretär im Innenministerium, Guido Jung³⁰ wurde gar zum Finanzminister berufen. Aufmerksamen Beobachtern konnte jedoch nicht entgehen, daß sich der Wind schon in den zwanziger Jahren zu drehen begann. So zeigten sich Vertreter des Judentums im In- und Ausland besorgt über die antisemitische Färbung der faschistischen Presse, wo man die Juden staatsfeindlicher Umtriebe verdächtigte³¹. Man unterstellte ihnen, daß sie die antifaschistische Opposition unterstützten, man griff sie an, weil sie angeblich im internationalen Kommunismus eine tragende Rolle spielten, und man warf ihnen vor, national unzuverlässig zu sein, weil die zionistische Bewegung natürlich auch im italienischen Judentum manche Sympathisanten gefunden hatte.

Träger dieser Propaganda war vor allem eine Gruppe radikaler Antisemiten am rechten Rand der faschistischen Partei, deren Protagonisten sich später vor allem zum Nationalsozialismus hingezogen fühlen sollten. Der bekannteste aus dieser Garde dürfte Roberto Farinacci³², der „Ras von Cremona“, gewesen sein, als lautstärkste Krawallmacher profilierten sich Telesio Interlandi³³ und Giovanni Preziosi³⁴. Interlandi, der als inoffizielles Sprachrohr Mussolinis galt, polemisierte seit 1924 in der Zeitung „Il Tevere“ immer hemmungsloser gegen die Juden und verdiente sich so auch ein zweifelhaftes Lob von Julius Streicher³⁵. Preziosi, ein gescheiterter katholischer Priester, gab ebenfalls ein antisemitisches Hetzblatt heraus und hatte schon früh mit beachtlichem Erfolg die sogenannten Protokolle der Weisen von Zion publiziert, um die These von der jüdischen Weltverschwörung zu untermauern. Als Anhänger einer engen Kooperation zwischen Faschismus und Nationalsozialismus wurde er auch zum vielleicht wichtigsten Propagandisten des rassistischen Antisemitismus deutscher Prägung in Italien³⁶.

³⁰ Guido Jung (1876–1949), Finanzfachmann, 1932–1935 Finanzminister in der Regierung Mussolini, 1943/44 Finanzminister bzw. Minister für Währungsangelegenheiten in der Regierung Badoglio.

³¹ Vgl. Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 64–68.

³² Roberto Farinacci (1892–1945), Journalist und faschistischer Politiker mit Hausmacht in Cremona, 1919 Mitbegründer des PNF, 1925/26 Generalsekretär des PNF, Mitglied im faschistischen Großrat, Herausgeber der Zeitung „Il Regime fascista“, im April 1945 von Partisanen gefangenengenommen und erschossen.

³³ Telesio Interlandi (1894–1965), Journalist, 1924–1943 Chefredakteur der Zeitung „Il Tevere“ und 1938–1943 der Zeitschrift „La difesa della razza“, übernahm im Herbst 1943 wichtige Funktionen im Propagandaapparat der RSI, entzog sich 1945 der Verhaftung und tauchte bis zur Niederschlagung des gegen ihn angestregten Prozesses im Mai 1946 unter.

³⁴ Giovanni Preziosi (1881–1945), Philosophiestudium und Priesterweihe, nach dem Bruch mit der katholischen Kirche Schriftsteller und Journalist, Herausgeber bzw. Chefredakteur von Zeitungen und Zeitschriften wie „La vita italiana“, „Il Mezzogiorno“ oder „Roma“, 1944/45 Chef des rassenpolitischen Amtes der RSI, beging im April 1945 zusammen mit seiner Ehefrau Selbstmord.

³⁵ Vgl. Meir Michaelis, *Mussolini's unofficial mouthpiece: Telesio Interlandi – Il Tevere and the evolution of Mussolini's anti-semitism*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 3 (1998), S. 217–240; zur Wertschätzung Streichers vgl. ebenda, S. 235.

³⁶ Vgl. Maria Teresa Pichetto, *Alle radici dell'odio. Preziosi e Benigni antisemiti*, Mailand 1983, insbesondere S. 60–102.

Die Judenhasser im PNF beließen es freilich nicht bei Worten. Schon im August 1923 unternahmen rabiante Faschisten in Tripolis, das zum italienischen Kolonialreich gehörte, eine regelrechte Strafexpedition gegen das jüdische Viertel der Stadt³⁷. Auch in den folgenden Jahren waren hier immer wieder Zwischenfälle und Zusammenstöße zu verzeichnen, die in der Auspeitschung jüdischer Kaufleute gipfelten, die sich geweigert hatten, ihre Geschäfte am Sabbat zu öffnen. In Livorno und Florenz kam es bei Razzien von „squadristi“ gegen tatsächliche oder vermeintliche Antifaschisten auch zu Übergriffen gegen Juden, und im Oktober 1926 verwüsteten etwa 50 militante Anhänger Mussolinis eine Synagoge in Padua³⁸. Zwar blieben solche Vorfälle die Ausnahme, doch sie zeigten, daß sich das gewalttätige Potential des Faschismus, das bislang vor allem die politische Linke zu spüren bekommen hatte, unter bestimmten Umständen auch gegen die Juden richten konnte.

Die jüdischen Gemeinden gerieten in den zwanziger Jahren aber noch aus einem anderen Grund in die Defensive. Mit der in den Lateranverträgen vom Februar 1929 gipfelnden Annäherung zwischen der katholischen Kirche und dem faschistischen Staat gab dieser nämlich die Politik der religionspolitischen Neutralität und Äquidistanz endgültig auf. Während der Katholizismus zur Staatsreligion erklärt wurde, mußten sich alle anderen Religionsgemeinschaften mit dem minderen Status als vom „Staat zugelassen“ zufriedengeben und damit eine spürbare Verschlechterung ihrer rechtlichen Stellung hinnehmen³⁹. Das hatte gravierende Auswirkungen auf den Religionsunterricht, die Situation der jüdischen Lehrer und vor allem auf die Situation der jüdischen Schüler. In der Folgezeit nutzte der Staat die mindere Rechtsstellung der jüdischen Gemeinden dazu, diese durch Dekrete und Verordnungen einer immer stärkeren Kontrolle zu unterwerfen und ihre Autonomie auszuhöhlen. Das diktatorische Regime wollte so einen weiteren Störfaktor gegen die immer intensiveren Bemühungen ausschalten, die italienische Gesellschaft zu einer homogenen Volksgemeinschaft zusammenzuschweißen.

Betrachtet man die Jahre zwischen 1922 und 1938 als Kontinuum, so könnte man sagen, daß das antisemitische Fieber seit der Machtübernahme der Faschisten langsam, aber doch stetig stieg. Einen ersten Höhepunkt erreichte die Fieberkurve bereits 1934, als nach der Verhaftung einer antifaschistischen Widerstandsgruppe in Turin, der auch zahlreiche Juden angehörten, eine antisemitische Kampagne vom Zaun gebrochen wurde⁴⁰. Ab 1936 tauchten dann vielerorts antisemitische

³⁷ Zum Verhältnis von Italienern und Juden in den libyschen Kolonien bis 1943 vgl. Renzo De Felice, *Ebrei in un paese arabo. Gli ebrei nella Libia contemporanea tra colonialismo, nazionalismo arabo e sionismo (1835–1970)*, Bologna 1978, S. 183–284; De Felice (*Storia degli ebrei*, S. 197–204) zog jedoch zumindest für einen Teil der Zwischenfälle eine antisemitische Motivation in Zweifel.

³⁸ Vgl. Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 61–64.

³⁹ Vgl. Collotti, *Fascismo e gli ebrei*, S. 19 f.; zu den mit den Lateranverträgen verbundenen Ängsten im italienischen Judentum vgl. De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 98 f. Zu den Eingriffen in die innere Autonomie der jüdischen Gemeinden vgl. ebenda, S. 101–108.

⁴⁰ Vgl. Joel Blatt, *The battle of Turin, 1933–1936: Carlo Rosselli, Giustizia e Libertà, OVRA and the origins of Mussolini's anti-Semitic campaign*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 1 (1995), S. 22–57.

Schmierereien auf, und die Presse hetzte in nicht gekanntem Ausmaß gegen die Juden. 1938 gab die faschistische Regierung schließlich den Startschuß für ein umfassendes Gesetzeswerk zum Schutz der italienischen Rasse, das rein rassistisch begründet war und in seiner Strenge und engstirnigen Regelungssucht in mancher Hinsicht sogar weiter ging als die Nürnberger Gesetze von 1935.

3. Der rassistische Kurswechsel: Ursachen, Motive und die Rolle Mussolinis

Wie erklärt sich diese Entwicklung? Warum kam es zu dieser Eskalation? Wie wir einleitend gesehen haben, hat sich die italienische Gesellschaft nach 1945 lange, ja eigentlich bis heute, mit dem Argument beruhigt, Italien sei von Judenhaß und Rassismus frei gewesen. Es sei Adolf Hitler – dämonischer Partner und Gegenspieler in einer Person – gewesen, der Mussolini dazu verführt, überredet oder gar gezwungen habe, den antisemitischen Kurswechsel zu vollziehen und die Rassengesetze zu erlassen. Ein Beweis für diese Behauptung ist freilich nie gefunden worden – und wird sich auch nicht finden lassen⁴¹. Die intensive propagandistische Vorbereitung der Rassengesetze begann nämlich schon 1936, als das Bündnis zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem faschistischen Italien noch lange nicht in trockenen Tüchern war. Obwohl es nach wie vor Historiker gibt, die wie Francesco Perfetti dazu neigen, die Judenpolitik des faschistischen Regimes als weitgehend von der Außenpolitik abhängige Variable zu betrachten, sind sich die meisten Kenner der Materie heute einig, daß die Ursachen der Radikalisierung nach 1936 und der Rassengesetze von 1938 in der Ideologie und im Herrschaftssystem des Faschismus selbst zu suchen sind. Aber wo genau? Bei Mussolini, dem sprunghaften „Duce“? In den Bewegungsgesetzen aller faschistischen Regime, die nach ständiger Aktion und immer stärkerer innerer Homogenisierung als Voraussetzung für ihre imperialistischen Eroberungszüge strebten⁴²? In der Überzeugung, es bedürfe eines gemeinsamen inneren Feindes, um den Konsens zwischen Herrschenden und Beherrschten zu stärken und die Faschisierung der Gesellschaft voranzutreiben, die Anfang der dreißiger Jahre steckengeblieben zu sein schien?

Antworten auf diese Fragen sind schwierig und fallen naturgemäß komplex aus. Zunächst einmal darf man nicht vergessen, daß die Geschichte der italienischen Nationalbewegung und des seit 1870 endlich vereinten Königreiches von der Gewißheit durchtränkt war, aufgrund der glorreichen Vergangenheit eine

⁴¹ Vgl. hierzu das Urteil von Michaelis, *Mussolini and the Jews*, S. 407–414, das nach wie vor Gültigkeit besitzt und in diesem Punkt selbst von De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 246 f., geteilt wurde.

⁴² Den engen Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik, zwischen innerer Homogenisierung und äußerer Expansion hat insbesondere MacGregor Knox (*Common Destiny. Dictatorship, Foreign Policy, and War in Fascist Italy and Nazi Germany*, Cambridge 2000, S. 109) betont: „Foreign policy was internal policy and vice versa; internal consolidation was a precondition for foreign conquest, and foreign conquest was the decisive prerequisite for revolution at home that would sweep away inherited institutions and values [...]“

besondere Mission für die Zukunft zu haben. Man betrachtete sich als auserwähltes Volk, das anderen Völkern etwas voraus hatte und damit zu Höherem berufen war. Unter dem Einfluß des überall in Europa grassierenden Nationalismus verwandelte sich dieses zunächst ebenso naive wie gut gemeinte superioritäts-Denken; es gewann zunehmend aggressive, rassistische Züge, und es lieferte den auch in Italien auftretenden imperialistischen Bewegungen eine historische Legitimation für die ersten kolonialen Abenteuer am Horn von Afrika und im heutigen Libyen⁴³. Die noch junge Nation sah in den – übrigens teuer erkauften – kolonialen Erfolgen eine Bestätigung ihrer Ansprüche und ihres Überlegenheitsgefühls, das insbesondere gegenüber den Slawen⁴⁴ und der schwarzen Bevölkerung Ostafrikas zum Ausdruck kam. Das in der politischen Kultur Italiens tief verwurzelte superioritäts-Denken und seine rassistische Überhöhung saß dem Faschismus ebenso in den Genen wie der Drang zur imperialen Expansion, der bis 1935 nur kaum Gelegenheit gefunden hatte, sich auszutoben. Bis dahin betrieb das faschistische Regime aber eine ehrgeizige Bevölkerungspolitik, die eindeutig der Kräftigung des „Volkskörpers“ für kriegerische Experimente diente⁴⁵. Flankiert wurden diese Maßnahmen durch einen intensiven pseudo-wissenschaftlichen Diskurs über Volk und Rasse, der immer auch um Themen wie Kriminalanthropologie, Sozialhygiene und Rassereinheit kreiste⁴⁶; gewisse Parallelen zum Deutschen Reich sind mit Händen zu greifen. Der 1935 begonnene Krieg in Abessinien und die äußerst brutale Art und Weise, wie er geführt wurde – es sei nur an den Einsatz von Giftgas durch die italienischen Truppen erinnert⁴⁷ – waren in gewisser Hinsicht das logische Ergebnis der Verbindung von Imperialismus und Rassismus, die es in nuce schon lange vor dem Faschismus gegeben hatte.

Der Krieg in Afrika und die Besetzung Abessiniens konfrontierten das faschistische Regime und die italienische Gesellschaft aber auch mit der Frage, wie sich das Verhältnis zwischen Besatzern und Besetzten, zwischen Vertretern eines in ihren Augen höherrangigen Volkes und Vertretern einer minderwertigen Rasse gestalten sollte – und das um so mehr, als es schon seit Beginn des Feldzuges zu zahlreichen sexuellen Kontakten zwischen italienischen Soldaten und einheimischen Frauen gekommen war. Nicht nur Mussolini war darüber bestürzt. Auch

⁴³ Zu den kolonialen Abenteuern Italiens vor dem Ersten Weltkrieg vgl. ausführlich Nicola Labanca, *Oltremare. Storia dell'espansione coloniale italiana*, Bologna 2002, S. 15–122; zum Forschungsstand vgl. ders., *Il razzismo coloniale italiano*, in: Burgio (Hrsg.), *Nome della razza*, S. 145–163.

⁴⁴ Vgl. Enzo Collotti, *Sul razzismo antislawo*, in: Burgio (Hrsg.), *Nome della razza*, S. 33–61.

⁴⁵ Vgl. Carl Ipsen, *Dictating demography. The problem of population in fascist Italy*, New York 1996.

⁴⁶ Als Überblick vgl. Roberto Maiocchi, *Scienza italiana e razzismo fascista*, Scandicci 1999, als Fallbeispiel Adolfo Mignemi, *Profilassi sanitaria e politiche sociali del regime per la „tutela della stirpe“*. La „mise en scène“ dell'orgoglio di razza, in: *Menzogna della razza*, S. 65–72; den Zusammenhang zwischen Humanwissenschaften, dem kolonialen Rassismus und dem antijüdischen Kurswechsel des faschistischen Regimes hat Collotti, *Fascismo e gli ebrei*, S. 22–39, in einer konzisen Zusammenfassung der neueren Forschung herausgearbeitet.

⁴⁷ Vgl. Aram Mattioli, *Entgrenzte Kriegsgewalt. Der italienische Giftgaseinsatz in Abessinien 1935–1936*, in: *VfZ* 51 (2003), S. 311–337.

die großen und kleinen Propagandisten des Rassismus in den Zeitungsredaktionen und Hörsälen proklamierten jetzt eine Art von rassistischem Ausnahmezustand. Es drohe, so prophezeiten sie, eine gefährliche „Rassenvermischung“; das reine italienische Blut werde in Afrika kontaminiert, die Degeneration der weißen Rasse sei die unabwendbare Folge. Wenn man sich dazu herablasse, sich mit „minderwertigen Geschöpfen“ zu paaren, so hieß es in einem Zeitungsartikel, beginne „der Untergang“⁴⁸. Die Angst vor einer „Verseuchung“ der eigenen Rasse, so hat Enzo Collotti geschrieben, habe sich in Italien „zu einer regelrechten Obsession“ entwickelt⁴⁹, die zu einer Serie rassistischer Gesetze und zur Errichtung eines scharfen Apartheid-Regimes in den Kolonien führen sollte.

Der rassistische Furor traf zunächst vor allem die farbigen Afrikaner. Doch dabei blieb es nicht: Der Rassismus in seiner neuen Qualität machte auch allen ethnischen Minderheiten in Italien das Leben schwer, vor allem den Slowenen und den Kroaten im Nordosten des Landes⁵⁰, und es hätte an ein Wunder gegrenzt, wenn die Juden davon nicht in besonderem Maße betroffen gewesen wären. Der koloniale Rassismus, der seinen sichtbarsten Ausdruck in der Degradierung des „Negers“ zu einem minderwertigen Subjekt fand, avancierte im Gegenteil zum „trojanischen Pferd“ des völkisch-rassistischen Antisemitismus⁵¹, der in Italien bislang zwar nicht unbekannt gewesen war, aber selbst in der faschistischen Partei eher zu den randständigen Phänomenen gehört hatte.

1936/37 wurde dieses Phänomen zu einem zentralen Thema. Bis zu den Rassengesetzen des Jahres 1938 und der damit beginnenden Entrechtung und Vertreibung der Juden war es aber noch ein großer Schritt – und dieser ist nicht denkbar ohne Mussolini. Der faschistische Diktator kannte ursprünglich keine antisemitischen Ressentiments, sieht man von einigen weit verbreiteten Vorurteilen einmal ab, von denen auch er nicht frei war⁵². Die Juden störten ihn zunächst weder in der Gesellschaft, noch in seiner eigenen Partei, in der sich lange Zeit niemand darum kümmerte, wie die Mitglieder es mit der Religion hielten. Mussolini fand auch nichts dabei, Juden mit verantwortlichen Regierungsämtern zu betrauen, ganz zu schweigen davon, daß es in der endlosen Serie seiner Seitensprünge nur zwei Frauen gab, die ihn wirklich prägten – und beide waren Jüdinnen: Angelica Balabanoff⁵³, die ihm den Marxismus näherzubringen ver-

⁴⁸ La Stampa vom 8. 1. 1937: „Per il prestigio della razza nell'Impero“, zit. nach Gabriele Schneider, Mussolini in Afrika. Die faschistische Rassenpolitik in den italienischen Kolonien 1936–1941, Köln 2000, S. 155; zur faschistischen Pressekampagne in Vorbereitung auf die Rassentrennung vgl. ebenda, S. 149–156.

⁴⁹ Collotti, Fascismo e gli ebrei, S. 35.

⁵⁰ Vgl. Milica Kacin-Wohinz, La minoranza sloveno-croata sotto l'Italia fascista, in: Le minoranze etniche europee di fronte al nazismo ed al fascismo. Atti del convegno svoltosi ad Aosta il 3 e 4 dicembre 1983, Quart 1985, S. 133–151, und Rolf Wörsdörfer, Krisenherd Adria 1915–1955. Konstruktion und Artikulation des Nationalen im italienisch-jugoslawischen Grenzraum, Paderborn u. a. 2004.

⁵¹ Maiocchi, Scienza italiana, S. 210.

⁵² Vgl. De Felice, Storia degli ebrei, S. 67 f.

⁵³ Angelica Balabanoff (1869–1965), sozialistische Politikerin, geboren und aufgewachsen in Rußland, Studium in Brüssel und Rom, Mitglied der Sozialistischen Partei Italiens, arbeitete

suchte, und Margherita Sarfatti⁵⁴, die ihn in die bessere Gesellschaft einführte und ihm auch sonst viele Türen öffnete. Mit beiden arbeitete Mussolini über Jahre hin auf das engste zusammen, Margherita Sarfatti galt sogar zeitweise als die mächtigste Frau des faschistischen Italien⁵⁵.

Schon bald begann sich aber, so scheint es, das Bild zu ändern, das sich Mussolini von den Juden machte. Ende der zwanziger Jahre verstieß er seine jüdische Geliebte und verbot zugleich seiner Tochter, einen Mann jüdischen Glaubens zu heiraten. In den Juden sah er jetzt die Hauptdrahtzieher des Antifaschismus, der sich vor allem in Frankreich regte. Außerdem lastete er es den Juden an, daß die Regierungen in Paris und London auswichen, als er freie Hand in Afrika forderte. Und schließlich meinte er, vor allem jüdischen Einfluß zu erkennen, als sich der Völkerbund Ende 1935 wegen des Angriffs auf Abessinien zu Sanktionen gegen Italien entschloß. Mit anderen Worten: Die Juden wurden ihm unheimlich, und er begann, ihren angeblich weltweiten Einfluß zu fürchten⁵⁶. Seinem Schwiegersohn Galeazzo Ciano sagte Mussolini im September 1937, er wolle ein Buch über Europa im Jahr 2000 schreiben. Die „Rassen“, die dann eine wichtige Rolle spielen würden, seien die Italiener, die Deutschen, die Russen und die Japaner. Alle anderen Völker seien zu diesem Zeitpunkt längst „von der Säure der jüdischen Korruption“ zerfressen worden⁵⁷.

Neben zunehmend rassistischen jüdenfeindlichen Ressentiments war politisch-taktisches Kalkül dafür verantwortlich, daß Mussolini mehr und mehr auf die antisemitische Karte setzte. Der „Duce“ hatte mit seinem Volk Großes vor, er mußte aber immer wieder erkennen, daß es seinen Ansprüchen nicht genügte. „Wie alle modernen Revolutionäre verachtete er die Menschen, so wie sie sind. Er wollte ihren Charakter ändern und sie nach dem Ideal eines neuen Menschen umformen.“⁵⁸ Mussolinis Ziel war eine „anthropologische Revolution“⁵⁹, die Schaffung eines neuen, faschistischen Italieners. Er wollte seinem Volk die alte bürgerliche Gesittung austreiben und eine neue Moral, ein klares Bewußtsein der

mit Mussolini in der Redaktion der Parteizeitung „Avanti!“, 1915 Flucht in die Schweiz, 1917 Rückkehr nach Rußland, 1921 Emigration, seit 1926 Chefredakteurin des „Avanti!“ in Paris, 1936 Emigration in die USA, 1948 Rückkehr nach Rom.

⁵⁴ Margherita Sarfatti (1880–1961), Journalistin und Schriftstellerin, vor 1918 Mitglied der Sozialistischen Partei Italiens, seit 1919 bei den Faschisten, arbeitete mit Mussolini in der Redaktion des „Popolo d'Italia“, 1938 Emigration, 1947 Rückkehr nach Italien.

⁵⁵ Vgl. Michela De Giorgio, Margherita Sarfatti, in: Victoria de Grazia/Sergio Luzzatto (Hrsg.), *Dizionario del fascismo*, Bd. 2: L–Z, Turin 2003, S. 594–597, hier S. 596. In deutscher Sprache liegt seit kurzem eine Biographie vor: Karin Wieland, *Die Geliebte des Duce. Das Leben der Margherita Sarfatti und die Entstehung des Faschismus*, München 2004.

⁵⁶ Vgl. Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 87 ff., S. 93 u. S. 106–109; De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 235–258; Richard J. B. Bosworth, *Mussolini*, London 2002, S. 334–344.

⁵⁷ Galeazzo Ciano, *Diario 1937–1943*, hrsg. von Renzo De Felice, Mailand 2000, S. 34, Eintrag vom 6. 9. 1934.

⁵⁸ Emilio Gentile, *La Grande Italia. Ascesa e declino del mito della nazione nel ventesimo secolo*, Mailand 1997, S. 175.

⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 172–177, sowie Emilio Gentile, *Fascismo. Storia e interpretazione*, Rom/Bari 2002, S. 235–264.

eigenen überlegenen Rasse einimpfen; er wollte es härter, disziplinierter und unnachsichtiger mit sich selbst und anderen Völkern machen, zu deren Beherrschung die Italiener angeblich berufen waren. Mussolini verordnete seinem Land deshalb Mitte der dreißiger Jahre eine Roßkur, die es abhärten und auf die großen Aufgaben vorbereiten sollte, die er ihm gestellt hatte. Am liebsten, so hatte er bereits 1925 gesagt, hätte er den neuen rassebewußten Italiener in der Retorte gezüchtet⁶⁰, um später hinzuzufügen: „Die Geschichte lehrt uns, daß man Imperien mit Waffen erobert, aber mit Prestige behauptet. Um Prestige zu haben, ist ein klares und strenges Rassenbewußtsein vonnöten, das nicht nur Grenzen zieht, sondern eine deutliche Überlegenheit begründet.“⁶¹

Die Juden hatten in diesem großen Experiment keinen Platz, und es versteht sich fast von selbst, daß sie das Bild nationaler Homogenität beeinträchtigten, das nach der rassistischen Raserei von 1935/36 nicht nur Mussolini vorschwebte. Gleichwohl war den Juden eine wichtige Rolle zugedacht – die eines inneren Feindes, der entweder Konsens stiften oder dessen Schicksal regimefernen gesellschaftlichen Gruppen als Warnung dienen sollte. Für diese Rolle schienen die Juden nicht zuletzt deshalb so gut geeignet zu sein, weil sie aufgrund ihrer Religion, ihrer Kultur und zunehmend auch aufgrund ihrer angeblich fremdvölkischen Herkunft als anders galten oder als anders, ja als gefährlich zu brandmarken waren. In Mussolinis Reden erschienen die Juden nun nur noch als die Verkörperung der verachteten bürgerlich-satten Mentalität, die ihn auch bei seinen nicht-jüdischen Landsleuten zur Weißglut bringen konnte. Wenn er die Juden schikanierte und entrechtete, so das Kalkül, konnte er auch dem schlafmützigen Bürgertum, dem schwunglosen Königshaus und dem zuweilen aufmüpfigen Vatikan vor Augen führen, was ihnen blühte, wenn sie sich seinen Neuordnungsplänen widersetzen. Das Vorbild für Mussolinis Umerziehungsprogramm war eindeutig das Dritte Reich, dem sich Italien seit 1936 näherte, während es gleichzeitig alle Brücken zu Frankreich und Großbritannien abubrechen begann. Hitlers Radikalität und Erfolg reizten Mussolini zur Nachahmung. Der „Führer“ bewies in seinen Augen nachdrücklich, zu welchen Leistungen ein Volk fähig war, wenn man es auf Linie brachte, gegen einen rassistisch definierten inneren Feind mobilisierte und dabei alle Tabugrenzen niederriß. Italien könne gar nicht preußisch genug werden, hielt er Kritikern nun entgegen, die noch immer wußten, wie heftig er früher gegen die Deutschen gewettert hatte⁶².

Das Modell Deutschland spielte für die antisemitische Wende seit 1936 also durchaus eine Rolle. Viel entscheidender war jedoch die Tatsache, daß der Gedanke des völkischen Rassismus nach einem Umweg über Ostafrika auch in Italien für Furore sorgte und daß im Zuge dieser Entwicklung auch der rassistische Antisemitismus und seine Propagandisten aus der Peripherie in die Nähe der politischen Entscheidungszentren rückten. Diese Form des Antisemitis-

⁶⁰ Vgl. ebenda, S. 254.

⁶¹ Zit. nach Angelo Del Boca, *Le leggi razziali nell'impero di Mussolini*, in: Ders./Massimo Legnani/Mario G. Rossi (Hrsg.), *Il Regime Fascista. Storia e Storiografia*, Rom/Bari 1995, S. 339.

⁶² Vgl. Ciano, *Diario*, S. 149, Eintrag vom 18. 6. 1938.

mus konnte auf einer autochthonen, in der italienischen Gesellschaft verwurzelten Judenfeindschaft aufbauen, die es Mussolini im übrigen auch erleichterte, den Antisemitismus zu instrumentalisieren und im Sinne seiner „rivoluzione antropologica“, sprich: einer tiefgreifenden Faschisierung der Gesellschaft einzusetzen.

4. Im Zeichen der totalitären Wende: Antisemitismus und Judenpolitik 1938 bis 1943

Nachdem die Italiener seit 1936 auf die antisemitische Wende eingestimmt worden waren, ging es ab Anfang 1938 Schlag auf Schlag⁶³. Im Februar rief Mussolini zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber den Juden auf. Außerdem drohte er ihnen mit einer Art numerus clausus. Die jüdischen Bürger Italiens sollten nur noch dann beschäftigt werden können oder eine Zulassung für einen freien Beruf erhalten, wenn ihre Quote im entsprechenden Sektor ihren Anteil an der Gesamtgesellschaft nicht überstieg, und zwar ganz gleich, ob es sich um Tätigkeiten in der freien Wirtschaft, in der öffentlichen Verwaltung oder im kulturellen Bereich handelte. Ebenfalls im Februar 1938 beauftragte der „Duce“ über seinen Propagandaminister Dino Alfieri⁶⁴ den jungen Anthropologen Guido Landra⁶⁵ – Faschist, Antisemit und von der arischen Herkunft der Italiener überzeugt – damit, die Grundlagen einer faschistischen Rassenpolitik zu formulieren. Landras Anstrengungen gipfelten in einem „manifesto della razza“, das im Juli als Grundsatzzpapier einer Gruppe faschistischer Wissenschaftler der Öffentlichkeit präsentiert wurde, in wesentlichen Punkten aber die Handschrift Mussolinis trägt⁶⁶. Dieses Dokument ist aus drei Gründen von besonderer Bedeutung: Zum einen fiel seine Ausarbeitung und Veröffentlichung mit der Vorbereitung der antijüdischen Gesetze zusammen, zum zweiten wurde hier das völkisch-biologistische Prinzip zum Leitgedanken eines faschistischen Rassismus und Antisemitismus erhoben, und zum dritten wurden dadurch die faschistischen Positionen in der Rassenfrage mit denen des Nationalsozialismus kompatibel. Das Manifest, das in die Form eines Dekalogs gekleidet war, ging von der natürlichen Ungleichheit und Ungleichwertigkeit der Rassen aus und behauptete, eine wissenschaftliche Ras-

⁶³ Zu den Ereignissen bis zum Erlaß der Rassengesetze vgl. Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 138–150, und De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 235–309.

⁶⁴ Dino Alfieri (1886–1966), faschistischer Politiker und Diplomat, 1929–1932 Staatssekretär im Ministerium für die Korporationen, 1935/36 Staatssekretär im Ministerium für Presse und Propaganda, 1936–1939 Minister für Presse und Propaganda bzw. für Volkskultur, 1939/40 Botschafter am Heiligen Stuhl, 1940–1943 Botschafter in Berlin, Mitglied des faschistischen Großrats, stimmte am 24./25. 7. 1943 gegen Mussolini, Flucht in die Schweiz, 1944 im Prozeß von Verona in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

⁶⁵ Guido Landra (geb. 1913), Anthropologe, seit 1935 Mitglied des PNF, 1938/39 Leiter des Amtes zum Studium des Rassenproblems im Ministerium für Volkskultur, führender Vertreter der Theorie des „nordischen Rassismus“ in Italien.

⁶⁶ Vgl. Kufelke, *Rassenhygiene*, S. 268 f., und Collotti, *Fascismo e gli ebrei*, S. 60 ff. Guido Landra hat in seinem Schreiben an Benito Mussolini vom 27. 9. 1940 die Entstehungsgeschichte des Manifests nochmals aufgerollt; abgedruckt in: *Menzogna della razza*, S. 367 f.

senlehre könne ausschließlich auf biologischen Unterscheidungskriterien beruhen⁶⁷. Es existiere nicht nur eine „razza italiana“, die arischen Ursprungs sei, sondern diese Rasse sei auch seit Jahrtausenden „rein“ geblieben. „Diese althergebrachte Reinheit der Rasse“, so hieß es weiter, „ist der bedeutendste Adelstitel der italienischen Nation.“ Daher müsse man eine Vermischung mit jeder anderen Rasse vermeiden, die nicht europäischen Ursprungs sei. Auch was die Juden anging, bezog das Manifest eindeutig Stellung. „Die Juden gehören nicht zur italienischen Rasse“, konnte man im neunten Abschnitt lesen. Die jüdische Rasse sei nicht europäischen Ursprungs und unterscheide sich grundlegend – „in modo assoluto“ – von den Italienern.

Fast zeitgleich wurde eine Reihe weiterer Maßnahmen antisemitischen Charakters ergriffen. Zu nennen sind hier vor allem der Umbau des Zentralamts für Demographie im Innenministerium zur Generaldirektion für Demographie und Rasse im Juli, die zur zentralen Schaltstelle der faschistischen Rassenpolitik werden sollte, die Gründung der von Telesio Interlandi geleiteten Zeitschrift „La difesa della razza“ als deren offizielles Sprachrohr, die Sonderzählung der Juden zur technischen Vorbereitung der neuen Politik im August und die ersten diskriminierenden Dekrete vom September. Eine königliche Verordnung zum „Schutze der [italienischen] Rasse in der faschistischen Schule“⁶⁸ vom 5. September 1938 zwang alle jüdischen Schüler und Lehrer, die öffentlichen Schulen binnen kurzem zu verlassen. Nur zwei Tage später nahm die faschistische Regierung die ausländischen Juden ins Visier. Diese verloren – wenn sie sich nach 1919 in Italien niedergelassen hatten – die italienische Staatsbürgerschaft und mußten innerhalb von sechs Monaten ausreisen. Diese Maßnahme traf nicht zuletzt zahlreiche deutsche und österreichische Juden auf der Flucht vor den Schergen Hitlers und beendete schlagartig die Tradition großzügiger Asylpolitik, die sich parallel zur Emanzipation der Juden in Italien herausgebildet hatte⁶⁹.

Einen weiteren Meilenstein setzte Anfang Oktober 1938 der faschistische Großrat, das zumindest auf dem Papier zentrale Verfassungsorgan in Mussolinis Herrschaftssystem, mit einer „Erklärung über die Rasse“⁷⁰. Anders als im „manifesto della razza“, das die Judenfrage als einen Punkt unter mehreren behandelte, drehte sich die Erklärung des faschistischen Großrats fast ausschließlich um die Juden, und anders als im Manifest wurde das Vorgehen gegen die Juden nicht primär rassistisch-biologisch, sondern politisch begründet. Das Weltjudentum sei schließlich die Seele des Antifaschismus. Der Kern der Erklärung bestand in einem Katalog diskriminierender Maßnahmen, der vom Veto gegen Eheschließungen bis zu Betätigungsverboten reichte. Immerhin enthielt das Dokument

⁶⁷ Das Dokument trug den offiziellen Titel „Manifesto degli scienziati razzisti“ und ist abgedruckt in: De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 555 f.

⁶⁸ Abgedruckt in: Michele Sarfatti, *Le leggi antiebraiche spiegate agli italiani di oggi*, Turin 2002, S. 75 f.; das im folgenden angesprochene Dekret vom 7. 9. 1938 ist ebenda, S. 74 f., nachzulesen.

⁶⁹ Vgl. Collotti, *Fascismo e gli ebrei*, S. 69. Die entsprechende Verordnung verbot auch den Zuzug ausländischer Juden; der vorübergehende Aufenthalt blieb ihnen aber weiterhin gestattet.

⁷⁰ Abgedruckt in: Ebenda, S. 187–190, und De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 567–575.

auch Ausnahmeregelungen und die Garantie der freien Religionsausübung. Zudem wurde erstmals genauer definiert, wer eigentlich als Jude galt, wobei – im Gegensatz zur politischen Begründung – eindeutig biologische Kriterien zum Tragen kamen. Als Jude war demnach anzusehen, wer, erstens, einen jüdischen Vater und eine jüdische Mutter hatte, und zwar ganz gleich, ob diese getauft waren oder nicht, wer, zweitens, einen jüdischen Vater und eine ausländische Mutter hatte, und wer, drittens, aus einer sogenannten Mischehe stammte, sich aber zum Judentum bekannte. Den Status eines „Mischlings“ gab es im Faschismus nicht. Wer aus einer Mischehe stammte und sich vom Judentum abgewandt hatte, galt als Italiener; hier ging man offenkundig davon aus, daß das italienische Blut stärker sei als das jüdische – „rassische Überlegenheit des italienischen Blutes“ hieß das im Amtsalienisch⁷¹.

Das Gesetz vom 17. November 1938 zum „Schutz der italienischen Rasse“ krönte das Werk der Entrechtung und Erniedrigung, das Anfang des Jahres begonnen worden war, und faßte alle zuvor ergangenen Verordnungen zusammen⁷². Juden durften von nun an nur noch Juden heiraten; bereits bestehende Mischehen sollten annulliert werden, was – nebenbei bemerkt – nicht einmal die Nazis verlangten. Juden durften außerdem nicht mehr in den Streitkräften dienen, und sie mußten das Parteibuch des PNF zurückgeben, das viele aus Begeisterung, manche aber auch nur deshalb erworben hatten, um sich vor Anfeindungen zu schützen. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht schnitt man den Juden die Lebensadern langsam ab: Die Juden mußten den öffentlichen Dienst verlassen, es war ihnen verboten, mehr als 50 Hektar Grund zu besitzen oder größere Firmen zu leiten, um hier nur einige der wichtigsten Bestimmungen zu zitieren, die auf die Marginalisierung der Juden zielten. Dieses Gesetz trat gerade einmal eine Woche nach der „Reichskristallnacht“ in Kraft, die im Großdeutschen Reich über 100 Juden das Leben gekostet hatte. Mussolini hat diese Exzesse denn auch zustimmend kommentiert. „Der Duce“, so heißt es in Cianos Tagebuch, werde „gegenüber den Juden immer aufgebrachter. Er billigt die von den Nazis ergriffenen Abwehrmaßnahmen uneingeschränkt. Er sagt, daß er in einer vergleichbaren Situation noch härter durchgegriffen hätte.“⁷³

Wie schon in der Erklärung des faschistischen Großrats angekündigt, sahen die antisemitischen Gesetze und Verordnungen zahlreiche Ausnahmeregelungen vor,

⁷¹ Michele Sarfatti, *Gli ebrei negli anni del fascismo: vicende, identità, persecuzione*, in: Vivanti (Hrsg.), *Storia d'Italia. Annali*, Bd. XI/2, S. 1623–1764, hier S. 1688; vgl. auch Enzo Collotti, *Die Historiker und die Rassengesetze in Italien*, in: Dipper/Hudemann/Petersen (Hrsg.), *Faschismus und Faschismen*, S. 59–77, hier S. 76.

⁷² Vgl. dazu De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 344–357; der Gesetzestext findet sich in: Ebenda, S. 576–580. Den besten Überblick über die Gesamtheit der antijüdischen Gesetze und Verordnungen und ihre Umsetzung bietet Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 150–199.

⁷³ Ciano, *Diario*, S. 211, Eintrag vom 12. 11. 1938. Auch in der italienischen Presse wurden die Ereignisse der sogenannten Reichskristallnacht positiv kommentiert; vgl. die unveröffentlichte „Master Thesis“ von Hahle Badrnejad-Hahn, *Kulminationspunkte des deutschen Antisemitismus im Spiegel der italienischen Presse von 1933–1938*, Hannover 2004.

die etwa 6500 Juden betrafen⁷⁴. So konnten etwa diejenigen mit milderer Behandlung rechnen, die sich um das Vaterland und um die faschistische Sache verdient gemacht hatten. Das hieß freilich nicht, daß sie aus dem Schneider gewesen wären, da wesentliche Bestimmungen der Rassengesetze wie zum Beispiel der Ausschluß von allen öffentlichen Ämtern, aus dem PNF und aus den Streitkräften auch die Privilegierten unter den italienischen Juden trafen. Dieser Punkt ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil er wiederholt ins Feld geführt worden ist, um die These zu untermauern, daß der faschistische Antisemitismus eher ein spirituelles als ein biologisches Fundament besessen und sich so deutlich vom völkisch-rassistischen NS-Antisemitismus unterschieden habe. Es ist hier nicht der Ort, um auf die verschiedenen Varianten des faschistischen Rassismus einzugehen⁷⁵ und die Richtungskämpfe zwischen Verfechtern völkisch-biologischer oder spirituell-esoterischer Konzepte nachzuzeichnen. In diesem Zusammenhang genügt es, mit Michele Sarfatti darauf hinzuweisen, daß den Rassengesetzen in einem zentralen Punkt, nämlich in der Definition, wer als Jude zu gelten habe, „zweifelsohne ein ‚biologischer Rassismus‘ und kein ‚spiritueller Rassismus‘“ zugrunde gelegen habe. „Und wenn einige Kommentatoren diesem ‚biologischen‘ Ansatz einen ‚spirituellen‘ Anstrich verliehen haben, so war davon nur das äußere Erscheinungsbild des faschistischen Rassismus, nicht aber sein Wesenskern betroffen.“⁷⁶

Nun könnte man einwenden, daß in Italien noch nie etwas so heiß gegessen werden mußte, wie es gekocht worden ist. Dagegen spricht jedoch vor allem die Tatsache, daß das Gesetz vom 17. November 1938 mitnichten den Schlußpunkt der antisemitischen Maßnahmen bildete. Der Katalog diskriminierender Gesetze und Verordnungen wurde im Gegenteil bis 1943 fast im Wochentakt erweitert oder verschärft, und zwar nicht nur von der Regierung in Rom, sondern immer häufiger auch auf Initiative der unteren Verwaltungsebene, also der Kommunen und Provinzen. Hier lieferte man sich schon fast einen Wettbewerb, wie man den Juden das Leben so sauer wie möglich machen konnte⁷⁷. Als Mussolini im Juli 1943 gestürzt wurde, war den Juden so gut wie alles verboten; es gab fast keinen Beruf mehr, den sie legal ausüben durften; Sie durften keine Bücher mehr verkaufen und nicht mehr mit Second-hand-Ware handeln. Der Verkauf von Kinderbekleidung war ihnen ebenso verboten wie der Vertrieb von Spielkarten. Schließlich durften sie auch Bibliotheken und Theater nicht mehr besuchen und keine Brieftauben mehr züchten. Ihre Namen durften nicht einmal mehr in Telefon-

⁷⁴ Vgl. Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 163, und De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 367 f.

⁷⁵ Vgl. hierzu Mauro Raspanti, *I razzismi del fascismo*, in: *Menzogna della razza*, S. 73–89, und Aaron Gillette, *Racial Theories in Fascist Italy*, London/New York 2002.

⁷⁶ Zum Gesamtzusammenhang vgl. Michele Sarfatti, *Grundzüge und Ziele der Judengesetzgebung im faschistischen Italien 1938–1943*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 83 (2003), S. 436–443, hier S. 437, der sich vor allem mit Renzo De Felice auseinandersetzt; das Zitat findet sich auf S. 438.

⁷⁷ Vgl. Collotti, *Fascismo e gli ebrei*, S. 78 f. u. S. 84 ff. Die wichtigsten Maßnahmen und die ihnen zugrundeliegenden Gesetze und Verordnungen hat Sarfatti, *Leggi antiebraiche*, S. 26–43 u. S. 70–73, aufgelistet.

büchern auftauchen, wobei hier hervorzuheben ist, daß diese Schikanen häufig auch für jene Juden galten, die 1938 noch unter bestimmte Ausnahmeregelungen gefallen waren.

In Deutschland klagte man zwar darüber, daß die Rassengesetze nicht kompromißlos genug umgesetzt würden⁷⁸, und tatsächlich drückten Bürokratie und Polizei in vielen Einzelfällen beide Augen zu oder erwiesen sich als käuflich. Das ist aber weniger als die halbe Wahrheit. Wie vor allem die Lokalstudien der letzten Jahre gezeigt haben, kann keine Rede davon sein, daß die antisemitische Politik nicht implementiert oder gar systematisch unterlaufen worden wäre⁷⁹. Die Juden wurden im Gegenteil wirtschaftlich ruiniert und gesellschaftlich isoliert; und wenn sie auch um Leib und Leben (noch) nicht zu fürchten brauchten, so starben sie doch vielfach einen sozialen Tod. Für manche war diese Situation so unerträglich, daß sie Selbstmord begingen oder ihre Heimat verließen. Daher schrumpften die kleinen jüdischen Gemeinden Italiens zusehends. Hatten ihnen im Januar 1938 noch rund 45.000 Mitglieder angehört, so waren es zwei Jahre später nur noch 35.000; im Januar 1943 zählte man nur noch 33.000. Knapp 6000 Juden wählten den Weg in die Emigration, das waren immerhin mehr als zwölf Prozent derer, die im August 1938 erfaßt worden waren⁸⁰. Ihr Weg führte sie vor allem nach Nord- und Süd-Amerika, aber auch nach Palästina, wobei es ihnen das Regime – trotz gegenteiliger Erklärungen – nicht gerade leicht machte, das Land zu verlassen. Wer bei der Ausreise gegen die strengen Vermögens- und Devisenbestimmungen verstieß, mußte in besonders schweren Fällen gar mit der Todesstrafe rechnen⁸¹.

Die antisemitischen Gesetze und Verordnungen wurden ins Werk gesetzt, ohne daß sich nennenswerter Protest oder Widerstand geregt hätte. Die faschistischen Abgeordneten und Senatoren stimmten zu, König Viktor Emanuel III. setzte seine Unterschrift unter die entscheidenden Dokumente⁸², und auch die katholischen Würdenträger riskierten kein offenes Wort, obwohl Papst Pius XI. den völkisch-rassistischen Antisemitismus mehrfach scharf verurteilt hatte⁸³. Im November 1938 setzte sich der Vatikan nicht ohne Erfolg lediglich für die eigene Klientel ein, das heißt für die getauften Juden und die auf sogenannten Mischehen basierenden Familien. Damit folgte der Heilige Stuhl der Generallinie, eigene Interessen zu wahren und völkisch-biologische Positionen als unchristlich zu

⁷⁸ Vgl. Reiner Pommerin, Rassenpolitische Differenzen im Verhältnis der Achse Berlin-Rom 1938–1943, in: VfZ 27 (1979), S. 646–660, hier S. 658.

⁷⁹ Zahlreiche Beispiele finden sich bei Collotti, *Fascismo e gli ebrei*, S. 86–94.

⁸⁰ Vgl. Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 207–211. Die jüdischen Gemeinden litten auch darunter, daß ihnen Tausende von Mitgliedern in aller Form den Rücken kehrten oder sogar zum Katholizismus konvertierten; zudem sank die Geburtenrate.

⁸¹ Vgl. Mario Toscano, *L'emigrazione ebraica italiana dopo il 1938*, in: *Storia contemporanea* 19 (1988), S. 1287–1314, hier S. 1287 u. S. 1291.

⁸² Eine Liste mit den Namen der Verantwortlichen in Staat und Partei findet sich bei Sarfatti, *Leggi antiebraiche*, S. 64–69.

⁸³ Vgl. Giovanni Miccoli, *Santa Sede e Chiesa italiana di fronte alle leggi antiebraiche del 1938*, in: *Studi Storici. Rivista trimestrale dell'Istituto Gramsci* 29 (1988), S. 821–902.

verurteilen, aber Gesetze, die die Minderheit mosaischen Glaubens diskriminierten, ohne Protest hinzunehmen; einige Bestimmungen der Rassengesetze scheinen im Vatikan sogar auf Zustimmung gestoßen zu sein⁸⁴.

Und das Volk? Glaubt man Renzo De Felice, so lehnte die große Mehrheit der Italiener die Judenpolitik ihrer Regierung ab. Die Rassengesetze hätten aller vergifteten Propaganda zum Trotz sogar zu einer Entfremdung zwischen dem Regime Mussolinis und der Bevölkerung geführt⁸⁵. Tatsächlich gab es Italiener, die sich solidarisch zeigten und ihren jüdischen Mitbürgern zur Seite standen. Die faschistische Presse sah sich deshalb wiederholt gezwungen, den „pietismo“, das falsche, frömmelnde Mitleid mit den Juden auf das schärfste zu geißeln. Die römische Zeitung „Il Piccolo“ drohte schon am 21. September 1938 allzu sanftmütigen Zeitgenossen:

„Aber wo werden die armen Juden enden?‘ Was für eine dumme und für uns Faschisten demütigende Frage [...]. In der Hölle, Kameraden, in der Hölle werden eure armen Juden enden, um einen Teil des Bösen zu tilgen, das sie in zwanzig Jahrhunderten in der Welt anzurichten wußten. Und ihr, Kameraden, [werdet] in bester Gesellschaft [mit ihnen gehen].“

Überbewerten darf man solche Ausfälle freilich nicht. Nach allem, was wir wissen, war der militante Antisemitismus in Italien nicht mehrheitsfähig, andererseits fanden aber auch nicht viele den Mut, ihre Ablehnung der Rassengesetze – die im übrigen zumeist mit einer Ablehnung des Faschismus einherging – und ihr Mitgefühl für die drangsaliierten Juden offen zu bekunden. Dazwischen standen diejenigen, die zunächst kaum Interesse an der sogenannten Judenfrage gezeigt hatten und sich nun mit dem staatlich verordneten Antisemitismus der faschistischen Diktatur konfrontiert sahen. Nicht wenige von ihnen ließen sich von der Wucht der faschistischen Propaganda mitreißen oder zumindest soweit einschüchtern, daß sie Kritik – wenn überhaupt – nur hinter vorgehaltener Hand äußerten⁸⁶. Andere, die eigentlich nichts gegen die Juden hatten, witterten in der Kampagne gegen sie ungeahnte Chancen und ließen sich durch die Aussicht auf materiellen Gewinn oder auf eine unverhoffte Karriere korrumpieren. Schließlich winkten Häuser und Grundstücke, bessere Wohnungen, lukrative Geschäfte und beruflicher Aufstieg, wenn man die Juden losgeworden war⁸⁷.

Es gibt keine Hinweise darauf, daß der Kriegseintritt Italiens im Juni 1940 an dieser Situation etwas geändert hätte. Einer immer bösartigeren antisemitischen Propaganda ausgesetzt, nahm man es zumeist schweigend, in vielen Fällen aber auch billigend oder zustimmend zur Kenntnis, daß das Regime den Druck auf

⁸⁴ Vgl. Kertzer, Päpste, S. 382 f.; Miccoli, Santa Sede e Chiesa italiana, S. 883–886, thematisiert freilich auch die kritische Haltung von Pius XI.

⁸⁵ Vgl. De Felice, Storia degli ebrei, S. 309–326, hier insbesondere S. 309 f.; das folgende Zitat nach ebenda, S. 316.

⁸⁶ Vgl. Collotti, Fascismo e gli ebrei, S. 83 f.

⁸⁷ Vgl. Enzo Collotti/Lutz Klinkhammer, Zur Neubewertung des italienischen Faschismus, in: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), S. 286–306, hier S. 295.

die Juden noch einmal erhöhte. Unter dem Vorwand, die öffentliche Sicherheit auch in Kriegszeiten aufrechterhalten zu müssen, verfügte die faschistische Regierung die Internierung oder Verbannung der ausländischen Juden, die das Land noch nicht verlassen hatten⁸⁸. Diese Maßnahme, die im übrigen auch für als gefährlich eingestufte italienische Juden und für Zigeuner⁸⁹ galt, traf insbesondere die aus dem deutschen Machtbereich geflohenen Juden hart, deren Zufluchtland nun endgültig zur Falle zu werden drohte. Im Frühjahr 1943 betrug die Zahl der internierten ausländischen Juden rund 6400, was nach einer Schätzung von Klaus Voigt bezogen auf alle ausländischen Juden, die sich in Italien aufhielten, einem Anteil von mehr als zwei Dritteln entspricht; dazu kamen noch einige hundert italienische Juden, die dem Regime besonders bedrohlich erschienen⁹⁰. Man weiß heute von 51 meist kleineren Lagern, die sich vor allem in Mittel- und Süditalien befanden. Das größte war in Ferramonti di Tarsia in der Provinz Cosenza, fast am äußersten Ende der Stiefelspitze, errichtet worden, wo im August 1943 mehr als 2000 Insassen gezählt wurden⁹¹. Die Verhältnisse in diesen Lagern, die offiziell „campi di concentramento“, also Konzentrationslager, hießen, waren bedrückend; es fehlte an Lebensmitteln, und die sanitären Anlagen waren häufig ein einziger Skandal. Aber es wurde im Zuge der Internierung niemand ermordet; auch Mißhandlungen waren selten. Nivellierende Vergleiche zwischen dem deutschen und italienischen Lagersystem sind daher irreführend und verbieten sich von selbst.

Diese Einsicht wirft die generelle Frage auf, welcher Stellenwert der physischen Gewalt im Rahmen der faschistischen Judenpolitik zukam. Auch hier hält das, was unter faschistischer Herrschaft geschehen ist, keinen Vergleich mit dem blutigen Terror aus, der im Zeichen des Hakenkreuzes schon fast zum Alltag gehörte. Gleichwohl kam es zwischen 1940 und 1943 auch in Italien immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen auf einfache Juden, jüdische Würdenträger oder jüdische Einrichtungen, die meist einem ähnlichen Muster folgten⁹². Stoßtrupps rabiaten Faschisten drangen in jüdische Wohnviertel ein, schlugen einzelne Juden zusammen, plünderten jüdische Geschäfte und vergriffen sich an Synagogen. Im September und Oktober 1941 gab es eine ganze Serie solcher Aktionen, wobei sich der schwerste Zwischenfall in Ferrara ereignete, wo zwei Synagogen verwüstet wurden. Auch in Triest flackerte die Gewalt gegen die jüdische Gemeinde der

⁸⁸ Vgl. hierzu die neue Gesamtdarstellung von Carlo Spartaco Capogreco, *I campi del Duce. L'internamento civile nell'Italia fascista (1940–1943)*, Turin 2004.

⁸⁹ Vgl. Amedeo Osti Guerrazzi, *Il fascismo e gli zingari*, in: *Giornale di storia contemporanea* 7 (2004), S. 25–43, der den Unterschied von Anspruch und Wirklichkeit faschistischer Zigeunerpolitik betont.

⁹⁰ Vgl. Klaus Voigt, *Zuflucht auf Widerruf. Exil in Italien 1933–1945*, Bd. 2, Stuttgart 1993, S. 87, und Collotti, *Fascismo e gli ebrei*, S. 110; eine Liste der italienischen Lager findet sich ebenda, S. 108.

⁹¹ Vgl. Carlo Spartaco Capogreco, *Ferramonti. La vita e gli uomini del più grande campo d'internamento fascista (1940–1945)*, Florenz 1987; zu den Lebensverhältnissen in den Lagern vgl. Voigt, *Zuflucht*, Bd. 2, S. 106–140.

⁹² Vgl. den Überblick bei Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 200–203.

Stadt immer wieder auf; im Juli 1942 verheerte der Mob die Synagoge, beschädigte jüdisches Eigentum und griff jüdische Mitbürger an – auch einzelne Schüsse fielen. Außerhalb Italiens gab es ebenfalls solche Zwischenfälle. Einer der schwersten Übergriffe ereignete sich im kroatischen Split, das unter italienischer Herrschaft stand. Hier wurde im Juni 1942 ein Raub- und Plünderungszug veranstaltet und die Synagoge zerstört. Auch in den nordafrikanischen Kolonien sahen sich die Juden häufig Anfeindungen ausgesetzt. Man verdächtigte sie, mit dem Feind zu paktieren und mit dem Krieg hohe Profite zu machen. Im April 1941 kam es in Bengasi zu Ausschreitungen, die mit der Plünderung jüdischer Geschäfte und dem Tod zweier Juden endeten, die dies zu verhindern versucht hatten. Im Februar 1942 ordnete Mussolini schließlich an, die Juden der Cyrenaika in Lager zu deportieren⁹³. Es gab also bis zum Sturz Mussolinis immer wieder Ansätze zu antisemitischer Gewalt von unten, doch das Regime, das ansonsten den Druck auf die Juden kontinuierlich verstärkte und kaum eine Gelegenheit ausließ, um die Judenfeindschaft im Lande zu schüren, nutzte dieses Potential nicht, um seiner Judenpolitik eine neue, gleichsam nationalsozialistische Qualität zu geben.

Dies zeigte sich auch im Rahmen der einschneidendsten antisemitischen Maßnahme, die der faschistische Staat während des Krieges neben der Internierung der ausländischen und der als gefährlich eingestuften italienischen Juden ergriff. Im Mai 1942 wurden die Juden – Männer wie Frauen – im Alter zwischen 18 und 55 Jahren zur Zwangsarbeit verpflichtet, und zwar auch diejenigen, die aufgrund von Verdiensten für Volk, Partei und Vaterland bisher eine bevorzugte Behandlung genossen hatten. Nach einer von Enzo Collotti zitierten Schätzung sollen im Zuge dieser Aktion immerhin rund 10.000 Juden rekrutiert worden sein⁹⁴. Im Juni 1943 ging die faschistische Regierung noch einen Schritt weiter, als sie beschloß, alle zwischen 1907 und 1925 geborenen Juden ohne Ansehen des Geschlechts in Konzentrationslager einzuweisen und sie dort der Zwangsarbeit zu unterwerfen. Ökonomisch machten diese Maßnahmen wenig Sinn, da es in Italien keinen Mangel an Arbeitskräften gab, sieht man von Landarbeitern und hochspezialisierten Fachleuten einmal ab. Es ging allerdings auch nicht darum, kriegsbedingte Engpässe auszugleichen, sondern die ins Wanken geratene innere Front zu stabilisieren⁹⁵. Die Mobilisierung gegen die Juden als den inneren Feind sollte die Mobilisierung der letzten Kräfte gegen den äußeren Feind erleichtern.

Freilich war Zwangsarbeit in Italien etwas ganz anderes als Zwangsarbeit im deutschen Herrschaftsbereich, wo ein Heer jüdischer Arbeitssklaven buchstäblich zu Tode geschunden wurde. Andererseits darf man nicht übersehen, daß die Entscheidung des Regimes, die arbeitsfähige jüdische Bevölkerung in Konzentrationslager einzuweisen, nur allzu leicht zum Ausgangspunkt einer Reise ohne Wie-

⁹³ Vgl. De Felice, *Ebrei in un paese arabo*, S. 270–277 u. S. 282, Anm. 26 u. Anm. 27.

⁹⁴ Vgl. Collotti, *Fascismo e gli ebrei*, S. 112–117.

⁹⁵ Vgl. Rossella Ropa, *La mobilitazione totale degli ebrei al servizio del lavoro (1943)*, in: Alberto Burgio/Luciano Casali (Hrsg.), *Studi sul razzismo italiano*, Bologna 1996, S. 109–139, hier S. 125 u. S. 138, Anm. 59.

derkehr werden konnte, an deren Ende Auschwitz stand, zumal noch im Juli 1943 Vorbereitungen dazu getroffen wurden, die Insassen des Lagers Ferramonti in die Provinz Bozen zu verlegen⁹⁶. Weshalb? Um sie dem Zugriff der Alliierten zu entziehen, die bereits in Sizilien gelandet waren, oder um sie an die Deutschen auszuliefern? Der Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943 machte solche Pläne zunichte und verhinderte auch die Umsetzung des Projekts, alle erwachsenen Juden zum Zwecke der Zwangsarbeit in Lagern zu konzentrieren.

5. Die Radikalisierung der faschistischen Judenpolitik und ihre Grenzen

Die Frage, woher die antisemitische Politik des faschistischen Regimes ihre innere Dynamik bezog, ist beim gegenwärtigen Stand der Forschung nicht abschließend zu beantworten. Drei Punkte dürften bei der Erklärung dieses Phänomens aber von besonderer Bedeutung sein: Erstens konnte das Regime damit rechnen, daß eine Politik des staatlich verordneten Antisemitismus – sei es aufgrund ideologischer Dispositionen oder handfester materieller Interessen – in der Gesellschaft auf durchaus positive Resonanz stieß⁹⁷. Zweitens suchten die radikalen Kräfte in der faschistischen Partei, die nach 1925 zunehmend an Einfluß verloren hatten, nach neuen Möglichkeiten, um sich zu profilieren. Der Antisemitismus bot ihnen diese Chance in zweierlei Hinsicht: Sie hatten ein Objekt, an dem sie ihre Radikalität unter Beweis stellen konnten, und damit zugleich die Gelegenheit, sich als die wahren Faschisten und die eigentlichen Bündnispartner der Nationalsozialisten zu präsentieren, die ihre italienischen Verbündeten im übrigen durchaus wissen ließen, daß sie den von Mussolini eingeschlagenen Kurs für zu weich hielten⁹⁸. Diese Bemühungen waren, drittens, zumindest partiell von Erfolg gekrönt, weil die faschistische Führungsspitze selbst zunehmend antisemitischer wurde und die Judenfrage innenpolitisch immer ungehemmter instrumentalisierte. Ging es vor dem Kriegseintritt Italiens noch um die Schaffung des neuen Italiens aus dem Geist des Faschismus, so kam seit 1940 ein weiteres Motiv hinzu. Die Juden mußten jetzt vor allem als Sündenbock für alle negativen Entwicklungen herhalten, ganz gleich, ob es sich um Niederlagen auf dem Schlachtfeld oder die heraufziehende Versorgungskrise handelte⁹⁹. Da sich im Laufe des Krieges der Konsens zwischen Führung und Volk aufzulö-

⁹⁶ Vgl. Klaus Voigt, *L'internamento degli immigrati e dei profughi ebrei in Italia (1940–1943)*, in: *Legislazione antiebraica*, S. 57–78, hier S. 69 u. S. 77, Anm. 55; danach auch Carlo Spartaco Capogreco, *I campi di internamento fascisti per gli ebrei (1940–1943)*, in: *Storia contemporanea* 22 (1991), S. 663–682, hier S. 682.

⁹⁷ So hieß es etwa in einer Aktennotiz für Mussolini vom 20. 10. 1941 über die Häufung antisemitischer Zwischenfälle in Turin, die Bevölkerung nehme restriktive Maßnahmen gegen die Juden in der Regel zustimmend auf, in: *Archivio dell'Ufficio Storico dello Stato Maggiore dell' Esercito*, Rom (künftig: AUSSME), H 9/11.

⁹⁸ Zur faschistischen Judenpolitik im Urteil der Verbündeten vgl. Meir Michaelis, *La politica razziale fascista vista da Berlino. L'antisemitismo italiano alla luce di documenti inediti tedeschi (1938–1943)*, in: *Storia contemporanea* 11 (1980), S. 1003–1045.

⁹⁹ Eines der übelsten propagandistischen Machwerke dieses Zuschnitts stammt aus der Feder von Giovanni Preziosi, *Come il giudaismo ha preparato la guerra*, Rom 1940.

sen begann und immer mehr Menschen den Faschismus, ja den „Duce“ persönlich für die Misere verantwortlich machten, wog dieser Punkt besonders schwer¹⁰⁰.

Zieht man eine Bilanz der Jahre zwischen 1938 und 1943, dann wird man feststellen müssen, daß sich der antisemitische Kurs des Regimes Zug um Zug verschärfte. Das Ziel, das Mussolinis Faschisten damit verfolgten, kam nirgendwo deutlicher zum Ausdruck als in dem 1940 ersonnenen Projekt einer „Endlösung“ all'italiana, die darauf hinausgelaufen wäre, die überwiegende Mehrheit der im Königreich lebenden Juden binnen zehn Jahren aus dem Land zu jagen und diejenigen, die in sogenannten Mischehen lebten oder diesen entstammten, gewissermaßen zu arisieren¹⁰¹. So radikal dieser Vorschlag war – schließlich hatte es so etwas seit 400 Jahren nicht mehr gegeben –, neben der „Endlösung“ der Nationalsozialisten nimmt er sich fast harmlos aus. Der italienische Faschismus ging bis 1943 in seiner Judenpolitik sehr weit und setzte eine Gesetzgebung ins Werk, die als „die weltweit härteste“ nach der des Deutschen Reiches gelten muß¹⁰². Anders als der Nationalsozialismus überschritt der Faschismus jedoch niemals die Grenze zum Mord.

Eine Antwort auf die Frage, warum dem so war, muß auf drei Ebenen ansetzen. Mit Blick auf die Sozial- und Mentalitätsgeschichte Deutschlands und Italiens ist zunächst festzuhalten, daß der völkisch-radikale, in letzter Konsequenz auf Vernichtung zielende Antisemitismus südlich der Alpen nur wenige Anhänger gefunden hatte. Gerade dieses Element gehörte aber zu den konstitutiven Elementen der zwischen Krieg und Revolution sozialisierten „Generation des Unbedingten“, die vor allem in der SS bei der Planung und Umsetzung des Völkermordes eine zentrale Rolle spielte¹⁰³. Wenn es in der faschistischen Elite überhaupt einen Gegenpart zu dieser Gruppe gab – die Forschung steht hier erst am Anfang¹⁰⁴ –, so war dieser vergleichsweise klein, ohne institutionellen Rückhalt und nie in der Lage, das Gesetz des Handelns an sich zu reißen. Zu allem bereite Judenhasser vom Schlage eines Giovanni Preziosi, der schließlich die „vollständige Eliminierung“ aller italienischen Juden fordern sollte¹⁰⁵, konnten sich nicht einmal in der eigenen Partei gegen die Kräfte durchsetzen, die sich zwar nicht scheuten, mit aller Härte in Afrika wie in Italien eine Politik der strikten Rassentrennung, der gesellschaftlichen Ächtung und der wirtschaftlichen Ausplünderung durchzu-

¹⁰⁰ Vgl. Renzo De Felice, *Mussolini l'alleato*, Bd. I: *L'Italia in guerra 1940–1943*, Teil 2: *Crisi e agonia del regime*, Turin 1996, S. 826; De Felices Ausführungen, die sich hier auf die Streitkräfte beziehen, lassen sich auch auf andere Bereiche der italienischen Gesellschaft übertragen.

¹⁰¹ Vgl. De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 352–356; der Gesetzentwurf zur „Lösung der Rassenfrage“ vom Oktober 1940 ist abgedruckt in: Ebenda, S. 589 f.

¹⁰² Collotti/Klinkhammer, *Neubewertung*, S. 295.

¹⁰³ Vgl. Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 847–868.

¹⁰⁴ Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Studie von Luca La Rovere, *Storia dei GuF. Organizzazione, politica e miti della gioventù universitaria fascista 1919–1943*, Turin 2003.

¹⁰⁵ Memorandum Giovanni Preziosis für Benito Mussolini vom 31. 1. 1944, abgedruckt in: De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 612–619, hier S. 617.

setzen, denen der Vernichtungsantisemitismus nationalsozialistischer Provenienz aber fremd und unheimlich blieb.

Als Hemmschuh für die radikalen Antisemiten im PNF erwies sich außerdem die Monarchie mit Viktor Emanuel III. an der Spitze, die sich als teilautonome Legitimationsinstanz im faschistischen Staat hatte behaupten können. Daß der tagespolitisch weitgehend an den Rand gedrängte König die Rassengesetze unterzeichnet hatte, widerspricht dem nur auf den ersten Blick, denn es waren die Dynastie und das Königtum als Ganzes, die noch immer als Referenzpunkt des konservativen Italien mit all seinen Wertvorstellungen gelten konnten. Da das Regime Mussolinis auf einem Herrschaftskompromiß zwischen den Faschisten und den alten Eliten beruhte, kam diesem Faktor eine erhebliche Bedeutung zu¹⁰⁶. So konnten sich insbesondere im königlichen Heer, aber auch im diplomatischen Korps Kräfte erhalten, die nicht den faschistischen Grundsätzen, sondern der althergebrachten Tradition gehorchten, dem Königshaus zugetan waren und über einen zuweilen beträchtlichen Aktionsradius verfügten. Für die Judenpolitik des faschistischen Regimes hieß das, daß die radikalen Kräfte im Faschismus nicht nur mit den Gemäßigten in den eigenen Reihen rechnen mußten, sondern auch mit dem monarchistischen Lager, auf dessen Unterstützung Mussolini nicht verzichten zu können glaubte. Für den einzelnen, der in einem konkreten Fall zu entscheiden hatte, wie man mit Juden verfahren sollte, barg diese Konstellation weitreichende Optionen. Man konnte einfach der faschistischen Linie folgen und sogar dem „Duce“ entgegenarbeiten¹⁰⁷, man konnte sich aber auch mit demselben Recht und derselben Legitimation auf den König als Staatsoberhaupt und damit auf den Normenkodex des monarchistisch-konservativen Italien stützen. Wer sich dazu entschloß, verfolgten Juden zu helfen oder seinen Handlungsspielraum zumindest zu ihren Gunsten nutzte, machte sich, mit anderen Worten, nicht automatisch zum Außenseiter.

Das dritte und letzte Argument bezieht sich schließlich auf die Person des Diktators. Für den „Duce“ blieb der Antisemitismus – trotz seiner kontinuierlich wachsenden Abneigung gegen die Juden – immer nur eine Zielgröße unter mehreren, während er in Hitlers Weltanschauung den zentralen Kern bildete. Man mag darüber streiten, wie sehr Hitler den Gang der „Endlösung“ im einzelnen bestimmt hat. Klar ist aber, daß sich die Himmlers und Heydrichs, die Globocniks und Kapplers immer auf die Autorität des „Führers“ und dessen Generalermächtigung zur Judenverfolgung und zum Judenmord berufen konnten. In Italien liegen die Dinge komplizierter. Mussolini äußerte sich widersprüchlich, hielt sich Hintertüren offen und enttäuschte so immer wieder gerade diejenigen, für die Antisemitismus und Judenpolitik nicht Instrument, sondern Selbstzweck war.

¹⁰⁶ Vgl. Hans Woller, Rom, 28. Oktober 1922. Die faschistische Herausforderung, München 1999, S. 36–57.

¹⁰⁷ Der Begriff ist mit Blick auf das Dritte Reich und unter Rückgriff auf eine Äußerung von Werner Willikens geprägt worden von Ian Kershaw, Working towards the Führer. Reflections on the nature of the Hitler dictatorship, in: Ders./Moshe Lewin (Hrsg.), Stalinism and nazism. Dictatorships in comparison, Cambridge u. a. 1997, S. 88–106.

Zugespißt könnte man sagen, daß Mussolini auch auf diesem Feld Antreiber und Bremsen in einer Person gewesen ist, dessen Unterstützung sich die radikalen Antisemiten im PNF nie wirklich sicher sein konnten.

6. Italien und die Juden in den besetzten Gebieten 1940 bis 1943

Mit dem Eintritt Italiens in den Zweiten Weltkrieg und den Erfolgen der Achsenmächte in den Jahren 1940/41 erhöhte sich die Zahl der Juden im italienischen Machtbereich, zu dem nun Teile Südfrankreichs, Jugoslawiens und Griechenlands gehörten, beträchtlich. Es sieht jedoch nicht so aus, als hätte sich die faschistische Führung groß Gedanken über deren Schicksal gemacht. Die Rassengesetze wurden nur auf die annektierten Regionen ausgedehnt¹⁰⁸, ansonsten hatte man offensichtlich andere Sorgen, als sich um die Juden zu kümmern. So ist es auch nicht verwunderlich, daß der Handlungsspielraum vor Ort nicht unerheblich war und daß die Verhaltensmuster etwa gegenüber jüdischen Flüchtlingen aus von deutschen Truppen besetzten Territorien zwischen Aufnahme und Zurückweisung schwankten. Es gab sogar Fälle, in denen lokale italienische Autoritäten Juden aus ihrem Verantwortungsbereich den Deutschen überließen, wie es etwa in Pristina, der Hauptstadt des Kosovo, und in der ukrainischen Industriestadt Rykowo der Fall war¹⁰⁹. Als die deutschen Verbündeten jedoch ab Sommer 1942 immer stärker auf die Auslieferung der Juden in den von Italien besetzten Gebieten drängten, stießen sie häufig auf den aktiven und passiven Widerstand von Diplomaten, Verwaltungsbeamten und Militärs, die mit dieser Angelegenheit zu tun hatten. Historiker wie Jonathan Steinberg sahen darin vorwiegend Akte der Menschlichkeit, die nicht wenigen Juden die Deportation in die Todeslager ersparten¹¹⁰. Die Realität gestaltete sich jedoch erheblich komplexer, wobei es für die Juden – anders als für die Historiker – keinen Unterschied machte, welchen Motiven sie ihre Rettung verdankten.

Neben Mut, Humanität und den Residuen eines Ehrenkodexes aus vorfaschistischer Zeit war viel Korruption im Spiel. Dazu kamen machtpolitische Erwägungen und die wachsende Rivalität zwischen Deutschen und Italienern, deren Bedeutung für den Gang der Ereignisse kaum hoch genug veranschlagt werden kann¹¹¹. Die Juden eigneten sich bestens, um den impertinenten Alliierten aus

¹⁰⁸ Vgl. den Überblick bei Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 203–207.

¹⁰⁹ Zu Pristina vgl. Davide Rodogno, *Il nuovo ordine mediterraneo. Le politiche di occupazione dell'Italia fascista in Europa (1940–1943)*, Turin 2003, S. 459 f.; zu Rykowo vgl. Archivio Centrale dello Stato (Rom), Ministero dell'Interno, Direzione Generale della Pubblica Sicurezza – Divisione Polizia Politica 1927–1944, busta 215, fascicolo 2: Corpo di Spedizione Militare Italiano in Russia, Bericht aus Verona vom 28. 6. 1942.

¹¹⁰ Vgl. Jonathan Steinberg, *Deutsche, Italiener und Juden. Der italienische Widerstand gegen den Holocaust*, Göttingen 2¹⁹⁹⁷, oder Menachem Shelah, *Kroatische Juden zwischen Deutschland und Italien. Die Rolle der italienischen Armee am Beispiel des Generals Giuseppe Amico 1941–1943*, in: VfZ 41 (1993), S. 175–195.

¹¹¹ Vgl. die differenzierte Argumentation in der ausgezeichneten Studie von Rodogno, *Il nuovo ordine mediterraneo*, S. 476–484.

dem Norden eine Lektion zu erteilen, die stets alles besser wußten und es gegenüber ihren italienischen Partnern zumeist an Fingerspitzengefühl fehlen ließen. Überdies war es vor allem den verantwortlichen Generälen nicht entgangen, daß der Stern der Achsenmächte seit Herbst 1942 zu sinken begann. Es konnte sich daher als ein wertvoller Wechsel auf die Zukunft erweisen, sich rechtzeitig von den Deutschen abzusetzen und sich vor allem nicht in ihre Verbrechen verstricken zu lassen, von deren Ausmaß sie zumindest eine ungefähre Vorstellung besaßen.

Die Rolle Mussolinis in diesem Kontext ist noch längst nicht geklärt. Einerseits autorisierte der Diktator durch sein „nulla osta“ die Auslieferung der kroatischen Juden und quittierte Hinweise auf den Holocaust mit zynischen Bemerkungen¹¹², andererseits ließ er die Verantwortlichen vor Ort gewähren, wenn sie den Deutschen Steine in den Weg legten. Es ist nicht zuletzt dieses Lavieren des Diktators, der bewußt oder unbewußt widersprüchliche Signale aussandte, mit dem sich das uneinheitliche Verhalten der italienischen Militärs erklären läßt. Vor allem hohe Offiziere monarchistischer Gesinnung instrumentalisierten diese Diskrepanzen im Sinne der Obstruktion oder griffen wenigstens nachträglich ein, wenn sie von allzu großer Botmäßigkeit ihrer Soldaten gegenüber den Deutschen erfuhren, wie ein Beispiel aus Lemberg zeigt, wo sich ein logistischer Knotenpunkt der im Süden der Ostfront eingesetzten 8. italienischen Armee befand. Dort lieferten im September 1942 Soldaten des königlichen Heeres aus Habgier und ideologischen Motiven eine Gruppe von Juden den deutschen Sicherheitskräften aus. Ihr Wortführer berief sich darauf, nichts anderes getan zu haben als das, was er im Sinne des „Duce“ für seine Pflicht als alter Faschist gehalten habe¹¹³. Die kommandierenden italienischen Offiziere sahen die Sache freilich anders und stellten die Soldaten, die von den Deutschen sogar ausgezeichnet worden waren, unter Arrest. Liest man die Berichte, die im Zuge der Untersuchung dieses Falles verfaßt wurden, so ist der Rekurs auf den zwar vielfach mit Füßen getretenen, aber doch nicht endgültig zerbrochenen Ehrenkodex des königlichen Heeres geradezu mit Händen zu greifen. Von einer „ungehörigen“, ja „verachtenswerten“ Tat ist hier die Rede, und man warf den Verantwortlichen nicht nur vor, das Ver-

¹¹² Der Industrielle Alberto Pirelli vermerkte im November 1942 in seinem Tagebuch, Mussolini habe bezüglich der Juden lediglich bemerkt, die Deutschen schickten sie „in eine andere Welt“, zit. nach Steinberg, *Deutsche, Italiener und Juden*, S. 16. Die Vormerkung des Außenministeriums vom 21. 8. 1942 mit Mussolinis handschriftlicher Notiz ist als Faksimile abgedruckt in: Ebenda, S. 17. Weitere Äußerungen Mussolinis, die nicht gerade davon zeugen, daß der „Duce“ von den Nachrichten aus dem Osten besonders berührt gewesen wäre, hat Bosworth, *Mussolini*, S. 393 f., zusammengetragen.

¹¹³ Eine vollständige Dokumentation des Falles, der viel Staub aufwirbelte, findet sich in: AUSSME, H 1/1-14; vgl. insbesondere Comando Retrovie dell'Est (gez. Brigadegeneral Edoardo Telmon) N°197 Ris. di prot. an den Generalstab des Heeres vom 19. 9. 1942; Generalkommando des XVII. Armeekorps (gez. General Alberto Barbieri) Prot. N. 1709/RD an das Kriegsministerium vom 16. 2. 1943; Unteroffizier Mauro Centrone an Benito Mussolini, undatiert. Vgl. auch Giorgio Rochat, *Leopoli 1942-1943. Militari italiani dinanzi alla Shoà*, in: Liliana Picciotto (Hrsg.), *Saggi sull'ebraismo italiano del Novecento, in onore di Luisella Mortara Ottolenghi*, Rom 2003, S. 384-387.

trauen ihrer Vorgesetzten, sondern auch das der umgehend erschossenen Juden schändlich mißbraucht zu haben. Und obwohl Mussolini persönlich intervenierte, entgingen die Übeltäter einer disziplinarischen Bestrafung nicht.

Aber trotz des aktiven und passiven Widerstandes gegen die deutsche Vernichtungspolitik, der im übrigen in der Kontinuität der antisemitischen Politik Roms stand, die Juden zu entrechten und zu vertreiben, ihnen aber nicht nach dem Leben zu trachten¹¹⁴, machte die Radikalisierung der faschistischen Judenpolitik auch vor den besetzten Gebieten nicht Halt. Maßnahmen wie die statistische Erfassung der Juden und ihre Zusammenfassung in Lagern können als Vorboten einer Auslieferung an die Deutschen und damit als Anzeichen eines weiterreichenden Kurswechsels gedeutet werden. Diese These gewinnt nicht zuletzt dadurch an Gewicht, daß Rom im Juli 1943 die Übergabe der deutschstämmigen Juden anordnete, die sich in der italienischen Besatzungszone in Südost-Frankreich aufhielten. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß diese Entscheidung mit dem Sturz Mussolinis gegenstandslos wurde.

7. Der vergessene Faschismus, die deutsche Besatzungsherrschaft in Italien und die Verfolgung der Juden 1943 bis 1945

Der Fall des „Duce“ am 25. Juli 1943 bedeutete aber mitnichten das Ende des italienischen Faschismus, und er bedeutete auch nicht das Ende der faschistischen Judenpolitik. Allerdings änderte sich im Sommer 1943 das Koordinatensystem grundlegend, von dem diese Politik bislang bestimmt worden war. Die Eckpunkte dieses neuen Systems sind schnell genannt: die Deutschen, die Italien nach der Ankündigung des Waffenstillstands am 8. September besetzt hatten, die Alliierten, die praktisch gleichzeitig bei Salerno und Tarent gelandet waren und sich nun den Weg nach Norden freikämpften, die von der Regierung Pietro Badoglio angeführten postfaschistischen Kräfte im sogenannten Königreich des Südens und die Widerstandsbewegung sowie die von Mussolini nach seiner Befreiung durch ein deutsches Kommandounternehmen ausgerufene *Repubblica Sociale Italiana*¹¹⁵. Gemeinhin gilt die nach einer beschaulichen kleinen Stadt am Gardasee benannte Republik von Salò als bloße Marionette des Dritten Reiches. Lutz Klinkhammer hat jedoch zu Recht darauf hingewiesen, daß der paradoxe Status Italiens als „besetzter Verbündeter“ der neuen faschistischen Regierung eine gewisse Autonomie beließ und der Faschismus der RSI weder ein – mithin ver-

¹¹⁴ Vgl. Michele Sarfatti, *Fascist Italy and German Jews in south-eastern France in July 1943*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 3 (1998), S. 318–328, hier S. 319; das folgende nach ebenda. Vgl. dazu auch Daniel Carpi, *Between Mussolini and Hitler. The Jews and the Italian Authorities in France and Tunisia*, Hanover/London 1994.

¹¹⁵ Grundlegend für die ältere Forschung Frederick William Deakin, *Die brutale Freundschaft. Hitler, Mussolini und der Untergang des italienischen Faschismus*, Zürich 1962; von den neueren Arbeiten unverzichtbar sind Lutz Klinkhammer, *Zwischen Bündnis und Besatzung. Das nationalsozialistische Deutschland und die Republik von Salò 1943–1945*, Tübingen 1993, und Luigi Canapini, *La Repubblica delle Camicie Nere. I combattenti, i politici, gli amministratori, i socializzatori*, Mailand 1999.

nachlässigbares – „marginales Phänomen noch das letzte Aufbäumen eines zum Untergang verurteilten Regimes“ gewesen ist¹¹⁶. Diese Feststellung gilt auch für die Geschichte der Judenverfolgung in Italien zwischen Juli 1943 und Mai 1945. Die Verantwortung für die Ausdehnung des nationalsozialistischen Vernichtungsprogramms auf die Apennin-Halbinsel lag zwar bei niemand anderem als bei Hitler und seinen Schergen, aber die Faschisten von Salò erwiesen sich als effiziente Helfer – und was sie taten, taten sie zumeist aus eigenem Antrieb.

Der Faschismus der RSI war anders als der, den man vor der Auflösung des Machtkartells gekannt hatte, das Mussolini 1922 mit den Führungsschichten des Königreiches geschlossen und das – sehr zum Leidwesen der intransigenten Faschisten vom Schlage eines Farinacci – bis 1943 immer für eine gewisse Mäßigung gesorgt hatte. Er war radikaler, ungehemmter, dem Nationalsozialismus näher, und er war rachsüchtig. Diese Rachsucht bekamen die Abtrünnigen in der eigenen Partei ebenso zu spüren wie die ehemaligen Bündnispartner aus dem Lager der alten Eliten, aber auch die Juden gerieten einmal mehr ins Fadenkreuz der Faschisten, die ihnen nun auch die Verantwortung für den Sturz Mussolinis anlasteten¹¹⁷. Zunächst konnten die von den Fesseln des Zweckbündnisses mit der konservativen Führungsschicht befreiten rabiaten Parteigänger des „Duce“ jedoch kaum Kapital aus ihrer neuen Bewegungsfreiheit schlagen; zu sehr waren sie damit beschäftigt, das Trauma des 25. Juli zu überwinden und eine neue Organisation aufzubauen. Dagegen gingen die Deutschen nach der Besetzung des Landes um so härter gegen die in Italien lebenden Juden vor. Aufgrund der Rücksichten, die sich aus dem „Achsen“-Bündnis ergeben hatten, war Italien bis dahin ein weißer Fleck auf der Landkarte der nationalsozialistischen Vernichtungsplaner gewesen, die aber sofort handelten, als sich nach dem 8. September 1943 die Gelegenheit dazu bot. Die Verhaftungsaktionen und Deportationen setzten – etwa in Südtirol, im Piemont und in Triest – praktisch mit dem Einmarsch der deutschen Truppen ein; am Lago Maggiore kam es bereits Mitte September zu einem regelrechten Massaker an dorthin geflüchteten jüdischen Familien, das die SS-Panzer Grenadierdivision „Leibstandarte Adolf Hitler“ zu verantworten hatte¹¹⁸. Im Oktober und November organisierten die Sicherheitspolizei und der SD unter der Führung des SS-Offiziers Theo Dannecker, eines Emissärs von Adolf Eichmann, „Judenaktionen“ in mehreren großen Städten Mittel- und Norditaliens, von denen der Schlag gegen das jüdische Ghetto in Rom mit mehr als 1200 Verhafteten die spektakulärste war¹¹⁹. Zugleich wurde im Herbst 1943 der deut-

¹¹⁶ Klinkhammer, Bündnis, S. 554–574; das Zitat findet sich auf S. 565.

¹¹⁷ Zum gegen die Juden gerichteten Vorwurf des Verrats und der Verschwörung in der faschistischen Propaganda nach dem 8. 9. 1943 vgl. Amedeo Osti Guerrazzi, „La Repubblica necessaria“. Il fascismo repubblicano a Roma 1943–44, Mailand 2004, S. 55–58.

¹¹⁸ Ein Überblick über die Geschehnisse zwischen September und November 1943 findet sich bei Sarfatti, Ebrei nell'Italia fascista, S. 238–245; zum Massaker am Lago Maggiore vgl. Carlo Gentile, Settembre 1943. Documenti sull'attività della divisione „Leibstandarte-SS Adolf Hitler“ in Piemonte, in: Il presente e la storia 47/48 (1995), S. 75–130, hier insbesondere S. 84 ff.

¹¹⁹ Vgl. Fausto Coen, 16 ottobre 1943. La grande razzia degli ebrei di Roma, Florenz 1993. Von den 1259 am 16. 10. 1943 Verhafteten wurden 1023 nach Auschwitz deportiert; die Zahlen fin-

sche Polizei- und Verfolgungsapparat mit Karl Wolff, dem Höchsten SS- und Polizeiführer, und dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) Wilhelm Harster an der Spitze aufgebaut, dem die zentrale Rolle bei der Verfolgung und Deportation der in Italien lebenden Juden zufallen sollte¹²⁰.

Die Weichen waren also bereits gestellt, als die RSI erste eigenständige Maßnahmen ergriff. Schon das Manifest des neuen Partito Fascista Repubblicano (PFR), das am 14. November 1943 in Verona verkündet wurde, verhiess nur Schlechtes¹²¹. Die Juden wurden gleichsam offiziell aus dem italienischen Volk ausgestoßen und galten fortan als Feinde. Damit verloren sie de facto ihre Staatsangehörigkeit und so auch die letzten Rechte, die ihnen noch verblieben waren. Dies kam einer Kriegserklärung der RSI an die Juden Italiens gleich. Daß es den Faschisten bitter ernst war, zeigte sich nur zwei Wochen später, als Guido Buffarini Guidi, der Innenminister der Republik von Salò¹²², die Einweisung aller Juden in Konzentrationslager verfügte, und zwar unabhängig von Staatsangehörigkeit und früheren Privilegien; das Vermögen und der Besitz der Unglücklichen fielen an den Staat. Obwohl es nicht selten zu Reibereien und Kompetenzkonflikten zwischen deutschen und italienischen Stellen kam, bildete sich seit Dezember 1943 doch eine Art Arbeitsteilung heraus, die im großen und ganzen funktionierte, ohne freilich statisch zu sein. Die vielfach improvisierten faschistischen Sicherheitsorgane spürten die Juden auf und verhafteten sie, wobei die Verbündeten nur allzu oft tatkräftige Hilfe leisteten. Diese Verhaftungen waren nicht selten nur deshalb möglich, weil es genügend Denunzianten gab, die ihre jüdischen Mitbürger aus ideologischen Motiven oder für eine Handvoll Silberlinge verrieten¹²³. Dann wurden die Juden für gewöhnlich in Lager verfrachtet und den Deutschen übergeben, die ihre Deportation in die Todesmühlen organisierten. Die Judenpolitik der RSI war damit keine bloße Fortsetzung dessen, was zwischen 1938 und 1943 geschehen war. Die Faschisten von Salò trieben die Strategie der Entrechtung und Enteignung zwar konsequent weiter¹²⁴, doch dadurch, daß sie die gefangenen Juden den Deutschen gleichsam auf dem Silbertablett servierten,

den sich in dem grundlegenden Werk von Liliana Picciotto, *Il libro della memoria. Gli ebrei deportati dall'Italia (1943–1945)*. Nuova edizione, Mailand 2002, S. 881 f.

¹²⁰ Vgl. dazu Liliana Picciotto Fargion, Italien, in: Benz (Hrsg.), *Dimension*, S. 199–227; zentrale deutsche Schaltstelle der Judenverfolgung war seit Anfang 1944 das auf die Verhaftung und Deportation der Juden spezialisierte Referat der Abteilung IV des in Verona residierenden BdS unter der Leitung von Friedrich Boßhammer.

¹²¹ Vgl. hierzu und zum folgenden Liliana Picciotto Fargion, *The Anti-Jewish Policy of the Italian Social Republic (1943–1945)*, in: *Yad Vashem Studies* 17 (1986), S. 17–49.

¹²² Guido Buffarini Guidi (1895–1945), Jurist und faschistischer Politiker, Anhänger des radikalen Flügels des PNF, Mitglied des faschistischen Großrats, 1933–1943 Staatssekretär im Innenministerium, 1943–1945 Innenminister der RSI, im April 1945 von Partisanen gefangen genommen und hingerichtet.

¹²³ Vgl. Amedeo Osti Guerrazzi, *Kain in Rom. Judenverfolgung und Kollaboration unter deutscher Besatzung 1943/44*, erscheint demnächst in den VfZ.

¹²⁴ Zu den geplanten, gescheiterten und verwirklichten antijüdischen Maßnahmen der RSI im einzelnen vgl. Picciotto Fargion, *Anti-Jewish Policy*, S. 21–39, und De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 446–463.

machten sie sich auch zu Komplizen der nationalsozialistischen Vernichtungsbürokratie und gerieten so in den Bannkreis des Holocaust. Insofern gewann die Judenpolitik der RSI seit Ende 1943 eine neue Qualität¹²⁵.

Insgesamt wurden zwischen 7700 und 7900 Juden verhaftet und deportiert, wenn sie nicht schon zuvor ums Leben gekommen waren. Die meisten Transporte gingen nach Auschwitz, und von dort kehrte kaum jemand in die Heimat zurück. Aufs Ganze gesehen wurden in Italien etwa 20 Prozent der vermutlich rund 43.000 Menschen ermordet, die sich entweder zum Judentum bekannten oder von den Faschisten und Nationalsozialisten zu Juden gemacht worden waren¹²⁶. So furchtbar diese Quote ist, so zeigt doch ein Blick auf Länder wie Frankreich oder Holland, daß es noch viel schlimmer hätte kommen können. Die Gründe dafür, daß in Italien relativ viele Juden überleben konnten, obwohl die Voraussetzungen für die Verfolger auf den ersten Blick günstiger waren als anderswo – schließlich lagen die Namenslisten schon in den Kommunalverwaltungen bereit, und zahlreiche Juden befanden sich bereits in Lagern –, sind vielschichtig. Manche Juden hatten einfach Glück im Unglück, daß man sie vor 1943 tief in den „Mezzogiorno“ geschickt hatte. Das Lager Ferramonti etwa war dem deutschen Zugriff entzogen, weil es südlich von Salerno lag, wo alliierte Truppen im September 1943 gelandet waren. Auch die Tatsache, daß sowohl die Deutschen als auch die Faschisten von Salò ihren Verfolgungsapparat erst aufbauen mußten und so zunächst nur mit begrenzten Kräften operieren konnten, ermöglichte es nicht wenigen, in den bereits befreiten Süden Italiens zu fliehen oder sich in die Schweiz abzusetzen, die sich in diesem Fall ungewöhnlich großzügig zeigte und zwischen 5000 und 6000 jüdische Flüchtlinge aufnahm. Andere gingen zu den Partisanen und verteidigten ihr Leben und ihre Identität mit der Waffe in der Hand¹²⁷. Die meisten verfolgten Juden aber tauchten unter und versteckten sich, so gut sie konnten, wobei ihr Wohl und Wehe oftmals allein vom Mut und der Barmherzigkeit ihrer Mitmenschen abhing. Für viele wurden Einrichtungen der katholischen Kirche zum rettenden Hafen, gegen die aus Rücksicht auf den Papst weder die Faschisten noch die Nationalsozialisten so vorgehen konnten, wie sie es wohl gerne getan hätten. Allein in Rom sollen mehr als 4000 Juden in Klöstern, Pfarrhäusern, Konventen und im Vatikan selbst Zuflucht gefunden haben¹²⁸. Offenkundig halfen aber auch viele einfache Leute, deren Motiv neben Mitleid auch Haß auf die immer brutaler vorgehenden deut-

¹²⁵ Vgl. Picciotto Fargion, *Anti-Jewish Policy*, S. 23, und Collotti, *Fascismo e gli ebrei*, S. 126.

¹²⁶ Vgl. Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 268 f. u. S. 271. Niedrigere Angaben finden sich bei Picciotto Fargion, *Italien*, in: Benz (Hrsg.), *Dimension*, S. 215 f., die jedoch nur die eindeutig identifizierten Personen zählte, während Sarfatti auch 680–880 Deportierte in seine Berechnungen einbezog, deren Identität unbekannt ist. Rund 300 Juden wurden bereits vor der Deportation umgebracht oder verloren aufgrund der Verfolgung ihr Leben. Die Zahl derer, die aus den Todeslagern zurückkehrten, wird mit etwa 820 angegeben.

¹²⁷ Vgl. Sarfatti, *Ebrei nell'Italia fascista*, S. 233; ungefähr 300 Juden wurden jedoch an der Grenze zurückgewiesen; zu den jüdischen Partisanen vgl. ebenda, S. 277 f.

¹²⁸ Vgl. Klinkhammer, *Bündnis*, S. 542; eine Liste mit kirchlichen Einrichtungen, die Juden versteckten, findet sich bei De Felice, *Storia degli ebrei*, S. 628–632.

schen Besatzer gewesen sein dürfte; Bestechung mag ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Wie viele Menschen es waren, auf deren aktive Unterstützung die Juden zählen konnten, ist schwer zu sagen; mehrere Tausend waren es sicherlich. Davon zu sprechen, es habe „eine nahezu nationale Solidarität“ der Italiener mit den „verfolgten jüdischen Landsleuten und Flüchtlingen“ gegeben¹²⁹, ist jedoch übertrieben und verschleiert die Rolle der Faschisten, der Sicherheitsorgane der RSI und der vielen kleinen Denunzianten bei der Umsetzung des nationalsozialistischen Vernichtungsprogramms in Italien, dem erst die alliierten Streitkräfte und die italienische Widerstandsbewegung im April 1945 ein Ende setzten.

8. Faschismus und Nationalsozialismus – Plädoyer für den historischen Vergleich

Über das Wesen des Faschismus ist seit den zwanziger Jahren immer wieder erbittert gestritten worden, ohne daß man sich jedoch darüber einig geworden wäre, wie dieses Phänomen zu charakterisieren sei¹³⁰. Jahrzehntelange Debatten, resümierte MacGregor Knox, hätten nichts anderes hinterlassen als „ein verwüstetes, mit den ausgebrannten, vor sich hin rostenden Wracks gescheiterter Theorien übersätes Schlachtfeld“¹³¹. Insbesondere in der Bundesrepublik, aber auch in Italien gab es eine einflußreiche Strömung der Forschung, die nicht nur die gängigen Faschismus-Theorien verwarf, sondern auch eine mehr als oberflächliche Verwandtschaft der als faschistisch bezeichneten Bewegungen in Abrede stellte. Selbst die Diktaturen Mussolinis und Hitlers, so lautete eines der Verdikte, seien „nach Herkunft, Zielen und Mitteln so verschieden, daß nicht die Ähnlichkeiten, sondern die Eigenarten den wichtigsten Ansatz für jede genauere Erforschung bilden“ müßten¹³².

Derartige Urteile basierten zumeist auf wissenschaftlichen wie außerwissenschaftlichen Überlegungen, das heißt, der Diskurs kreiste nicht nur um die objektiven Schwierigkeiten bei der Erarbeitung einer analytisch brauchbaren, widerspruchsfreien Konzeption, sondern auch um Fragen, die im weiteren Sinne mit der politischen Kultur des Landes zu tun hatten. Es waren insbesondere liberale und konservative Vertreter der Zunft, die hinter den Faschismustheorien ihrer nicht selten von der neomarxistischen Neuen Linken beeinflussten Kollegen den Versuch witterten, auch die auf einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung fußenden parlamentarischen Demokratien der Gegenwart zu delegitimieren. Diese Frontstellung war einer sachlichen Auseinandersetzung alles

¹²⁹ Klinkhammer, Bündnis, S. 542.

¹³⁰ Vgl. die Zusammenfassung bei Stanley Payne, *Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung*, München/Berlin 2001, S. 537–591.

¹³¹ Knox, *Common Destiny*, S. 56.

¹³² Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 6., um bibliographische Ergänzungen erweiterte Aufl. 1979, Einleitung (o.P.); vgl. auch ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen. Um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*, München 1976, S. 13–32.

andere als förderlich¹³³, löste sich die Diskussion doch zunehmend vom eigentlichen Forschungsgegenstand ab und verlor sich in einem fruchtlosen Glasperlenspiel um große, aber letztlich weitgehend inhaltsleere Begriffe. Die italienische Forschung wurde dabei in der Bundesrepublik kaum oder nur verzerrt zur Kenntnis genommen, denn es war fast ausschließlich die Stimme Renzo De Felices, die Gehör fand, und De Felice gehörte nicht zu denjenigen, die viel von vergleichenden Ansätzen, geschweige denn von faschismustheoretischen Konzepten hielten. Die Historiker, die einen generischen Faschismusbegriff ablehnten, führten dabei vor allem drei Wesensmerkmale ins Feld, die nur dem Nationalsozialismus eigen gewesen seien: den Rassismus, die unerhörte Radikalität und den totalitären Grundzug, die in der Diktatur Mussolinis keine Entsprechung gefunden hätten und das NS-Regime „sogar eher in die Nähe des Stalinismus“ rückten¹³⁴.

Nach den hitzigen Debatten der Vergangenheit hat sich die Szenerie in den letzten Jahren verändert. Da die politische Dimension der Auseinandersetzung erheblich an Bedeutung verloren hat, geht man in der deutschsprachigen Historiographie nicht nur unverkrampfter mit dem Faschismusbegriff um, man hat auch die angelsächsische Forschung neu entdeckt, in der das Interesse an theoriegeleiteter Faschismusforschung stets groß gewesen ist¹³⁵. Allerdings geht es dabei – wenn wir recht sehen – weniger um Theoriebildung an sich, als darum, durch vergleichende, theoretische Konzepte aufgreifende, empirische Studien zu einem besseren Verständnis des Phänomens Faschismus zu gelangen, das als solches nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt wird¹³⁶. Dies ist freilich auch einfacher als vor zwanzig Jahren, da die internationale Forschung im allgemeinen und die italienische Geschichtswissenschaft im besonderen beachtliche Fortschritte gemacht hat, so daß wir heute gerade auf den Feldern über neue Einsichten verfügen, die noch Ende der siebziger Jahre benannt worden sind, um einen kategorialen Unterschied zwischen Nationalsozialismus und Faschismus zu begründen.

Was etwa die Charakterisierung des italienischen Faschismus angeht, so fällt es heute um einiges schwerer als früher, die Frage nach dessen totalitärem Charakter überzeugend zu verneinen. Dies ist nicht zuletzt den wegweisenden Studien von Emilio Gentile zu verdanken, der den Faschismus als politische Religion versteht und sich vor allem mit seiner Ideologie, seiner Kultur, dem Mythos des

¹³³ Vgl. Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse. Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte am 24. November 1978, München 1980.

¹³⁴ Bracher, *Deutsche Diktatur*, Einleitung (o.P.).

¹³⁵ Die Fülle an Literatur ist kaum mehr zu überblicken; von den Publikationen der letzten Jahre seien nur genannt Alexander De Grand, *Fascist Italy and Nazi Germany. The „fascist“ style of rule*, London/New York 1995; Roger Griffin (Hrsg.), *International fascism. Theories, causes and the new consensus*, London u. a. 1998; Philip Morgan, *Fascism in Europe 1919–1945*, London u. a. 2003; Robert O. Paxton, *Anatomy of fascism*, New York 2004, sowie die von Roger Griffin ausgelöste Debatte, dokumentiert in: *Erwägen – Wissen – Ethik* 15 (2004), H. 3.

¹³⁶ Vgl. etwa Sven Reichardt, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristismus und in der deutschen SA*, Köln u. a. 2002; so konzipiert ist auch der von Armin Nolzen und Sven Reichardt organisierte Sammelband zur vergleichenden Faschismusforschung, der als Band 21 der Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus erscheinen soll.

„Duce“ und dem „totalitären Experiment einer anthropologischen Revolution“ befaßt hat¹³⁷. Sein Fazit ist eindeutig: Der Faschismus habe sich nicht umsonst als totalitär bezeichnet, es sei Mussolini und seinen Gefolgsleuten bitter ernst mit ihrem Vorsatz gewesen, Italien von Grund auf umzukrempeln – und zwar mit drei Zielen: dissidente Strömungen zum Zwecke der Machtsicherung auszuschalten, so tief wie möglich in alle sozialen Nischen einzudringen und langfristig einen neuen Menschen in einer neuen „kriegerischen Gesellschaft“ heranzubilden. Diese faschistischen Italiener der Zukunft sollten, so Gentile, die „Römer der Moderne“ werden, „eine Rasse neuer Menschen, fähig, in der modernen Welt eine auf dem totalitären Staat basierende imperiale Zivilisation zu schaffen“ und den anderen Staaten Europas so den Weg in die Zukunft zu weisen.

Gentile verschweigt nicht, daß die faschistische Diktatur weit davon entfernt war, diesen hochfliegenden Plänen gerecht zu werden. Die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit konstituierte aber zumal dann keinen grundsätzlichen Einwand gegen die Charakterisierung des italienischen Faschismus als totalitär, wenn man diesen nicht primär als Herrschaftsform, sondern gleichsam als „politisches Labor“ begreife, in dem fortwährend, mit Enthusiasmus und immer wieder neuen Mitteln versucht worden sei, Mussolinis schauerlichen Traum von der „anthropologischen Revolution“ in die Tat umzusetzen. Folgt man den auch international breit rezipierten Thesen Gentiles, verflüchtigen sich die Unterschiede zwischen Faschismus und Nationalsozialismus nicht. Diese bestanden zweifellos, und zwar vor allem, was die Wahl der Mittel zur Implementierung der totalitären Vision, das dabei eingeschlagene Tempo und die Eindringtiefe angeht, die freilich in beiden Fällen noch genauer ausgelotet werden müßte. Es drängt sich aber die Frage auf, ob diese Differenzen gradueller oder prinzipieller Natur gewesen sind und ob die Visionen selbst nicht näher verwandt waren, als man bisher angenommen hat. Damit ist aber auch das Problem neu zu diskutieren, wie hoch das totalitäre Potential des Faschismus insgesamt veranschlagt werden muß und wo die Gründe dafür liegen, daß es nicht vollständig zum Durchbruch kam.

Auch die Radikalität, Brutalität und Gewaltbereitschaft des Faschismus ist zweifellos lange unterschätzt worden – mit allen Folgen, die dies für den Vergleich zwischen der Diktatur Mussolinis und der Diktatur Hitlers haben mußte. Da sich die Geschichtswissenschaft lange Zeit auf die innere Entwicklung Italiens unter der Herrschaft des „Duce“ konzentrierte, blieb unter dem Strich das Ergebnis, daß Mussolini und seine Schwarzhemden nicht zum Mittel des systematischen Terrors gegriffen haben, um ihre Macht zu behaupten. Die faschistischen Kriege änderten an dieser Bewertung wenig, da sie entweder nicht thematisiert oder geradezu verharmlost wurden. Wer wie Angelo Del Boca oder Giorgio Rochat auf

¹³⁷ Aus dem umfangreichen, international vor allem im anglo-amerikanischen Raum rezipierten Werk von Emilio Gentile seien nur folgende Arbeiten zitiert: *Il culto del Littorio. La sacralizzazione della politica nell'Italia fascista*, Rom/Bari 1993; *La via italiana al totalitarismo. Il partito e lo stato nel regime fascista*, Rom 1995; *Fascismo. Storia e interpretazione*; die Zitate finden sich ebenda, S. 235 u. S. 254.

die häßlichen schwarzen Flecken der italienischen Militärgeschichte hinwies¹³⁸, mußte damit rechnen, regelrecht verfeimt zu werden.

In den letzten Jahren hat sich das Blatt jedoch gewendet. Historikerinnen und Historiker der jüngeren Generation haben diese Pionierstudien nicht nur bestätigt und ergänzt, sondern sie haben uns auch nachdrücklich in Erinnerung gerufen, daß das faschistische Italien von Beginn an Krieg führte und dabei zunächst in Libyen und dann Abessinien Mittel einsetzte, die in der Geschichte des Kolonialismus ohne Beispiel sind, ja die in vielem schon die Kriegs- und Vernichtungspraktiken vorweggenommen haben, die dann im Zweiten Weltkrieg zur vollen Entfaltung gelangt sind: Massenumsiedlungen, Repressaltötungen, Konzentrationslager, der kalkulierte Einsatz von Hungersnöten als Instrument der Kriegführung und die gezielte Ausschaltung politisch-kultureller Eliten, vom Einsatz von Giftgas ganz zu schweigen¹³⁹. Der Faschismus zeigte in Afrika sein wahres Gesicht. Von 100.000 Menschen, die 1930 in Lager deportiert wurden, um einem Aufstand in der Cyrenaika seine Basis zu entziehen, kamen bis 1933 rund 40.000 um¹⁴⁰. Wie viele Tote die Eroberung und Besetzung Abessiniens forderte, wird angesichts der schwierigen Quellenlage wohl niemals genau zu ermitteln sein. Man schätzt, daß von 1935 bis 1941 zwischen 350.000 und 760.000 der rund zehn Millionen Einwohner des ostafrikanischen Landes den Folgen von Krieg und Besatzungsherrschaft zum Opfer fielen¹⁴¹, und es gibt durchaus Stimmen, die das italienische Vorgehen in Abessinien als „Genozid“ oder „vergessenen Holocaust“ gebrandmarkt haben¹⁴².

Daß der Faschismus sein gewalttätiges Potential gleichsam exportierte, zeigte sich nach der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs auch auf dem Balkan, wo die italienischen Soldaten unter dem Deckmantel der Partisanenbekämpfung tiefe Spuren der Verwüstung und Vernichtung durch die besetzten oder annektierten Gebiete zogen¹⁴³. Nach Brunello Mantelli, der dieses Thema als einer der ersten

¹³⁸ An dieser Stelle seien nur genannt Giorgio Rochat, *Guerre italiane in Libia e in Etiopia. Studi militari 1921–1939*, Mailand 1991, und Angelo Del Boca (Hrsg.), *I gas di Mussolini. Il fascismo e la guerra d’Etiopia*, Rom 1996.

¹³⁹ Einen fundierten Überblick über die Thematik bietet Angelo Del Boca (Hrsg.), *Le guerre coloniali del fascismo*, Rom/Bari 1991; vgl. auch Alexander De Grand, *Mussolini’s Follies: Fascism in its Imperial and Racist Phase, 1935–1940*, in: *Contemporary European History* 13 (2004), S. 127–147, hier S. 139–142.

¹⁴⁰ Vgl. Angelo Del Boca, *I crimini del colonialismo fascista*, in: Ders. (Hrsg.), *Guerre coloniali*, S. 232–255, hier S. 240 f.

¹⁴¹ Vgl. Mattioli, *Entgrenzte Kriegsgewalt*, S. 311 f.; hier finden sich auch Hinweise zur Verlässlichkeit der Zahlen.

¹⁴² Luciano Canfora, *L’olocausto dimenticato*, in: Jacobelli (Hrsg.), *Fascismo e gli storici*, S. 35 f.

¹⁴³ Über die aktuelle Forschung informiert Brunello Mantelli (Hrsg.), *L’Italia fascista potenza occupante: lo scacchiere balcanico, Triest 2002* (*Qualestoria* 30 (2002) H. 1); zu Griechenland und Jugoslawien überdies Lidia Santarelli, *Il sistema dell’occupazione italiana in Grecia. Aspetti e problemi di ricerca*, in: *Annali. Studi e strumenti di storia contemporanea* 5 (2000), S. 381–407; Brunello Mantelli, *Gli italiani in Jugoslavia 1941–1943: occupazione, politiche persecutorie, crimini di guerra*, in: *Storia e Memoria* 13 (2004), S. 23–37.

aufgegriffen hat, grenzte die italienische Besatzungspolitik in Südost-Europa an „Völkermord“, sie sei „derjenigen des ‚Dritten Reiches‘ in Polen, der Sowjetunion und auf dem Balkan nicht unähnlich“ gewesen¹⁴⁴. Man muß solche Zuspitzungen nicht teilen und wird sie in ihrer Pauschalität vielleicht sogar zurückweisen müssen. Die Fakten sprechen aber für sich und bieten viel Stoff für vergleichende Studien, die auch mit Blick auf den Charakter von Faschismus und Nationalsozialismus neue Einsichten versprechen. Schon jetzt wird man allerdings sagen können, daß es mehr Ähnlichkeiten zwischen den Kriegen Hitlers und denen Mussolinis gibt, als man dies lange Zeit wahrhaben wollte, zumal die neuere Forschung auch die rassistische Motivation der italienischen Kriegführung und Besatzungspolitik herausgearbeitet hat.

Damit hat aber auch der Faktor Rassismus als Unterscheidungskriterium zwischen Faschismus und Nationalsozialismus an Bedeutung verloren. Denn daß der Faschismus rassistisch gewesen ist, läßt sich heute kaum mehr bestreiten, und es wäre tatsächlich ein Wunder gewesen, wenn sich eine Bewegung von der Krankheit des Rassismus hätte freihalten können, die so sehr vom Nationalismus infiziert war wie diejenige Mussolinis¹⁴⁵. Rassismus heißt freilich nicht automatisch Antisemitismus, doch wurden die rassistischen Überzeugungen, die sich zunächst vor allem gegen Slawen und farbige Afrikaner richteten, in den dreißiger Jahren zunehmend antisemitisch aufgeladen. Die judenfeindliche Gesetzgebung von 1938 war das Produkt dieser Radikalisierung, die Entrechtung und Vertreibung der Juden ihre bitterste Konsequenz. Das deutsche Vorbild war dabei vermutlich eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die antisemitische Wende des Faschismus, die ohne starke autochthone Triebkräfte nicht denkbar ist.

Auch hier gilt jedoch die Feststellung, daß Analogien und Konvergenzen die Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Faschismus nicht aufheben. Schließlich war es der NS-Staat, der mit der Ermordung der europäischen Juden ein singuläres Verbrechen ins Werk setzte, während Mussolini und seine Gefolgsleute über ihre Entrechtung, Enteignung und Vertreibung nicht hinausgingen. Für den Historiker verbietet es sich indes, vom Ende her zu denken, und er sollte sich auch hüten, von der Einzigartigkeit eines Verbrechens auf die Einzigartigkeit eines Regimes zu schließen. Die Entwicklung des Antisemitismus und der Judenpolitik hatte in Deutschland wie in Italien prozessualen Charakter. Es ist also künftig in vergleichend oder beziehungsgeschichtlich angelegten Studien zu fragen, inwieweit diese Entwicklung parallel verlief und wann sich die Pfade unwiderruflich

¹⁴⁴ Ders., Die Italiener auf dem Balkan 1941–1943, in: Christof Dipper/Lutz Klinkhammer/Alexander Nützenadel (Hrsg.), Europäische Sozialgeschichte. Festschrift für Wolfgang Schieder, Berlin 2000, S. 57–74, hier S. 72; ähnlich auch Salvatore Lupo, *Il fascismo. La politica in un regime totalitario*, Rom 2000, S. 415.

¹⁴⁵ Vgl. Wolfgang Schieder, Faschismus als Vergangenheit. Streit der Historiker in Italien und Deutschland, in: Walther H. Pehle (Hrsg.), *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen*, Frankfurt a. M. 1990, S. 135–154; Wolfgang Wippermann, War der italienische Faschismus rassistisch? Anmerkungen zur Kritik an der Verwendung eines allgemeinen Faschismusbegriffes, in: Werner Röhr (Hrsg.), *Faschismus und Rassismus. Kontroversen um Ideologie und Opfer*, Berlin 1992, S. 108–122, hier insbesondere das Fazit auf S. 122.

trennten. Es spricht viel dafür, daß dieser Punkt spätestens mit der Verfolgung und Ermordung polnischer Juden 1939/40 erreicht war, als sich im nationalsozialistischen Deutschland ein Vernichtungsantisemitismus Bahn brach, den es südlich der Alpen allenfalls in Ansätzen gab. Diese Erkenntnis sollte uns allerdings nicht dazu verleiten, den italienischen Faschismus auf die leichte Schulter zu nehmen. Denn wenn Karl Dietrich Bracher recht hat mit seiner These, daß die „Geschichte des Nationalsozialismus [...] die Geschichte seiner Unterschätzung“ gewesen sei¹⁴⁶, so trifft dies auf den Faschismus nicht weniger zu.

¹⁴⁶ Karl Dietrich Bracher, *Der Nationalsozialismus in Deutschland. Probleme der Interpretation*, in: Ders./Leo Valiani, *Faschismus und Nationalsozialismus*, Berlin 1991, S. 25–40, hier S. 28.

Paul Reusch, der Vorstandsvorsitzende der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, zählte in der Weimarer Republik zu den politisch aktivsten „Ruhrmagnaten“. Nach 1933 verlor er rasch an Einfluss, wie Peter Langer am Beispiel der zum Imperium der GHH gehörenden größten süddeutschen Zeitung zu zeigen vermag, die binnen weniger Monate auf Linie gebracht wurde. Reusch fügte sich den neuen Machthabern und tat so gut wie nichts, um das Führungspersonal der Zeitung vor dem Zugriff der Nationalsozialisten zu schützen oder ihm wenigstens eine neue berufliche Perspektive zu eröffnen.

Peter Langer

Paul Reusch und die Gleichschaltung der „Münchner Neuesten Nachrichten“ 1933

Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ (MNN) waren Anfang der dreißiger Jahre eine der führenden deutschen Tageszeitungen, von der Auflage her die größte in Süddeutschland. Der Verlag Knorr & Hirth, in dem sie erschienen, befand sich mehrheitlich im Besitz der Gutehoffnungshütte (GHH). Die politische Grundrichtung der MNN lässt sich als konservativ, aber demokratisch und bayerisch-föderalistisch umschreiben. Seit dem Aufkommen der NSDAP stand sie im Dauerkonflikt mit dem „Völkischen Beobachter“. Von der demokratischen Linie ließ sich die Redaktion auch nicht abbringen, als ihr Paul Reusch, der langjährige Vorstandsvorsitzende des GHH-Konzerns, nach einer persönlichen Absprache mit Hitler im Frühjahr 1932 eine Art Burgfrieden mit der NSDAP aufzwingen wollte. Vor diesem Hintergrund konnte es nicht überraschen, dass die neuen Machthaber 1933 alles daran setzten, die lästigen Kritiker in der Redaktion der MNN auszuschalten. Die Gleichschaltung der MNN, vor allem die rüden Methoden diverser NS-Größen bei diesem Vorgang, zwangen Reusch frühzeitig gegenüber dem neuen Regime Stellung zu beziehen.

Das Drama um die „Münchner Neuesten Nachrichten“ lässt sich aus Reuschs Nachlass bis ins Detail rekonstruieren. Ausgewertet wurde vor allem die sehr umfangreiche Korrespondenz von Paul Reusch mit seinem Aufsichtsratsvorsitzenden Karl Haniel, mit den engsten Mitarbeitern im GHH-Konzern bzw. in den Tochterfirmen und dem im März von Hitler entlassenen Reichsbankpräsidenten Hans Luther. Die vergleichsweise spärliche Korrespondenz mit dem Münchner Polizeichef Heinrich Himmler und später mit Hitlers Wirtschaftsberater in der Reichskanzlei Wilhelm Keppler enthält wichtige Einzeldokumente, lässt aber nur sehr indirekt Rückschlüsse zu auf die jeweilige Motivation von Paul Reusch. Für die Jahre 1933/34 sind die Quellen in Reuschs Nachlass politisch noch sehr ergiebig, unter den Bedingungen der Zensur in den späteren Jahren dominieren jedoch, wie nicht anders zu erwarten, politisch unproblematische bzw. rein private Themen.

VfZ 2/2005 © Oldenbourg 2005

Es kann heute als unsrittig gelten, dass erhebliche Teile des deutschen Bürgertums, nach einer kurzen Phase skeptischer Zurückhaltung, bei der Konsolidierung der NS-Diktatur mitarbeiteten. „Alle liberalen Freiheitsrechte wurden verraten, die demokratischen Gleichheitsrechte durch Parteiloyalität ersetzt. Die Kooperation mit dem Regime wurde nicht nur bereitwillig übernommen, sondern ihm sogar beflissen angetragen. Ob Unternehmer oder Manager, ob Arzt, Anwalt oder Ingenieur, Professor oder Lehrer – fast alle fanden sich zur Mitarbeit bereit.“¹ Im voluminösen vierten Band seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ formuliert Hans-Ulrich Wehler an vielen Stellen dieses Verdikt noch härter.² Ausgehend von diesem Gesamtbild kann ein biographischer Zugriff „einige Schlüssel“ für Reuschs „Denken und [...] Engagement in Politik und Wirtschaft“³ liefern, um so Wehlers Urteil zu erhärten und zu vertiefen, vielleicht bei einzelnen Aspekten auch zu differenzieren.

Bei einer hochrangig besetzten Fachtagung über „Unternehmen im Nationalsozialismus“ im alten Verwaltungsgebäude des ehemaligen IG-Farben-Konzerns wurde in vielen Beiträgen auf die Notwendigkeit von Einzelfallstudien zu bestimmten Firmen und Unternehmern hingewiesen.⁴ Während des ganzen Symposions (20. und 21. Juni 1997) war die Frage nach der Verantwortung der Unternehmer präsent. Hans Mommsens Plädoyer, „nicht zu sehr von Schuld und Verantwortung zu reden“⁵, wirkt vor diesem Hintergrund merkwürdig abgehoben. Seine Empfehlung, auf den Begriff „Unternehmer“ zu verzichten und stattdessen vom „Management“ zu sprechen⁶, ist für biographische Studien wenig hilfreich. Zudem enthalten Mommsens eigene Ausführungen über den VW-Konzern implizit eindeutige Wertungen z. B. über die Verstrickung von Ferdinand Porsche in die Aufrüstungspolitik des NS-Regimes⁷. Explizite Wertungen über das Verhalten von Paul Reusch erscheinen mir deshalb nicht nur als legitim, sie sind unvermeidlich.

Ein Gesamtbild der Persönlichkeit und Mentalität des Unternehmers Paul Reusch kann selbstverständlich erst entstehen, wenn sein Verhalten auch in anderen Konflikten mit der NS-Regierung in die Darstellung einbezogen wird. Zwar würde eine umfassende, bis ins Detail auf Quellen gestützte Darstellung seines Handelns den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, einige Entscheidungen bei der

¹ Hans-Ulrich Wehler, *Deutsches Bürgertum nach 1945: Exitus oder Phönix aus der Asche?*, Bochum 2001, S. 10.

² Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. IV: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003, S. 636–637, S. 696 u. S. 718–724.

³ Volker R. Bergahn, Otto A. Friedrich: *Politischer Unternehmer aus der Gummiindustrie und das Amerikanische Modell*, in: Paul Erker/Toni Pierenkemper (Hrsg.), *Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten*, München 1999, S. 194.

⁴ Vgl. Lothar Gall/Manfred Pohl (Hrsg.), *Unternehmen im Nationalsozialismus*, München 1998.

⁵ Hans Mommsen, Podiumsdiskussion, in: *Ebenda*, S. 126.

⁶ *Ebenda*.

⁷ Vgl. Hans Mommsen, *Erfahrungen mit der Geschichte der Volkswagenwerk GmbH im Dritten Reich*, in: Gall/Pohl (Hrsg.), *Unternehmen*, S. 50.

Lenkung des GHH-Konzerns bzw. in der Verbandspolitik müssen aber kurz skizziert werden, weil dadurch Reuschs Agieren in der Affäre um die MNN eher verständlich wird.

Das NS-Regime war anfangs durchaus geneigt, auf Wünsche und Interessen der Industrie Rücksicht zu nehmen; Hitler lag viel an der Unterstützung der Unternehmer für seine Wirtschaftspolitik. Wenn es selbst in späteren Phasen etwa über die Defizit-finanzierte Arbeitsbeschaffung oder über Tempo und Ausgestaltung der Aufrüstung noch offene Konflikte gab, so ist die Vermutung zulässig, dass vor der endgültigen Konsolidierung der Diktatur für einen Großunternehmer wie Reusch noch andere Möglichkeiten als die vollständige Unterwerfung offen standen⁸. Diese Handlungsspielräume auszuleuchten, ist Hauptziel der vorliegenden Arbeit.

Wehler wirft dem Bürgertum, ausdrücklich diesen „Pauschalbegriff“ verwendend, einen „Totalverrat an der Zielutopie der ‚Bürgerlichen Gesellschaft‘“ vor. Er lastet den Unternehmern als Teil dieses Bürgertums ihre „achseltuckende Gleichgültigkeit“ an, mit der sie die Ausschaltung der Juden akzeptierten, die „abstoßende Apathie“, mit der der Terror gegen Sozialdemokraten, Liberale und Demokraten hingenommen wurde. Die Hinnahme dieser Vorgänge – so Wehler – war „symptomatisch für die Zuschauerrolle bei der Destruktion des Rechtsstaates. Ihre Duldung bedeutete, bei diesem Zerstörungswerk aktiv mitzuwirken.“⁹ Ausgehend von dieser harschen Kritik ist zu fragen, was Reusch über den Terror wusste und wie er mit den Opfern der NS-Maßnahmen in seinem unmittelbaren Umfeld umging.

Der wichtigste Teilaspekt dieser Frage ist das Schicksal der Juden: Erkannte Reusch die Gefahr für die jüdischen Mitbürger im Allgemeinen und für seine jüdischen Untergebenen im Besonderen? Setzte er sich für die jüdischen Verfolgten gezielt ein? Paul Reusch legte immer größten Wert darauf, seine Zeitgenossen nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten zu messen¹⁰. Es ist also ganz im Sinne unseres Protagonisten, wenn zunächst ausführlich über seine „Taten“ berichtet wird.

Prolog zur Gleichschaltung der „Münchener Neuesten Nachrichten“

Neben dem nationalistischen „Pressezaren“ Alfred Hugenberg hatten sich in den zwanziger Jahren auch andere Industrielle bei Zeitungsverlagen finanziell engagiert. Die Familie Haniel, Hauptanteilseigner der Gutehoffnungshütte, hatte schon 1920 Anteile am Münchener Zeitungsverlag Knorr & Hirth gekauft, deren wichtigstes Organ die „Münchener Neuesten Nachrichten“ waren. Mitte der zwan-

⁸ Vgl. Richard J. Overy, *War and economy in the Third Reich*, Oxford 1994, S. 2–10 u. S. 131 f.; zur Frage denkbarer Alternativen vgl. auch Henry A. Turner, Jr., *Hitlers Weg zur Macht. Der Januar 1933*, München 1996, S. 228 f., und Richard J. Evans, *The Coming of the Third Reich*, London 2003, S. 443; Evans bezieht sich ausdrücklich auf „fascinating speculations“, in: Turner, *Hitlers Weg zur Macht*, S. 533.

⁹ Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. IV, S. 719 u. S. 718 f.

¹⁰ Reusch an Kötter, 9. 2. 1933, in: Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln (künftig: RWWA), 130-4001012007/16.

ziger Jahre hatte Hugenberg, der auch an Knorr & Hirth beteiligt war, versucht, die MNN seinem Konzern einzuverleiben. In einem jahrelangen, auch vor Gericht ausgetragenen Konflikt gelang es der GHH jedoch, Hugenbergs Zugriff abzuwehren. In einer vom Bergbauverein vermittelten Einigung kaufte die GHH 1928 Hugenbergs Anteile am Verlag Knorr & Hirth; nach einer 1930 notwendig gewordenen Kapitalerhöhung verfügte die GHH über 52,52 Prozent der Anteile des Verlages. Sie hatte für den Erwerb insgesamt 4 657 875 Reichsmark investieren müssen¹¹.

Die politische Linie des Blattes entsprach in der Weimarer Republik weitgehend den Vorstellungen von Paul Reusch. Die MNN waren in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik konservativ, standen entschieden gegen SPD und Gewerkschaften, vertraten gegenüber der Großlandwirtschaft eine konsequent industriefreundliche Richtung und betonten in der Außenpolitik die nationalen Interessen Deutschlands ganz im Sinne der rechtsbürgerlichen Parteien¹². Trotzdem war Paul Reusch in der Ära Brüning zunehmend unzufrieden mit der Richtung der Redaktion. Dies galt vor allem für den Berliner Korrespondenten Otto von Heydebreck¹³.

Die von Reusch deshalb 1932 neu formulierten politischen Richtlinien lösten einen monatelangen Konflikt mit der Redaktion, zum Teil auch mit der Verlagsleitung aus. Die Redaktion setzte sich vor allem deshalb so verbissen zur Wehr, weil Reusch nach seinem persönlichen Arrangement mit Hitler gleichzeitig verlangte, in der täglichen Berichterstattung die Angriffe auf den „Völkischen Beobachter“ und einzelne NS-Politiker einzustellen. Als im Sommer 1932 klar wurde, dass sich Reusch nicht durchsetzen konnte, zog er sich verärgert aus den Presseangelegenheiten zurück¹⁴. Nach Hitlers „Machtergreifung“ kündigte er sogar sein Abonnement der MNN. Er begründete diesen Schritt ausdrücklich mit der Abneigung gegen die politischen und „weltanschaulichen Auffassungen“¹⁵ des Blattes.

Eine andere vom GHH-Konzern kontrollierte Zeitung, der Nürnberger „Fränkische Kurier“, erntete im Gegensatz dazu verhaltenes Lob für die offene Unterstützung der Hitler-Regierung: „Was die Haltung der Zeitung im Wahlkampf betrifft,

¹¹ Einzelheiten bei Paul Hoser, *Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934. Methoden der Pressebeeinflussung*, Teil 2, Frankfurt a. M. u. a. 1990, S. 862–873. Zum Erwerb der Verlagsanteile durch die GHH vgl. auch Kurt Koszyk, *Deutsche Presse 1914–1945*, Berlin 1972, S. 183 ff.

¹² Vgl. die detaillierte inhaltliche Analyse bei Hoser, *Münchner Tagespresse*, S. 733–794; die politische Ausrichtung der MNN wird hier systematisch mit der zum Hugenberg-Konzern gehörenden „München-Augsburger Abendzeitung“ verglichen.

¹³ „Der Hauptverbrecher sitzt in Berlin.“ Zu dieser verbalen Entgleisung ließ er sich als Antwort auf Oswald Spenglers Kritik an den MNN intern hinreißen. Reusch an Spengler, 20. 10. 1931, in: RWWA, 130-400101290/109.

¹⁴ Vgl. Kurt Koszyk, Paul Reusch und die „Münchner Neuesten Nachrichten“. Zum Problem Industrie und Presse in der Endphase der Weimarer Republik, in: VfZ 20 (1972), S. 75–103; jetzt in: Kurt Koszyk, *Publizistik und politische Engagement. Lebensbilder publizistischer Persönlichkeiten*, Münster 1999, S. 250–293.

¹⁵ Reusch an Betz, 10. 2. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7, und Reusch an Haniel, 10. 2. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

so bin ich selbstverständlich damit einverstanden, dass Sie für die gegenwärtige Regierung eintreten, ohne mit ihr durch dick und dünn zu gehen. Die Regierung muss erst beweisen, was sie kann! Es kann nicht schaden, wenn ihr gesagt wird, dass unsere Haltung ihr gegenüber von ihren Taten und nicht von ihren Worten abhängig sein wird. Also: Wohlwollen, aber nicht gar zu viel Begeisterung!“¹⁶ schrieb er am 9. Februar 1933 an Dr. Rudolf Kötter, Hauptschriftleiter des „Fränkischen Kurier“. Nirgends findet sich in Reuschs Korrespondenz eine derart positive Äußerung über eine der Vorgängerregierungen in der Weimarer Republik. Reuschs generelle Skepsis, ja Verachtung gegenüber Politikern schien gegenüber Hitlers „nationaler Regierung“ weniger ausgeprägt.

Reusch kümmerte sich in den dramatischen Februartagen nach Hitlers Ernennung nicht um die politischen Vorgänge in Berlin. In fast schon demonstrativer Manier wickelte er seine geschäftlichen und gesellschaftlichen Termine in Süddeutschland ab und fuhr direkt nach der Sitzung des Verwaltungsrates der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel am 14. Februar 1933 nach Sils Maria im Schweizer Engadin zu seinem alljährlichen Winterurlaub. An der Besprechung Hitlers mit Deutschlands führenden Industriellen am 20. Februar, zu der er eine förmliche Einladung erhalten hatte, nahm Reusch nicht teil. Die Besprechung in Görings Amtssitz endete damit, dass der gleichfalls anwesende ehemalige und künftige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht hohe Beträge als Wahlkampfunterstützung für die NSDAP einsammelte¹⁷. Bergassessor Hermann Kellermann, der Reusch in Oberhausen vertrat, informierte diesen über das Treffen und bat dann noch in einem recht optimistischen Bericht über die wirtschaftliche Lage des GHH-Konzerns um das Einverständnis, die am 20. Februar bei Göring zugesagte Wahlkampfspende überweisen zu können. „Nach Lage der Dinge werden wir ja wohl mitmachen müssen.“¹⁸ Kaum ein Satz charakterisiert treffender die Einstellung, die für die Geschäftspolitik des GHH-Konzerns unter dem NS-Regime bestimmend wurde.

Während Reusch die Ereignisse bis Anfang März aus der Ferne beobachtete, kritisierten die Redakteure einige der ersten Maßnahmen der Hitler-Regierung in den Spalten der MNN, standen dabei aber keineswegs in Fundamentalopposition. So wünschte der Ressortleiter für Innenpolitik Erwein Freiherr von Aretin der neuen Regierung am 31. Januar Erfolg, dann werde „kein Deutscher dem neuen Kabinett den Dank verweigern“¹⁹. Alte Vorbehalte müssten jetzt zurückge-

¹⁶ Reusch an Kötter, 9. 2. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/16.

¹⁷ Zur Einladung und Absage vgl. Büro Reusch an Göring, 17. 2. 1933, in: RWWA, 130-400101293/12. Zum Verlauf dieser Besprechung vgl. Bericht von Blank an Reusch, 21. 2. 1933, veröffentlicht bei Dirk Stegmann, Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933, in: Archiv für Sozialgeschichte 13 (1973), S. 399–482, hier S. 477–480. In der Literatur siehe vor allem Henry A. Turner, Jr., Die Großunternehmen und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S. 392–396. Zu den Vorgängen im Reichsverband der Deutschen Industrie vgl. auch Udo Wengst, Der Reichsverband der Deutschen Industrie in den ersten Monaten des Dritten Reiches. Ein Beitrag zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus, in: VfZ 28 (1980), S. 94–110.

¹⁸ Kellermann an Reusch, 24. 2. 1933, in: RWWA, 130-4001012003/15.

¹⁹ MNN vom 31. 1. 1933, auch zit. bei Ian Kershaw, Hitler 1989–1936, Stuttgart 1998, S. 549.

stellt werden; Aretin gab „der Hoffnung Ausdruck, dass diese Wendung von Dauer sei, und dass die Größe der Aufgabe die neuen Männer herausrisse aus der Enge und der Dumpfheit der Parteien in eine Welt, in der es nur mehr Deutsche gibt und ihre Feinde.“²⁰

Nationale Bekenntnisse dieser Art konnten nicht verhindern, dass Reichsinnenminister Wilhelm Frick am 18. Februar 1933 wegen einer Lappalie ein mehrtägiges Erscheinungsverbot gegen die MNN verhängte, wogegen die bayerische Staatsregierung jedoch erfolgreich das Reichsgericht anrief²¹. Noch ließen sich die Redakteure der MNN nicht einschüchtern: Einen Tag nach Fricks Erlass erschien auf der Titelseite der Wochenendausgabe ein Leitartikel des Chefredakteurs Fritz Büchner unter der Überschrift „Das System“. Er warf den neuen Machthabern vor, dass sie das alte „Parteibuch-Beamtentum“, die „Futterkrippenwirtschaft“ der Sozialdemokraten, nicht abgeschafft hätten, sondern ganz schamlos zu ihrem eigenen Nutzen weiter praktizierten²².

Was waren dies für Persönlichkeiten, die nach Hitlers Machtantritt so deutlich Flagge zeigten? An erster Stelle ist Professor Paul Cossmann zu nennen, seit dem Erwerb der Anteilsmehrheit durch die GHH „Treuhand von Haniel und Reusch“²³ im Verlag Knorr & Hirth und aufgrund dieser Position „geistiger Leiter“²⁴ in der Redaktion der „Münchner Neuesten Nachrichten“. In der Öffentlichkeit trat er jedoch wenig in Erscheinung; eigene Zeitungsartikel verfasste er nicht. Cossmann war jüdischer Abstammung, noch vor dem Ersten Weltkrieg konvertierte er zum Katholizismus. Die Verbindung zu Oswald Spengler brachte den glühenden deutschen Nationalisten in Kontakt zu Paul Reusch. Hatte er Anfang der zwanziger Jahre noch einen eher freundlichen Kurs der MNN gegenüber den Nationalsozialisten durchgesetzt, so stärkte er 1932 der Redaktion den Rücken gegen Reuschs Absicht eines Burgfriedens mit der NSDAP²⁵.

Neben Cossmann genossen Anton Betz als Verlagsdirektor von Knorr & Hirth sowie der Chefredakteur der MNN Fritz Büchner ursprünglich das volle Vertrauen der Anteilseigner. Betz war der Nachfolger von Otto Pflaum, der 1930 verstorben war. Der ehemalige Verlagsdirektor war ebenso wie Cossmann und weitere Redakteure Ziel übler antisemitischer Hetze in der rechtsradikalen Presse geworden²⁶. Betz wurde von den Anteilseignern 1930 mit dem Auftrag eingesetzt,

²⁰ MNN vom 31. 1. 1933, auch zit. bei Norbert Frei/Johannes Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, München 1989, S. 12. Karl Otmar Freiherr v. Aretin, der Sohn des MNN-Redakteurs, weist in einem Schreiben an den Verfasser (vom 9. 7. 2004) darauf hin, dass dieses Zitat nicht den fundamentalen Gegensatz der Überzeugungen zwischen den MNN-Redakteuren und den Nationalsozialisten verwischen dürfe. Diese seien von der „kriminellen Seite der NSDAP, die in München größer war“ als andernorts, überzeugt gewesen.

²¹ Vgl. Norbert Frei, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern*, Stuttgart 1980, S. 38 f., Anm. 21.

²² MNN vom 19. 2. 1933.

²³ Koszyk, *Deutsche Presse*, S. 178.

²⁴ Ebenda, S. 190.

²⁵ Vgl. ebenda, S. 179; Hoser, *Münchner Tagespresse*, Anhang II, S. 1095.

²⁶ Vgl. Koszyk, *Deutsche Presse*, S. 188 f.

den Verlag durch rigorose Sparmaßnahmen zu sanieren, nachdem sich die mit dem Erwerb der Anteile Hugenberg's verknüpften Finanzierungspläne nach Ausbruch der Krise als zu optimistisch erwiesen hatten. Erhebliche Kostensenkungen konnten jedoch die in der Wirtschaftskrise steigenden Verluste nicht ausgleichen. Betz wehrte sich gegen allzu drastische Einschnitte z. B. beim Werbe-Etat, da dies den Lebensnerv der Zeitung, die Auflage, gefährdet hätte, und geriet dadurch in Konflikt mit Reusch, der wenig Verständnis aufbrachte für die Bedingungen, unter denen ein Zeitungsverlag operieren musste²⁷. Im März 1933, als Redaktion und Verlag sich gegen den wachsenden Druck der neuen Machthaber zur Wehr setzen mussten, bekräftigte Reusch gegenüber dem Verlagsdirektor seine „Beastandungen“, verlangte zusätzliche Kostensenkungen und erhöhte damit auch den wirtschaftlichen Druck²⁸.

Schwer einzuordnen ist die Rolle des Freiherrn Franz von Gebstättel, der als Direktor der Süddeutschen Verlagsgesellschaft, einer hundertprozentigen GHH-Tochter, neben Cossmann und Betz ebenfalls die Kapitalinteressen beim Verlag Knorr & Hirth vertrat und 1933 als engste Vertrauensperson²⁹ Paul Reusch über die Vorgänge in München auf dem Laufenden hielt. Gebstättel geriet in einen schweren Interessenkonflikt, als im März 1933 Karl Haniel, der Aufsichtsratsvorsitzende der GHH, in München auftauchte und sich in das Geschehen einschaltete.

Für die Öffentlichkeit prägte Fritz Büchner die politische Linie der Zeitung. Fast täglich erschienen von ihm persönlich unterzeichnete Leitartikel in den MNN. Der mit dem Ritterkreuz (Hohenzollernorden) dekorierte Weltkriegsoffizier und Baltikumskämpfer stand hoch in der Gunst von Paul Reusch. Noch zum Jahreswechsel hatte er ihn, ausdrücklich im Gegensatz zu einigen seiner Mitarbeiter, seiner Wertschätzung versichert³⁰. Am Wahlsonntag, dem 5. März 1933, erschien von Büchner ein Leitartikel, in dem er unmissverständlich die Wahl der rechts-bürgerlichen Parteien empfahl, „die kluge und mutige Art [lobte], in der [der BVP-Führer] Staatsrat Schäffer [...] den monarchischen Gedanken in Bayern verteidigte“ und unter Berufung auf Bismarck das Streben der NSDAP nach „Alleinherrschaft“ kritisierte. Die „Vorherrschaft einer Partei [liege] nicht im Interesse einer gesunden deutschen Entwicklung“³¹. Dieser Kommentar lag eigentlich – abgesehen von der Verbeugung vor den bayerischen Monarchisten – ganz auf der Linie der politischen Überzeugungen von Paul Reusch, er musste aber die Münchner Nationalsozialisten in der aufgeheizten Stimmung des Wahlkampfes bis aufs Blut reizen. Die Pläne zur Wiedereinführung der Monarchie in Bayern, die etwa einem Fritz Schäffer vorschwebten, waren schließlich bewusst gegen die totale Macht der NSDAP konzipiert worden.

²⁷ Vgl. Hoser, *Münchner Tagespresse*, S. 868–876.

²⁸ Reusch an Betz, 3. 3. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

²⁹ Diese Rolle hatte Gebstättel auch aus der Sicht der NS-Regierung; die Kennzeichnung findet sich mehrfach in den Akten des Bayerischen Innenministeriums. Bayrisches Hauptstaatsarchiv (künftig: BayHStA), II Mlnn 74119.

³⁰ Reusch an Büchner, 30. 12. 1932, in: RWWA, 130-4001012007/7.

³¹ MNN vom 5. 3. 1933 (Titelseite).

Der Leiter des Ressorts Inneres Erwein Freiherr von Aretin, langjähriger Vorsitzender des Bayerischen Heimat- und Königsbundes, war dem Protestanten Reusch vermutlich zu katholisch, bayerisch heimatverbunden und monarchistisch eingestellt. Da auch er die Pläne zur Wiedereinführung der Monarchie unterstützte, die der Hitler-Regierung, neben anderen Gründen, als Vorwand für den Staatsstreich in München vom 9. März dienten, richtete sich der Hass der Münchner NSDAP besonders gegen Aretin³².

Staatsstreich in Bayern: Terror gegen eine kritische Zeitung

Am 9. März entmachtete Hitler die Regierung von Heinrich Held und ernannte General Ritter von Epp zum Reichskommissar für Bayern. Chefredakteur Büchner kritisierte diesen Staatsstreich in den MNN mit sehr zurückhaltenden Formulierungen: „Die Autorität des Staates und die innere Sicherheit dieser Autorität ist durch das eingeschlagene Verfahren nicht gestärkt worden. Niemand bestreitet heute den Nationalsozialisten das Recht [...], verantwortlich oder mitverantwortlich zu regieren. Warum man dies heute unbestrittene Recht in Kampfformen erobern will, ist schwer begreiflich.“³³ Durch Sabotage beim Druck wurden einige Passagen dieses Leitartikels in einem Teil der Auflage unleserlich gemacht; trotzdem reagierte die Münchner NSDAP prompt. Auf Kundgebungen drohte man mit der Erstürmung des Verlagsgebäudes.

Reichskommissar Ritter von Epp setzte sofort nach dem Staatsstreich Heinrich Himmler als Polizeipräsidenten von München und Reinhard Heydrich als Leiter des politischen Referates der Münchner Kriminalpolizei ein. Am 1. April wurde Himmler „Politischer Polizeikommandeur“ für ganz Bayern. Himmler und Heydrich nutzten diese bayerische Machtbasis für den innerparteilichen Kampf um die Kontrolle über die Polizei in ganz Deutschland. Himmlers Verbitterung darüber, dass er als treuester „Vasall des Führers“ bei der Verteilung der staatlichen Machtpositionen zunächst leer ausgegangen war, und sein verbissenes Ringen mit dem Erzrivalen Hermann Göring erklären die Härte des Vorgehens gegen Oppositionelle in München³⁴. Die Eingriffe der „Politischen Polizei“ gegen die „Münchner Neuesten Nachrichten“ müssen auch vor diesem Hintergrund gesehen werden.

³² Zur Gedankenwelt der Münchner Redakteure vgl. Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1994, S. 224 f.; zur Kennzeichnung Aretins als „militant-monarchistisch“ vgl. auch Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftsystems in Deutschland 1933/34, Köln/Opladen, 1960, S. 138; zur Rolle Aretins im Bayerischen Heimat- und Königsbund jetzt vor allem Stephan Malinowski, Vom König zum Führer. Sozialer Niedergang und politische Radikalisierung im deutschen Adel zwischen Kaiserreich und NS-Staat, Berlin 2003, S. 374–381.

³³ MNN vom 10. 3. 1933.

³⁴ Zum Machtkampf um die Kontrolle über die Polizei vgl. Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung, S. 138–141; zum Machtkampf innerhalb der NSDAP über die Zuständigkeit für die Presse in Bayern vgl. Frei, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse, S. 41 ff.

Am 13. März wurden Chefredakteur BÜchner, sein Redaktionskollege von Aretin und weitere Verlagsangehörige verhaftet³⁵. Ihre Namen verschwanden sofort aus dem Impressum, davon abgesehen erfuhren die Leser nichts über ihr Schicksal. Nur im Lokalteil fand sich einige Tage später ein winziger Bericht zur „Widerlegung umlaufender Gerüchte“ über Aretin, der eine Erklärung unterschrieben habe, dass er „vollständig gesund und wohlauf“ sei und nicht „den geringsten Grund zur Klage“ habe³⁶. In der Redaktion der MNN übernahmen zwei „Kommissare“ die Macht: Baron Paul Edmund von Hahn, ein freischaffender Journalist und Romancier³⁷, allerdings nur bis zu seiner Verhaftung im Mai, und Leo Hausleiter, der als freier Mitarbeiter der MNN früher von Cossmann protegiert worden war und daher viele Interna kannte. „Er wusste alles, da niemand in ihm den Nazi vermutet hatte, und was er nicht wusste, log er hemmungslos dazu.“³⁸ Seine Informationen nutzte Hausleiter, selbst Mitglied von Himmlers Politischer Polizei, um sofort mit der „Säuberung“ von Verlag und Redaktion zu beginnen: In den Wochen nach dem Staatsstreich wurden sieben Redakteure, außerdem Betz, Cossmann und für kurze Zeit Gebtsattel verhaftet, mindestens 16 weiteren Redakteuren und Mitarbeitern wurde gekündigt³⁹.

Nach der Verhaftung von BÜchner und Aretin empfing Reusch in seinem schwäbischen Refugium, dem Katharinenhof bei Backnang, den geistigen Leiter des Verlages Paul Cossmann, ein Ausdruck ganz besonderer Wertschätzung. Cossmann blieb am 13./14. März über Nacht auf dem Katharinenhof und fuhr am nächsten Tag mit dem Konzernherrn gemeinsam nach München⁴⁰. Bei dieser Gelegenheit erfuhr Reusch zweifellos, was die „Münchener Neuesten Nachrichten“, ihre unabhängig denkenden Redakteure und vor allem Cossmann selbst wegen seiner jüdischen Abstammung von Himmlers Politischer Polizei und von der SA zu erwarten hatten. Die Einladung auf dem Katharinenhof und die gemeinsame Fahrt nach München waren der letzte Kontakt Reuschs zum vormals wichtigsten Vertrauensmann der Anteilseigner im Verlag Knorr & Hirth.

An den beiden Tagen vor dem 13. März 1933 war Reichsbankpräsident Hans Luther Gast auf dem Katharinenhof gewesen. Man darf annehmen, dass dabei auch Luthers Zukunft unter dem NS-Regime Thema der Gespräche war und dass für den Fall seiner Absetzung Absprachen getroffen wurden⁴¹. Am 16. März 1933

³⁵ Gebtsattel an Reusch, 17. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

³⁶ MNN vom 17. 3. 1933.

³⁷ Ausdruck des Misstrauens der Anteilseigner gegen ihn war eine von Reusch veranlasste Anfrage beim Verband des Kurländischen Stammadels über dessen dubioses „Vorleben“; Reusch an Blank, 29. 4. und 3. 5. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

³⁸ Anton Betz, Die Tragödie der Münchener Neuesten Nachrichten 1932/33, in: Journalismus, Bd. 2, hrsg. von Emil Dovifat und Karl Bringmann, Düsseldorf 1961, S. 40; zu von Hahn vgl. ebenda, S. 40 f., Hoser, Münchener Tagespresse S. 876–879, und Haniel an Reusch, 14. 5. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

³⁹ Die Namen und die Umstände der Verhaftungs- und Kündigungswelle bei Hoser, Münchener Tagespresse, S. 1000–1027.

⁴⁰ Reuschs Terminkalender, in: RWWA, 130-400101292/3.

⁴¹ Zu den Terminen vgl. ebenda.

wurde er als Reichsbankpräsident tatsächlich abgelöst. Diese Personalentscheidung war für die Spitzen der Industrie höchst beunruhigend, galt Luther doch als Garant für eine konservative Geld- und Haushaltspolitik. Für Reusch muss dieser Vorgang ein besonders schwerer Schock gewesen sein. Aus Protest legte er einen Tag später seine Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Bank für Internationale Zusammenarbeit nieder, an deren Tagung am 13. März er zusammen mit Luther teilgenommen hatte. Nachdem er am 19. März den Wortlaut von Luthers Rücktrittsschreiben an Hindenburg erhalten hatte, fragte er seinen Freund erstaunt, ob er keinen Wert darauf lege, „dass der Brief im genauen Wortlaut veröffentlicht wird“⁴². Diese Frage deutet darauf hin, dass er zu diesem Zeitpunkt zumindest auf dem Gebiet der Geld- und Währungspolitik den Konflikt mit dem Regime wagen wollte.

Der demonstrative Rücktritt Reuschs von dem wichtigen Posten in Basel war nicht im Sinne des neuen Reichsbankpräsidenten Schacht, der den GHH-Chef aus früherer enger Zusammenarbeit bestens kannte. Er reagierte überrascht und bat Reusch in sehr versöhnlichem Ton, sich die Sache noch einmal zu überlegen⁴³. Schacht, der hier sicher im Einvernehmen mit Hitler handelte, war also offensichtlich daran interessiert, die alten Galionsfiguren der Industrie in die wirtschafts- und finanzpolitischen Strategien des neuen Systems einzubinden. Reuschs Entscheidung schien zunächst jedoch unumstößlich.

Über die gleichzeitigen Vorgänge in München wurde Reusch in einem Schreiben des Geschäftsführers der Süddeutschen Verlagsgesellschaft von Gebstättel am 19. März 1933 informiert. Dieser sah darin nicht „vorübergehende Begleiterscheinungen einer Revolution“, sondern von Anfang an das Bestreben der NSDAP, die größte bayerische Zeitung in die Hand zu bekommen. Die Angriffe gegen Einzelpersonen wie gegen das Gesamtunternehmen seien in der Substanz völlig haltlos. Den Inhaftierten würde ein ordentliches Gerichtsverfahren verweigert, weil dieses „die Unhaltbarkeit der erhobenen Vorwürfe“ sofort erweisen würde. Der Kommissar Hausleiter spiele sich besonders „frech“ auf und beanstande, „dass im Unternehmen zu viele Juden tätig seien“ und dass es „monarchistisch-separatistische Umtriebe“ gebe. Gebstättel meinte, die GHH als größte Anteilseignerin könne diesem Treiben nicht weiter stillschweigend zusehen, da sonst die Gefahr bestehe, „dass das investierte Kapital entwertet wird oder verloren geht“. Reusch persönlich könne möglicherweise in ein schiefes Licht geraten. Gebstättel gab zu bedenken, „ob nicht ein längeres Desinteressement Ihrerseits an dem Unternehmen und an dem Schicksal der Inhaftierten für diese belastend wirkt, da daraus geschlossen werden könnte, dass Sie sich die erhobenen Vorwürfe gewissermaßen zu eigen machen“.

Gebstättel konnte den Vorgängen in München aber auch etwas Positives abgewinnen. Er sah die Chance einer Generalbereinigung des Unternehmens in organisatorischer und personeller Hinsicht; Ziel sollte es sein, den Verlag mit allen seinen Druckerzeugnissen unter einer einheitlichen „straffen Leitung“ zusam-

⁴² Reusch an Luther, 19. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101290/31.

⁴³ Schacht an Reusch, 20. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101290/33a.

menzufassen. „Die Rücksicht auf die Nebenblätter, Eigenmächtigkeiten und Seitensprünge [...] haben sicher dem Hauptblatt oft geschadet; der Mangel an strafbarer Leitung hat die Linie verwischt und die leitenden Schriftleiter verführt, politisch zu philosophieren statt zielbewusst zu handeln.“ Wie weit Gebstättel im Grunde mit dem Gedankengut der NSDAP sympathisierte, setzte er Reusch in entlarvender Manier auseinander: „Die Blätter müssen sich den begrüßenswerten Teil der nationalen Revolution zu eigen machen, der ja nichts anderes ist, als das, wonach sich jeder, der sein deutsches Vaterland liebt, seit jeher gesehnt hat.“ Mit dieser Zielsetzung appellierte er an den GHH-Chef, jetzt in das Geschehen einzugreifen⁴⁴. Der Widerspruch dieser Forderung zu der Behauptung, dass alle Vorwürfe gegen die Inhaftierten völlig haltlos seien, wurde ihm nicht bewusst. Auch Reusch widersprach der Anregung nicht.

Gebstättel fügte seinem Schreiben vom 19. März einen Ausschnitt der MNN vom gleichen Tage bei, in dem Verlagsdirektor Betz und die Mitglieder der Redaktion eine Ehrenerklärung für ihre verhafteten Kollegen abgaben, sich für ihre „nationale Gesinnung“ verbürgten und die im „Völkischen Beobachter“ erhobenen Vorwürfe zurückwiesen. An gleicher Stelle veröffentlichte auch Enoch Freiherr von Guttenberg, als Landesleiter des Bayerischen Heimat- und Königsbundes, einen Brief an den Reichsstatthalter von Epp, in dem er die unwandelbar „deutsche Gesinnung“ Aretins bezeugte⁴⁵. Auch der bayerische Kronprinz bemühte sich um die Freilassung von Aretin und Büchner. Gebstättel verwies kurze Zeit später auf weitere Beispiele prominenter Bayern, die sich in diesen turbulenten Tagen in der Öffentlichkeit kritisch über das Treiben der Nationalsozialisten geäußert hatten, so auf den BVP-Vorsitzenden Fritz Schäffer, mit dem Reusch seit Jahren in engem Kontakt stand⁴⁶. Schäffer tat dies, obwohl er selbst massiven Repressalien ausgesetzt war⁴⁷. In der Öffentlichkeit weithin bekannte Persönlichkeiten, wie Freiherr von Guttenberg z. B., gingen mit ihrer Kritik an einzelnen Maßnahmen offenbar kein persönliches Risiko ein. Deshalb erwartete Gebstättel von dem als unantastbar geltenden Industrie-Magnaten Reusch einen ähnlichen Schritt. Doch dazu konnte sich Reusch nie durchringen. Er kommentierte Gebstättels Berichte mit der Bemerkung, „dass vorläufig kaum daran gedacht werden kann, dass die in Haft befindlichen Herren frei werden“⁴⁸.

Das „Eingreifen“ von Haniel und Reusch

Was die Verlagsgeschäfte anging, ließ Reusch Gebstättel von Berlin aus wissen, dass er nun doch in Erwägung ziehe, persönlich tätig zu werden: „Sie müssen sich aber darüber klar sein, dass ein Eingreifen meiner Person mit dem restlosen

⁴⁴ Alle Zitate in: Gebstättel an Reusch, 19. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁴⁵ MNN vom 19. 3. 1933, Anlage zu: Gebstättel an Reusch, 19. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁴⁶ Gebstättel an Reusch, 19. und 20. 3. 1933, und Reusch an Gebstättel, 21. 3. 1933, in: Ebenda.

⁴⁷ Vgl. Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung, S. 141.

⁴⁸ Reusch an Gebstättel, 21. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

Verschwinden aller bis jetzt maßgebenden Persönlichkeiten gleichbedeutend ist.⁴⁹ Die Diskrepanz zwischen dieser Ankündigung und seinem unter der NS-Herrschaft geschrumpften Einfluss war ihm zu diesem Zeitpunkt noch nicht bewusst. Die Betroffenen – Verlagsdirektor Betz und Professor Cossmann befanden sich noch auf freiem Fuß – erfuhren nichts von dieser Absicht. Betz, der sich in diesen Tagen in einem bizarren Fahnenstreit mit unteren Chargen der Münchner NSDAP herumschlagen musste, erhielt zwar von Reusch telefonisch Rücken- deckung für seinen hinhaltenden Widerstand gegen die zunehmenden Übergriffe⁵⁰. Gleichzeitig bagatellierte Reusch jedoch gegenüber Gebtsattel die Ausmaße des NS-Terrors: „Wenn die Sturm- und Drangperiode hinter uns liegt, wird ja wohl auch die Vernunft sich wieder Durchbruch verschaffen.“⁵¹

Reusch wurde in diesen Tagen durch die dramatischen Vorgänge im Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) in Berlin so stark in Anspruch genommen, dass auch dies ihn hinderte, in München „einzugreifen“. Die durch Luthers Entlassung ausgelösten Schockwellen waren noch nicht abgeklungen, als die Spitzen der deutschen Großindustrie zur Präsidiumssitzung am 23. März 1933, dem Tag der Selbstenmachtung des Reichstages durch das Ermächtigungsgesetz, in Berlin anreisten. In der Sitzung provozierte Fritz Thyssen einen Eklat, als er den langjährigen und allseits geachteten Geschäftsführer Ludwig Kastl, im Weltbild der Nationalsozialisten ein „Nicht-Arier“, wegen seiner Distanz zur neuen Regierung frontal angriff und damit indirekt auch dem RDI-Präsidenten Gustav Krupp schwere Vorwürfe machte, die diese entschieden zurückwies. Mithilfe düsterer Drohungen erzwang Thyssen eine Loyalitätserklärung für Hitler. In dieser angespannten Situation trat Paul Reusch dem RDI-Präsidenten zur Seite und bot als Einziger dem triumphierenden Fritz Thyssen die Stirn: „Herr Reusch bat, die Diskussion nicht fortzusetzen. Wenn Herr Thyssen noch irgendwelche Vorwürfe gegen die Leitung der Geschäftsführung des Reichsverbandes zu erheben hätte, so möge er sie Herrn v. Bohlen unter vier Augen mitteilen. [...] Er bitte deshalb, dass das Präsidium Herrn von Bohlen einstimmig das Vertrauen aussprechen möge. In dieser schweren Zeit sei es nötig, dass das gesamte Präsidium hinter seinem Vorsitzenden stehe. (Bravo, Händeklatschen).“⁵² Der Antrag wurde einstimmig, auch mit der Stimme Thyssens, angenommen. Reuschs energische Intervention macht deutlich, dass Ende März in der Verbandspolitik noch Entscheidungen möglich waren, die den Interessen des NS-Regimes zuwider liefen, und dass es im Kreis der führenden deutschen Industriellen ein Potential für einen unab-

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Vgl. Betz, *Tragödie*, in: *Journalismus*, Bd. 2, S. 37.

⁵¹ Reusch an Gebtsattel, 19. 3. 1933, in: *RWWA*, 130-400101293/3.

⁵² Kastl an Krupp, 27. 3. 1933, Anlage: Niederschrift Kastls über die Präsidiumssitzung des RDI am 23. 3. 1933, in: *Historisches Archiv Krupp*, Essen (künftig: *HA Krupp*), FAH 4 E 885; diese, auch der eigenen Endastung dienende Niederschrift, wird in der Literatur allgemein als zuverlässig akzeptiert und an vielen Stellen zitiert, z.B. bei Gustav Luntowski, *Hitler und die Herren an der Ruhr*, Frankfurt a. M. u. a. 2000, S. 96; Wengst, *Reichsverband*, S. 99; Werner Abelshäuser, *Gustav Krupp und die Gleichschaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie*, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 47 (2002), S. 11.

hängigeren Kurs gab, sofern einer der alten Wortführer die Initiative ergriff. Wie die meisten anderen Großunternehmer schwenkte Reusch jedoch wenige Tage später auf einen Kurs der Anpassung ein.

Was die Probleme seines eigenen Konzerns anging, so zögerte Reusch weiterhin. In München überließ er im März seinem Aufsichtsratsvorsitzenden Haniel, der gleichzeitig Vorsitzender des Beirates beim Verlag Knorr & Hirth war, das Feld. Er gab ihm aber deutlich zu verstehen, wie er nach Gebssattels ausführlichen Berichten das Vorgehen der neuen Machthaber einschätzte und welche Ziele bei den Gegenmaßnahmen für ihn vorrangig waren: „Es unterliegt für mich keinem Zweifel, dass die Verhaftung der Redakteure des Verlages Knorr & Hirth ein ganz anderes Ziel hat, als die in der Haft befindlichen Herrn in den Anklagezustand zu versetzen. Dieses Ziel ist, das Unternehmen entweder kaputtzumachen oder in die Gewalt der regierenden Parteien zu bekommen.“ Die Verwendung des Plurals deutet darauf hin, dass er den Einfluss von Hitlers Koalitionspartnern weit überschätzte; vielleicht vermutete er den erneuten Versuch einer feindlichen Übernahme der MNN durch seinen Intimfeind Hugenberg hinter der ganzen Sache. Den Verlust des investierten Kapitals, das er mit rund 5 Millionen Mark bezifferte, wolle er keinesfalls hinnehmen⁵³.

Haniel versuchte ab dem 19. März, auf sein diplomatisches Geschick vertrauend, mit den NS-Gewaltigen in München ein für die Anteilseigner akzeptables Arrangement zustande zu bringen. Was die verhafteten Redakteure anging, so stellte er sofort klar, dass er sich für Büchners Freilassung einsetzen werde, für Aretin könne er aber nichts tun⁵⁴. Das auch von der Kapitalseite für notwendig gehaltene personelle Revirement war von NS-Kommissar Hausleiter initiiert worden und bereits in vollem Gange. Haniel musste aber bald erfahren, dass von Seiten der Anteilseigner niemand darauf Einfluss nehmen konnte. Hausleiters „Säuberung“ traf im Verlag nicht nur auf Ablehnung, es gab zu viele Nutznießer der Kündigungswelle. Selbst die Rolle von Verlagsdirektor Betz, der Ende März selbst verhaftet wurde, erscheint rückblickend im Zwielficht. Er nannte Gebssattel die Namen derjenigen Mitarbeiter, deren Posten frei würden, sei es, weil sie als Ausländer ausgewiesen würden, sei es, dass sie sich der Verhaftung durch rechtzeitige Flucht entzogen hätten. Es sei seine Absicht, die „frei werdenden Stellen mit Leuten der nationalen Richtung zu besetzen“⁵⁵. Gebssattel war ganz begeistert über die Pläne, zu denen sich Betz nun endlich durchzuringen schien. In seinem Bericht an Reusch erwähnte er nur ganz beiläufig, dass Cossmann auf ihn „einen außerordentlich niedergedrückten und zerquälten Eindruck“ gemacht habe und dass es über die bereits verhafteten Redakteure „nichts Neues zu berichten“ gäbe⁵⁶.

Reusch war mit den Personalplänen von Betz einverstanden, ihm ging das alles aber nicht weit genug. Skeptisch merkte er an, dass die von Betz eingeleiteten

⁵³ Reusch an Haniel, 21. 3. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

⁵⁴ Vgl. Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 37.

⁵⁵ Gebssattel an Reusch, 21. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁵⁶ Ebenda.

Maßnahmen „ihren Zweck nicht erfüllen“ würden⁵⁷. Unterdessen erfuhr er von Gebattel – mit präziser Namensnennung –, wie der Prozess, den die NS-Machthaber „Säuberung“ nannten, weiterging: „Die Flucht semitischer Angehöriger des Hauses K & H scheint anzudauern.“ Einige Angestellte, die sich offiziell krank gemeldet hätten, seien in Wirklichkeit „getürmt“. Die Diktion verrät etwas von der Einstellung Gebattels, der Reusch vor dem Hintergrund dieser Vorfälle erneut drängte, mit seinem persönlichen „Eingreifen“ nicht mehr länger zu warten⁵⁸.

Vorerst aber vertrat weiter Karl Haniel allein in München die Anteilseigner. Dieser wurde am 26. März gemeinsam mit Verlagsdirektor Betz bei den neuen Machthabern vorstellig. Himmler „tobte“ im direkten Gespräch „über die unbeherrschbaren MNN“, was Haniel, der auf Anpassung an die geänderten Verhältnisse setzte, dazu veranlasste, „Fehler“ der Zeitung zuzugeben und zu versprechen, dass die MNN auch mit Hitler als Kanzler „ihre Tradition als Regierungsblatt fortsetzen“ würden. Sie brauche ja nicht unbedingt so zu schreiben wie der „Völkische Beobachter“, ihm schwebte eher vor, dass man sich die Bälle gegenseitig zuspieren werde. Mit SA-Chef Ernst Röhm sprach Haniel alleine, aber Betz konnte vom Vorzimmer aus mithören, wie der Großindustrielle sich anbot: „Wenn es nach ihm und den anderen Industriellen gegangen wäre“, so Betz später in einem Erinnerungsbericht, „hätten die MNN längst auf die nationale Politik umgestellt. Die katholische Linie der MNN passe ihm ganz und gar nicht. Er garantiere mit der Mehrheit des Kapitals dafür, dass dies jetzt anders werde.“ Weder Himmler noch Röhm gaben im Gegenzug verbindliche Zusagen. Haniel schien trotzdem mit dem Erfolg seiner Mission sehr zufrieden, Betz dagegen wurde noch am Abend des gleichen Tages (26. März 1933) in der Redaktion der MNN verhaftet. Im Polizeigefängnis empfing ihn Heydrich, der den Haftbefehl unterschrieben hatte, mit der hämischen Bemerkung, „er freue sich, nunmehr auch den Leithund der schwarzen Herde in seinem Haus zu sehen“⁵⁹. Selbst wenn man in Betracht zieht, dass Betz seine eigene Rolle bei diesen Vorgängen nicht in allen ihren Facetten richtig schildert, so zeigt diese Darstellung doch, wie sehr er sich von den Ruhr-Industriellen im Stich gelassen fühlte⁶⁰.

Wie fest die Partei die MNN bereits am Zügel hatte, erfuhren die Leser schon am 1. April 1933, als die Zeitung serienweise die antisemitischen Pamphlete des von Julius Streicher geleiteten „Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen

⁵⁷ Reusch an Gebattel, 22. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁵⁸ Gebattel an Reusch, 22. 3. 1933, Reusch an Gebattel, 23. 3. 1933, und Gebattel an Reusch, 23. 3. 1933, in: Ebenda.

⁵⁹ Die Darstellung in diesem Absatz folgt Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 38–42, alle Zitate ebenda.

⁶⁰ Betz erinnert sich, ihm sei „über den Erklärungen Haniels übel geworden“, in: Ebenda, S. 39; in einem internen Vermerk des Bayerischen Innenministeriums vom Sept. 1933 heißt es dagegen, Betz sei nach der Unterredung mit den Münchner NS-Gewaltigen „stark beruhigt“ gewesen, „Betrifft: Knorr & Hirth G.m.b.H. in München“ (13 Seiten, ohne Vf., Unterschrift und Datum, aufgrund inhaltlicher Kriterien auf ca. September 1933 zu datieren), Blatt V, in: BayHStA, II MInn 74119.

Greuel- und Boykotthetze“ auf der Titelseite abdruckte⁶¹. Reusch fand die Nachrichten aus München „nicht gerade beruhigend“⁶², und er konnte sich in seinen Befürchtungen durch einen sechsseitigen Lagebericht von Gebstättel vom 29. März bestätigt fühlen.

Gebstättel war die Situation nach Betz' Verhaftung jetzt „überaus peinlich“. Diesen schockierenden Vorgang nahm er zum Anlass, seine schon früher geäußerte Einschätzung zu bekräftigen: Den neuen Machthabern gehe es nur darum, den gesamten Zeitungsverlag vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen, so dass „den Eigentümern nurmehr das Vergnügen bleibt, die finanzielle Grundlage des Unternehmens darzustellen“. Jetzt müsse Reusch „mit Herrn Hitler in Verbindung treten und ihm klar machen, dass es sich hier um ein in seiner Majorität der GHH gehöriges Unternehmen handelt, dass die Reorganisation unter [Reuschs] Leitung vor sich gehe und dass daher jeder andere die Finger von der Firma lassen möge“.

Ein vernichtendes Bild zeichnet Reuschs Vertrauensmann von Karl Haniel, der sich vor allem von dem Wunsch leiten lasse, ein „Eingreifen“ von Reusch zu verhindern. Haniel habe sogar versucht, die Berichterstattung an Reusch zu beeinflussen. Dabei seien Dinge vorgefallen, „die unendlich peinlich“ seien. Kaum weniger peinlich wirkt allerdings die Ergebnisadresse, in die sich Freiherr von Gebstättel schließlich hineinsteigerte: „Wenn ich auch menschlich volles Verständnis für Herrn Haniel habe und fühle, welcher [sic] Schlag ein Eingreifen Ihrerseits für ihn bedeuten würde, ich kann nur einem Herrn dienen und erkenne nur eine Pflicht. [...] Ich bin der Überzeugung, dass eine gedeihliche Entwicklung nur dann zu erwarten ist, wenn sie von Ihrer Autorität gestützt wird. Wenn ich das ausspreche, so weiß ich, dass dies den Wünschen von Herrn Haniel diametral entgegengesetzt ist, ich kann aber kein Heil für das Unternehmen sehen, wenn er dauernd allein hier tätig ist.“

Ganz am Ende seines Berichts kam Gebstättel noch einmal auf die „erschütternde Tragik“ der Lage Cossmanns und der Verhafteten insgesamt zu sprechen. Für absehbare Zeit sah er keine Chance für eine Freilassung⁶³. Sein Bedauern darf freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass der „Nichtarier“ Cossmann auch bei den Kapitalvertretern auf der Abschussliste stand. Haniel war der Meinung, so Gebstättel an Reusch, Cossmann müsse verschwinden, denn er habe es immer abgelehnt, „den leitenden Schriftleitern strikte Weisungen zu geben, er habe den Standpunkt vertreten, die Herren müssten nach ihrem Gewissen schreiben, da könne man ihnen keine Vorschriften machen“⁶⁴. Gebstättel nannte auch Verlagsdirektor Betz als Mitstreiter für diese Art von „Reorganisation“. Dieser habe gemeinsam mit Haniel nach einem Weg gesucht, Cossmann loszuwerden. Dafür „müsse sich [...] eben die richtige Form finden lassen“⁶⁵. Cossmann wurde wenig später „in Urlaub“ geschickt.

⁶¹ MNN vom 1. 4. 1933.

⁶² Reusch an Gebstättel, 29. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁶³ Alle Zitate in: Gebstättel an Reusch, 29. 3. 1933, in: Ebenda.

⁶⁴ Gebstättel an Reusch, 27. 3. 1933, in: Ebenda.

⁶⁵ Ebenda.

Zwei Tage nach seinem Bericht vom 29. März 1933 konnte Gebattel zumindest die Freilassung des Chefredakteurs Büchner melden, die allerdings mit der Auflage verbunden war, sich nicht mehr im Verlag zu betätigen. Gleichzeitig gingen die Kündigungen weiter; betroffen davon waren vor allem jüdische Mitarbeiter, „deren Entlassung zum Teil bereits Dr. Betz seit längerem vorgesehen hatte“⁶⁶.

Bereits einen Tag später wiederholte Gebattel seinen schon mehrfach geäußerten Appell an Reusch: Das Haus brauche eine „autoritäre Führung“, allerdings nicht, um gegen die NS-Regierung zu opponieren. „Meiner Ansicht nach handelt es sich darum, das Haus scharf auf die Richtung der nationalen Regierung einzustellen, aber selbst Herr im Haus zu bleiben.“ Haniel könne dies nicht bewerkstelligen. „Es muss von Herrn Hitler die Zusage erreicht werden, dass das Unternehmen unangetastet bleibt und dass das Eintreten Ihrer Person Gewähr genug ist, einen Einsatz der Kräfte des Hauses im Sinne der nationalen Erhebung zu gewährleisten.“⁶⁷ Es ist bemerkenswert, wie Reusch von einem engen Vertrauten beurteilt wurde. Aber Reusch hatte längst nicht mehr den politischen Einfluss, um – wie ein Jahr zuvor – einen persönlichen Pakt mit Hitler schließen zu können, selbst wenn er das gewollt hätte.

Anfang April erhöhte die NSDAP den Druck nicht nur auf die Redaktion der MNN, sondern auf den ganzen Verlag Knorr & Hirth, obwohl dessen Führung längst willfährig das Geschäft der Machthaber besorgte. Gebattel berichtete am 1. April zum letzten Mal, am 2. April wurde der Freiherr verhaftet⁶⁸. Gebattels Frau übermittelte Reusch die Bitte ihres Mannes, sich an Ort und Stelle ein Bild von der Lage zu machen, und forderte ihn auf, sich persönlich für die Freilassung ihres Mannes einzusetzen⁶⁹. Zwar flüchtete sich Reusch in seiner Antwort in die Ausrede, dass er auf „die dringende Bitte“ Haniels nicht nach München gekommen sei, da durch seine Anwesenheit „die Verhandlungen nur eine Störung erfahren dürften und er [Haniel] wohl selbst fürchtete, im Falle [von Reuschs] Anwesenheit in München das gleiche Schicksal zu erleiden, das Ihrem Manne widerfuhr“⁷⁰. Dann drückte er Frau Gebattel gegenüber seine tiefe Betroffenheit aus und versprach, für die Freilassung ihres Mannes alles zu tun, was in seiner Macht stehe. Dieses Versprechen war weit mehr als die Gesten, zu denen sich Reusch gegenüber den anderen Verhafteten und deren Angehörigen durchringen würde. Gebattels Verhaftung und die folgende Beschlagnahme der Verlagsanteile am 5. April 1933 ließen ihm nun keine Wahl mehr, als persönlich „einzugreifen“.

⁶⁶ Gebattel an Reusch, 31. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

⁶⁷ Gebattel an Reusch, 1. 4. 1933, in: Ebenda.

⁶⁸ Nach einem internen Bericht des Bayerischen Innenministeriums vom September 1933 in Himmlers Vorzimmer anlässlich eines Treffens mit dem SS-Führer, an dem auch Haniel und von Hahn teilnahmen, wie Anm. 60, Blatt VII, in: BayHStA, II MInn 74119; vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, S. 876 f.

⁶⁹ Theresia Freifrau von Gebattel an Reusch, 10. 4. 1933 (Eingang GHH), in: RWWA, 130-400101293/3.

⁷⁰ Reusch an Freifrau von Gebattel, 10. 4. 1933, in: Ebenda.

Die entscheidende Zäsur: Putsch im Reichsverband der Deutschen Industrie

Für Reusch brachten die ersten Apriltage die eigentliche Zäsur in seinem Verhalten gegenüber der neuen Regierung. Sein Sinneswandel manifestierte sich einerseits in dem Einschwenken auf einen Kurs vollständiger Anpassung in der Verbandspolitik, andererseits in der Aufnahme direkter Verhandlungen mit dem Münchner Polizeipräsidenten Himmler über die Verlagsanteile der GHF. Auslösendes Ereignis dafür war zweifellos der Putsch im Reichsverband der Deutschen Industrie.

Am 1. April, als der Straßenterror im Boykott gegen jüdische Geschäfte einen ersten Höhepunkt erreichte, erschien der Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP Otto Wagener in der Berliner Geschäftsstelle des RDI und verlangte ultimativ den Rücktritt des Geschäftsführers Kastl und aller anderen jüdischen Mitglieder des Präsidiums und der Geschäftsführung. Für den Fall, dass seine Forderungen nicht erfüllt würden, drohte er unverblümt mit „Unannehmlichkeiten“, was an diesem Tag nur das Eindringen randalierender SA-Trupps bedeuten konnte⁷¹. Prominentester „Nichtarier“ im Präsidium war Paul Silverberg, mit dem Reusch seit vielen Jahren freundschaftliche Kontakte pflegte. Neben dem prominenten Braunkohlenindustriellen mussten fünf weitere jüdische Unternehmer aus dem Präsidium und drei führende Mitarbeiter aus der Geschäftsführung ausscheiden. Wagens Aktion war offensichtlich im Auftrag Hitlers und mit Wissen der Thyssen-Gruppe geschickt eingefädelt worden. Der RDI-Vorsitzende Krupp befand sich nämlich mit seinem Stellvertreter Carl-Friedrich von Siemens zum selben Zeitpunkt am 1. April in der Reichskanzlei, wo sie mit Hitler über die von Thyssen am 23. März im Präsidium aufgeworfenen Fragen verhandeln wollten⁷².

Krupp steuerte danach „einen Kurs der Anpassung, um den Reichsverband als Organisation zu erhalten und ihm den gebührenden Platz im Wirtschaftsaufbau des Dritten Reiches zu sichern“⁷³. Er widersprach nicht, als bei der außerordentlichen Präsidiumssitzung am 6. April die von Wagener diktierete „Vereinfachung und Umgestaltung der Organisation“ des RDI beschlossen wurde, vielleicht auch deshalb, weil man ihn als Vorsitzenden gleichzeitig ermächtigte, mit Hitler „Führung“ zu halten⁷⁴. Dieser Kurs beruhte keineswegs auf dem vollständigen Konsens im Präsidium; in der Sitzung wurde Kritik an den NS-Aktionen in der Geschäftsführung und an Krupps Haltung gegenüber Wagens Diktat geäußert. Selbst

⁷¹ Aktennotiz über eine „Besprechung“ bei der Geschäftsführung des RDI, 1. 4. 1933, in: HA Krupp, FAH 4 E 193.

⁷² Vgl. Reinhard Neebe, *Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik*, Göttingen 1981, S. 182–185; Luntowski, *Herren an der Ruhr*, S. 97–100.

⁷³ Wengst, *Reichsverband*, S. 103; vgl. Abelshauser, *Krupp*, S. 13.

⁷⁴ RDI-Rundschreiben, 7. 4. 1933, in: HA Krupp, FAH 4 E 193.

Thyssen ging diese Unterwerfung jetzt zu weit⁷⁵. Die von den Nationalsozialisten geforderten Beschlüsse wurden aber trotzdem gefasst.

Reusch war am 6. April nicht anwesend. Geschäftsführer Jacob Herle hatte am 3. April die meisten Präsidiumsmitglieder per Telegramm verständigt, Reusch hingegen nicht, was wohl kein Zufall war⁷⁶, obwohl der sich an diesem Tag in Berlin befand und andere Termine sicher leicht hätte absagen können, um an dieser letzten, nicht „gleichgeschalteten“ Präsidiumssitzung teilzunehmen⁷⁷.

Am Tag zuvor hatte Reusch sich mit Reichsbankpräsident Schacht getroffen. Reusch erläuterte seinem alten Bekannten die Gründe für seinen Rücktritt aus dem Verwaltungsrat der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, ließ sich dann aber von Schacht umstimmen und erklärte sich bereit, auch mit ihm in Basel zusammenzuarbeiten⁷⁸. Nach diesem Gespräch vermied Reusch jede offene Kritik am NS-Regime, auch die wenig später nach einem ähnlichen Muster wie beim RDI ablaufende Gleichschaltung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) nahm er widerspruchslos hin. Seinen Unwillen äußerte er nur intern⁷⁹. Höchste Priorität gab er den Bemühungen, den GHH-Konzern für die zu erwartenden Rüstungsaufträge günstig zu positionieren. Der Konflikt um die „Münchener Neuesten Nachrichten“ konnte da nur hinderlich sein; ein Arrangement mit den Machthabern in München schien geboten.

Beschlagnahme des Kapitals: Zerwürfnis zwischen Reusch und Haniel

Am 5. April teilte Himmler den Anteilseignern mit, dass ihr Kapital beschlagnahmt sei: „Sie besitzen bzw. verwalten Geschäftsanteile der Knorr & Hirth GmbH. Diese Geschäftsanteile werden mit sofortiger Wirksamkeit bis auf Weiteres gesperrt. Sie haben sich also jeder Verfügung über Ihre Anteile, [...] insbesondere jeder Abtretung oder Veränderung der Rechtsverhältnisse, auch jeder Unterhandlung oder Verhandlung hierüber zu enthalten. Gleichzeitig wird hiermit verfügt, dass die Vertretung in der Gesellschafterversammlung [...] gleichfalls bis auf Weiteres für Sie hiermit gesperrt wird und alle diese Rechte mit sofortiger Wirksamkeit zwei Sonderkommissaren übertragen werden.“⁸⁰ Einer dieser Kommissare war Leo Hausleiter, der seit dem Putsch in Bayern in der Redaktion der

⁷⁵ Vgl. Neebe, *Großindustrie, Staat und NSDAP*, S. 185; Wengst, *Reichsverband*, S. 103 f.; Abels- hauser, *Krupp*, S. 14 f.

⁷⁶ Herle an Krupp, 3. 4. 1933, in: HA Krupp, FAH 4 E 193. Auf der Krupp übersandten Liste sind die folgenden Namen abgehakt: Carl Bosch, Ernst Brandi, Hermann Bücher, Ewald Hilger, Lammers, Georg Müller, Carl-Friedrich von Siemens, Wilhelm Wittke, Abraham Frowein.

⁷⁷ Laut Terminplan am 6. 4. 1933 Treffen mit Admiral Raeder und von Papen, in: RWWA, 130-400101292/3.

⁷⁸ Reusch an Schacht, 5. 4. 1933, in: RWWA, 130-400101290/33a, und Blank an Reusch, 27. 3. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

⁷⁹ Zu den Vorgängen im DIHT vgl. *Korrespondenz Reusch – Hamm April/Mai 1933*, in: RWWA, 130-40010123/25b, und *DIHT-Akten*, in: RWWA, 130-40010123/33b.

⁸⁰ In den internen Vermerken des Bayerischen Innenministeriums mehrfach im Wortlaut zitiert, in: BayHStA, II MInn 74119.

MNN maßgeblich für die Verhaftungs- und Kündigungswelle verantwortlich war, der andere war Karl Haniel.

Nach einem fünf Monate später verfassten internen Bericht des bayerischen Innenministeriums wollte Himmlers Politische Polizei mit diesem Handstreich Reusch zuvorkommen, der Anfang April angeblich bereits die mündliche Zusage aller Anteilseigner besaß, gegenüber der Regierung als Allein-Bevollmächtigter aufzutreten. Dass Himmlers Eingriff in die Eigentumsrechte auch unter der neuen NS-„Rechts“-Ordnung illegal war, war auch dem Verfasser des Berichtes klar⁸¹. Himmler berief sich später als Rechtsgrundlage auf den „Willen des Führers“, ohne dessen ausdrückliche Weisung die Beschlagnahme nicht aufgehoben werden könne⁸².

Reusch lehnte die „in München getroffenen Abmachungen“, denen Haniel unter massivem Druck zugestimmt hatte, ab und verlangte von seinem Aufsichtsratsvorsitzenden mit Brief vom 8. April erstens eine Darstellung der Vorgänge seit dem 2. April, zweitens das gesamte schriftliche Material zur Einsicht und drittens das Protokoll der Gesellschafterversammlung vom 7. April⁸³. Am gleichen Tag warnte er seinen Berliner Statthalter Martin Blank vor der anscheinend bereits zur Regel gewordenen Telefonüberwachung und gab ihm den dringenden Rat, sich in der Öffentlichkeit mit politischen Äußerungen zurückzuhalten⁸⁴. Diese Empfehlung war einerseits Ausdruck eines tiefen Misstrauens gegenüber den neuen Machthabern und entsprang andererseits wohl auch der Sorge, die eben eingeleiteten Kontakte mit der NSDAP durch unvorsichtige Äußerungen zu gefährden.

Im GHH-Konzern lief unterdessen ein erstaunlicher Vorgang ab. Reuschs Schreiben vom 8. April fuhr Haniel offenbar so in die Knochen, dass er wenig später, am 13. April, die angeforderten Unterlagen persönlich auf dem Katharinenhof ablieferte⁸⁵. Um sich selbst abzusichern, hielt Reusch penibel fest, welche „Schriftstücke“ ihm bei dieser Gelegenheit übergeben wurden, als wichtigstes Dokument das Schreiben der Bayerischen Politischen Polizei vom 5. April an die Besitzer des Verlages Knorr & Hirth über die Beschlagnahme der Anteile. Reusch nahm dieses Schreiben zum Anlass, Karl Haniel massive Vorhaltungen zu machen und an seiner Stelle selbst die Vertretung der Anteilseigner zu übernehmen, wie er am 19. April an Haniel schrieb: „Wie aus dem Schriftstück [...] der Bayerischen Politischen Polizei [...] hervorgeht, besteht [...] darüber Klarheit, dass Sie als Sonderkommissar der Bayerischen Politischen Polizei nicht – wie ich bisher nach Ihren Mitteilungen annehmen musste – lediglich die Anteile der Gutehoffnungshütte vertreten, sondern dass Ihnen – in gleicher Weise wie Herrn Hausleiter – die Vollmacht für die Vertretung der sämtlichen Anteile gleichberechtigt

⁸¹ Wie Anm. 60, Blatt IX–XIII.

⁸² Interner Vermerk des Bayerischen Innenministeriums (4 Seiten ohne Überschrift, Vf., Unterschrift und Datum, nach inhaltlichen Kriterien auf Frühjahr 1934 zu datieren), in: BayHistA, II MInn 74119.

⁸³ Reusch an Haniel, 8. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

⁸⁴ Reusch an Blank, 8. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

⁸⁵ Haniel an Reusch (Telegramm), 12. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

mit Herrn Hausleiter übertragen wurde.“ Nach einem langen Zitat aus dem erwähnten Schriftstück kam Reusch zu seinem Verdikt: „Durch die Fassung des Schreibens der Bayerischen Politischen Polizei vom 5. April 1933 ist es Ihnen unmöglich gemacht, die Interessen der Anteilseigner von Knorr & Hirth zu vertreten, da Sie als Sonderkommissar der Behörde dieser in erster Linie unterstellt sind. Ich halte mich deshalb für verpflichtet, von nun ab gegenüber den Behörden und gegenüber den übrigen Anteilsbesitzern unsere Interessen zunächst solange selbst zu vertreten, als Ihr Sonderkommissariat andauert.“⁸⁶

Inhalt und Stil dieses Dokuments werfen ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis zwischen dem angestellten Manager und der Galionsfigur der alten Besitzerfamilie. Der Vorstandsvorsitzende konnte seinem Aufsichtsratsvorsitzenden eine Berichtspflicht auferlegen, die diesen veranlasste, umgehend persönlich auf dessen Landsitz zu fahren. Ergebnis der Aussprache war eine schriftliche Rüge für den Aufsichtsratsvorsitzenden und der Entzug der Procura, indem der Vorstandsvorsitzende die Interessenvertretung der Anteilseigner selbst übernahm. Reusch handelte – jedenfalls in dieser Phase – keineswegs „im Auftrag von Karl Haniel“⁸⁷, wie es dem konventionellen Verhältnis zwischen Aufsichtsrat und Vorstand entsprochen hätte. Ebenso bemerkenswert ist, dass der vornehme Spross aus dem traditionsreichen Hause Haniel sich gemeinsam mit einer so zwielichtigen Gestalt wie Hausleiter als „Kommissar“ einspannen ließ.

Hierbei mag auch eine Rolle gespielt haben, dass Karl Haniel in großen finanziellen Schwierigkeiten steckte. Er konnte seinen Zahlungsverpflichtungen aus einem hohen Hypothekendarlehen nicht nachkommen und wurde deshalb von der betreffenden Bausparkasse unter Druck gesetzt⁸⁸. Ob die NS-Machthaber in München davon wussten und dies ihrerseits als Druckmittel einsetzten, ist nicht bekannt. Dass auf ihn Druck ausgeübt wurde, steht jedoch außer Zweifel⁸⁹. Sicher ist auch, dass die Darlehens-Geschichte dem Aufsichtsratsvorsitzenden höchst peinlich war und dass er sich nur mit Reuschs Hilfe aus diesem Schlamassel befreien konnte⁹⁰.

Reuschs Verhandlungen mit Himmler

Mitte April erreichte Reusch aus Berlin, vermittelt von Hitlers Wirtschaftsberater Wilhelm Keppler, ein Gesprächsangebot von Himmler: Der SS-Führer sei „gern bereit, sich – nachdem nun die erforderliche Säuberung in München vorgenommen sei – mit [Reusch] über einen gemeinsamen Neuaufbau des Unternehmens

⁸⁶ Reusch an Haniel, 19. 4. 1933, in: Ebenda. Die erwähnten Schriftstücke sind nicht in den Akten.

⁸⁷ Koszyk, *Deutsche Presse*, S. 197 (Zitat) u. S. 200.

⁸⁸ Minister a. D. Becker (Central Bausparkasse) an Haniel, 25. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

⁸⁹ Wie Anm. 60, Blatt VII; Hoser, *Münchener Tagespresse*, S. 877.

⁹⁰ Reusch an Rechtsanwalt Staub (Paris), 3. 4. 1933, Reusch an Becker (Central Bausparkasse), 9. 5. 1933, Haniel an Reusch, 10. 5. 1933, Reusch an Rechtsanwalt Staub (Paris), 15. 5. 1933, und viele weitere Schreiben in dieser Sache, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

zu unterhalten⁹¹. Himmler habe auch angeboten, ihm bei dieser Gelegenheit „das außerordentlich belastende Material“, das vor allem bei Cossmann gefunden worden sei, vorzulegen. Was Reusch sich unter diesen Vorzeichen von dem Treffen mit Himmler versprach, ist schwer nachvollziehbar, zumal er selbst vorher gesagt hatte, „dass in München schon vollendete Tatsachen geschaffen seien, sodass eine derartige Unterhaltung keinen Zweck habe“⁹².

Die Kontaktaufnahme gestaltete sich für den Top-Manager ungewohnt schwierig, auch schien er gegenüber dem neuen Typ von Gesprächspartner eigenartig unsicher: Himmlers genaue Anschrift musste erst ausfindig gemacht werden, und außerdem fragte Reusch an, ob er sich bei seinem Gespräch mit Himmler auf Keppler berufen könne⁹³. Seine Legitimation als Sprecher der Anteilseigner wollte er durch eine „Generalvollmacht“ absichern, die beinhalten sollte, dass bei Freiwerden der Anteile „die Rechte der Anteilseigner bis auf weiteres auf mich übergehen, sodass ich in der Lage bin, in jeder Beziehung selbständig zu handeln“⁹⁴. Gleichzeitig informierte er die anderen Anteilseigner über seine Absicht, mit der Generalvollmacht im Rücken „vor allem gegenüber den Behörden [...] aus eigener Machtvollkommenheit auftreten zu können“⁹⁵. An Himmler ging ein Telegramm, dass Reusch sich am 25. April „zu [seiner] Verfügung“ halten würde⁹⁶. Bis dahin hatte Reusch seine Termine in der Regel „aus eigener Machtvollkommenheit“ selbst gesetzt, wenn sich jemand „zur Verfügung halten“ musste, dann seine Gesprächspartner.

Das Treffen mit Himmler am 25. April in Berlin führte zu keinem Ergebnis. Die Verlagsanteile blieben beschlagnahmt, die Redakteure blieben in Haft, nur Freiherr von Gabsattel, der bereits vorher auf freien Fuß gesetzt, aber unter Hausarrest gestellt worden war, durfte sich wieder frei bewegen. Reusch meinte, bei seinem Gesprächspartner aber immerhin die „Geneigtheit zur Verständigung“⁹⁷ entdeckt zu haben. Deshalb bedankte er sich höflich für das Gespräch und gab Himmler gleichzeitig seinen Terminplan für die folgenden Wochen bekannt, da dieser ihm ein weiteres Treffen für Anfang Mai in Aussicht gestellt hatte. In geradezu naiver Manier meinte er, den SS-Führer auf die Gepflogenheiten der Wirtschaft verpflichten zu können: „Im Geschäftsleben ist es Brauch, dass in der Zeit, in der Verhandlungen schweben, Waffenstillstand herrscht. Ich darf wohl annehmen, dass Sie sich dieser Auffassung anschließen.“⁹⁸ Obwohl der sonst so

⁹¹ Blank an Reusch, 13. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

⁹² So Blank in: Ebenda.

⁹³ Reusch an Blank (handschriftliche Notiz von Reusch auf dem Schreiben Blank an Reusch vom 13. 4. 1933), 15. 4. 1933, und Blank an Reusch, 18. 4. 1933, in: Ebenda.

⁹⁴ Reusch an Hilbert (GHH, Oberhausen), 22. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a, mit dem Auftrag, den Entwurf einer Vollmacht zu erarbeiten.

⁹⁵ Reusch an Brandt, 22. 4. 1933; vgl. Reusch an Haindl, 22. 4. 1933, mit der Bitte, Karl Ludwig Frhr. v. Guttenberg (Bruder des Landesleiters des Bayerischen Heimat- und Königsbundes) zu informieren, in: RWWA, 130-4001012007/7.

⁹⁶ Reusch an Himmler, 22. 4. 1933, in: Ebenda.

⁹⁷ Reusch an Haindl, 27. 4. 1933, in: Ebenda.

⁹⁸ Reusch an Himmler, 26. 4. 1933, in: Ebenda.

machtbewusste Ruhr-Magnat Reusch sich dazu durchgerungen hatte, sich ganz auf die Terminwünsche Himmler einzustellen⁹⁹, zeigte dieser ihm fortan die kalte Schulter.

Reusch erhielt Anfang Mai – in rechtsverbindlicher Form, wie er meinte – die „Vollmacht über die Vertretung der Geschäftsanteile der Knorr & Hirth GmbH“¹⁰⁰. Zu seiner Überraschung wurde diese Vollmacht jedoch schon vier Tage nach ihrer Zustellung widerrufen¹⁰¹. Ein Vorstandsmitglied dieser ehrwürdigen Gesellschaft war verhaftet worden, ein weiteres Vorstandsmitglied, „welches die bekannte Vollmacht für Herrn Dr. Paul Reusch ausstellte, im Causalzusammenhang mit dieser Vollmachtserteilung“¹⁰² mit Berufsverbot belegt worden. Die bayerischen Anwälte machten sich, von der Politischen Polizei unter Druck gesetzt, das neue Willkür-„Recht“ sofort zu eigen, belehrten die Ruhr-Industriellen ausführlich über die neuen rechtlichen Möglichkeiten „der Staatsmacht“ und baten, ihnen daher wegen des Widerrufs der Vollmacht keine Vorwürfe zu machen¹⁰³. Reusch durchschaute das erpresserische Spiel der NS-Behörden. Die Zurückforderung der Vollmachten sei zweifellos auf Veranlassung der Politischen Polizei erfolgt¹⁰⁴. Trotzdem wich er vor der Erpressung zurück.

Bei diesem Entschluss hat vermutlich eine nicht unwesentliche Rolle gespielt, dass der Bayerische Industriellenverband ihn auf die Drohungen gegen die prominenten Rechtsanwälte hingewiesen hatte¹⁰⁵. Reusch nahm diese Mitteilungen zum Anlass, die Verhandlungen mit der Politischen Polizei abzubrechen¹⁰⁶. Gegenüber Himmler rechtfertigte er sich in einem ausführlichen Schreiben: Die Vollmacht sei „ausdrücklich an die Bedingungen geknüpft [gewesen], dass die Beschlagnahme aufgehoben ist, sodass ein Verstoß gegen die Verordnung der Bayerischen Politischen Polizei vom 5. April 1933 nicht vorliegt“¹⁰⁷. Reusch stellte die von der NS-Regierung geschaffene neue „Rechts“-Lage auch nicht andeutungsweise in Frage und schloss sein Schreiben in einer für ihn ganz ungewöhn-

⁹⁹ Büro Reusch an Himmler, 29. 4. 1933, Reusch an Himmler, 29. 5. 1933, und Reusch an Haindl, 30. 5. 1933, in: Ebenda.

¹⁰⁰ Reusch an Deutsche Allgemeine Treuhand – Treuhand Bayerischer Rechtsanwälte, 3. 5. 1933, in: Ebenda. Die Deutsche Allgemeine Treuhand – Treuhand Bayerische Rechtsanwälte AG verwaltete treuhänderisch die Knorr & Hirth-Anteile des Bergbau-Vereins in Essen. Sie musste deshalb Reusch Vollmacht erteilen, damit er auch als Interessenvertreter für diese Anteile auftreten konnte.

¹⁰¹ Büro Reusch an Deutsche Allgemeine Treuhand (Bestätigung des Widerrufs-Telegramms), 7. 5. 1933, und Reusch an Deutsche Allgemeine Treuhand, 9. 5. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

¹⁰² Deutsche Allgemeine Treuhand – Treuhand Bayerischer Rechtsanwälte an Verein für die Bergbaulichen Interessen, Essen, 23. 5. 1933, Anlage zu: Reusch an Haniel, 2. 6. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ Reusch an Haniel, 29. 6. 1933, in: Ebenda.

¹⁰⁵ Otto Meyer an Reusch (o. D.), Abschrift davon als Anlage zu Reusch an Haniel, 2. 6. 1933, in: Ebenda.

¹⁰⁶ Reusch an Haniel (o. D., vermutlich Anfang Juni 1933), in: Ebenda.

¹⁰⁷ Reusch an Himmler, 3. 6. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

lich defensiven, fast schon resignierten Tonalität: „Ich wäre dankbar, wenn Sie die gegen Treuhandgesellschaften getroffenen Maßnahmen rückgängig machen würden und darf wohl weiterhin feststellen, dass der am 25. April geschlossene Waffenstillstand meinerseits nicht gebrochen wurde.“¹⁰⁸

Rückblickend erscheint es vernünftig, dass Reusch gegen die Willkürmaßnahmen der Politischen Polizei keine rechtlichen Schritte einleitete. Es gab in dieser frühen Phase jedoch durchaus noch Alternativen zur vollständigen Kapitulation vor dem Terror. Die Machtstellung Himmlers und Heydrichs war noch nicht so gefestigt, dass sie sich auch gegenüber der Justiz jederzeit hätten durchsetzen können. Das zeigte sich bei dem gegen die inhaftierten Redakteure und Verlagsdirektoren angestrebten Strafverfahren. Das von Himmlers Politischer Polizei zusammengetragene Belastungsmaterial wurde am 17. Mai 1933 dem Sonderdezernat der Staatsanwaltschaft am Bayerischen Obersten Landgericht, München, zugeleitet. Aber der für eine Anklageerhebung zuständige Oberreichsanwalt in Leipzig stellte in den Fällen Cossmann und Betz das Ermittlungsverfahren ein. Im Fall Aretin lehnte das Reichsgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens ab.¹⁰⁹

Reuschs Rückzug auf eine Beobachterrolle

Aus verschiedenen Indizien der mittlerweile sehr vorsichtig gewordenen Korrespondenz lässt sich schließen, dass Haniel Reusch bedrängte, sich aus dem Streit um die Zeitung herauszuhalten. Nur durch vollständige Akzeptanz der Neuorganisationspläne der NSDAP schien die Aufhebung der Beschlagnahme der Verlagsanteile und die Freilassung der verhafteten Anwälte der Deutschen Allgemeinen Treuhand erreichbar. Reusch informierte Haniel über sein Schreiben an Himmler¹¹⁰ und bezog sich ausdrücklich auf dessen Wunsch, als er ihm mitteilte, dass er „mit Rücksicht auf [Haniels] Stellung als Kommissar der Bayerischen Politischen Polizei [seine] Bemühungen um Freigabe der Sperre auf die Anteile von Knorr & Hirth zunächst einstelle“¹¹¹. Haniel bedankte sich postwendend: Dies werde die Lage sofort entspannen und die Bemühungen um die Befreiung der Anwälte erleichtern. Tatsächlich wurden die Anwälte wenig später aus der Haft entlassen.¹¹²

Wenn man bedenkt, dass Reusch seinen Aufsichtsratsvorsitzenden wenige Wochen zuvor in geradezu verletzendem Stil kritisiert hatte, weil er als Kommissar der NS-Regierung nicht gleichzeitig die Interessen der Anteilseigner vertreten

¹⁰⁸ Ebenda.

¹⁰⁹ Vgl. Hoser, *Münchener Tagespresse*, S. 1016–1018, und Reinhold Rumphorst, *Journalisten und Richter. Der Kampf um die Pressefreiheit zwischen 1920 und 1970*, Konstanz 2001, S. 71 f.

¹¹⁰ Vgl. Reusch an Haniel, 25. 6. 1933, Haniel an Reusch, 27. 6. 1933, und Reusch an Haniel, 29. 6. 1933, in: *RWWA*, 130-4001012000/4a.

¹¹¹ Reusch an Haniel, 26. 6. 1933, und Reusch an Haniel, 25. 6. 1933, in: Ebenda.

¹¹² Vgl. Haniel an Reusch, 27. 6. 1933 (im Unterschied zu den oben zitierten Dokumenten ist hier von zwei verhafteten Anwälten die Rede), Haniel an Reusch, 17. 7. 1933, und Reusch an Haniel, 19. 7. 1933, in: Ebenda.

könnte, so beleuchtet dieser Rückzug den Lern- und Anpassungsprozess, den der Vorstandsvorsitzende des GHH-Konzerns in diesen Wochen durchgemacht hat. Durch die „Gleichschaltungen“ in allen gesellschaftlichen Bereichen und durch das offensichtliche Scheitern der von Papen großspurig verkündeten „Einrahmungs“-Strategie fühlte Reusch sich in seinen Handlungsspielräumen so eingengt, dass er sich als Unternehmer vollständig dem Primat der Politik unterwarf. Nur intern gab er bisweilen noch sein Unbehagen zu erkennen. Dass der Kurs totaler Anpassung schon in dieser frühen Phase ohne Alternative war, darf bezweifelt werden.

Während die offiziellen Interessenverbände dem Sog der Gleichschaltung bereits vollständig erlegen waren, blieb die „Ruhrlade“, der geheimnisvolle Zirkel der zwölf einflussreichsten Schwerindustriellen, unangetastet. Reusch, der als Schriftführer für Terminpläne und Einladungen verantwortlich war, bemühte sich 1933 die 1932 im Anschluss an die Gelsenberg-Affäre aufgetretenen Risse zu kitten. Gleichzeitig brüskierte er aber seine Kollegen, indem er zu den von ihm selbst einberufenen Sitzungen nicht erschien. Weder am 8. Mai bei Hoesch-Chef Fritz Springorum in Dortmund, noch am 12. Juni bei Silverberg war Reusch anwesend. Die Einberufung der Ruhrladesitzung auf den „Hoverhof“ des jüdischen Braunkohlenindustriellen Silverberg konnte durchaus als Akt demonstrativer Solidarität mit dem jüdischen Kollegen verstanden werden¹¹³. Umso unverständlicher ist Reuschs Absage gerade für dieses Treffen. Sein Entschuldigungsgrund, dass er an diesem Tag in der Schweiz sein müsse, wie er Springorum schreibt, wirkt wenig überzeugend¹¹⁴.

In auffälligem Kontrast zu dem distanzierten Umgang mit Silverberg steht Reuschs Bemühen um gut Wetter im Verhältnis zu Reichsbankpräsident Schacht. Reuschs GHH zählte zu den vier an der Aufrüstung besonders interessierten Großfirmen, die das Aktienkapital der „Metallurgischen Forschungsgesellschaft m. b. H (Mefo)“ von insgesamt einer Million Reichsmark zeichneten. Diese „Ersten Adressen“ der deutschen Wirtschaft waren neben der GHH: Krupp¹¹⁵, Siemens und Rheinmetall. Bereits Ende Juli wurde dem Vertreter der GHH in Berlin Martin Blank die notarielle Vollmacht erteilt, für die GHH einen Stammanteil von 200.000 Reichsmark an der „Mefo“ zu übernehmen¹¹⁶. Ende Juli 1933 existierte die „Mefo m. b. H.“ bereits – einschließlich Briefkopf und Berliner Adresse – und bat die GHH „gemäß mündlicher Absprache“ um sofortige Über-

¹¹³ Vgl. Neebe, *Großindustrie, Staat und NSDAP*, S. 194.

¹¹⁴ Vgl. Reusch an Silverberg, 15. 5. 1933, in: RWWA, 130-40010124/15, und Reusch an Springorum, 15. 5. 1933, in: RWWA, 130-40010124/15; im Terminplan 10.–13. 6. 1933 rein private Termine, vgl. RWWA, 130-400101292/3.

¹¹⁵ Zur Beteiligung von Krupp vgl. Werner Abelshäuser, *Rüstungsschmiede der Nation? Der Kruppkonzern im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit 1933 bis 1951*, in: Lothar Gall (Hrsg.), *Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung*, Berlin 2002, S. 272 ff.

¹¹⁶ Vgl. die vom Oberhausener Notar Dr. Blumberg beglaubigte Vollmacht vom 26. 7. 1933; Hilbert, Brandt (GHH Oberhausen) an Notar Richter, Berlin, (Übersendung der Vollmacht, mit Verweis auf den „Vorgang“ für Reusch), 28. 7. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

weisung von 50.000 RM¹¹⁷. Die Verhandlungen über die Beteiligung an diesem fiskalpolitischen Experiment müssen bereits Wochen vorher im Gang gewesen sein. Dass Reusch – noch bei Luthers Entlassung ein bekennender Konservativer in Geld- und Währungsfragen – sich so massiv an dieser inflationären Methode der Kreditfinanzierung beteiligte¹¹⁸, zeigt, dass er genau abschätzen konnte, worauf es ankam, wenn man Geschäfte machen wollte. Bei den Verhandlungen mit Schacht im Juni 1933 wäre ein allzu enger Kontakt mit den prominenten Juden Silverberg und Kastl eher hinderlich gewesen¹¹⁹.

Kein Zweifel: Reusch stellte die GHH dem Regime frühzeitig als Aushängeschild zur Verfügung. Gegenüber engen Vertrauenspersonen gab er gleichzeitig intern seine Vorbehalte gegenüber dem Regime zu erkennen. Mit der den Unternehmern abgepressten „Adolf-Hitler-Spende“ fand er sich nur „wohl oder übel“ ab¹²⁰. Seinen ganzen Unmut über die Beschlagnahme der GHH-Anteile packte er in einen langen Brief an seinen Freund Luther, den ehemaligen Reichsbankpräsidenten und neuen Botschafter in Washington¹²¹.

Einen Monat später vertraute er sich Luther noch einmal an, um zu begründen, dass er Walter Adametz, den Ex-Geschäftsführer des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“, nicht bei den MNN unterbringen könne: „Ich habe diese Stadt [München] vorläufig von meiner Landkarte gestrichen und habe es aufgegeben, mich über die Dinge dort zu ärgern. Das Traurige ist nur, dass verschiedene Leute, die nach meiner Ansicht völlig unschuldig sind, seit Monaten in Haft gehalten werden, ohne dass es möglich ist, für sie irgendetwas zu tun.“¹²² Gerade am Fall Adametz wird jedoch deutlich, dass der Großunternehmer durchaus noch über Möglichkeiten verfügte, für die Mitarbeiter in seinem Umfeld „etwas zu tun“. Auf Luthers Bitte hin gab Reusch sofort die Zusage, sich um die Unterbringung von Adametz zu kümmern; schon wenige Wochen später konnte er ihm mitteilen, dass Adametz zumindest bis zum Jahresende bei einer großen Bank versorgt sei¹²³.

Die Situation der Verhafteten

Freiherr von Gebstättel, bis zu seiner Verhaftung Reuschs wichtigste Vertrauensperson in München, wurde bereits am 11. April wieder entlassen, allerdings gleichzeitig auf sein Schloss Gebstättel verbannt und mit Berufsverbot belegt. Es

¹¹⁷ Mefo m.b.H. an Blank, 27. 7. 1933, Blank an Reusch (mit der Bitte zu überweisen), 28. 7. 1933, und Reusch an Blank (Empfangsbestätigung), 29. 7. 33, in: Ebenda.

¹¹⁸ Vgl. Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945*, Frankfurt a. M. 1988, S. 156 f.

¹¹⁹ Zu Kastl, der Reusch um Vermittlerdienste bei Schacht bat und von Reusch hingehalten wurde, vgl. Blank an Reusch, 9. 6. 1933, und Reusch an Blank, 11. 6. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

¹²⁰ Reusch an Haniel, 15. 6. 1933, in: RWWA, 130-40010124/15.

¹²¹ Reusch an Luther, 14. 8. 1933, in: RWWA, 130-400101290/31.

¹²² Reusch an Luther, 15. 9. 1933, in: Ebenda.

¹²³ Luther an Reusch, 11. 8. 1933, Reusch an Luther, 15. 8., 11. 9. und 15. 9. 1933, in: Ebenda.

wirft ein bezeichnendes Licht auf den Grad seiner Abhängigkeit von Reusch, dass er ihn bat, die Unterschriften zu billigen, die er am Ende seiner Haft geleistet und mit denen er versichert hatte, dass er sich nach Entlassung aus der „Schutzhaft“ selbst schützen könne. Gebattel hielt diese für Unsinn und bot Reusch an, wieder in die Haft zurückzukehren, falls dieser die Unterschriften beanstanden sollte¹²⁴.

Reusch blieb mit Gebattel zunächst in Kontakt. In seinem Gespräch mit Himmler am 25. April erreichte er zwar die Aufhebung der Verbannung¹²⁵, er ließ ihn aber wissen, dass er ihn „mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit gewisser Kreise absichtlich bei den weiteren Verhandlungen mit Herrn Himmler“¹²⁶ ausgeschlossen habe. Geschäftlich brauchte er Gebattel jetzt nicht mehr. Der Freiherr wurde zum Versorgungsfall und bekam dies auch in der Korrespondenz deutlich zu spüren. Reusch verwies ihn an die zuständigen Dienststellen in der GHH-Verwaltung in Oberhausen, machte ihm aber wenig Hoffnung: „Es scheint mir sehr zweifelhaft, ob es möglich sein wird, Ihnen die gewünschte Hilfe angedeihen zu lassen.“¹²⁷ Auf eine erneute Anfrage Gebattels reagierte er gereizt. Er habe seine Mitarbeiter angewiesen, ihm die Entscheidung mitzuteilen, wenn sie gefallen sei. „Ich bitte Sie, diese Entscheidung als endgültig anzusehen.“¹²⁸

Büchner, seine engste Vertrauensperson in der Redaktion der MNN, musste sich von Reusch nach seiner Entlassung aus der Haft sogar vorhalten lassen: „Hätte man mir gefolgt und meine Anregungen berücksichtigt, dann wäre es nicht soweit gekommen.“¹²⁹ Danach empfahl er ihm, sich an den Sonderkommissar Karl Haniel zu wenden; er selbst habe keinen Einfluss, solange die Kommissare der Politischen Polizei eingesetzt seien¹³⁰.

Als Büchner, wie seine noch inhaftierten Kollegen, Ende April von dem gleichgeschalteten Verlag seine Kündigung erhielt, nahm er dies zum Anlass für einen bitteren Abschiedsbrief: „Ich bin schon einmal, am Ende meiner Freikorpszeit, von der deutschen Republik, damals allerdings in anständigeren Formen, an die Luft gesetzt worden. Dass abgeschlossene Privatverträge heutzutage so billig werden, hätte ich jedoch nicht ohne weiteres gedacht.“¹³¹ Um Unterstützung bat Büchner nicht. Reusch gab das Schreiben kommentarlos an Karl Haniel weiter.

Auch Verlagsdirektor Betz wurde bereits Mitte April – allerdings nur vorübergehend – aus der Haft entlassen, musste aber Bayern verlassen, und jeder Kontakt mit Verlagsangehörigen wurde ihm verboten. Reusch besuchte ihn in seinem „Exil“ in Leutkirch (Württemberg) und versuchte, ihm Mut zu machen. Als Betz ihn darauf hinwies, dass ihm „dieses verbotene [...] Zusammensein“ gefährlich

¹²⁴ Gebattel an Reusch, 12. 4. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

¹²⁵ Reusch an Gebattel, 23. und 30. 4. 1933, in: Ebenda.

¹²⁶ Reusch an Gebattel, 4. 5. 1933, in: Ebenda.

¹²⁷ Reusch an Gebattel, 17. 6. 1933, in: Ebenda.

¹²⁸ Reusch an Gebattel, 1. 7. 1933 (vgl. auch 3. 7. 33), in: Ebenda.

¹²⁹ Reusch an Büchner, 10. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

¹³⁰ Reusch an Büchner, 19. 4. 1933, in: Ebenda.

¹³¹ Büchner an Reusch, 28. 4. 1933, Anlage zu Reusch an Haniel, 29. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

werden könnte, verließ ihn Reusch sofort¹³². Nach drei Wochen Haft war Betz ein gebrochener Mann. Reusch schrieb Haniel, er habe ihn „in einer ziemlich zerfledderten Verfassung“ und in panischer Angst vorgefunden, wegen Reuschs „Anwesenheit, sofort wieder verhaftet zu werden“. Daher möge ihm auch Haniel „ein paar beruhigende Worte“ schreiben¹³³. Reusch seinerseits versuchte, Betz Hoffnung zu machen, „dass sich die Dinge wieder in irgendeiner Form einrenken“ werden. Wenn Betz „ein ruhiges Gewissen“ habe, brauche er bestimmt nicht zu befürchten, noch einmal verhaftet zu werden¹³⁴. Von konkreter Hilfe war aber in keinem dieser unverbindlichen Schreiben die Rede.

Mitte Mai wurde der ehemalige Verlagsdirektor wieder verhaftet und danach für viele Monate im Gefängnis gehalten¹³⁵. Die Frau des Verhafteten wurde mit einem kurzen Schreiben aus Reuschs Büro – nicht von ihm persönlich! – abgepeist: Der GHH-Chef wisse nichts über die Gründe der Verhaftung; sobald er etwas erfahre, werde er berichten¹³⁶. Am gleichen Tage fand Reusch wenigstens Zeit für ein kurzes persönliches Schreiben an Freifrau von Aretin, die einen verzweifelten Brief über das Schicksal ihres verhafteten Mannes an ihn gerichtet hatte. Der Inhalt war aber genau so nichtssagend wie das Schreiben seines Büros an Frau Betz¹³⁷.

Es ist unübersehbar, dass Reusch bei seinem Einsatz für die Verhafteten sehr selektiv vorging. Für Freiherrn von Gebattel setzte er sich in seinem Gespräch mit Himmler persönlich ein, die Verhaftung von prominenten Münchner Rechtsanwälten veranlasste ihn zu einem abrupten Rückzug in seinem Streit um die Verlagsanteile, hinsichtlich der verhafteten Redakteure und Verlagsmitarbeiter finden sich dagegen nirgendwo Hinweise auf eine energische Intervention bei den NS-Behörden. Diese selektive Vorgehensweise wird am Fall der Feuilleton-Redakteurin Dora Federschmidt besonders offenkundig. Ihr Schicksal galt den Mitarbeitern der Zeitung als besonders tragisch, da sie sich politisch nie exponiert hatte und lediglich durch eine Intrige der Frau des NS-Kommissars Hausleiter in Haft geraten war¹³⁸. Doch handelte sich der ehemalige Chefredakteur Büchner gerade in ihrem Fall eine glatte Abfuhr durch Reusch ein: „Was Ihren Schützling, Fräulein Dora Federschmidt, betrifft, so höre ich zum ersten Mal den Namen dieser Dame, so dass ich kein richtiges Mandat habe, mich für sie zu verwenden.“¹³⁹

Aus der Position des Nichts-Tun-Könnens, auf die sich Reusch im Sommer zurückgezogen hatte, erkundigte er sich von Zeit zu Zeit nach dem Schicksal von Regimegegnern, nicht nur aus dem Bereich seines Konzerns. Ende August fragte

¹³² Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 41.

¹³³ Reusch an Haniel, 22. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

¹³⁴ Reusch an Betz, 22. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

¹³⁵ Vgl. Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 41 f.

¹³⁶ Büro Reusch an Frau Anna Betz, 22. 5. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

¹³⁷ Reusch an Freifrau v. Aretin, 22. 5. 1933, in: Ebenda.

¹³⁸ Vgl. dazu Erwein von Aretin, Krone und Ketten. Erinnerungen eines bayerischen Edelmannes, hrsg. von Karl Buchheim und Karl Otmar von Aretin, München 1955, S. 210 f.

¹³⁹ Reusch an Büchner, 19. 4. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

er seinen Duzfreund Robert Bosch, was aus dem Heilbronner Journalisten Paul Distelbarth geworden sei, der sich in enger Abstimmung mit dem Stuttgarter Industriellen für die Verständigung mit Frankreich eingesetzt hatte. Zunächst meinte Reusch, ihn nicht näher bezeichneten Berliner Stellen empfehlen zu können, nahm dann aber resignierend davon Abstand: „Unter den vorliegenden Umständen ist es allerdings unmöglich, Herrn Distelbarth weiter offiziell anzusetzen. Es ist schade um den Mann.“¹⁴⁰ Reusch bekräftigte diese Absage in zwei weiteren Schreiben. In diesem Fall blieben auch Robert Boschs Bemühungen erfolglos. Distelbarth konnte sich nur durch die Flucht nach Frankreich der Verhaftung entziehen. Bosch selbst und das Management seines Konzerns halfen aber – anders als Reusch – in vielen anderen Fällen Verfolgten, sei es durch Einstellung in eine Firma des Konzerns, sei es, vor allem bei Juden, durch Unterstützung bei der Auswanderung¹⁴¹.

Cossmann, Betz und Aretin waren auch im Herbst 1933 noch in Haft. Reusch erfuhr im Juli aus der Feder Haniels, „dass die in Schutzhaft genommenen Herren und ihre Angehörigen von mir auf einem Wege mit den erforderlichen Mitteln versehen werden, der der Öffentlichkeit allerdings unbekannt bleiben muss“¹⁴². Aretin erwähnt in seinen Memoiren nichts davon. Reusch nahm Anteil, unternahm aber aus Gründen der Verhandlungstaktik in dem schwebenden Verfahren über die beschlagnahmten Verlagsanteile keine aktiven Schritte, „welche dahin ausgelegt werden könnten, dass ich im gegenwärtigen Augenblick in die Angelegenheit eingreife“¹⁴³. Auch als sich die Freilassung weiter verzögerte, blieb Reusch bei seiner Linie: „Ich kann mir nach Lage der Verhältnisse von einem Eingreifen meinerseits zugunsten der Verhafteten nichts versprechen. [...] Ich kann vorläufig nichts anderes tun, als beiseite zu stehen.“¹⁴⁴ Offenbar bemühten sich zu diesem Zeitpunkt außer Gebtsattel und Haniel noch andere Persönlichkeiten um die Freilassung der Münchner Gefangenen¹⁴⁵; in diesen Kreisen sprach man sich anscheinend durchaus etwas von einer Intervention des Großindustriellen Reusch, der dazu wohl auch aufgefordert wurde.

Erst im November kam Bewegung in die Sache. Reusch fragte seinen Aufsichtsratsvorsitzenden, ob die „Münchner Verhafteten“ nach der Niederschlagung der Anklage beim Leipziger Reichsgericht jetzt freikämen¹⁴⁶. In seiner Antwort vom 11. November erging sich Haniel zunächst in Selbstmitleid: „Ich habe in den letzten Wochen in dieser Sache mehr geschrieben und telephoniert als je in einer anderen und möchte hoffen, dass diese Last nunmehr endgültig von mir genom-

¹⁴⁰ Reusch an Bosch, 7. 9. 1933, vgl. auch Reusch an Bosch, 26. 8. und 2. 9. 1933, in: RWWA, 130-400101290/43.

¹⁴¹ Vgl. Joachim Scholtyseck, Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945, München 1999, S. 126 f., S. 149 ff. u. S. 265–283.

¹⁴² Haniel an Reusch, 24. 7. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

¹⁴³ Reusch an Gebtsattel, 17. 10. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3.

¹⁴⁴ Reusch an Gebtsattel, 4. 11. 1933, in: Ebenda.

¹⁴⁵ Vermutlich vor allem Reichsstatthalter von Epp (Hinweis von Karl Otmar Freiherr v. Aretin an den VfZ, 9. 7. 2004).

¹⁴⁶ Reusch an Haniel, 4. 11. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a.

men wird.¹⁴⁷ Für die folgende Woche rechnete er mit der Entlassung der Gefangenen. Reusch erfuhr in diesen Tagen aus anderer Quelle, dass nur Betz entlassen worden war, Aretin aber in das Konzentrationslager Dachau verlegt worden sei. Vom Katharinenhof aus wünschte er Haniel etwas süffisant, dass er mit seinem Optimismus Recht behalten möge, drängte aber zugleich auf eine etwas härtere Gangart gegenüber den NS-Behörden: „Sollten die Ihnen gemachten Zusagen nicht erfüllt werden, so sehe ich wirklich keine andere Lösung, als dass Sie in irgendeiner Weise gegen das Vorgehen der Politischen Polizei demonstrieren.“¹⁴⁸ Es bleibt unklar, an welche Art von „Demonstration“ Reusch hier dachte; zu fragen ist jedoch, warum er selbst sich nicht zu einem „demonstrativen“ Schritt durchringen konnte. Haniel ging auf die Anregung nicht ein, sondern stellte erneut seine Verdienste um die Freilassung von Verlagsdirektor Betz in den Vordergrund, die ihm „viel Mühe gemacht“ habe. Nur der „Nicht-Arier“ Cossmann und der bayerische Monarchist Aretin blieben weiter in Haft¹⁴⁹, wie er Reusch am 15. November schrieb.

Reusch schickte Betz kurz nach dessen Entlassung einen unpersönlichen Vierzeiler: „Ich stelle anheim, zunächst mit Herrn Haniel Ihre persönlichen Angelegenheiten zu besprechen.“¹⁵⁰ Nach den Erfahrungen vom März, als Haniels Taktik gegenüber den NS-Machthabern gerade bei Betz Entsetzen ausgelöst hatte, dürfte diese Empfehlung kaum Anlass zur Hoffnung gegeben haben. Zu Weihnachten nahm Reusch sich die Zeit für ein paar Zeilen mehr. Er habe es mit „Erleichterung“ aufgenommen, dass Betz „wieder Lebensmut gefasst [habe] und entschlossen [sei], sich eine neue Existenz aufzubauen“. Ein konkretes Angebot machte er aber nicht, er machte ihm auch für spätere Zeiten keine Hoffnung, dass er ihn im Konzern würde unterbringen können. Schließlich drückte er sein Bedauern aus, dass Betz' „Gesundheit im Gefängnis gelitten“ habe, und wünschte ihm „baldige völlige Genesung und volle Wiederherstellung [der] alten Arbeitskraft“, verbunden mit den besten Wünschen für den Jahreswechsel auch an die Frau Gemahlin¹⁵¹.

Der ehemalige Chefredakteur Büchner, der sich im April nach der Kündigung in so bitterem Ton von Reusch verabschiedet hatte, erhielt Ende 1933 wenigstens wieder die polizeiliche Erlaubnis, sich außerhalb Münchens frei zu bewegen. In seinem Beruf als Journalist konnte er aber nicht mehr arbeiten. Im Herbst erkundigte er sich bei Reusch nach dem Schicksal der anderen Inhaftierten und erhielt die Auskunft, dass über den Stand der Verfahren gegen die noch inhaftierten Redakteure nichts bekannt sei. „Ich möchte nur wünschen“, so fuhr Reusch fort, „dass es Ihnen gelingt, in absehbarer Zeit eine andere Tätigkeit zu finden.“¹⁵² Aber auch hier hatte der Chef des GHH-Konzerns nichts anzubieten. Büchners

¹⁴⁷ Haniel an Reusch, 11. 11. 1933, in: Ebenda.

¹⁴⁸ Reusch an Haniel, 14. 11. 1933, in: Ebenda.

¹⁴⁹ Haniel an Reusch, 15. 11. 1933, in: Ebenda.

¹⁵⁰ Reusch an Betz, 21. 11. 1933, in: RWWA, 130-4001012007/7.

¹⁵¹ Reusch an Betz, 22. 12. 1933, in: Ebenda.

¹⁵² Reusch an Büchner, 21. 10. 1933, in: Ebenda. Büchners Schreiben findet sich nicht in den Akten.

Lage war im Februar 1934 so verzweifelt, dass er sich noch einmal mit einem Hilferuf an Reusch wandte: „Die verschiedenen Versuche, mir eine neue wirtschaftliche Existenz zu gründen, sind bisher fehlgeschlagen. Ich habe verlernt, mich darüber zu wundern. Denn ich weiß aus meinen Erfahrungen 1919/20, was es bedeutet zu den ‚Geächteten‘ zu gehören. Wenn ich mich noch einmal an Sie wende, so deshalb, weil ich glaube, dass Sie mich kennen, meine Fähigkeiten und meine Fehler, und wissen, wer ich bin. Und meine Frage ist einfach die, ob Sie aus dieser Kenntnis heraus eine Möglichkeit sehen, dass ich in den großen Unternehmungen, die Sie leiten, an irgendeiner Stelle nützliche Arbeit leisten kann.“¹⁵³ Büchner hielt sich in Berlin Mitte Februar für ein Gespräch mit Reusch bereit, aber – ganz unaufdringlich – „nur für den Fall, dass Sie diese Frage nicht von vornherein verneinen“. Von Haniel, an den Reusch alle Bitten um Unterstützung weiterleitete, erhoffte Büchner sich nichts: „Herr Haniel hat mir zwar seinerzeit geschrieben, dass er die Frage meiner Vertragsauflösung noch nicht als erledigt ansehe, aber gehört habe ich seitdem nichts mehr davon.“¹⁵⁴

Ob es zu dem von Büchner erbetenen Treffen in Berlin kam, ist nicht bekannt. Zu dieser Zeit, im Februar 1934, wusste Reusch, dass sich der Auftragseingang „in den großen Unternehmungen, die er leitete“, noch wesentlich günstiger entwickelte als im Vorjahr und dass Einstellungen in großem Umfang angelaufen waren¹⁵⁵. Betz berichtet, Reusch habe Büchner den Auftrag gegeben, die Geschichte der GHH zu schreiben¹⁵⁶. Aus diesem Projekt wurde aber offenbar nichts. Büchner starb im Krieg als Major eines Pionierbataillons.

Aretin wurde im November 1933 in das KZ Dachau verlegt und dort schwer misshandelt. Dass er den Aufenthalt in Dachau überlebte, ist dem hartnäckigen Einsatz des Reichsstatthalters von Epp zu verdanken, der sich immer wieder telefonisch nach seinem Wohlergehen erkundigte¹⁵⁷. Ende März 1934 kam Aretin wegen seiner angeschlagenen Gesundheit in das Gefängnis-Sanatorium Neu-Wittelsbach, wo er bis zu seiner Freilassung im Mai 1934 blieb¹⁵⁸. Danach wandte auch er sich mehrfach brieflich an Reusch und Haniel. Die beiden Großindustriellen schoben sich diese Schreiben – wie auch weitere Briefe des ehemaligen

¹⁵³ Büchner an Reusch, 4. 2. 1934, Abschrift: Anlage zu Reusch an Haniel, 9. 2. 1934, in: RWWA, 130-4001012000/4b.

¹⁵⁴ Ebenda.

¹⁵⁵ Vgl. Kellermann an Reusch, 6. 2. 1934, und Reusch an Kellermann, 8. 5. 1934, in: RWWA, 130-4001012003/15. Danach stieg die Belegschaft von 15190 (1. 1.) auf 17363 (1. 5.). Reusch forderte Kellermann auf, diesen Anstieg unter Kontrolle zu halten; vgl. Haniel an Reusch, 31. 8. 1933, Reusch an Haniel, 3. 9. 1933, in: RWWA, 4001012000/4a, und Reusch an Haniel, 25. 4. 1934, in: RWWA, 130-4001012000/4b.

¹⁵⁶ Vgl. Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 42.

¹⁵⁷ Wie sehr das Leben Aretins gefährdet war, geht auch aus der Tatsache hervor, dass er auf der Liste der am 30. 6. 1934 in Dachau Ermordeten stand: Brief von Karl Otmar Freiherr von Aretin an den Vf., 9. 7. 2004.

¹⁵⁸ Haniel an Reusch, 27. 3. 1934, und Reusch an Haniel, 30. 3. 1934, in: RWWA, 130-4001012000/4b; vgl. Aretin, Krone und Ketten, S. 274–328, mit erschütternden Beschreibungen über die Zustände im KZ Dachau.

Verlagsdirektors Betz – gegenseitig zu¹⁵⁹. Ende September 1934 fragte Reusch, offenbar nach einem erneuten Hilferuf von Aretin, seinen Aufsichtsratsvorsitzenden: „Was soll ich dem Mann nunmehr antworten?“¹⁶⁰ Nachdem Reusch Anfang November eine Antwort angemahnt hatte, machte Haniel einen Vorschlag. Zunächst stellte er seine Bemühungen um Aretin in den Vordergrund: Er habe „zur Befreiung Baron Aretins und zur Unterstützung seiner Familie während „seiner Inhaftierung nach [seinem] Empfinden das Äußerste getan, was [er] zu tun in der Lage war. Das sollte eigentlich Herrn von Aretin veranlassen, sich etwas wohlwollender mit [seiner] Person zu beschäftigen.“¹⁶¹ Haniel schlug in diesem Fall eine harte Gangart vor: „Wenn ich auf einen höchst merkwürdigen Brief, den er mir aus der Schutzhaft auf mir unbekanntem Wege zustellen ließ, nicht geantwortet habe und auch später keine Veranlassung fand, mit ihm zusammenzutreffen, so habe ich dazu meine guten Gründe. Zu helfen ist ihm, wie die Dinge liegen, durch Beschaffung einer geeigneten Stellung im In- oder Auslande zur Zeit nicht, und ihm lediglich Gelegenheit zu geben, sich über sein Schicksal zu beklagen, halte ich für ebenso unerfreulich wie unfruchtbar. Ich würde Ihnen daher dankbar sein, wenn auch Sie ihn dahin beschieden, dass Sie zur Zeit keine Möglichkeit sähen, eine Wiedergutmachung für ihn zu erreichen oder eine Anstellung zu finden, dass Sie daher eine Zusammenkunft für zwecklos hielten, aber in Anbetracht seiner 10-jährigen Tätigkeit bei den M. N. N. keine Gelegenheit vorübergehen lassen würden, ihm zu helfen, wenn diese sich Ihnen böte.“¹⁶²

Reusch kam dieser Vorschlag offenbar sehr gelegen. Drei Tage später erteilte er dem ehemaligen Redakteur eine glatte Abfuhr: „Nachdem die Anteile von Knorr & Hirth noch beschlagnahmt sind und ich infolgedessen dort in keiner Weise etwas zu sagen habe, ist es mir beim besten Willen nicht möglich, Ihrer Forderung auf Rehabilitierung gegenüber Knorr & Hirth in irgendeiner Form zu entsprechen. Ich bin daher nach wie vor der Ansicht, dass ein Zusammentreffen zurzeit zwecklos ist. Dass es im übrigen für mich unmöglich ist, Ihnen in Ihrem eigentlichen Berufe zurzeit irgendeine Stellung zu verschaffen, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Ich kann Ihnen daher vorläufig irgendwelche Aussichten auf eine Anstellung nicht machen. Es hat keinen Zweck, bei Ihnen irgendwelche Hoffnungen zu erwecken, die ich in gegenwärtiger Zeit voraussichtlich ja doch nicht erfüllen kann.“¹⁶³ Gegenüber dem bayerischen Monarchisten

¹⁵⁹ Reusch an Haniel, 31. 3. 1934, Haniel an Reusch, 14. 6. 1934, Reusch an Haniel 15. 6. 1934 (Schreiben von Betz und Aretin postwendend zurück), und Reusch an Haniel, 29. 7. 1934, in: RWVA, 130-4001012000/4b. Die als Anlagen beigefügten Schreiben von Betz und Aretin nicht in den Akten.

¹⁶⁰ Reusch an Haniel, 22. 9. 1934, in: Ebenda. Auch hier fehlt der als Anlage beigefügte Briefwechsel mit Aretin in den Akten.

¹⁶¹ Haniel an Reusch, 12. 11. 1934, in: Ebenda.

¹⁶² Ebenda.

¹⁶³ Reusch an Aretin, 15. 11. 1934, in: RWVA, 130-4001012007/7; Abschrift dieses Schreibens als Anlage zu: Reusch an Haniel, 15. 11. 1934, in: RWVA, 130-4001012000/4b.

konnte sich der GHH-Chef nicht einmal zu guten Wünschen durchringen. Aretin blieb bis 1945 aus München verbannt und mit Berufsverbot belegt¹⁶⁴.

Cossmann, der jüdischer Abstammung war, blieb bis zum Sommer 1934 im Gefängnis. Offenbar konnte er auch nach seiner Freilassung die Kontakte zu den Anteilseignern, deren Vertrauensmann im Verlag Knorr & Hirth er jahrelang gewesen war, nicht wieder anknüpfen. Es finden sich in den Quellen keinerlei Hinweise, dass Reusch oder Haniel Kontakt mit ihm aufgenommen hätten. 1941 wurde er wieder verhaftet, er kam zunächst in ein Sammellager für Juden in München und wurde dann in das KZ Theresienstadt deportiert, wo er 1942 starb¹⁶⁵.

Die Übernahme der Anteile durch den Eher-Verlag der NSDAP

Die Besetzung des Schriftleiterpostens bei den „Münchener Neuesten Nachrichten“ blieb lange Zeit in der Schwebe. Aspiranten gab es viele. Die Entscheidung in dieser Personalfrage lag beim NS-Kommissar Hausleiter, der in den innerparteilichen Machtkämpfen zunächst die Oberhand behielt. Hausleiter konnte sich seiner Stellung aber keineswegs sicher sein und suchte deshalb die Unterstützung der alten Anteilseigner. Im vornehmen Berliner Herrenclub trat er in SS-Uniform auf, wie Reuschs Intimus Martin Blank süffisant bemerkte. Er wurde nicht müde zu betonen, wie sehr ihm an guten Kontakten zu den Industriellen nördlich des Mains gelegen sei, wie Blank an Reusch schrieb. Besonders Paul Reusch machte er Komplimente. Durch „Einblick in die frühere Korrespondenz“ habe er feststellen können, wie sehr Reusch sich persönlich bemüht habe, „die frühere Haltung der MNN umzustellen und überhaupt die Dinge in Bayern politisch in Ordnung zu bringen“. Es sei ihm – Hausleiter – unter großen Anstrengungen gelungen, die Einverleibung des Verlags Knorr & Hirth in den NS-Parteiverlag zu verhindern. Da Hitler keine völlige Uniformierung der Presse wolle, würde der „Völkische Beobachter“ künftig auch „seine Werbetätigkeit gegen die MNN [...] einstellen“. Er habe also für die Erhaltung des in den Verlag investierten Vermögens einiges geleistet und verspüre nun das „persönliche Bedürfnis, [Reusch] einmal darzulegen, was er für Verdienste um die Selbständigerhaltung des Verlages Knorr & Hirth habe“. Als der Jüngere sei er bereit, sich ganz auf Reuschs Orts- und Zeitvorschläge einzustellen. Die feinen Herren in Berlin fanden Hausleiter nicht unsympathisch, aber „unsicher in seiner bisherigen Position“, weshalb er versuche, „auf Umwegen an [Reusch] heranzukommen“. Blank warnte vor einer glatten Zurückweisung dieser Avancen: „Immerhin ist zu bedenken, dass Herr H. der SS sowohl wie der Bayerischen Politischen Polizei angehört und vielleicht diesen Fühler sogar im Einverständnis mit seinem Reichsführer, Herrn Himmler,

¹⁶⁴ Vgl. Aretin, Krone und Ketten; Hoser, Münchner Tagespresse, S. 1094; Ulrich Cartarius, Opposition gegen Hitler. Bilder, Texte, Dokumente. Deutscher Widerstand 1933–1945, Berlin 1994, S. 56 f. u. S. 297.

¹⁶⁵ Vgl. Hoser, Münchner Tagespresse, S. 1095; Betz, Tragödie, in: Journalismus, Bd. 2, S. 43.

ausstreckt.“¹⁶⁶ Reusch reagierte trotz dieses Winks nicht auf Hausleiters Annäherungsversuche. Möglicherweise wusste er, wie umstritten dieser innerhalb der NSDAP war.¹⁶⁷

Auf die Besetzung des wichtigen Schriftleiterpostens hatten die Anteilseigner keinen Einfluss mehr. Sie konnten diese Entscheidung nur aus der Ferne verfolgen und gaben bisweilen bitterböse Kommentare dazu ab. So bezeichnete Reusch einen der Aspiranten als „wirtschaftlichen Literatentyp, der mehr Bolschewist als sonst etwas ist“¹⁶⁸. Chefredakteur wurde schließlich im Oktober 1933 Giselher Wirsing, der aus dem jung-konservativen „Tatkreis“ kam und 1936 SS-Hauptsturmführer wurde.¹⁶⁹

Ende 1933 unternahm Reusch nach monatelanger Passivität wieder einen Vorstoß zur Aufhebung der Beschlagnahme des Konzernkapitals. In einem Schreiben an Reichsstatthalter von Epp bat er darum, „die Bayerische Politische Polizei zu veranlassen, uns unser Eigentum zu voller, freier Verfügung wieder zurückzugeben“¹⁷⁰. Ritter von Epp hatte dieses Schreiben selbst angeregt mit der Bemerkung, „wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter“¹⁷¹. Hitler entschied dann bei einem Gespräch mit Epp am 31. Januar 1934 angeblich, dass das beschlagnahmte Kapital freizugeben sei und die Kommissare zurückzuziehen seien. In seinem Winterurlaub in Arosa erreichte Reusch Mitte Februar die Nachricht, dass Himmler – von Epp über die „Führer“-Entscheidung unterrichtet – die Aufhebung der Sperrung der Verlagsanteile zugesichert habe. Die Sache scheiterte aber – nach einem internen Vermerk des bayerischen Innenministerium – an Reuschs Weigerung, sich mit Himmler zu treffen, solange der SS-Führer sich nicht für eine Reusch zugefügte Beleidigung entschuldigt hatte. Allerdings findet sich in Reuschs Korrespondenz kein Beleg für diese Version, dass Reusch ausdrücklich eine Entschuldigung verlangt habe. In einem Schreiben an Epp gab Reusch allerdings in einem achtseitigen Überblick über die Kontakte mit Himmler und der Politischen Polizei zu erkennen, wie sehr er sich von Himmler brüskiert fühlte. Was die Herren Epp und Reusch bei ihrem Treffen am 16. Februar 1934 in Mün-

¹⁶⁶ Blank an Reusch, 20. 10. 1933, Anlage zu Reusch an Haniel, 21. 10. 1933, in: RWWA 130-4001012000/4a.

¹⁶⁷ Vgl. die massiven Zweifel an seiner Qualifikation und seinem Charakter in den Akten des Bayerischen Innenministeriums, vor allem im 4-seitigen Vermerk ohne Überschrift, Vf., Unterschrift und Datum (aufgrund inhaltlicher Kriterien auf Frühjahr 1934 zu datieren), in: BayH-StA, II Minn 74119; vgl. auch Epp an Ministerpräsident Siebert, in: Ebenda, StK 6463/9.

¹⁶⁸ Reusch an Haniel, 25. 7. 1933, in: RWWA, 130-4001012000/4a; diese Kennzeichnung stammte aus dem Berliner Herrenclub und war wörtlich von Blank an Reusch weitergegeben worden. Vgl. Blank an Reusch, 24. 7. 1933, in: RWWA, 130-4001012024/11.

¹⁶⁹ Zur Person Wirsing vgl. SS-Personalbericht als Faksimile in: Josef Wulf, *Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1983, S. 22 f.; Frei/Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, S. 173 ff.; Sontheimer, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, S. 234 ff.; Betz, *Tragödie*, in: *Journalismus*, Bd. 2, S. 42; Hoser, *Münchener Tagespresse*, S. 1022.

¹⁷⁰ Reusch an Epp, 20. 12. 1933, in: BayHStA, II Minn 74119.

¹⁷¹ Bei einem Gespräch mit Reusch in Berlin am 11. 12. 1933; vgl. „Betrifft: Knorr & Hirth, Lage Mitte April 1934“ (6 Seiten ohne Vf. und Unterschrift), Blatt I, in: Ebenda.

chen im Einzelnen besprochen, ist unbekannt. Sicher ist nur das Ergebnis: Der Reichsstatthalter reagierte verstimmt und stellte seine Vermittlungsbemühungen zwischen Reusch und Himmler ein¹⁷².

Reusch verlagerte seine Bemühungen jetzt auf eine andere Schiene: Einen Tag nach dem unbefriedigenden Gespräch mit Ritter von Epp bat er Hitlers Wirtschaftsberater Keppler um Vermittlung und schickte ihm eine Aktennotiz über den gesamten Vorgang der Beschlagnahme der Verlagsanteile¹⁷³. Reusch war seit Dezember 1933 intensiv bemüht, gute Kontakte zu Wilhelm Keppler zu knüpfen. In einer Vielzahl von Schreiben empfahl er – Kepplers Autarkie-Pläne aufgreifend – die Ausbeutung der Eisenerzlager auf der Schwäbischen Alb, machte aber gleichzeitig intern gegenüber seinen Mitarbeitern in der GHH keinen Hehl daraus, dass sowohl in technischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht die Verwendung ausländischer Erze besser sei. Wie bei der Erfindung der Mefo-Wechsel diene sich Reusch somit in einem weiteren zentralen Bereich der Wirtschafts- und Ausrüstungspolitik dem Regime an¹⁷⁴. Für April 1934 arrangierte er für Keppler und Schacht zusammen mit weiteren hochrangigen Persönlichkeiten eine Besichtigung der Erzlager in Gutmadingen¹⁷⁵. In die diesbezügliche Korrespondenz flocht Reusch geschickt die Bitte an Keppler ein, bei Himmler in der Sache Knorr & Hirth zu vermitteln¹⁷⁶. Nach seiner höflichen Anfrage bei Keppler im März, was dessen „liebenswürdige Bemühungen“ gebracht hätten, wurde Reusch zunächst vertröstet, ehe er im April zur Kenntnis nehmen musste, dass er von Himmler erneut versetzt worden war¹⁷⁷. Im Verlag Knorr & Hirth in München gab Kommissar Hausleiter seinen Untergebenen am Gründonnerstag triumphierend bekannt, „dass die Versuche des Reusch kläglich gescheitert seien“. Rudolf Hess, Himmler, Philipp Bouhler und Reinhard Heydrich hätten gemeinsam entschieden, „dass Reusch nicht in den Besitz des Hauses komme, vielmehr er, Hausleiter, und Haniel für dauernd als Führer des Hauses eingesetzt seien“¹⁷⁸.

An dieser Stelle sollte man darauf hinweisen, dass Aretin und Cossmann Anfang 1934 noch in Haft waren und Aretin unter menschenunwürdigen Bedingungen im Konzentrationslager Dachau saß. Die von Hausleiter gefeuerten Redakteure und Verlagsmitarbeiter kämpften um ihre Existenz. Dieses Thema spielte jedoch in Reuschs Korrespondenz mit Keppler und Ritter von Epp keine Rolle; es ging ihm allein um die Freigabe des Kapitals der GHH.

¹⁷² Vgl. ebenda, Blatt I–VI; Epp an Reusch, 7. 2. 1934, und Reusch an Epp, 14. und 15. 2. 1934, in: Ebenda.

¹⁷³ Reusch an Keppler, 17. 2. 1934, in: RWWA, 130-400101293/22. Die erwähnten Anlagen nicht in den Akten.

¹⁷⁴ Zur Ausbeutung der schwäbischen Erze vgl. die umfangreiche Korrespondenz Reusch – Kellermann 1933–1934, in: RWWA, 130-4001012003/15.

¹⁷⁵ Zwischen Dezember 1933 und April 1934 25 (!) Schreiben von Reusch an Keppler, in: RWWA 130-400101293/22.

¹⁷⁶ Reusch an Keppler, 17. und 18. 2. 1934, in: Ebenda.

¹⁷⁷ Reusch an Keppler, 15., 19., 23. und 25. 3. sowie 13. 4. 1934, in: Ebenda.

¹⁷⁸ Interne „Vormerkung“ des Innenministeriums vom 13. 4. 1934 (Name des unterzeichnenden Ministerialrates unleserlich), in: BayHStA, II MIIn 74119.

Nachdem auch im Sommer 1934 kein Termin mit Himmler zustande kam, war endgültig klar, dass auch Kepplers Vermittlung als gescheitert angesehen werden musste. Im Dezember 1935 wurde der Verlag Knorr & Hirth für einen Kaufpreis von 3,5 Millionen Mark dem parteieigenen Eher-Verlag einverleibt. Die GHH erhielt entsprechend ihrem Anteil am Gesamtkapital ca. 1,4 Millionen Mark, während sie ursprünglich ca. 5 Millionen investiert hatte¹⁷⁹.

Zusammenfassung

Der 30. Januar 1933 wurde von Paul Reusch nicht als entscheidende Zäsur wahrgenommen. Die Ablösung der Regierung Schleicher nahm er ohne Bedauern zur Kenntnis; er war sogar bereit, Hitler einen Vertrauensvorschuss zu geben, und fuhr zunächst in Winterurlaub – ein Indiz für die geringe Bedeutung, die er dem erneuten Regierungswechsel beimaß. Die Ernüchterung setzte jedoch bereits im März ein, als wirklich entscheidend dürfte er den Putsch im Reichsverband der Deutschen Industrie Anfang April und die Beschlagnahme der Verlagsanteile der GHH empfunden haben. Diese Ereignisse müssen bei Reusch einen Schock ausgelöst haben, der ihn veranlasste, gravierende Veränderungen in seiner Terminplanung vorzunehmen: Die Verhandlungen um die Freigabe der Verlagsanteile, vor allem das in Aussicht genommene Gespräch mit Himmler, waren ihm so wichtig, dass er seine traditionelle Frühjahrskur, jedes Jahr ein Fixpunkt im Terminkalender, absagte¹⁸⁰. Obwohl die Eingriffe in die Besitzrechte der Anteilseigner und die Gleichschaltung der Spitzenverbände einen Kernpunkt des unternehmerischen Credos betrafen, agierte er jedoch auffallend zaghaft. Er konnte sich zu keinem Zeitpunkt zum Protest oder zu offener Kritik durchringen, wie er dies von Haniel verlangte. Es gab durchaus einzelne prominente Großunternehmer, die es wagten, Terror und Gleichschaltung offen zu kritisieren, z. B. Emil Kirdorf anlässlich der schändlichen Ausschaltung Silverbergs als Präsident der Kölner Industrie- und Handelskammer¹⁸¹ oder Carl Bosch von der I. G. Farben mit seiner persönlichen Intervention bei Hitler gegen den Staatsantisemitismus im April 1933¹⁸². Reusch verbündete sich im Frühjahr 1933 jedoch nicht mit solchen Kollegen, die Zivilcourage zeigten, sondern er orientierte sich an den Chefs der großen Konkurrenzfirmen der Schwerindustrie: Fritz Thyssen, der die Nationalsozialisten seit langem unterstützt hatte, ließ seine Kollegen nun spüren, dass er im neuen Regime eine privilegierte Position einnahm. Albert Vögler, der Vorstandsvorsitzende der Vereinigten Stahlwerke, folgte dieser Linie seines Aufsichts-

¹⁷⁹ Diese Zahlen bei Hoser, *Münchener Tagespresse*, S. 881; vgl. Koszyk, *Deutsche Presse*, S. 364 u. S. 398; Frei/Schmitz, *Journalismus im Dritten Reich*, S. 57; Reusch an Haniel, 11. 9. 1935, in: *RWWA*, 130-4001012000/4b.

¹⁸⁰ Reusch an Luther, 17. 6. 1933, in: *RWWA*, 130-400101290/31.

¹⁸¹ Vgl. Neebe, *Großindustrie, Staat und NSDAP*, S. 194; Henry A. Turner, Jr., Emil Kirdorf und die NSDAP, in: Ders., *Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft*, Göttingen 1972, S. 78.

¹⁸² Vgl. Emanuel Heisenberg, *Tödliche Synthese*, in: *DIE ZEIT*, 3. 6. 2004.

ratsvorsitzenden. Gustav Krupp exekutierte in enger Abstimmung mit Hitler die Gleichschaltung des Reichsverbandes der Industrie. Den offenen Konflikt mit den neuen Machthabern wagte keiner der Herren der Schwerindustrie, auch Reusch nicht.

Nachdem er zunächst geneigt war, den in seinem persönlichen Umfeld „erfahrenen Terror als vorübergehende „Begleiterscheinung“ eines im Prinzip „erfreulichen“ politischen Umbruchs zu akzeptieren¹⁸³, zog er sich ab dem Sommer 1933 verärgert, teilweise wohl auch resigniert, auf die Belange seiner Firma zurück. Diesen Rückzug aus der Politik hatte der Fünfundsechzigjährige allerdings schon lange vor 1933 eingeleitet.

Abweichend von der Regel, wonach die große Mehrheit der Unternehmer nach anfänglicher Skepsis relativ schnell auf einen Kurs vorbehaltloser Unterstützung des Regimes einschwenkte¹⁸⁴, schien Reuschs Einstellung sich von anfänglichem, wenn auch verhaltenem „Wohlwollen“ über Ernüchterung und Verärgerung hin zu innerer Ablehnung zu entwickeln. Bei der Lenkung seines Konzerns ließ er sich von derartigen Einstellungen aber nicht beeinflussen. Die Interessen seiner Firma bewogen ihn, ab dem Frühsommer einen Kurs der Anpassung an das neue Regime zu steuern. Dass er dabei fundamentale wirtschaftspolitische Prinzipien über Bord warf, zu denen er sich noch wenige Monate zuvor bekannt hatte, schien ihn wenig anzufechten. Vielleicht wurde ihm diese geistige Kehrtwendung gar nicht bewusst. Es ist fraglich, ob er die Ungeheuerlichkeit der Vorgänge, die seit dem 30. Januar 1933 in Deutschland abliefen, überhaupt in ihrer ganzen Tragweite erfasste.

Die Hauptfrage ist aber, welche Handlungsspielräume dem Großunternehmer Paul Reusch unter einem Regime blieben, das seine diktatorische Macht in atemberaubendem Tempo konsolidierte. Was das in die Presse investierte Kapital der GHH anging, so ist offenkundig, dass es eine Interessenidentität mit dem Regime nicht gab; es war reines Wunschdenken, als Reusch und Haniel im März 1933 für kurze Zeit erwogen, die Gleichschaltung der MNN für ein radikales personelles Revirement in Verlag und Redaktion zu nutzen, das auch aus der Sicht der Anteilseigner geboten schien. Die Beschlagnahme des Kapitals von Knorr & Hirth und die Ausschaltung der Anteilseigner von jeglicher Kontrolle über den Verlag standen diametral im Gegensatz zu den Kapitalinteressen des Konzerns. Dass Reusch dies hinnahm, mochte mehrere Gründe haben: Die Meinungsverschiedenheit zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Aufsichtsratsvorsitzenden über den zu steuernden Kurs; die Rücksichtnahme auf die Verhafteten angesichts der Erpressung durch die NS-Machthaber und die Einbeziehung anderer Konzerninteressen, die nicht zwangsläufig deckungsgleich waren mit den Kapitalinteressen im Pressewesen.

Vermutlich war letzteres das ausschlaggebende Motiv: Die von Hitler versprochene Aufrüstung ließ für die Betriebe der Schwerindustrie ebenso wie für die

¹⁸³ Reusch an Luther, 17. 6. 1933, in: RWWA, 130-400101290/31.

¹⁸⁴ Vgl. Paul Erker, *Industrieeliten in der NS-Zeit. Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmern in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936–1945*, Passau 1993, S. 7.

im Konzern ständig an Bedeutung zunehmende GHH-Tochter MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG) lukrative Aufträge erwarten. Ein Kurs der Verweigerung kam aus der Sicht des Vorstandsvorsitzenden deshalb nicht in Frage. Reusch glaubte, seine Firma in Konkurrenz vor allem zu den Vereinigten Stahlwerken und zu Krupp positionieren zu müssen und suchte deshalb Kontakte zu den neuen Machthabern. Eine Verschärfung des Konflikts über die MNN wäre dafür nur hinderlich gewesen.

Alternativen zum Kurs der Anpassung gab es für Reusch trotzdem. Die Weigerung, persönlich in München in Erscheinung zu treten, erleichterte es „Himmler und seinen Satrapen“, vollendete Tatsachen zu schaffen. Reusch unternahm keinen ernsthaften Versuch, Verbündete im Kreise seiner Unternehmerkollegen zu gewinnen, um wenigstens die ärgsten Zumutungen des NS-Regimes abwehren zu können. Ebenso wenig aktivierte er seine alten Kontakte zu den Kabinettsmitgliedern, die nicht der NSDAP angehörten. Eine Erklärung hierfür, die aber empirisch noch zu belegen wäre, mag sein, dass Reusch sich in dem ab Ende März einsetzenden Wettlauf um die Gunst der NS-Machthaber in seinen Kreisen zunehmend isoliert fühlte. Auch der Verzicht, Gerichte anzurufen, erleichterte Himmler und Heydrich das Geschäft. Die Tatsache, dass sie vor dem Reichsgericht mit ihren Strafanträgen scheiterten, zeigt, dass zumindest in der Anfangsphase der Wille der Partei nicht automatisch exekutiert wurde. Großunternehmer wie Reusch wurden von den NS-Machthabern umworben, aber es ist nicht erkennbar, wo Reusch die daraus erwachsenen Einflussmöglichkeiten wirklich entschlossen genutzt hätte. Bei den NS-Machthabern musste diese Zurückhaltung den Eindruck verstärken, dass sie von den vermeintlich mächtigen „Ruhr-Baronen“ keine Schwierigkeiten zu erwarten hatten.

Wie reagierte der vom Regime umworbene Großunternehmer und Großbürger Paul Reusch auf den Terror des Regimes? Was tat er für die Verfolgten aus seinem persönlichen Umfeld? Reusch wusste, dass die Verhaftungen willkürlich waren und jeder Rechtsgrundlage entbehrten. Da er über die in der Haft ruinierte Gesundheit von Verlagsdirektor Betz schrieb, so ist anzunehmen, dass er über die Zustände in den Haftanstalten und im KZ Dachau, wo Aretin einige Wochen hatte zubringen müssen, Bescheid wusste. Er nahm zweifellos Anteil am Schicksal der Opfer des NS-Terrors, er forderte Andere, vor allem Haniel, von Zeit zu Zeit auf, zu ihren Gunsten bei den NS-Behörden zu intervenieren. Aber er selbst wurde nur im Interesse des Freiherrn von Gebtsattel aktiv. Anders als sein Duz-Freund Bosch in Stuttgart half er keinem der frühen Verfolgten des NS-Regimes beim Aufbau einer neuen Existenz. In einzelnen Fällen erschreckt sogar die Unehrllichkeit im Umgang mit den Verfolgten und der Stil, in dem er seinen früheren Vertrauenspersonen eine Abfuhr erteilte.

Es kann Reusch nicht entgangen sein, dass den jüdischen Mitarbeitern im Verlag, an der Spitze Paul Cossmann, besonders übel mitgespielt wurde. Als ihm frühzeitig mitgeteilt wurde, dass die Kündigungswelle systematisch alle „semitischen“ Angehörigen des Verlages erfasste, kommentierte er dies nicht. Als Verlagsdirektor Betz die aktuellen Probleme seinem Vorgänger Pflaum anlastete, der als Jude 1930 Zielscheibe übler antisemitischer Hetze geworden war, widersprach

240 Aufsätze

keiner der Kapitalvertreter¹⁸⁵. Über irgendwelche Kontakte Reuschs zu Cossmann oder Hilfe bei der Existenzsicherung nach der Haft ist nichts bekannt. Auch in diesem Fall drängt sich der Schluss auf, dass Reusch trotz seiner Kenntnis der ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen die Augen vor der kriminellen Energie der Nationalsozialisten verschloss.

¹⁸⁵ Gebtsattel an Reusch, 21. und 27. 3. 1933, in: RWWA, 130-400101293/3; vgl. auch Koszyk, Deutsche Presse, S. 188 f.

■ War die Verfolgung der Juden auch in Frankreich wirklich von Anfang an Bestandteil deutscher Besatzungspolitik? Stimmt die Argumentation einiger jüngerer Arbeiten, die sich damit gegen das Bild einer zumindest im Westen „sauberen“ Wehrmacht richten? Oder wird bislang nicht vor allem die Rolle des deutschen Botschafters in Paris, Otto Abetz, sträflich unterschätzt, dessen Behörde neben Militärverwaltung und Reichssicherheitshauptamt in den Jahren 1940 bis 1942 entscheidende Bedeutung für die Besatzungspolitik gewann? Barbara Lambauer vom Centre d'Histoire de Sciences Po, Paris, hat zu diesen Fragen in deutschen und französischen Archiven neues und überraschendes Material entdeckt. ■

Barbara Lambauer

Opportunistischer Antisemitismus

Der deutsche Botschafter Otto Abetz und die Judenverfolgung in Frankreich (1940–1942)

Parallel zur viel diskutierten Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung über Verbrechen der Wehrmacht hat sich die historische Forschung sehr intensiv mit dem Einsatz der deutschen Armee in den besetzten Gebieten im Osten Europas beschäftigt. Analog dazu entstanden einige Arbeiten über die Rolle der Wehrmacht in Westeuropa, vor allem in Frankreich, die sich gegen das verbreitete Geschichtsbild einer dort „anständigen“ Wehrmacht richteten. Sie kamen zur Schlussfolgerung, dass die These eines Ost-West-Gefälles bei der Behandlung besetzter Länder zurückgewiesen und die Beteiligung der Wehrmacht an Kriegsverbrechen bzw. Judenverfolgung auch für Westeuropa betont werden muss¹. Was Frankreich anbelangt, wurde der deutschen Militärverwaltung eine Schlüsselrolle bei der steigenden Radikalisierung des Besatzungsregimes ab Sommer 1941 sowie bei der Verfolgung der Juden zugesprochen².

Aber waren die Vorgaben und Einstellungen der deutschen Militärs in Frankreich wirklich dieselben wie an der Ostfront? War es auch die Wehrmacht selbst, die in diesem Bereich tätig wurde? Und vor allem: War die Verfolgung der französischen Juden von Anfang an Bestandteil der deutschen Besatzungspolitik? Diese Fragen sowie jene nach den Anfängen des deutsch-französischen

¹ Vgl. Ahlrich Meyer, *Die deutsche Besatzung in Frankreich, 1940–1944. Widerstandsbekämpfung und Judenverfolgung*, Darmstadt 2000, S. 19; Regina M. Delacor, Einführung, in: Dies., *Attentate und Repressionen. Ausgewählte Dokumente zur zyklischen Eskalation des NS-Terrors im besetzten Frankreich 1941/42*, Stuttgart 2000, S. 5–60; zum Teil auch Ulrich Herbert, *Die deutsche Militärverwaltung in Paris und die Deportation der französischen Juden*, in: Ders. (Hrsg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945*, Frankfurt a. M. 1998, S. 170–208.

² So in besonderem Maße bei Delacor, Einführung, in: Dies., *Attentate, die für 1941 von blutigem „Terror als Herrschaftsstrategie im Weltanschauungskrieg“ spricht, der im Westen stattgefunden habe* (S. 30), bzw. von „osteuropäischen Bezugspunkten auch in der in Frankreich applizierten deutschen Besatzungs- und Repressionspolitik“ (S. 52).

Zusammenwirkens bei der Judenverfolgung stehen im Zentrum des folgenden Beitrages, wobei sich ein besonderes Augenmerk auf die Rolle der deutschen Botschaft richtet. Ihr wird in der deutschen wie in der französischen Geschichtsschreibung bislang nur relativ wenig Bedeutung beigemessen. Die Person des Botschafters, Otto Abetz, bleibt obskur und vor allem in ihrer Bedeutung unterschätzt: Historiker zögern offensichtlich sehr, sie nach den Arbeiten von Eberhard Jäckel, der ihr nur wenig Gewicht beimessen wollte³, ernst zu nehmen. Auch eine in Deutschland erschienene Biographie über Abetz hat daran nichts geändert⁴.

Zum Verständnis der besonderen Rolle, welche die deutsche diplomatische Vertretung in den ersten Jahren der Okkupation in Frankreich gespielt hat, ist ein rascher Blick auf die Konstellation der deutschen Dienststellen in Paris unentbehrlich. Die deutsche Besatzung dort wies nämlich mehrere Spezifika auch gegenüber anderen besetzten Ländern Westeuropas auf. Die oberste (militärische) Befehlsgewalt lag beim Militärbefehlshaber in Frankreich (MBF)⁵. Bis Herbst 1940 nahm Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch, Oberbefehlshaber des Heeres, diese Funktion ein, dann Otto von Stülpnagel, der schließlich im Frühjahr 1942 von seinem Cousin Karl Heinrich von Stülpnagel, bis dahin Vorsitzender der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden, abgelöst wurde. Ein großer Teil der beim MBF tätigen Militärs hatte bereits am Polenfeldzug teilgenommen und war zweifellos über die dort nach dem Einmarsch begangenen Kriegsverbrechen zumindest informiert⁶. Deren Wiederholung sollte wohl für Frankreich vermieden werden, weshalb sich der Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Paris, SS-Sturmbannführer Dr. Helmut Knochen, vorerst mit einem relativ kleinen Einsatzkommando und einem bescheidenen Aufgabebereich zufrieden geben, zudem ohne eigene Exekutivkräfte auskommen und sich bei Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen der Geheimen Feldpolizei des Militärbefehlshabers in Frankreich bedienen musste und damit auf dessen Zustimmung angewiesen war⁷. Knochens Rolle blieb in den ersten Monaten der Besatzung weitgehend auf nachrichtendienstliche Belange beschränkt. Er bekam jedoch ab September 1940 Verstärkung durch

³ Vgl. Eberhard Jäckel, *Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1966.

⁴ Sie richtet ihr Hauptaugenmerk bezeichnenderweise auf die dreißiger Jahre, während die Pariser Besatzungszeit sehr knapp behandelt wird: Vgl. Roland Ray, *Annäherung an Frankreich im Dienste Hitlers? Otto Abetz und die deutsche Frankreichpolitik 1930–1942*, München 2000.

⁵ Eine umfassende Darstellung der Dienststellen des Militärbefehlshabers in Frankreich stammt aus den sechziger Jahren; vgl. Hans Umbreit, *Der Militärbefehlshaber in Frankreich, 1940–1944*, Boppard a. R. 1968.

⁶ Vgl. Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, S. 449.

⁷ Vgl. Umbreit, *Militärbefehlshaber*, S. 107f., sowie Bernd Kasten, *Zwischen Pragmatismus und exzessiver Gewalt. Die Gestapo in Frankreich 1940–1944*, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 2000, S. 363.

einen eigenen Judenreferenten, Theodor Dannecker, und konnte bis 1942 seine Dienststelle von anfangs 10 auf über 200 Mitarbeiter ausbauen⁸.

Wehrmacht und RSHA, die im Osten die beiden zentralen Akteure der deutschen Besatzung stellten, wurden in Frankreich mit einer dritten Behörde konfrontiert, die der Militärverwaltung auf politischer Ebene sehr schnell ihren Vorrang streitig machte und deren Bedeutung für die deutsche Besatzungspolitik im besetzten Westeuropa wohl einzigartig war: die deutsche Botschaft unter der Leitung von Otto Abetz⁹.

Ein ungewöhnlicher Diplomat

Abetz war kein Unbekannter mehr, als er am 15. Juni, dem Tag nach der Besetzung der französischen Hauptstadt, dort eintraf. Der junge Zeichen- und Biologielehrer, der vor dem Eintritt in die Dienste Ribbentrops 1934 an einem Karlsruher Mädchengymnasium seinen knappen Lebensunterhalt verdient hatte, war bereits in den dreißiger Jahren auf der deutsch-französischen Bühne in Erscheinung getreten. In den Jahren vor 1933 fiel er als Initiator deutsch-französischer Jugendtreffen auf, die er in jährlichen Abständen zusammen mit dem Aristide Briand nahestehenden französischen Journalisten Jean Luchaire wechselweise in Deutschland und Frankreich organisierte. Dieses Engagement zugunsten der deutsch-französischen Verständigung zu einem Zeitpunkt, als in der deutschen Regierung von Verständigungspolitik schon längst nicht mehr die Rede war und an dem auch nationalsozialistische Jugendgruppen beteiligt waren, ermöglichte es Abetz, sich in kurzer Zeit ein beachtliches Netzwerk in Pariser politischen und intellektuellen Zirkeln aufzubauen, das ihm nach der nationalsozialistischen Regierungsübernahme von sehr großem Nutzen war. Denn nach anfänglichem Zögern konnte er letztlich sehr rasch an seine bisherigen Verständigungsbemühungen anschließen, freilich nicht ohne Anpassung an die außenpolitische Linie des neuen Regimes. Das erste Jugendtreffen nach der Machtübernahme wurde gegenüber den französischen Teilnehmern denn auch völlig unter das Zeichen der Kontinuität gestellt. Den deutschen Behörden präsentierte er das Vorhaben ganz anders. Um Abetz selbst zu zitieren: Angesichts dessen, dass „die auch in Frankreich um sich greifende antideutsche Greuelpropaganda Anlass gab, im Sinne der Aufforderung des Herrn Reichskanzlers alle Beziehungen zu ihrer Bekämpfung auszunutzen, und da andererseits die Gefahr eines Umfalls der [...] in die Antiversaillesfront gewonnenen französischen [Jugend]-Verbände immer

⁸ Vgl. Kasten, Pragmatismus, in: Paul/Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg, S. 364. Zu Dannecker vgl. Claudia Steur, Theodor Dannecker. Ein Funktionär der „Endlösung“, Essen 1997.

⁹ Im Rahmen einer auf französisch verfassten Doktorarbeit, die sich auf den Zeitraum 1930 bis 1958 bezieht, habe ich versucht, dem „Rätsel Abetz“ – nämlich der sehr ambivalenten Rolle, die er in den deutsch-französischen Beziehungen der dreißiger und vierziger Jahre spielte – auf den Grund zu gehen. Vgl. Barbara Lambauer, Otto Abetz et les Français ou l'envers de la Collaboration, Paris 2001.

akuter wurde“¹⁰, gehe es in erster Linie um die Rettung seiner Kontakte in Frankreich. Dies gelang Abetz auch und wurde ihm hoch angerechnet: 1934 wurde er Frankreichreferent der neugeschaffenen Dienststelle Ribbentrop und avancierte zu einem regelrechten Konkurrenten der Deutschen Botschaft, die sich durch seine paradiplomatischen Agenden regelmäßig ins Abseits gedrängt sah. Seine Ausweisung aus Frankreich im Juli 1939 im Zusammenhang mit der Danzig-Krise erregte das Interesse Hitlers und stand am Anfang einer steilen Karriere als Diplomat des Dritten Reiches.

Auch die Stellung Otto Abetz' im besetzten Frankreich 1940 bis 1944 war für einen Diplomaten sehr ungewöhnlich. Ab 1938 mit dem diplomatischen Titel eines Gesandten versehen, wurde er im Juni 1940 zum Vertreter Ribbentrops beim Militärbefehlshaber in Frankreich. Nach seiner durch die Ausweisung ein Jahr zuvor umso triumphaleren Ankunft im deutschen Botschaftsgebäude in der Rue de Lille, dem Palais Beauharnais, entfaltete er sehr rasch eine aktive und auch eigenmächtige Tätigkeit, ohne sich im Geringsten um seine hierarchische Unterstellung gegenüber der Militärverwaltung zu kümmern. Spannungen vor allem mit deren Leitung wurden unvermeidlich. Denn sogleich nach seinem Eintreffen in der französischen Hauptstadt am 15. Juni ging es darum, sich einen Platz in der „Pariser Besatzungswelt“ zu sichern. Er bemühte sich um Wiederaufnahme seiner französischen Kontakte aus der Vorkriegszeit. Ein regelrechter Besucherstrom setzte daraufhin in die Rue de Lille ein und spiegelte sich teilweise auch in den Akten der Botschaft wider. Von Fahrgenehmigungen und Laissez-passer, aber auch Freilassungen von befreundeten kriegsgefangenen Franzosen bis zur Überwachung von bestimmten (ihm gegenüber denunzierten) Persönlichkeiten bzw. Ämtern reicht der Katalog der Abetzschen Korrespondenz an die Militärverwaltung der ersten Tage und Wochen in Paris. Dabei sah er seine Rolle in der politischen bzw. propagandistischen Einwirkung auf die Bevölkerung, wobei er sich auf französische Vermittler aus seiner direkten Umgebung stützen wollte. Eines der Instrumente dazu war die französische Presse: Schon eine Woche nach seiner Ankunft in Paris forderte Abetz bei der Geheimen Feldpolizei Kräfte zur „Durchführung von Haussuchungen bzw. Beschlagnahmungen in verschiedenen Pariser Zeitungsdirektionen und Redaktionen“ an¹¹. Die Ziele, die er dabei verfolgte, waren von Anfang an offensichtlich. Denn tags darauf, am 23. Juni, sandte er ein Telegramm an die Wolfsschlucht, in dem er eine „Auswertung [der] Stimmung [der] französischen Bevölkerung [der] besetzten Gebiete gegen am Krieg verantwortliche Juden und von Engländern und Juden bestochene französische Politiker“ anregte, und zwar über eine Beschlagnahme ihres Besitzes mittels einer Verfügung des MBF¹². In diesem Sinne hatte er sich bereits mit dem Leiter der Verwaltungsabteilung beim Militärbefehlshaber in Paris, Kriegsverwaltungschef Dr. Harald Turner, in Verbindung gesetzt, der mit seinem

¹⁰ Denkschrift Otto Abetz' vom 3. 5. 1933 an Botschaftsrat Forster, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA-AA), Deutsche Botschaft Paris (DBP), 1050/1.

¹¹ Schreiben Abetz' an die Geheime Feldpolizei (Abschrift), 22. 6. 1940, in: PA-AA, DBP, 1280.

¹² Abetz an Baumschule, Wolfsschlucht (Abschrift), 23. 6. 1940, in: Ebenda.

Vorschlag einverstanden war, allerdings in Anbetracht der „ihm in Holland und Belgien auferlegten Zurückhaltung gegenüber jüdischem Eigentum“ eine Entscheidung aus dem Führerhauptquartier erwartete.

Doch noch kam es zu keiner systematischen Enteignung jüdischen Eigentums. Außer in einem anderen Zusammenhang, bei dem die Anregung auch vom Botschafter auszugehen schien: Am 30. Juni 1940 unterrichtete Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel den Militärbefehlshaber von Paris von einer Anordnung des Führers, die „nach Vortrag des Herrn Reichsaußenministers“ getroffen worden war (was eine Intervention Abetz' nahelegt), dass nämlich neben den französischen staatlichen Kunstschätzen auch die in „privatem, vornehmlich jüdischem Besitz“ befindlichen Kunst- und Altertumsgegenstände „vor Verschleppung bzw. gegen Verbergung“ bewahrt und darum „sichergestellt“ werden sollten¹³. Keitel zufolge handelte es sich lediglich um ein „Pfand für die Friedensverhandlungen“ (so lautete die offizielle Sprachregelung); doch damit wurde der Kunstraub in Frankreich eingeleitet, der in den ersten Wochen von der Botschaft aus koordiniert wurde. Der Vertreter des Reichsaußenministers meldete sich auch sehr rasch bei den Militärs, um auf die Durchführung der Anordnung zu drängen „und die wertvollsten Werke in die Deutsche Botschaft Paris zu überführen“¹⁴. Nach anfänglicher Beteiligung der Geheimen Feldpolizei wurde die Aktion am 17. Juli der Kolonne des Eberhard Freiherrn von Künsberg, Legationssekretär des Auswärtigen Amtes und gleichzeitig Feldpolizeidirektor, übertragen¹⁵. Am 29. August schickte Abetz umfangreiche Listen über den beschlagnahmten staatlichen und jüdischen Kunstbesitz nach Berlin¹⁶.

„Sehr dringend: Antisemitische Sofortmaßnahmen“

Die Sicherstellung von jüdischem (und staatlichem) Kunstbesitz blieb nicht die einzige Anregung, die Abetz seinen Vorgesetzten unterbreitete. Offensichtlich stellte antisemitische Politik einen nicht zu vernachlässigenden Teil der Agenda dar, die er als wichtig für seine Tätigkeit in Paris empfand. Mit dieser Position schien er aber weitgehend allein zu stehen. Denn wie wir im Folgenden sehen werden, standen Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung im Sommer 1940

¹³ Geheimschreiben Keitels an Alfred von Bockelberg (Abschrift), 30. 6. 1940, in: Archives Nationales Paris, AJ 40, Band 1366, dossier 2.

¹⁴ Abetz an Militärbefehlshaber Paris (Abschrift), 1. 7. 1940, in: Centre de documentation juive contemporaine, Paris (künftig: CDJC), LXXI-7, Hervorhebung im Original.

¹⁵ Schreiben Abetz' an Turner, Militärverwaltung Paris, (Abschrift), 17. 7. 1940, in: Archives Nationales Paris, AJ 40, Band 1673, dossier 16. – Die Kolonne Künsberg hatte sich bislang auf die Beschlagnahme von Regierungsakten der besetzten Gebiete (Polen, Skandinavien, Holland, Belgien und Frankreich) für das Auswärtige Amt konzentriert.

¹⁶ Abetz an Ribbentrop, 29. 8. 1940, in: PA-AA, R 29587 (MF 281). Mehr zu den Aktivitäten der Kolonne Künsberg nach der Besetzung Frankreichs (Beschlagnahme von wertvollem Aktenmaterial der französischen Ministerien, sowie ab Mitte Juli von französischen öffentlichen und privaten Kunstschätzen), in: Lambauer, Abetz, S. 148–165, sowie bei Anja Heuss, Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und in der Sowjetunion, Heidelberg 2000.

sicherlich nicht auf der Tagesordnung der deutschen Besatzungspolitik. Diesbezügliche Initiativen gingen ohne expliziten Auftrag von Abetz persönlich aus.

Dass sie gelingen konnten, hängt auch mit der Situation der französischen Regierung im Juni und Juli 1940 zusammen. Deren Kontakte zur deutschen Besatzungsmacht beschränkten sich auf die Waffenstillstandskommission, die in Wiesbaden zusammentrat. Noch ganz unter dem Schock des Zusammenbruchs stehend, befand sich die Regierung von Marschall Pétain weitgehend isoliert in dem unbesetzten Vichy und war völlig machtlos, was den besetzten Teil Frankreichs anging. Aus der Ferne verfolgte sie die Einrichtung der deutschen Besatzungsbehörden und blieb im Ungewissen über die Pläne Berlins in Frankreich und vor allem in der besetzten Zone. Zahlreich waren die konkreten Fragen, welche der Generaldelegierte der Vichy-Regierung in Paris ohne Erfolg vor Ort zu klären suchte: Sie reichten von der Rückkehr der Regierung nach Paris, den Besatzungskosten, den französischen Kriegsgefangenen (zwei Millionen Männer, die gerade nach Deutschland abtransportiert wurden) bis zur Aufhebung der Demarkationslinie. Verschiedene, auch widersprüchliche Nachrichten trafen von den wenigen Personen ein, die diese Linie überschreiten durften: Gerüchte über politische Machenschaften in der besetzten Zone, etwa die Bildung einer den Deutschen genehmen Regierung in Paris mit kollaborationsfreudigen Franzosen¹⁷. Um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken, versuchten die Mitglieder der Regierung auf ihre Weise, mit den Besatzern in Kontakt zu kommen: Außenminister Paul Baudouin ließ Ribbentrop über seine Botschaft in Madrid wissen, dass er zu Verhandlungen bereit sei; der ehemalige Außenminister Georges Bonnet und der Abgeordnete Pierre-Etienne Flandin begaben sich persönlich nach Paris, um Abetz, den beide aus der Vorkriegszeit kannten, aufzusuchen¹⁸.

Natürlich ging es dabei meist auch darum, die eigene politische Position zu festigen. Dieses Motiv spielte eine wichtige Rolle beim Vizepräsidenten des französischen Ministerrats Pierre Laval, der nach der von ihm maßgeblich beeinflussten Abstimmung in der Nationalversammlung vom 11. Juli, die Marschall Pétain mit allen nötigen Vollmachten ausstattete, nun nach einer Konsolidierung seiner persönlichen Machtstellung strebte. In Lavals Bekanntenkreis fanden sich mehrere ehemalige Verfechter der deutsch-französischen Verständigung, die bereit waren, für ihn ein Wort beim Vertreter des deutschen Außenministers in Paris einzulegen. Dabei handelte es sich in erster Linie um Mitglieder des von Abetz 1935 in die Wege geleiteten *Comité France-Allemagne*: Gaston Scapini, Gaston Henry-Haye, Fernand de Brinon sowie Jean Luchaire, Jean Fontenoy und Bertrand de Jouvenel, die seit mehreren Jahren freundschaftliche Beziehungen zu Abetz unterhielten.

Tatsächlich telegraphierte Abetz am 14. Juli nach Berlin, dass Laval einem „Vertrauensmann in Vichy“ mitgeteilt habe, am darauffolgenden Freitag nach Paris kommen und „Fühlung“ mit der deutschen Botschaft aufnehmen zu wol-

¹⁷ Diese gespannte Atmosphäre in Vichy ist beschrieben im Tagebuch von Marcel Déat, in: Archives Nationales Paris, Marcel Déat: Journal de Guerre, F7 15342, Juni-Juli 1940.

¹⁸ Vgl. Lambauer, Abetz, S. 166.

len¹⁹. Laval fragte an, ob ein Zusammentreffen mit Generalfeldmarschall Göring möglich sei, und habe sich auch zu seinen innenpolitischen Plänen geäußert: So wolle er eine französische Einheitspartei bilden und bereite ein Gesetz vor, das Juden den Staatsdienst verbiete. Ein solches Gesetz wurde in der Tat zwei Tage später von der französischen Regierung erlassen, gefolgt von einem weiteren, das die Einbürgerungen seit 1927 revidierte und damit ungefähr 6000 Juden betraf²⁰. Die Ankündigungen Lavals, gefolgt von konkreten Umsetzungen durch die französische Regierung in Vichy, waren ein erstes Signal, vor allem auch in Richtung der deutschen Besatzungsmacht, um Distanz zur Dritten Republik und eine Annäherung an das deutsche System anzudeuten.

Am 19. Juli begab sich der Vizepräsident in das besetzte Paris, um Abetz zu einem ersten Gespräch zu treffen. Die beiden Männer verstanden sich auf Anhieb. Laval erläuterte die Grundprinzipien seiner Politik und seinen Willen zur Zusammenarbeit mit den Deutschen; Abetz konnte mehrere Anregungen anbringen, auf die Laval in der Folge eingehen sollte. Zu ihrem Verbindungsmann wurde Fernand de Brinon. Dieser kehrte schon am 25. Juli in die Botschaft zurück und berichtete, dass er von Laval beauftragt worden sei, „alle Fragen zu studieren betreffend [der] Wiederaufnahme [der] Beziehungen mit Deutschland“²¹. Weiter sagte er, „dass Pétain mit [der] Politik Lavals völlig einverstanden“ sei, um dann mitzuteilen, dass die französische Regierung „alle bekannten Juden aufgefordert“ habe, Vichy zu verlassen. Die Judenfrage hatte damit zweifellos einen wichtigen Platz in den Gesprächen zwischen Abetz und Laval eingenommen, und es ist davon auszugehen, dass ersterer dem Franzosen ein verschärftes Vorgehen empfohlen hatte.

Abetz war zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Weg nach Berchtesgaden. Die Frage schien Hitler zu interessieren, denn im Gespräch mit ihm, das sich um die deutsche Frankreichpolitik und verschiedene Aspekte der künftigen Arbeit Abetz' in Frankreich drehte, war offensichtlich auch vom Schicksal der dortigen Juden die Rede. Der „Führer“ kündigte zum ersten Mal seine Absicht an, „nach dem Kriege sämtliche Juden aus Europa zu evakuieren“²². Diese Mitteilung beeindruckte Abetz und bestärkte ihn in seinen eigenen Vorhaben. Und dennoch, bei seiner Ernennung zum Botschafter (als 37-jähriger gehörte er damit zu den jüngsten Diplomaten dieses Ranges) wenige Tage danach ist von Aufgaben im Bereich der „Judenfrage“ nicht ausdrücklich die Rede. Sein Tätigkeitsbereich erstreckte sich Ribbentrop zufolge auf die „Behandlung aller politischen Fragen im besetzten und unbesetzten Frankreich“: Beratung der militärischen Stellen, ständiger Kontakt mit der französischen Regierung in Vichy, Einflussnahme auf das politische Leben „in dem von uns gewünschten Sinne“, etwa über Presse, Rundfunk

¹⁹ Abetz an Ribbentrop, 14. 7. 1940, in: PA-AA, R 29587 (MF 280). Vgl. auch Corinna Franz, Fernand de Brinon und die deutsch-französischen Beziehungen 1918–1945, Bonn 2000, S. 217 f.

²⁰ Michael R. Marrus/Robert O. Paxton, Vichy et les Juifs, Paris 1981, S. 18.

²¹ Schleier an Ministerbüro, 25. 7. 1940, in: Akten der Deutschen Auswärtigen Politik (künftig: ADAP), Serie D, Band X, Frankfurt a. M 1963, Dok. 226.

²² Mitteilung Martin Luthers, Abt. Deutschland, an Legationssekretär Rademacher, 15. 8. 1940, in: Ebenda, Dok. 345.

und das Propagandawesen im Allgemeinen²³. Dabei war der Botschafter dem Außenminister direkt unterstellt; er stand in keinerlei Abhängigkeitsverhältnis zur Militärverwaltung, was die Einzigartigkeit seiner Stellung begründete.

Abetz nahm die besagten Bemerkungen Hitlers dennoch sehr ernst und zeigte sich in Zukunft eifrig bestrebt, an der Vorbereitung der Evakuierungen aktiv teilzunehmen bzw. diese überhaupt erst einzuleiten. Am 17. August unterbreitete er anlässlich einer Besprechung mit Werner Best, Leiter der Abteilung Verwaltung innerhalb des Verwaltungsstabes des MBF, Vorschläge für Maßnahmen zur Behandlung der Juden im besetzten Gebiet. So sollten „mit sofortiger Wirkung keine Juden mehr in das besetzte Gebiet hereingelangen“, die Entfernung dort noch verweilender Juden vorbereitet²⁴ und außerdem geprüft werden, „ob das jüdische Eigentum [...] enteignet werden kann“²⁵. Für jüdische Geschäfte, Wirtschaftsbetriebe, Lagerbestände und Warenhäuser, deren Besitzer geflohen waren, waren nach diesem Plan zudem Treuhänder einzusetzen. Für die Verkaufserlöse jüdischer Güter sollte eine unter deutscher Kontrolle stehende, den Bedürfnissen der französischen Bevölkerung dienende Treuhandkasse geschaffen werden. Best schien von den Vorschlägen überrascht und kündigte erst einmal eine interne Prüfung ihrer Durchführbarkeit an, vor allem in Anbetracht der Haager Landkriegsordnung. Diese Feststellung ist wichtig: Es handelte sich also keinesfalls um von Best selbst unterbreitete Vorschläge, wie etwa Ulrich Herbert und dann auch Ahlrich Meyer annahmen²⁶.

Der Botschafter wollte übrigens sichergehen, dass seine Vorschläge auch umgesetzt würden. Nachdem die Militärverwaltung offensichtlich keinerlei Anordnungen diesbezüglich bekommen hatte, richtete er drei Tage später, am 20. August, ein Telegramm an Ribbentrop: „Erbitte Einverständnis antisemitischer Sofortmaßnahmen, die späterer Entfernung [der] Juden gleichfalls aus nichtbesetztem Frankreich als Grundlage dienen können.“²⁷ Neben dem Verbot „jüdischer Rückwanderung über die Demarkationslinie“ forderte er hier auch eine „Meldepflicht im besetzten Gebiet ansässiger Juden“ sowie die „Kenntlichmachung“ jüdischer Geschäfte und die Einsetzung von Treuhändern für jüdische Betriebe. Besonders wichtig aber ist der Schlusssatz: „Die genannten Maßnahmen lassen sich mit dem Interesse [der] Sicherheit der deutschen Besatzungsmacht begründen und durch

²³ Ribbentrop an Keitel, 3. 8. 1940, in: Ebenda, Dok. 282.

²⁴ Der Ausdruck „Entfernung“ suggeriert aber noch keineswegs „Deportation“, wie etwa von Irmtrud Wojak angenommen. Vgl. Irmtrud Wojak, Eichmanns Memoiren. Ein kritischer Essay, Frankfurt a.M. 2001, S. 152.

²⁵ Aufzeichnung von Werner Best vom 19. 8. 1940, in: CDJC, XXIV-1.

²⁶ Vgl. Herbert, Die deutsche Militärverwaltung in Paris, S. 181 (zwar wird dort die Initiative des Botschafters erwähnt, dann aber doch zusammenfassend festgestellt, dass die Militärverwaltung die Entrechtung der französischen Juden „selbst in Gang gesetzt und beschleunigt“ habe); Meyer, Die deutsche Besatzung in Frankreich, S. 19; Ahlrich Meyer, „Nach dem Osten“: Die deutsche Militärverwaltung und der Beginn der Deportation der Juden aus Frankreich, in: Wolf Kaiser (Hrsg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin/München 2002, S. 186–203.

²⁷ Abetz an Ribbentrop, 20. 8. 1940, in: ADAP, Serie D, Band X, Dok. 368.

französische Behörden durchführen.“ Letzteres ist eine bemerkenswerte Ergänzung: Nachdem Abetz begriffen hatte, dass sich die Wehrmacht im Westen die Hände nicht schmutzig machen wollte²⁸, entsann er sich der guten Absichten Lavals und der Tatsache, dass auch in der französischen Regierung Antisemiten saßen, die ohne weiteres bereit waren, die antisemitische Politik zu verschärfen.

Wir berühren hier eine zentrale Frage der frühen Okkupationszeit in Frankreich, nämlich die der deutsch-französischen Interdependenz auf politischer Ebene. Wenn die Bereitwilligkeit Vichys zu einer antisemitischen Politik unbestreitbar ist und – wie Michael R. Marrus und Robert O. Paxton es ausdrücken – „jegliche Idee eines simplen deutschen Diktats summarisch zurückgewiesen werden kann“²⁹, so ist genauso wenig von einem völligen Fehlen deutschen Druckes auszugehen. Die Rolle der Mittelsmänner zwischen Abetz und Laval Anfang Juli, vor allem aber die Folgen der Anregungen Abetz' bei ihren ersten Treffen dürfen nicht unterschätzt werden. Beide Männer mussten sich ihren Platz im Machtgefüge von Paris und Vichy noch sichern und beide brauchten einander deshalb für ihre persönliche Erfolgsbilanz: Für Laval ging es darum, Kontakte zu den deutschen Machthabern zu knüpfen und erste Ergebnisse so rasch wie möglich präsentieren zu können. Für Abetz ging es darum, seinen tatsächlichen Einfluss auf die französische Regierung zu sichern und auch gegenüber den Vorgesetzten in Berlin unter Beweis zu stellen³⁰. Dass es sich dabei um einen Politikbereich handelte, der ursprünglich mit dem eines Diplomaten gar nichts zu tun hatte und wahrscheinlich auch gar nicht vorgesehen war, konnte bei Hitler nur den Eindruck der Tüchtigkeit und Schlagkraft des jungen Botschafters unterstreichen. Weder Abetz noch Laval hatten sich vor dem Krieg als Antisemiten gezeigt; beide aber waren ab 1940 bereit, die jüdische Bevölkerung in Frankreich für ihre politischen Ziele zu opfern.

Ribbentrop zog es übrigens vor, Abetz' Vorschläge direkt mit Hitler zu besprechen. Denn am Tag nach ihrem Eingang wurde dem Botschafter aus dem Büro des Reichsaußenministers mitgeteilt: „Über Anregung Ihres Telegramms [...], der man hier günstig gegenübersteht, wird höheren Orts entschieden werden.“³¹ Auch in der Pariser Militärverwaltung stand man den Vorschlägen inzwischen positiv gegenüber³². Am 29. August schließlich informierte Abetz Best, dass „der

²⁸ War Abetz informiert über die Vorgänge nach dem deutschen Einmarsch in Polen? Er hatte im September 1939 immerhin Ribbentrop im Gefolge Hitlers nach Polen begleitet. Vgl. Otto Abetz, *Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik*, Köln 1951, S. 109–112.

²⁹ Marrus/Paxton, *Vichy*, S. 20.

³⁰ Abetz war der Partei erst 1937 nach großen Schwierigkeiten mit der Reichsstudentenföhrung beigetreten. Siehe dazu ausführlich Ray, *Annäherung*, S. 215–239.

³¹ Sonnleithner an Abetz, Fernschreiben Büro R[eichs]A[ußen]M[inister] vom 21. 8. 1941, in: Archives Nationales Paris, 3 W 347, bordereau 132/DJM.

³² Eine erste Stellungnahme durch Kriegsverwaltungsrat Mahnke zeigte sich noch weitgehend reserviert; vgl. Aufzeichnung vom 22. 8. 1940, in: CDJC, LXXV-70, doch schon am 26. 8. stellte Walter Bargatzky von der Rechtsabteilung des Verwaltungsstabes die Zulässigkeit der Maßnahmen fest, indem er einen gewissen Interpretationsspielraum bezüglich des auf Juden anzuwendenden Feindbegriffes sah (Aufzeichnung vom 26. 8. 1940, in: CDJC, XXIV-3). Einzig die

Führer angeordnet habe“, die von ihm am 20. August unterbreiteten Vorschläge „beschleunigt“ durchzuführen³³. Was die Einsetzung von Treuhändern in Betrieben, deren jüdische Besitzer geflüchtet waren, angehe, so sollten die französischen Behörden diesbezügliche Anweisungen erhalten.

Wenn wir bereits festgestellt haben, dass die Militärverwaltung von den Initiativen Abetz' überrascht wurde, so gilt dies wahrscheinlich auch für seine eigenen Vorgesetzten, denn warum sollten seine Vorschläge Hitler sonst vorgelegt werden? Hinzu kommt, dass sich trotz der positiven Entscheidung Hitlers die Durchführung der Maßnahmen aufgrund von Bedenken anderer Stellen verzögerte. Einerseits kamen diese von Görings Vertretern vor Ort, die bei Kennzeichnung jüdischer Betriebe eine negative Wirkung auf das Wirtschaftsleben der besetzten Zone befürchteten³⁴. Andererseits bestanden diese Bedenken im Auswärtigen Amt selbst, wo Unterstaatssekretär Martin Luther, Leiter der Abteilung Deutschland, Kontakt mit dem RSHA aufnahm, um eine Stellungnahme zu erwirken. Diese bekam er aber erst am 20. September, nachdem er seine Anfrage wiederholt hatte: Heydrich sprach sich für die Maßnahmen und deren Durchführung durch französische Behörden aus, allerdings unter der Bedingung einer „entsprechenden Einschaltung der Sipo“ und einer fortlaufenden Unterrichtung seiner selbst³⁵. Um dieses Feld nicht den diplomatischen Stellen zu überlassen, hatte er inzwischen seinen Mitarbeiter Theodor Dannecker nach Paris geschickt, der künftig als sogenannter Judenberater im Kommando von Knochen tätig sein sollte, seine Weisungen allerdings direkt von Adolf Eichmann aus Berlin erhielt³⁶.

Luther, alles andere als ein gemäßigter Antisemit, schickte die Antwort Heydrichs sogleich nach Paris weiter, fügte aber ein persönliches Schreiben hinzu, welches von seiner Skepsis in dieser Frage zeugt. So meinte er: „Die Zweckmässigkeit von Maßnahmen gegen Juden im besetzten Gebiet ist von hier aus nicht zu beurteilen. Es ist dabei zu bedenken, dass eine psychologische Vorbereitung vorhanden sein muss, um nicht das Gegenteil des gewünschten Erfolges zu erreichen.“³⁷ Offensichtlich schloss er letztere Möglichkeit nicht aus, denn er fügte hinzu: „Es wäre wünschenswert, dass die geplanten Maßnahmen erst von der Regierung in Vichy durchgeführt werden, damit diese verantwortlich zeichnet und beim Misslingen die Verantwortung trägt.“ Luthers Zeilen beweisen ein weiteres Mal, dass die Einleitung einer antisemitischen Politik 1940 in Frankreich noch keineswegs vorgesehen war und dass an ihrem Anfang weder das RSHA noch die Militärverwaltung stand, sondern der Vertreter Ribbentrops vor Ort, der diesen Bereich für seine persönliche Profilierung nutzte. Sie zeigen auch die Wichtigkeit, die man hier der Mitarbeit der französischen Regierung und ihrer Beamten beimaß, und

Zwangsenteignung verstieße gegen die Haager Landkriegsordnung und sollte darum „nach außen hin den Formen privatrechtlicher Übereignung“ folgen.

³³ Notiz von Werner Best vom 30. 8. 1940, in: CDJC, XXIV-5.

³⁴ Vgl. Marrus/Paxton, Vichy, S. 22.

³⁵ Schnellbrief Heydrichs an Luther, 20. 9. 1940, in: PA-AA, R 100869.

³⁶ Vgl. Wildt, Generation, S. 520 f.

³⁷ Luther an Abetz, 20. 9. 1940, in: CDJC, CXXVIa-91.

dies lange vor dem deutsch-französischen Treffen in Montoire, welches als Startpunkt für die französische Staatskollaboration gilt.

Denn die Pläne wurden wie vorgesehen umgesetzt. Am 27. September erließ der Militärbefehlshaber in Frankreich eine Verordnung, die den ersten Teil der Vorschläge Abetz' beinhaltet: Rückkehrverbot für geflüchtete Juden und Registrierung der sich in der besetzten Zone aufhaltenden Juden bis zum 20. Oktober bei den französischen Behörden. Diese reagierten sofort: Am 2. Oktober wurde in der Presse der besetzten Zone ein Aufruf der Präfekturen veröffentlicht, wonach die Registrierungen in den lokalen Polizeikommissariaten stattfänden. Der französische Beitrag erwies sich als äußerst nützlich: Nur wenige der Betroffenen weigerten sich; keine einzige jüdische Organisation rief zum Boykott auf³⁸. Dabei waren allein in Paris 85 664 französische und 64 070 nichtfranzösische Juden betroffen, die in vier verschiedene Karteien aufgenommen wurden: in alphabetischer Reihenfolge, nach Wohnort, nach Beruf und nach Staatsangehörigkeit. Diese Listen lieferten im Jahr darauf die nötigen Informationen für die Festnahme von 3700 Juden³⁹. Am 3. Oktober erließ die französische Regierung ihr eigenes Judenstatut, das eine strengere Definition als die Verordnung des MBF vorsah. Es schloss Juden aus dem öffentlichen Dienst und einer Reihe weiterer Berufe (etwa Journalisten und Freiberufler) aus. Ein weiteres französisches Gesetz vom 4. Oktober räumte den Präfekten die Möglichkeit ein, ausländische Juden in Speziallagern zu internieren. Außerdem wurden auf deutsche Aufforderung hin Personalausweise für französische Juden obligatorisch, auf deren Vorderseite zudem ein roter Stempel die jüdische Abstammung kenntlich machte. Der zweite Teil der Vorschläge von Abetz, nämlich die „Arisierung“ der jüdischen Betriebe, wurde über eine weitere Verordnung des MBF vom 18. Oktober verwirklicht: Sie sah die Ernennung von arischen Verwaltern in allen jüdischen Betrieben vor, unabhängig davon, ob die Besitzer geflohen waren oder nicht. Tags darauf verfügte die Polizeipräfektur von Paris die Kennzeichnung aller jüdischen Läden. Zur Durchführung der Verordnung vom 18. Oktober und wohl auch zur besseren Kontrolle bei der Einsetzung kommissarischer Verwalter bildete die Vichy-Regierung in der Folge eine eigene Dienststelle innerhalb des Produktions- und Arbeitsministeriums, den „Service de contrôle des administrateurs provisoires“ (SCAP)⁴⁰.

Nach diesen ersten „Errungenschaften“ vergaß Abetz seine Landsleute nicht: Am 1. Oktober wies er das Auswärtige Amt darauf hin, dass die „Lösung [der] Judenfrage im besetzten Gebiet Frankreichs“ auch eine „baldmögliche Regelung

³⁸ Vgl. Renée Poznanski, *Les Juifs en France pendant la Seconde Guerre mondiale*, Paris 1997, S. 57.

³⁹ Vgl. Serge Klarsfeld, *Le calendrier de la persécution des Juifs de France, juillet 1940–août 1942*, Paris, 2001, S. 38 (auch für die in der Folge aufgezählten französischen Gesetze: S. 29 u. S. 34).

⁴⁰ Über den SCAP ist derzeit eine Doktorarbeit an der Universität Konstanz (Martin Jungius) in Vorbereitung. Vgl. auch Jean-Marc Dreyfus, *Pillages sur ordonnances. Aryanisation et restitution des banques en France, 1940–1953*, Paris 2003; Philippe Verheyde, *Les mauvais comptes de Vichy. L'aryanisation des entreprises juives*, Paris 1999.

[des] Staatsangehörigkeitsverhältnisses Reichsdeutscher, [das heißt] zu Kriegsbeginn hier wohnhafter Juden [nötig mache], unabhängig davon, ob [eine] Internierung stattgefunden hat oder nicht“⁴¹. Offensichtlich fürchtete er, dass diese versucht sein könnten, nach Deutschland zurückzukehren. Er regte darum ein „Kollektivausbürgerungsverfahren auf Grund von hier im Einvernehmen mit [den] Hoheitsträgern erstellten Listen“ an, in welche „zunächst“ sogenannte Ex-Österreicher⁴² sowie reichsdeutsche Juden, „die durch Unterlassung [der] Meldepflicht gegen [das] Auslandsmeldegesetz [...] verstoßen haben“, aufgenommen werden sollten. Abetz fügte noch hinzu, dass die „vorstehend angeregte Maßnahme nur als erster Schritt zur Lösung [des] Gesamtproblems anzusehen“ sei: „Darf mir weitere Vorschläge vorbehalten.“ – Heydrich ordnete wenige Wochen später, am 30. Oktober 1940, an, dass Juden deutscher, ehemals österreichischer, polnischer oder tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit, die sich in den besetzten Gebieten aufhielten, zu internieren und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen seien, um der „Gefahr des Rückströmens“ nach Deutschland entgegenzuwirken⁴³.

Vom zentralen Judenamt zum Generalkommissariat für jüdische Fragen

Nach den ersten antijüdischen Maßnahmen ging es den Deutschen nun vor allem darum, diesen Bereich in möglichst wenigen Händen zu konzentrieren. Das RSHA vertrat Theodor Dannecker, der nun mit einem eigenen Referenten für Judenfragen an der Botschaft, Carltheo Zeitschel, zusammenarbeitete. Im Sinne einer gezielteren Einflussnahme strebten beide Anfang 1941 eine Konzentration der anti-jüdischen Politik auch auf französischer Seite an. Dannecker beobachtete mit steigender Unzufriedenheit die Durchführung der verschiedenen Verordnungen und Gesetze durch die französischen Behörden. Am 21. Januar verfasste er eine Aufzeichnung, in welcher er auf die „Riesearbeit“ hinwies, welche bis zur „Endlösung“ der „Judenfrage“, nämlich der „Gesamtabschiebung der Juden“⁴⁴ aus Frankreich, noch zu tun sei und deren Erfolg von „sorgfältigsten Vorbereitungen“ abhängen. Diese lägen im „Erkennen und Herauslösen der Juden aus allen Verflechtungen in den Lebensgebieten und im Staatsleben“, ihrer zentralen Verwaltung „bis zum Abschubtermin“, begleitet von einer „Berufsumschichtungaktion“⁴⁵. Die einzelnen Schritte seien aber nur über eine zentrale Leitung möglich, welche „raschestens ihre zielbewusste Arbeit“ aufnehmen müsse⁴⁶. Die „Verhältnisse“ in Frankreich zeichneten sich jedoch seiner Ansicht nach dadurch aus, dass die Mili-

⁴¹ Abetz an Auswärtiges Amt, 1. 10. 1940, in: PA-AA, R 29588 (MF 284).

⁴² Österreichische Juden, die ihre Pässe 1938 nicht in reichsdeutsche Pässe umgetauscht hatten.

⁴³ Wildt, *Generation*, S. 534.

⁴⁴ Im Gegensatz zu Irmtrud Wojak ist festzustellen, dass die Evakuierungspläne für die Juden in Frankreich bereits seit Anfang August 1940 zumindest dem Auswärtigen Amt als Ziel bekannt waren, und demzufolge nicht hier erstmals erwähnt werden. Vgl. Wojak, Eichmann, S. 145.

⁴⁵ Abschrift der Aufzeichnung von Theo Dannecker, 21. 1. 1941, in: CDJC, V-59.

⁴⁶ Hervorhebung im Original.

tärverwaltung zwar „gewissermaßen die Brücke geschlagen [hatte] zum Beginn des antijüdischen Ausschaltungswerkes“. Jedoch erfüllten die französischen Behörden „ausschließlich den Buchstaben des Gesetzes [...] – und das übrigens noch sehr schlecht!“. Ein „politisches Verständnis der Notwendigkeit einer Generalreinigung“ würden sie „überhaupt nicht kennen“. Egal um welchen Bereich es sich handelte, diagnostizierte Dannecker eine „dezentralisierte Kleinarbeit“: „Dass unter diesen Umständen eine klar ausgerichtete antijüdische Propaganda auch nicht möglich ist, dürfte einleuchten.“ Aus diesem Grunde müsse „allerschnellstens“ ein unter französischer Leitung, aber zugleich unter seiner Dienstaufsicht stehendes „zentrales Judenamt“ eingerichtet werden.

Die Einbindung der französischen Regierung in die Gründung eines solchen Amtes war eine wichtige Voraussetzung für ihr Gelingen. Die Vermittlung durch die deutsche Botschaft wurde dabei maßgebend. Um Danneckers Plan ausdrücklich zu unterstützen, richtete sie ein Schreiben an den SS-Brigadeführer Max Thomas, Beauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD für Frankreich und Belgien, dem das SD-Kommando in Paris dienstrechtlich unterstellt war. „Da es aus politischen Gründen notwendig ist, dass die Einrichtungen und Massnahmen des Zentraljudenamtes von Paris auch möglichst bald im unbesetzten Frankreich⁴⁷ Geltung finden“, kündigte Abetz seine Bereitschaft an, „bei nächster Gelegenheit [...] zwischen den Sachbearbeitern [sic!] des Zentraljudenamtes in Paris und den in Frage kommenden Sachbearbeitern der französischen Regierung eine Verbindung herzustellen“⁴⁸.

Der Zeitpunkt war tatsächlich nicht ungünstig. Eine sich über mehrere Wochen hinziehende Machtprobe zwischen der Botschaft und der französischen Regierung im Anschluss an die Entlassung Pierre Laval durch Marschall Pétain am 13. Dezember 1940 fand nach teilweise Einlenken Vichys Anfang Februar 1941 ein Ende. Eine neue Regierung, deren Zusammensetzung mit der Botschaft abgestimmt worden war, wurde unter der Leitung des Admirals François Xavier Darlan gebildet. Das Verhandlungsklima war für deutsche Forderungen umso günstiger, als sich Pierre Laval nun in der besetzten Zone niederließ: Seine Präsenz in der von den Deutschen kontrollierten Zone hing wie ein Damoklesschwert über Vichy, weil damit die Möglichkeit der Errichtung einer germanophilen „Gegen-Regierung“ ständig gegeben war⁴⁹.

Am 28. Februar 1941 fand in der Botschaft eine Besprechung über das zentrale Judenamt statt: Neben Otto Abetz nahmen seine Mitarbeiter Ernst Achenbach und Carltheo Zeitschel sowie Theodor Dannecker teil, der die bisherigen antisemitischen Maßnahmen zusammenfasste. Auf der Grundlage der im vorangegangenen Herbst durchgeführten Zählungen gäbe es in Paris etwa 65.000 jüdische Haushalte, sodass von einer Gesamtzahl von rund 200.000 Juden allein in Paris auszugehen sei, wovon drei Viertel nicht französischer Staatsangehörigkeit seien. In der von Zeitschel verfassten Aufzeichnung wurde dann die „hochinteressante

⁴⁷ Also nicht nur in der von den Deutschen kontrollierten besetzten Zone.

⁴⁸ Abetz an Dr. Thomas, 14. 2. 1941, in: CDJC, V-60.

⁴⁹ Vgl. Lambauer, Abetz, S. 305–313.

Eröffnung“ Danneckers vermerkt, dass im unbesetzten Gebiet „bereits über 40.000 Juden“ in Konzentrationslager interniert worden seien und weitere hinzukämen: „Ein Argument, das man neben der Sicherheit der Besatzungsarmee infolge der jüdischen Propaganda ins Feld führen kann, um den Militärbefehlshaber in Frankreich zu veranlassen, mit sofortiger Wirkung dem SD Vollmachten zur Inhaftierung aller Juden zu geben und darüber hinaus bei einem etwa schlagartigen Einsatz für einige Tage entsprechende Truppen zur Verfügung zu stellen.“⁵⁰ Tatsächlich waren in dieser Frage die Spannungen zwischen SD und Militärverwaltung seit Anfang des Jahres erheblich gestiegen. Ende Januar hatte Knochen bezugnehmend auf die Anordnung Himmlers vom 30. Oktober des Vorjahres ohne Erfolg um die Errichtung von Konzentrationslagern in der besetzten Zone nachgesucht⁵¹. Zeitschel regte in dieser Frage ein von Abetz persönlich an die Militärverwaltung gerichtetes Schreiben an, welches „vielleicht etwas energischer gehalten sein kann als der Brief vom SD, mit der Weisung“⁵², möglichst umgehend dem Wunsch des SD zu entsprechen und unverzüglich eine Besprechung der beteiligten Stellen herbeizuführen, um Klarheit und Zusammenarbeit zwischen der Militärverwaltung, dem SD und der Deutschen Botschaft in der Judenfrage zu erreichen⁵³.

In der erwähnten Besprechung kam man dann auf die Frage des Judenamtes zu sprechen. Namen von Franzosen, welche als Leiter in Frage kämen, wurden erwähnt, da mit ihnen „vorsichtige Fühlungen ohne irgendwelche Zusicherungen“ stattfinden sollten. Bei Gelegenheit sollte „dann auch das ganze Problem, wenn es festere Formen angenommen hat“, mit dem Generaldelegierten Vichys in der besetzten Zone, Fernand de Brinon, besprochen werden sowie mit Admiral Darlan, „um auf diesem Wege etwa noch notwendige Gesetzesergänzungen in Vichy vorzuschlagen und zu erreichen“. Abetz reichte zudem eine Liste der für ihn in Frage kommenden Franzosen nach, die unter anderem Namen wie Marcel Bucard, Darquier de Pellepoix bzw. Serpeille de Gobineau und den Schriftsteller Céline enthielt⁵⁴. Zur Vorbereitung einer antisemitischen Propaganda-Kampagne, welche die Gründung dieses Amtes begleiten sollte, richtete der Botschafter ein Telegramm an den Generalkonsul Wüster in Rom, um zu erkunden, ob die Ausstellung „Ewiger Jude“ für Paris verfügbar sei⁵⁵. Die Anfrage wurde postwendend positiv beantwortet; Wüster war auch bereit, bei der Vorbereitung der Ausstellung behilflich zu sein. Abetz schlug also vor, sie gleich vom neuen Judenamt aus zu koordinieren⁵⁶.

Am 5. März bot sich anlässlich eines Abendessens mit Darlan eine günstige Gelegenheit, um sich an die französische Regierung zu wenden. Der Admiral

⁵⁰ Aufzeichnung Zeitschels für Achenbach, 1. 3. 1941, in: CDJC, V-61.

⁵¹ Knochen an Best, 28. 1. 1941, in: CDJC, C-64.

⁵² Abetz war gegenüber der Militärverwaltung keineswegs weisungsberechtigt.

⁵³ Aufzeichnung Zeitschels für Achenbach, 1. 3. 1941, in: CDJC, V-61.

⁵⁴ Notiz Abetz' für Zeitschel, 1. 3. 1941, in: CDJC, V-65.

⁵⁵ Abetz an Wüster, 4. 3. 1941, in: CDJC, V-66.

⁵⁶ Abetz an Knochen, Abschrift, 8. 3. 1941, in: CDJC, LXXI-55.

erklärte sich auch grundsätzlich bereit, die französische Regierung zur Trägerin einer solchen Einrichtung zu machen, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass die Einstellung Pétains zur Judenfrage beträchtlichen Schwankungen unterliege, denn er lege großen Wert auf eine Unterscheidung zwischen den „eingesessenen und im Kriegsdienst für Frankreich ausgezeichneten“ französischen und den ausländischen Juden. In seinem Bericht nach Berlin meinte Abetz, dass eine Gründung durch Vichy trotz der Einstellung Pétains, „die kein sehr aktives Wirken eines von seiten der französischen Regierung gegründeten zentralen Judenamtes erwarten lässt“, dennoch „empfehlenswert“ sei⁵⁷. Denn dieses erhalte „dadurch eine gesetzlich gültige Grundlage“ und könne „durch deutschen Einfluss im besetzten Gebiet derart aktiviert werden, dass das unbesetzte Gebiet gezwungen ist, sich den getroffenen Maßnahmen anzuschließen“. Fortschritte schienen dann aber auf sich warten zu lassen, denn am 20. März rief Dannecker in der Botschaft an und „gab seiner Betrübniß Ausdruck“, dass das Projekt nicht vorwärts komme: „Er halte es für unbedingt erforderlich, dass in den nächsten Tagen etwas geschehe, sonst werde alles im Sande verlaufen.“⁵⁸ Nachdem die Botschaft seinen Vorschlag, sich persönlich nach Vichy zu begeben, „damit die Franzosen endlich Farbe bekennen müssten“, nicht befürwortete, bestand er zumindest darauf, dass de Brinon veranlasst würde, „die Bestellung eines Judenkommissars in Vichy durchzusetzen“; eine Aufgabe, mit der Zeitschel betraut wurde⁵⁹.

Der deutsche Druck zeigte rasch Wirkung: Am 29. März ernannte die französische Regierung per Gesetz Xavier Vallat zum neuen „Generalkommissar für Judenfragen“ (*commissaire général aux questions juives*)⁶⁰. Sein erster Weg führte ihn fünf Tage später nach Paris, zuerst in die deutsche Botschaft, dann zu Theodor Dannecker sowie zu Werner Best. Hier hatte man schon genaue Vorstellungen von seinem Aufgabenbereich: Überwachung der Ausführung der bestehenden Gesetze, Abstimmung von französischen Gesetzen mit den Verordnungen des Militärbefehlshabers, Ausarbeitung neuer Gesetze. Dabei sollte der französische Kommissar am besten in Etappen vorgehen, um Einwänden Pétains, der unter fortwährendem amerikanischen Druck stehe, vorzubeugen. Die neu ausarbeitenden Gesetze sollten demnach als Ergänzung zum Judenstatut vom 4. Oktober die jüdische Bevölkerung Frankreichs auch aus den restlichen Wirtschaftszweigen ausschließen und „ihre Auswanderung vorbereiten“⁶¹. Indem zwischen „alteingesessenen“ französischen Juden und den ausländischen bzw. „neunaturalisierten“⁶² Juden unterschieden werde, könnten sie „sehr scharf“ gefasst werden, was laut Abetz „für den Augenblick wichtiger“ war. Gleichzeitig müsse ein weiteres Gesetz die Ausbürgerung auch „alteingesessener“ Juden vorsehen,

⁵⁷ Abetz an Ribbentrop, Abschrift, 6. 3. 1941, in: PA-AA, DBP 1297.

⁵⁸ Aufzeichnung von Nostiz-Wallwitz (Sekretär Achenbachs), 20. 3. 1941, in: CDJC, V-83.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Zur Person Vallats siehe Laurent Joly, Xavier Vallat (1891–1972). *Du nationalisme chrétien à l'antisémitisme d'Etat*, Paris 2001.

⁶¹ Abetz an Auswärtiges Amt, 3. 4. 1941, in: ADAP, Serie D, Band XII.1, Göttingen 1969, Dok. 254.

⁶² Bedeutet: neu eingebürgerten.

welche damit „nach und nach restlos zum Verlassen Frankreichs gebracht werden“ könnten. Einig war man sich darin, dass, sollte sich Vallat als „flau“ erweisen, er unter die straffe Führung des SD gestellt werden würde⁶³. Die „Unterorganisation“ des (immer noch angestrebten) Judenamtes sei mit zuverlässigen Vertrauensleuten zu besetzen und erst dann „vorsichtig Vallat [zu] übergeben“.

Nach dem Antrittsbesuch des neuen Generalkommissars bei Werner Best zeigte sich dieser gegenüber Zeitschel aber als „sichtlich enttäuscht“, hatte er doch gehofft, „dass nunmehr alle Judenfragen von dieser Seite aus erledigt werden würden“. Vallat hatte die Anfrage, ob ihm in Zukunft auch „alle notwendigen Maßnahmen“, nämlich „in erster Linie ausländische Juden oder sonst auch politisch unliebsame Juden aus dem besetzten Gebiet auszuweisen“, überantwortet werden könnten, „absolut“ abgelehnt. Best bedauerte mit großem Nachdruck, „dass [...] der unangenehme Teil, nämlich die Durchführung der Ausweisung, respektive Internierung doch an [der Militärverwaltung] hängen bleiben sollte“⁶⁴. Noch dazu, wo diese auch nicht an den Planungen zwischen SD und Botschaft beteiligt worden war. Zeitschel, der daraufhin die künftige Einbindung eines Offiziers der Militärverwaltung vorschlug⁶⁵, sprach seinerseits die Frage einer „eventuellen“ Internierung der Juden an. Die Antwort von Best konnte klarer nicht sein: Wenn auch „die Militärbehörde selber das größte Interesse daran habe, dass die Juden möglichst bald verschwinden“, gäbe es trotzdem „als äußerste Möglichkeit“ lediglich die „Freimachung“ eines Lagers für 5000 Personen⁶⁵. Aber Zeitschel ließ sich nicht beirren: Dieses Lager konnte seiner Meinung nach ja als „Durchgangslager“ für „politisch, wirtschaftlich und sozial untragbare Elemente“ dienen, um „schubweise die Juden in die Lager des unbesetzten Gebiets los zu werden“. Die nächste große Etappe der antijüdischen Repressionspolitik war damit übrigens vorgezeichnet: nämlich die Abschiebung internierter Juden, um Platz für Neuankömmlinge zu machen.

Nach dieser aufschlussreichen Aussprache zwischen Best und Zeitschel wurden die militärischen Stellen stärker beteiligt und gaben damit auch ihre bislang für Spannung mit dem SD sorgende Haltung auf. Dabei spielte die Weiterleitung von Schlüsselaufgaben an den neuen Kommissar sicherlich eine zentrale Rolle. Dies geht auch aus den Entwicklungen der folgenden Wochen hervor: So beklagten sich Vertreter der Militärverwaltung Ende April bei Zeitschel über die „Tendenz“ Vallats, „nach Möglichkeit sich nur in orientierender Art [zu] betätigen [...] und jeden Durchführungsmaßnahmen aus dem Wege“ zu ge-

⁶³ Die Bemerkungen Abetz' in seinem Bericht vom 3. 4. 1941 decken sich mit den Aufzeichnungen Zeitschels von einer Besprechung desselben Tages zwischen Dannecker, Schilling, Abetz und Zeitschel, in: CDJC, V-80.

⁶⁴ Zeitschel an Dannecker, 5. 4. 1941, in: CDJC, LXXI-56.

⁶⁵ Zwei Wochen später informierte Zeitschel Dannecker darüber, dass Dr. Blancke, Mitarbeiter von Kriegsverwaltungschef Dr. Elmar Michel, Leiter der Abteilung Wirtschaft, künftig an den Besprechungen teilzunehmen wünsche. Notiz Zeitschels an Dannecker, 21. 4. 1941, in: CDJC, V-82.

⁶⁶ Vgl. Anm. 64.

hen⁶⁷. Um diesen Ausweichmanövern entgegenzuwirken, war es wiederum die Botschaft, namentlich Abetz' Vertreter, Generalkonsul Rudolf Schleier, der tätig wurde: Am 25. April wandte er sich an Darlan, um die Zusammenlegung „aller Vollmachten“ in der Hand des Generalkommissars zu erwirken, damit dieser „möglichst umgehend einen entsprechenden Apparat aufziehen“ könne⁶⁸. Darlan war einverstanden, und am 19. Mai wurde tatsächlich ein neues französisches Gesetz erlassen, welches es Vallat ermöglichte, in der Judenfrage bei anderen Ministerien zu intervenieren und auch Polizeikräfte zu mobilisieren⁶⁹. Mag das deutsche Einwirken in diesem Sinne auf den ersten Blick im Widerspruch zur beschriebenen Unzufriedenheit gegenüber dem Franzosen stehen, so lag der Nutzen einer solchen Machtkonzentration doch klar auf der Hand: Der deutsche Druck konnte sich nun ganz auf den Generalkommissar konzentrieren. Zeitschel machte sich sogleich auf die Suche nach einem Ort, der es erlauben würde, sowohl besagten Apparat als auch dessen deutsche Aufsicht zu beherbergen. Anfang Juni wurde er fündig: In einem Schreiben an den Kommandanten von Paris forderte er die Beschlagnahme einer Wohnung, welche einem nach Amerika geflüchteten russischen Juden gehörte⁷⁰. Sie biete den Vorteil, über zwei getrennte Stockwerke zu verfügen; denn „damit die Zusammenarbeit [zwischen dem Generalkommissar und den deutschen Stellen] nach außen hin keinesfalls in Erscheinung tritt, sollen weder die [...] Herren der deutschen Behörden in dem Kommissariat des Herrn Xavier Vallat erscheinen, noch Herr Vallat sich bei den deutschen Dienststellen zeigen“.

Als weiteres Zeichen der deutschen Absicht, Vallat eng zu kontrollieren, wurde dieser aufgefordert, sich bei jedem Besuch in Paris zuerst an das von Dannecker, Blancke, Zeitschel und einem weiteren Mitarbeiter Bests gebildete Komitee zu wenden und diesem auch das „geringste Dekret“ zur Zustimmung vorzulegen⁷¹. Die ständige Überwachung zeigte rasch Ergebnisse: Bereits am 13. Mai verschickte die Pariser Polizei knapp 6700 Vorladungen für den Tag darauf, was auf einfache Routinekontrollen schließen ließ. Daraus entstand die erste große Razzia in Paris: Die 3700 hauptsächlich staatenlosen Juden (ehemalige Österreicher, Polen und Tschechoslowaken), die sich ins Kommissariat begaben, wurden verhaftet und in zwei neue, von den französischen Behörden eingerichtete Internierungslager (Pithiviers und Beaune-la-Rolande) überstellt. Kurze Zeit später wurden „nach wochenlangen Besprechungen“ mit Botschaft, SD und Militärverwaltung „unter Vorsitz Legationsrats Zeitschel“ neue antijüdische Gesetze im *Journal Officiel* veröffentlicht, die eine bedeutende Verschärfung des seit Anfang Oktober geltenden Judenstatuts bedeuteten und stolz von Abetz nach Berlin gemeldet

⁶⁷ Aufzeichnung Zeitschels über eine Besprechung mit KVA.Ch. Dr. Durandt und OKVR Dr. Blancke, 23. 4. 1941, in: CDJC, V-84.

⁶⁸ Zeitschel an Dannecker, 25. 4. 1941, in: CDJC, V-83.

⁶⁹ Gesetz vom 19. 5. 1941, nach Joly, Vallat, S. 215.

⁷⁰ Zeitschel an den Kommandanten von Paris, 6. 6. 1941, in: CDJC, V-89.

⁷¹ Joly, Vallat, S. 243.

wurden⁷². Der Botschafter unterstrich dabei, dass die Gültigkeit der Gesetze sich nun auch auf die französischen Kolonien, Protektorate und Mandate erstreckte.

Wenn der Plan eines zentralen Judenamts zwar letztlich nicht umgesetzt wurde, so konnte die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung im deutschen Sinne trotzdem merkbar zentralisiert und verstärkt, gleichzeitig aber französischen Händen überlassen werden. Dannecker war dabei der Botschaft sehr dankbar: In einem Bericht über „Judenfragen in Frankreich und ihre Behandlung“ vom 1. Juli 1941 unterstrich er die „wirklich umfassende, kameradschaftliche Unterstützung unserer Arbeit seitens des Herrn Deutschen Botschafters Abetz, seines Vertreters, Herrn Gesandten Schleier und des SS-Sturmbannführers Legationsrat Dr. Zeitschel [...]. Dazu bemerke ich, dass die Deutsche Botschaft Paris aus freien Stücken dem Judenreferat für die Finanzierung des Antijudeninstituts größere Geldbeträge zur Verfügung gestellt hat und dies auch künftig beibehalten will“⁷³.

Weichenstellung für Judendeportationen aus Frankreich

Der Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 brachte auch eine allmähliche, letztlich aber radikale Wendung für das deutsche Besatzungsregime in Frankreich. Die Vorgänge im Osten, vor allem Umsiedlungsaktionen und Massenerschießungen, blieben im Westen nicht unbekannt⁷⁴. An der Botschaft verfolgte Zeitschel aufmerksam die Entwicklung der deutschen Judenpolitik. Der Sieg über die Sowjetunion schien ihm nahe und damit auch neue Möglichkeiten in der Frage des Gebietes, in welches die europäischen Juden abgeschoben werden könnten – eine Frage, die er keinesfalls aus den Augen verlor. In West- und Südeuropa genügten seiner Meinung nach „einfache“ militärische Befehle, um die jüdische Bevölkerung in den besetzten Gebieten in „Massentransporten“ in ein im Osten abgegrenztes Territorium abzuschleppen; während die Juden in den Ostgebieten „selbst während des Krieges“ den Weg „ja mit ihren Fahrzeugen auf der Landstrasse zurücklegen könnten“. Er bat Abetz, diesen Vorschlag bei „der nächsten Gelegenheit“ Ribbentrop vorzutragen und dabei auch „besonders“ zu betonen, dass „beispielsweise in Frankreich, wo mit aller Intensität an einer baldigen Regelung der Judenfrage gearbeitet wird“, die Durchführung unter der unzureichenden Anzahl an Internierungslagern leide und „man sich infolgedes-

⁷² Abetz an Auswärtiges Amt, 14. 6. 1941, in: PA-AA, R 29590 (MF 297).

⁷³ Bericht Danneckers vom 1. 7. 1941, in: CDJC, XXVI-1. Am 5. 9. 1941 informierte Zeitschel Dannecker davon, dass weitere 200.000 Francs von der Botschaft für das *Institut d'étude des questions juives* bewilligt wurden. Bei letzterem handelt es sich um eine von Botschaft und SD gegründete, nach außen hin aber französische Institution, welche als federführend bei den antijüdischen Propaganda-Aktionen der besetzten Zone auftreten sollte. Vgl. Stéphanie Dassa/Valérie Germon/Cédric Gruat, L'Institut d'étude des questions juives: raison d'Etat et passion antisémite franco-allemande sous l'occupation, in: *Revue d'Histoire de la Shoah. Le Monde Juif*, Nr. 179, September-Dezember 2003, S. 120–176.

⁷⁴ Vgl. Hans-Jürgen Döscher, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“, Berlin 1987, S. 245 u. S. 249, sowie die in diesem Zusammenhang häufig zitierten Aufzeichnungen Walter Bargatzkys, *Hôtel Majestic. Ein Deutscher im besetzten Frankreich*, Freiburg 1987, S. 102 f.

sen mit allen möglichen Gesetzen und sonstigen Vorschriften durchhelfen muss, die doch im ganzen gesehen nur vorübergehende und nicht durchgreifende Maßnahmen sind⁷⁵. Seit der zweiten großen Razzia in Paris am 20. August 1941, bei der ungefähr 4200 Juden – Franzosen (darunter auch Anwälte des französischen Conseil d'Etat und der Cour d'Appel) und Nicht-Franzosen – festgenommen und dann in das am Vorabend eingerichtete Lager Drancy geschickt wurden, war die Zahl der internierten Juden stark angestiegen. Abetz verlangte darüber genauere Informationen von Zeitschel, der die Frage an Dannecker weitergab⁷⁶. Zeitschel sprach von 10.000 Juden, als er den Botschafter vor dessen Abreise in das Führerhauptquartier nochmals daran erinnerte, dass er durch Ribbentrop bei Himmler ihre baldige Abschiebung in die „neubesetzten Ostgebiete“ erwirken sollte, „damit wir die einzigsten kümmerlichen Lager [...] freibekommen, um weitere Juden internieren zu können“⁷⁷.

Zwischen dem 16. und dem 22. September war Abetz im Führerhauptquartier. Dabei hatte er Gelegenheit, sich selbst an den Reichsführer-SS zu wenden und diesem die Situation in Frankreich zu schildern. Himmler versprach ihm auch tatsächlich, dass die in Frankreich internierten Juden des besetzten Gebietes „nach dem Osten abgeschoben“ werden könnten, sobald dies „die Transportmittel zulassen“. Zeitschel, der die Nachricht nach der Rückkehr von Abetz sogleich an Dannecker weiterleitete, forderte diesen auf, seinerseits „in dieser Richtung, in der es mir gelungen ist, die prinzipielle Einwilligung des Reichsführers zu erreichen, nicht locker zu lassen und alle paar Wochen einen Bericht nach Berlin loszulassen mit der dringenden Bitte, baldmöglichst die Juden vom besetzten Frankreich abzuschicken“⁷⁸. Damit hatte also die Botschaft den ersten Schritt in Richtung Deportationen aus Frankreich unternommen, und zwar zu einem sehr frühen Zeitpunkt, gerade eben als die Deportationen deutscher und österreichischer Juden bis Ende des Jahres Richtung Osten beschlossen wurden. In keinem anderen besetzten Land in West- oder Nordeuropa kam es so früh zu diesem Schritt. Die Initiative ist beachtlich, einerseits weil man im Führerhauptquartier auf diesen Vorstoß gar nicht vorbereitet war und eine entsprechende Aktion auf später verschieben musste, und andererseits, weil Abetz aufgrund seiner langen Aufenthalte dort die von den Einsatzgruppen an der Ostfront begangenen Verbrechen nicht unbekannt geblieben sein konnten. Der Botschafter musste wissen – oder zumindest ahnen –, was die Juden im Osten erwartete. Für Eichmann wurde damit übrigens das „Madagaskarprojekt durch den deutschen Botschafter in Paris, Abetz, [...] endgültig zu Grabe getragen“, ja sogar „torpediert“, wie der SS-Mann nach 1945 aussagte. Gleichzeitig räumte er an anderer Stelle freilich ein, dass damit „die Befehlsgebung

⁷⁵ Aufzeichnung Zeitschels für Abetz, 22. 8. 1941, in: CDJC, V-15.

⁷⁶ Zeitschel an Dannecker, 2. 9. 1941, in: CDJC, LXXI-64. Dannecker antwortete erst am 20. 10. 1941, da sich die Zählungen in den Internierungslagern verzögerten: Ihm zufolge befanden sich zu diesem Zeitpunkt 7443 Juden in drei „Konzentrationslagern“ (Drancy, Pithiviers, Beaune-la-Rolande), von denen ungefähr 1500 die französische Staatsangehörigkeit besaßen (Dannecker an Zeitschel, 20. 10. 1941, in: Archiv des Yad Vashem, Jerusalem, JM 3122).

⁷⁷ Aufzeichnung Zeitschels für Abetz, 10. 9. 1941, in: CDJC, LXXI-65.

⁷⁸ Zeitschel an Dannecker, 8. 10. 1941, in: Ebenda.

zur Deportation von Juden aus Frankreich erreicht“ war: Die „Triebwellen“ dazu kamen ihm zufolge eindeutig aus dem Auswärtigen Amt⁷⁹.

Die Frage der Deportationen erfuhr in den darauffolgenden Wochen eine entscheidende Beschleunigung. Seit dem 21. August 1941, an dem das Attentat gegen einen Angehörigen der deutschen Wehrmacht in der Pariser Metro-Station Barbès-Rochecouart verübt worden war, fanden immer wieder Anschläge gegen die Besatzungsmacht statt. Auf erste einzelne Erschießungen, die von Stülpnagel angeordnet wurden, reagierte Hitler, indem er härtere Repressalien befahl: Für jedes verübte Attentat sollten künftig zwischen 50 und 100 französische Geiseln erschossen werden, die unter den französischen Häftlingen des gemeinen Rechts und politischen Häftlingen, vor allem Mitgliedern der kommunistischen Partei, auszuwählen seien. Diese Befehle schockierten alle deutschen Dienststellen in Paris, allen voran die Deutsche Botschaft⁸⁰. Nach neuerlichen Attentaten Ende Oktober und einer ersten Erschießung von zwei Mal fünfzig Geiseln intervenierte Abetz bei Ribbentrop, um die Erschießung von 100 weiteren Personen zu verhindern, indem er betonte, dass die gegenwärtige Stimmung in der französischen Bevölkerung „keine Voraussetzung“ für feindselige Akte biete, sondern sich gerade „unter dem Eindruck der großen deutschen Siege im Osten [...]“ merklich gebessert habe. Mit der Erschießung von weiteren Geiseln bestünde aber die Gefahr, „daß die Empörung der Bevölkerung über die Attentate in eine Empörung über die für hiesige Begriffe unverhältnismäßig hohen Repressalien umschlägt“⁸¹. Die Erschießungen wurden tatsächlich aufgeschoben, dann auf unbestimmte Zeit ausgesetzt⁸². Aber weitere Anschläge blieben nicht aus, und Hitler ordnete erneut Geiseler-schießungen an.

Als er Ende November die Erschießung von 300 Geiseln befahl, schlug Stülpnagel stattdessen die Erschießung von 50 Juden und Kommunisten sowie die Verhängung einer allgemeinen Geldstrafe vor⁸³. Wenige Tage später dazu aufgefordert, zur propagandistischen Behandlung der Frage Stellung zu nehmen, unterstützte Abetz die Vorschläge Stülpnagels nachdrücklich. Die systematische Hinrichtung einer großen Zahl von Geiseln pro Attentat würde „mit einem Minimum von Aufwand [...] ein Maximum von politischem Erfolg, nämlich die Vertiefung des deutsch-französischen Gegensatzes auf Generationen hinaus“, bedeuten⁸⁴. Da die Attentate aber darauf abzielten, in Frankreich und auf internationaler Bühne den Eindruck einer französischen Auflehnung gegen die deutsche Besatzungsmacht zu erwecken, empfahl er, dass „selbst dort, wo eine französische Täterschaft offen nachgewiesen werden kann“, öffentlich erklärt werden sollte, „dass es sich aus-

⁷⁹ Zit. nach Wojak, Eichmann, S. 147, S. 153 u. S. 160.

⁸⁰ Vgl. Umbreit, Militärbefehlshaber, S. 126–137.

⁸¹ Abetz an Ribbentrop, 25. 10. 1941, in: ADAP, Serie D, Band XIII.2, Göttingen 1970, Dok. 422.

⁸² Vgl. ebenda, Anm. 8, bezgl. handschriftlicher Randbemerkungen auf dem Dokument; Abetz, Problem, S. 208 f.

⁸³ Vgl. Herbert, Militärverwaltung, S. 189 f.

⁸⁴ Abetz an Auswärtiges Amt, Bericht Nr. 2764/41g vom 7. 12. 1941, in: PA-AA, Nachlass Rudolf Schleier, Kassette II, 24 III (14); gleichlautend auch im Anhang zu dem in der Fußnote 85 zitiertem Dokument vom 12. 12. 1941.

schließlich um Juden und gekaufte Agenten angelsächsischer und russischer Geheimdienste handele“. Er setzte hinzu: „Dementsprechend wäre es auch zweckmäßig, bei Veröffentlichungen über Erschießungen nicht von Franzosen und auch nicht von Geiseln zu sprechen, sondern ausschließlich von Repressalien gegen Juden und Secret-Service-Agenten und Sowjetagenten.“

Als Antwort auf seine Vorschläge wurde er aufgefordert, an der Ausarbeitung eines Kommuniqués mitzuarbeiten, welches die (genehmigten) Maßnahmen ankündigen sollte. Abetz rief daraufhin im Auswärtigen Amt in Berlin an, um seinen Standpunkt nochmals zu bekräftigen: „Nach dem Kriegsausbruch zwischen der Achse und Amerika ist der französischen Bevölkerung noch klarer geworden, dass sie auf Gedeih und Verderb in das Schicksal des Kontinents eingekettet ist, und gerade in diesem Augenblick wäre es unerwünscht, dass durch bekanntwerdende Massenhinrichtungen französischer Staatsangehöriger eine unüberwindliche Schranke in die sich bildende moralische Einheitsfront aufgerichtet würde.“⁸⁵ Deshalb musste der Botschafter auch um so emsiger an anderen Trennlinien bauen: Nämlich jenen, welche seiner Meinung nach zwischen jüdischer und nicht-jüdischer Bevölkerung gezogen werden sollten. Und tatsächlich fand in Ausführung der beschlossenen Maßnahmen am 12. Dezember eine Großrazzia statt, bei der 260 deutsche Feldpolizisten und 200 Angehörige des SD 743 zuvor nach politischen Gesichtspunkten ausgewählte Juden hauptsächlich französischer Staatsangehörigkeit festnahmen. Die Botschaft meldete nach Berlin, dass „aufgrund der Attentate Anfang Dezember [...] 1000 Juden verhaftet“ worden seien, „um als Arbeitskräfte in den Osten abtransportiert zu werden“⁸⁶. Dabei handele es sich „hauptsächlich“ um „einflussreiche und politisch als Hetzer bekannte Juden“, von denen 54 „gelegentlich des Mittagessens [...] in Schlemmerlokalen auf der Champs Elysées“ verhaftet worden waren. Die Wortwahl war bezeichnend und deutete bereits die Linie der begleitenden Propaganda-Informationen an. Alarmierend war auch die Bemerkung über den Arbeitseinsatz im Osten, eine Formulierung, die einen Monat später bei der Wannsee-Konferenz eine fatale Bedeutung annehmen würde. Um die Zahl von 1000 zu verhaftenden Personen zu erreichen, wurden auch Häftlinge aus Drancy abgezogen; die Menschengruppe wurde in der Ecole militaire im siebten Stadtbezirk gesammelt, bevor sie in das neue Lager von Compiègne nördlich von Paris überstellt wurde. Eine offizielle Bekanntmachung des MBF vom 14. Dezember schrieb diese Festnahmen den letzten „terroristischen Aktionen“ zu, welche von unter angelsächsischem Einfluss stehenden Juden und Kommunisten begangen worden seien. Neben der Deportation „einer großen Zahl jüdisch-bolschewistischer Elemente“ zur Zwangsarbeit im Osten wurde gegen die jüdische Bevölkerung eine Geldbuße von einer Milliarde Francs verhängt⁸⁷. Bei neuerlichen Anschlägen gäbe es weitere Deportationen. Parallel dazu wurden auf

⁸⁵ Aufzeichnung über eine telefonische Mitteilung Abetz' an Legationsrat Strack, 12. 12. 1941, in: PA-AA, R 29591 (MF 304).

⁸⁶ Fernschreiben Botschaft an Auswärtiges Amt, 16. 12. 1941, in: CDJC, LXXI-72.

⁸⁷ Joseph Billig, Achenbach et la „solution finale“ en France, in: Revue d'Histoire de la Shoah. Le Monde Juif, Nr. 76, Oktober-Dezember 1974, S. 45.

Hitlers Anweisung 95 Geiseln, davon über 50 größtenteils aus Drancy kommende Juden hingerichtet⁸⁸.

Die Ankündigung von Deportationen war verfrüht, denn am 24. Dezember musste die Pariser Dienststelle des SD zur Kenntnis nehmen, dass aufgrund der russischen Gegenoffensive keine Transportmittel verfügbar waren⁸⁹. Die internierten Personen mussten also den Winter im Lager von Compiègne verbringen. Nichtsdestotrotz hatten die deutschen Dienststellen unter der nicht nur propagandistischen Federführung der deutschen Botschaft mit dieser Verfolgungsaktion zwei Fragen auf einmal gelöst: Es wurde zum einen die weitgehende Einstellung der Geislerschießungen erreicht (die Zahl der betroffenen Geiseln ging daraufhin erheblich zurück, auch wenn diese Maßnahme in der Folge immer wieder angeordnet wurde), zum anderen die verstärkte Internierung der Juden der besetzten Zone, diesmal mit einer konkreten Perspektive der Abschiebung in die Ostgebiete. Die Ankündigung der Deportationen wurde zum fixen Bestandteil der deutschen Repressionspolitik gegen Anschläge des französischen Widerstands. In diesem Licht muss auch gesehen werden, dass auf der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 Frankreich zu den Ländern gezählt wurde, in denen die „Evakuierung“ der Juden als ohne große Probleme durchführbar galt.

In Paris liefen die Vorbereitungen tatsächlich auf Hochtouren: Anfang Februar 1942 richtete Best ein Schreiben an die Botschaft, um auf den bevorstehenden ersten Abtransport hinzuweisen und anzufragen, ob gegen die Deportation einer von ihm angeführten Zahl ausländischer Juden (v. a. Türken, Rumänen, Ungarn, Italiener, Spanier) „politische Bedenken“ bestünden⁹⁰. Um auch den Abtransport von Juden aus der unbesetzten Zone in Erwägung ziehen zu können, begab sich Dannecker in Begleitung Zeitschels am 19. Februar nach Vichy. Der dortige deutsche Generalkonsul Roland Krug von Nidda unterstrich ihnen gegenüber die große Bereitwilligkeit der französischen Regierung in der „Judenfrage“. Sie wäre für „weitgehende Zugeständnisse“ zu haben, wenn von deutscher Seite „vollkommene, klare Vorschläge“ gemacht werden würden: „Vor allen Dingen nimmt [Krug] an, daß, wenn man beispielsweise erklären würde, daß man monatlich eine gewisse Anzahl, etwa 1000–5000 Juden, abtransportieren könne, diese Juden zweifellos von den Franzosen zur Verfügung gestellt würden, auch im unbesetzten Gebiet.“⁹¹ Er habe nach zahlreichen persönlichen Gesprächen mit französischen Persönlichkeiten, „besonders auch nach mehrfachen Äußerungen des Admiral Darlan“, den Eindruck, dass die französische Regierung „froh“ wäre, „wenn sie die Juden auf irgendeine Weise los würde, ohne daß es allzuviel Aufsehen macht“. Es wäre übrigens auch nicht auszuschließen, dass „die Franzosen“

⁸⁸ Vgl. Poznanski, Juifs, S. 260, sowie Herbert, Militärverwaltung, S. 190.

⁸⁹ Vgl. Billig, Achenbach, S. 46.

⁹⁰ Best an Deutsche Botschaft, 5. 2. 1942, in: CDJC, LXXI-74. Eine weitere Anfrage in diese Richtung erreichte am 21. 2. die Botschaft. Tatsächlich war sie seit September 1941 zur Anlaufstelle für ausländische Konsulate in Paris geworden, die für internierte Staatsangehörige intervenierten; vgl. Lambauer, Abetz, S. 427f.

⁹¹ Aufzeichnung Zeitschels für Schleier, 28. 2. 1942, in: CDJC, LXXI-84.

für den Abtransport Züge zur Verfügung stellten, „wenn man ihnen die Versicherung gibt, daß sie [diese] wieder zurückbekommen“. Die Mitteilungen des Diplomaten waren beachtlich und gaben den Bemühungen Danneckers Auftrieb, in Berlin auf ein baldiges Anlaufen der Deportationen zu drängen.

Auf der von Eichmann Anfang März einberufenen Sitzung der Judenreferenten der besetzten Westgebiete konnte Dannecker ausgiebig über die Lage in Frankreich Bericht erstatten⁹². Und tatsächlich teilte er bei seiner Rückkehr nach Paris den Vertretern der übrigen deutschen Dienststellen mit, dass Heydrich für den kommenden 23. März den ersten Transport von 1000 in Compiègne internierten Juden angesetzt und weitere Transporte von insgesamt 5000 Juden für das Jahr 1942 angekündigt habe⁹³. Es wurde daraufhin festgelegt, dass letztere vor allem aus der französischen Hauptstadt kommen sollten, weil die Situation dort dies als am dringlichsten erscheinen lasse. Für 1943 seien „weitere, größere Abtransporte“ angesagt. Die Mitteilungen Danneckers wurden noch am selben Tag durch ein Telegramm von Martin Luther bestätigt, der eine an das Auswärtige Amt gerichtete Anfrage Eichmanns vom 9. März weiterleitete und die Botschaft um „beeilte Stellungnahme“ ersuchte. Dort bekräftigte man die Absicht, die am 12. Dezember 1941 in Paris festgenommenen 1000 Juden mittels eines Sonderzuges am 23. März aus Compiègne „in das Konzentrationslager Auschwitz (Oberschlesien) abzuschicken“⁹⁴. Ein zweiter von ihm an das Auswärtige Amt gerichteter Schnellbrief zwei Tage später bezog sich auf „weitere 5000 staatspolizeilich in Erscheinung getretene Juden in Frankreich“, welche „in Zeitkürze“ ebenfalls nach Auschwitz „abgeschoben“ werden sollten⁹⁵. Wegen der zeitweiligen Abwesenheit von Abetz war es sein Stellvertreter Schleier, der am 14. März die lapidare Antwort schickte: „Gegen beabsichtigte Judenaktion keine Bedenken.“⁹⁶ Der Mitarbeiter Luthers, Franz Rademacher, antwortete Eichmann am 20. März, dass „seitens des Auswärtigen Amtes“ gegen die angekündigten Deportationen „kein Einspruch erhoben“ werde⁹⁷. Am 27. März verließ der erste Deportationszug unter Begleitung Danneckers den Bahnhof von Compiègne in Richtung Auschwitz: „Spätestens von diesem Zeitpunkt an wusste Dannecker, dass die Juden im Osten ermordet wurden“⁹⁸, und es erscheint sehr wahrscheinlich, dass er auch gegenüber Zeitschel daraus keinen Hehl machte.

⁹² Vgl. Steur, Dannecker, S. 71.

⁹³ Aufzeichnung Zeitschels vom 11. 3. 1942, zit. in: Ludwig Nestler/Wolfgang Schramm (Hrsg.), Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945), Band 4: Die faschistische Okkupationspolitik in Frankreich (1940–1944), Berlin 1990, Dok. 102.

⁹⁴ Luther an die Deutsche Botschaft Paris, 11. 3. 1942, in: Archiv des Yad Vashem, Jerusalem, JM 3122.

⁹⁵ Eichmann an Rademacher, 11. 3. 1942, in: Ebenda.

⁹⁶ Schleier an Auswärtiges Amt, 14. 3. 1942, in: Ebenda.

⁹⁷ Rademacher an Eichmann, 20. 3. 1942, in: ADAP, Serie E, Band II, Göttingen 1970, Dok. 56.

⁹⁸ Steur, Dannecker, S. 408.

Die Einführung des Judensterns und die Behandlung der ausländischen Juden

Die Einführung des Judensterns in der besetzten Zone ist die letzte der im Rahmen dieses Beitrags behandelten Etappen der Judenverfolgung, in der die deutsche Botschaft eine führende Rolle spielte. Der Zeitpunkt – Frühling 1942 – fällt in eine Periode, während der sich die Beziehungen zwischen Berlin und Vichy merklich abkühlten und auch das französische innenpolitische Gefüge stark belasteten. Im April wurde – unter von Abetz persönlich ausgeübtem Druck – die französische Regierung umgebildet, sodass sie nun wieder unter der Leitung Pierre Laval stand. Die weder mit Hitler noch mit Ribbentrop abgestimmte Einmischung des Botschafters in die französische „Innenpolitik“ ist durch seine immer labiler werdende eigene Position zu erklären. Neben vergeblichen Bemühungen um eine weitgehende militärische deutsch-französische Kollaboration im Januar 1942, die letztlich sowohl am deutschen wie auch am französischen Zögern scheiterten, trug dazu auch der steigende Bedeutungsverlust des Auswärtigen Amtes (und auch Ribbentrops⁹⁹) in der Außenpolitik des Dritten Reiches bei, die angesichts der Ausweitung des Weltkrieges kaum mehr als solche bezeichnet werden konnte. Die aktive Teilnahme des Auswärtigen Amtes an der Umsetzung der auf der Wannsee-Konferenz vorgestellten „Endlösung der Judenfrage“ hat diese Entwicklung nicht aufgehalten.

Wie bereits zu Beginn seiner Amtszeit in Paris 1940 versuchte Abetz auch diesmal, seine Stellung durch eine starke Einflußnahme auf die französische Regierung und Pierre Laval sowie über besondere Initiativen im Bereich der Judenverfolgung zu festigen bzw. zu retten. Was letzteren Punkt betrifft, hatte die deutsche Botschaft in Übereinstimmung mit der Militärverwaltung noch zu Jahresanfang die Einführung des Judensterns in der besetzten Zone abgelehnt; eine solche Maßnahme sei nur sinnvoll, wenn sie von der Vichy-Regierung für ganz Frankreich getroffen werde¹⁰⁰. Diese Position schien sich unter den genannten Umständen zu ändern. Anlässlich der Ernennung von Darquier de Pellepoix zum neuen Generalkommissar für Judenfragen am 2. Mai 1942 fügte der Botschafter in einem Telegramm an Berlin „ferner“ hinzu, dass nach zwei Fällen, wo „Juden nachgewiesenermaßen Feindpropaganda“ betrieben „und sich gegen die öffentliche Gewalt aufgelehnt“ hätten, nun ein „propagandistisch und politisch günstiger Zeitpunkt zur Einführung des Judensterns in Frankreich“ vorläge¹⁰¹. Er habe deshalb den Militärbefehlshaber am selben Tage in diesem Sinne unterrichtet. Tags darauf verständigte er auch Knochen, während Zeitschel bei Dannecker anrief: „Es kann nunmehr nicht schnell genug gehen.“¹⁰² Dannecker solle „unverzüglich die notwendigen Schritte“ einleiten, da die Verordnung „schon in den allernächsten Tagen“ bei Werner Best durchgesetzt werden solle. Dannecker musste jedoch

⁹⁹ Vgl. Michael Bloch, Ribbentrop, New York 1992, S. 335–338 u. S. 349 f.

¹⁰⁰ Vgl. Steur, Dannecker, S. 68 f.

¹⁰¹ Abetz an Auswärtiges Amt, 2. 5. 1942, in: PA-AA, R 102961.

¹⁰² Aufzeichnung Danneckers, 4. 5. 1942, in: CDJC, XLIXa.7.

ein wenig bremsen, da die Beschaffung der Zeichen noch etwas dauern konnte. Zeitschel wandte sich nichtsdestotrotz anderntags an Best, um ihn von der neuen Haltung des Botschafters in dieser Frage zu informieren. Er fügte hinzu: „Die Einführung des Judensterns soll unabhängig von der Stellungnahme der französischen Regierung durchgeführt werden. Falls letztere sich bereit erklären sollte, auch im unbesetzten Gebiet die Kennzeichnung der Juden einzuführen, wäre es natürlich zu begrüßen, falls nicht, wird diese Maßnahme eben nur im besetzten Gebiet getroffen werden.“¹⁰³

Dieser Positionswechsel ist tatsächlich sehr erstaunlich: Bislang bestand die deutsche Strategie (und vor allem die der Botschaft) darin, die Wirksamkeit von Verordnungen des Militärbefehlshabers möglichst auf ganz Frankreich auszudehnen bzw. überhaupt von der französischen Regierung vornehmen zu lassen, die damit auch die Verantwortung übernahm. Abetz hatte in der Vergangenheit häufig ohne Zögern großen Druck auf Vichy ausgeübt. Diesmal schien die besondere Situation der neuen Regierung unter Laval, die nur widerstrebend vom Marschall akzeptiert worden war und zudem mit wachsenden deutschen Forderungen konfrontiert wurde¹⁰⁴, die bisher geltende Maxime völlig aufzuheben. Ging es darum, unnötige Spannungen zwischen Laval und Pétain, der die französischen Juden von einer Verschärfung der Judenpolitik ausgenommen wissen wollte, zu vermeiden? Oder sollten der Regierung Proteste vonseiten der Amerikaner oder auch der katholischen Kirche erspart werden? Überraschendes Fazit ist jedenfalls, dass Abetz sich nun mit großer Energie für die Einführung dieses Kennzeichens einsetzte, ohne anscheinend die Frage gegenüber Vichy auch nur anzuschneiden. Nach außen hin betonte die Botschaft immer wieder, dass es darum gehe, die durch die letzten Attentate ausgelöste Stimmung in der Bevölkerung der besetzten Zone auszunutzen. Ingeheim mochte es wohl noch einen zusätzlichen, für den Botschafter selbst nicht ganz unwichtigen Grund geben: Den bevorstehenden Besuch Reinhard Heydrichs in Paris.

Dieser war für den 7. Mai anlässlich der Einführung Carl-Albrecht Obergs in dessen neue Funktion als Höherer SS- und Polizeiführer in Frankreich angesagt¹⁰⁵. Die Ernennung Obergs war von einer Reihe anderer personeller Wechsel begleitet: Otto von Stülpnagel war als Militärbefehlshaber von seinem Cousin Carl-Heinrich von Stülpnagel ersetzt worden. Die Abteilung Werner Bests wurde aufgelöst und ihre polizeilichen Obliegenheiten dem neuen Stab Obergs übertragen, der damit zusammen mit Knochen die Bekämpfung des französischen Widerstandes sowie die Judenverfolgung in direktem Kontakt mit der französischen Regierung und dem Generalsekretär der französischen Polizei, René Bousquet, übernahm¹⁰⁶. Mit dieser neuen Aufgabenverteilung wurde übrigens auch

¹⁰³ Zeitschel an Best, 5. 5. 1942, in: CDJC, LXXI-91.

¹⁰⁴ Frankreich sollte nunmehr völlig ausgeplündert werden. Der Katalog der neuen deutschen Forderungen reichte von Rohstoffen, Rüstungsmaterial, landwirtschaftlichen und industriellen Produkten bis zu französischen Arbeitskräften; vgl. Lambauer, Abetz, S. 491–543.

¹⁰⁵ Vgl. Jäckel, Frankreich, S. 197 f.

¹⁰⁶ Vgl. ebenda, S. 194 f.; Umbreit, Militärbefehlshaber, S. 111–114.

die Mittlerrolle der deutschen Botschaft zur französischen Regierung in zwei wichtigen Bereichen weitgehend überflüssig.

Bei einem Empfang der Botschaft zu Heydrichs Ehren nutzte Abetz die Gelegenheit, um sich mit diesem persönlich zu unterhalten und seine Ansichten zur Geisel- und Judenfrage wie auch zur Einführung des Judensterns vorzutragen. Zu letzterem Thema wurde für denselben Abend eine Sitzung anberaumt, an der noch Schleier, Zeitschel und Dannecker teilnahmen und die sich vor allem mit eventuellen Ausnahmeregelungen befasste. Man kam überein, sie so eng wie möglich zu halten¹⁰⁷. Die ebenfalls besprochene großangelegte Propaganda-Aktion, die die Maßnahme begleiten würde, sollte von der Informations-Abteilung der Botschaft koordiniert werden¹⁰⁸. Die Kontakte zu Heydrich gestalteten sich offensichtlich ausgezeichnet. Nach seiner Rückkehr ins Protektorat Böhmen und Mähren, zwei Wochen vor seinem Tod durch ein Attentat, schickte er dem Botschafter ein Telegramm, um ihm und seiner französischen Frau für die Gastfreundschaft „herzlichen Dank“ zu sagen und „nach den interessanten und übereinstimmenden Aussprachen“ anzukündigen, „dass ich an den dortigen Problemen stets mit größtem Interesse mitarbeiten werde und bei Gefahr im Verzuge [sic!] stets zur Verfügung stehe“¹⁰⁹.

Am 15. Mai schließlich benachrichtigte Abetz das Auswärtige Amt von der bevorstehenden Verordnung des Militärbefehlshabers über die Einführung des Judensterns zum 1. Juni 1942 und fügte den Text bei. Dieser enthielt eine gesonderte Regelung für Juden aus Feind- und aus verbündeten Staaten: Britische, nord-, mittel- und südamerikanische Juden sowie jüdische Staatsangehörige verbündeter oder neutraler europäischer Staaten sollten demnach von der Maßnahme ausgenommen werden. Abetz bat in diesem Punkt um Weisung, vor allem ob diese Ausnahmen veröffentlicht werden sollten oder nicht. Die Frage stieß in der Wilhelmstraße auf Verlegenheit. Als Zeitschel drei Tage später telefonisch nachhakte und auf der Dringlichkeit der Frage bestand, da Stülpnagel sich weigerte, die Verordnung zu unterschreiben, bevor er nicht die definitive Stellungnahme des Amtes kenne¹¹⁰, kam es dort zu ersten schriftlichen Reaktionen. In einer nicht signierten, internen Aufzeichnung wurde etwa festgestellt, „dass es untunlich ist und auch [der] seinerzeit vom Herrn Reichsaußenminister gegebenen Weisung widersprechen würde, wenn wir gerade die amerikanischen und englischen Juden in Frankreich privilegiert behandeln würden“¹¹¹. Es wurde auf das Beispiel der Niederlande verwiesen, wo alle ausländischen Juden ausgenommen worden waren. Offensichtlich hatte die Botschaft zu verstehen ge-

¹⁰⁷ Aufzeichnung Danneckers, 7. 5. 1942, in: CDJC, XLIXa-53.

¹⁰⁸ Zu dieser sehr aufwendigen und vielseitigen Propaganda-Aktion vgl. die Aufzeichnung Heinrich Buschers (Informations-Abteilung) vom 14. 5. 1942, in: PA-AA, DBP 1125a, „bezüglich Einwirkungen über die Presse der besetzten Zone, Plakataktionen, Flugblätter, Film- und Rundfunkwesen“.

¹⁰⁹ Heydrich an Abetz, 16. 5. 1942, in: PA-AA, Personalakte Abetz.

¹¹⁰ Aufzeichnung Rademachers, 18. 5. 1942, in: Archiv des Yad Vashem, Jerusalem, JM 2215.

¹¹¹ Aufzeichnung vom 19. 5. 1942, ohne Unterschrift [vermutlich Woermann], Akten der Deutschland-Abteilung, in: Ebenda.

geben, dass „die Freistellung von Ausländern nur durch interne Anweisung unter Mitwirkung von französischen Behörden stattfinden könne und in Frankreich als Schwäche ausgelegt werden würde“ – ein Argument, das in der besagten Aufzeichnung zurückgewiesen wurde. Man gelangte vielmehr zur der Auffassung, dass es besser wäre, die Vichy-Regierung zur Einführung des Judensterns in beiden Zonen zu bewegen. Luther schickte also eine an Abetz persönlich gerichtete Depesche in diesem Sinne¹¹². An der Botschaft wurde man aber ungeduldig: Per Telefonat durch Zeitschel sowie über ein von Abetz gezeichnetes Telegramm wurde klargestellt, dass eine französische Verordnung in diesem Sinne „augenblicklich keinesfalls zu erwarten“ und die Maßnahme nur dann im unbesetzten Gebiet möglich wäre, wenn sie im besetzten Gebiet vorausgegangen sei und im unbesetzten „propagandistisch noch weiter intensiv vorbereitet“ werden würde, wozu der neue Generalkommissar und mit ihm zusammenarbeitende „antisemitische Gruppen“ des unbesetzten Gebietes bereit wären¹¹³. Weiter wies Abetz darauf hin, dass inzwischen erneut „schwere Gewalttaten gegen [die] französische Polizei und [die] Besatzungsmacht“ von Juden begangen worden waren und darum die Einführung der Kennzeichnung im besetzten Gebiete „sofort geboten“ sei. Vor allem aber versuchte er, der Diskussion über die prinzipielle Richtigkeit der Maßnahme ein Ende zu setzen, indem er hinzufügte, der Militärbefehlshaber „bittet uns nur um raschmögliche Herbeiführung einer Entscheidung, ob und welche Staatsangehörige ausgenommen werden“ sollten. Abetz übergab dabei völlig, dass es sich doch um seine eigene Initiative handelte. Luther schickte daraufhin das Einverständnis des Auswärtigen Amtes: Über interne Anweisungen sollten vorerst nur jene ausländischen Juden zum Tragen des Sterns verpflichtet werden, deren Heimatländer bis dahin ähnliche Maßnahmen ergriffen hatten¹¹⁴. Das Telegramm Luthers wurde von Zeitschel an Dannecker und von diesem sogleich an den Militärbefehlshaber mit der Aufforderung weitergegeben, die Verordnung so schnell wie möglich durchzubringen, damit sie am 1. Juni in Kraft treten könne, denn die „Judensterne (400.000) stehen fertig verpackt zur Verfügung“¹¹⁵.

Parallel dazu arbeitete der SD unter Federführung von Kurt Lischka¹¹⁶ einen weiteren Verordnungsentwurf aus, der Juden den Zutritt zu öffentlichen Einrichtungen bzw. Veranstaltungen verbot und von der Botschaft ebenfalls an das Aus-

¹¹² Luther an Abetz, 21. 5. 1942, in: Ebenda.

¹¹³ Abetz an Auswärtiges Amt, 21. 5. 1942, in: PA-AA, R 29593 (MF 314). Mit diesen „Gruppen“ war das Institut d'étude des questions juives gemeint. Vgl. Dassa/Germon/Gruat, Institut, S. 164–167.

¹¹⁴ Luther an Botschaft, 21. 5. 1942, in: ADAP, Serie E, Band II, Dok. 230. Dabei handelte es sich um folgende Länder bzw. Gebiete: Deutschland, Niederlande, Slowakei, Kroatien, Rumänien, das Generalgouvernement und die „besetzten Ostgebiete“. Da Serbien bereits „judenfrei“ war, sollten jugoslawische Juden ebenfalls erfasst werden. Für Belgien war eine ähnliche Verordnung in Vorbereitung.

¹¹⁵ Dannecker an Militärbefehlshaber (Dr. Jänig), 22. 5. 1942, in: CDJC, XLIXa-56.

¹¹⁶ SS-Obersturmbannführer Lischka war Stellvertreter Knochens in Paris.

wärtige Amt weitergeleitet wurde¹¹⁷. Der Text trat zusammen mit der Verordnung über die Einführung des Judensterns am 7. Juni 1942 in Kraft. Die Proteste von seiten der französischen Regierung blieben gering; sie beschwerte sich lediglich darüber, dass auch Juden aus gemischten Ehen davon betroffen waren. Pétain verlangte zusätzliche Ausnahmen für bestimmte Persönlichkeiten und wollte diese Frage in den Zuständigkeitsbereich von Darquier de Pellepoix übertragen haben¹¹⁸.

Die überstürzte Einführung des Judensterns im besetzten Frankreich im Frühsommer 1942 geht damit ebenfalls auf eine persönliche Initiative des deutschen Botschafters zurück. Ihre Bedeutung ist nicht zu unterschätzen, denn es handelte sich hier um eine Maßnahme, welche die Unterscheidung zwischen französischen und nichtfranzösischen Juden endgültig aufhob und damit als Vorbereitung für die weiteren Deportationen verstanden werden kann, die auch französische Juden betreffen sollten. Mit dieser Verordnung änderte sich das Straßenbild beträchtlich – spätestens jetzt waren die Opfer der Judenverfolgung deutlich erkennbar. Dies löste einen Schock unter der jüdischen wie nichtjüdischen Bevölkerung aus und führte neben einem verstärkten jüdischen Eintritt in den Widerstand und der Weigerung, den Stern zu tragen, auch zu Solidaritätsbekundungen von einigen Nichtjuden, die sich den Stern an den Mantel hefteten¹¹⁹.

Die Rolle der Botschaft bei der Verfolgung der Juden in Frankreich konzentrierte sich in den folgenden Monaten auf die Frage der Miteinbeziehung bzw. Ausklammerung von ausländischen Juden. Tatsächlich wurde sie zu einem zentralen Aspekt in der deutsch-französischen Kollaboration auf diesem Gebiet. Die französische Regierung war nämlich nur zur Mitarbeit bereit, solange es sich nicht um die Deportation von französischen Juden handelte; dies umso mehr, als der hauptsächlich vom amerikanischen Vertreter in Vichy und der katholischen Kirche ausgeübte Druck, aber auch die ablehnende Haltung der französischen Bevölkerung ab Sommer 1942 stärker wurden¹²⁰. Abetz verlangte daraufhin, die Deportationen zunächst auf alle ausländischen Juden zu konzentrieren, da diese „im Vergleich zu den alten französischen Juden in noch viel stärkerem Maße als Fremdkörper empfunden“ würden und über ihre Befreiung vom Tragen des Judensternes „eine starke Mißstimmung entstanden war“¹²¹. Im Hinblick auf die

¹¹⁷ Lischka an Botschaft, 21. 5. 1942, in: CDJC, XLI-2, sowie Botschaft an das Auswärtige Amt, 5. 6. 1942, in: CDJC, DXXI-1166.

¹¹⁸ Vgl. Marrus/Paxton, Vichy, S. 333.

¹¹⁹ Vgl. Poznanski, Juifs, S. 294.

¹²⁰ Vgl. Protokolle der Sitzungen des französischen Ministerrats, so etwa vom 26. 6. 1942, in: Archives Nationales Paris, 72 AJ 249, dossier Conseil des Ministres 1942, auf welcher Laval nochmals die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen französischen und ausländischen Juden betonte, um hinzuzufügen, dass der Regierungschef und seine Minister ihre Bemühungen „verdoppeln“ müssten, um die Interessen Frankreichs zu verteidigen. Zur Frage der kirchlichen Interventionen vgl. auch Serge Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, Paris 2001, S. 175 ff. (auf deutsch unter dem Titel: Vichy-Auschwitz: die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der „Endlösung der Judenfrage“ in Frankreich, Nördlingen 1989), sowie Renée Bédarida, Les catholiques dans la guerre, 1939–1945, Paris 1998, S. 163–183.

¹²¹ Abetz an Auswärtiges Amt, 2. 7. 1942, in: PA-AA, R 29594 (MF 318).

deutliche Zurückhaltung des Auswärtigen Amtes in dieser Frage schlug er vor, dieses solle an alle „verbündeten und befreundeten“ Regierungen herantreten, um ihr Plazet zur Gleichbehandlung und ansonsten zur Evakuierung der betroffenen Juden einzuholen. Angesichts des zehn Tage zuvor von Eichmann angekündigten Abtransportes von 40.000 Juden aus Frankreich nach Auschwitz¹²² sei dies dringend notwendig, weil „insbesondere die französische Arbeiterbevölkerung“ nicht verstehe, „dass italienische, ungarische, spanische und rumänische Juden weiter in Frankreich verblieben, wenn die seit mehreren Generationen in Frankreich lebenden Juden entfernt“ würden. Diese Haltung sei umso verständlicher, „wenn man weiß, daß die verantwortlichen Urheber einer Reihe von jüdischen Terror- und Sabotageaktionen gerade ausländische Juden gewesen sind“. In einem zweiten Telegramm stellte der Botschafter unter anderem klar, dass „mit einem solchen Vorgehen“ dem französischen Juden „keineswegs eine privilegierte Stellung eingeräumt“ werden solle, „da er im Zuge der Freimachung der europäischen Länder vom Judentum auf alle Fälle ebenfalls verschwinden muß, was darin schon zum Ausdruck kommt, dass auf alle Fälle in dem angegebenen Kontingent eine gewisse Anzahl von französischen Juden erfasst wird“¹²³. Trotz Luthers Antwort vom 10. Juli, wonach ein „vordringlicher Abtransport fremdländischer Juden in Frankreich zur Zeit“ noch nicht möglich sei¹²⁴, fand man in Paris dank der Mithilfe René Bousquets eine Lösung, die zunächst in einer im Großraum Paris durchgeführten Razzia bestand: Am 16. Juli 1942 wurden ungefähr 13.000 hauptsächlich staatenlose Juden festgenommen¹²⁵. Am 11. August schließlich meldete die Botschaft nach Berlin, die Vichy-Regierung sei nun bereit, „mit der Auslieferung staatenloser Juden aus dem unbesetzten Gebiet zu beginnen“. Weitere staatenlose Juden sollten interniert und „laufend zum Zwecke des Abtransports nach Auschwitz“ überstellt werden. Was die Gesamtzahl betreffe, so spreche man „von etwa 30.000“¹²⁶. Im Auswärtigen Amt reagierte man auf diese Meldung überrascht. Luther verlangte genauere Informationen über die mit der französischen Regierung geführten Verhandlungen, welche ihm die Botschaft nicht liefern konnte. Diese wandte sich an den SD, der nun seinerseits vermutete, dass sich das Auswärtige Amt möglicherweise übergangen fühlte, und deswegen beim RSHA in Berlin eine Fühlungnahme mit der Wilhelmstrasse anregte. Tatsächlich wurden die diesbezüglichen Verhandlungen ja direkt zwischen der deutschen

¹²² Eichmann an Auswärtiges Amt, 22. 6. 1942, in: ADAP, E/III, Nr. 26.

¹²³ Abetz an Auswärtiges Amt, 2. 7. 1942, in: PA-AA, R 100869 bzw. ADAP, Serie E, Band III, Dok. 58.

¹²⁴ Luther an die Botschaft, 10. 7. 1942, in: CDJC, CXX-34. Das Auswärtige Amt ersuchte aber am 29. 7. in seiner positiven Stellungnahme zu Eichmanns Schnellbrief vom 22. 6., zunächst vor allem auf staatenlose Juden zurückzugreifen (ADAP, Serie E, Band III, Göttingen 1974, Dok. 141).

¹²⁵ Vgl. auch Billig, Achenbach, S. 59. Knochen hatte sich vor Besprechungen mit Oberg und René Bousquet am 2. 7. über den Standpunkt der Botschaft informiert und sich die beiden erwähnten Telegramme von Abetz vom selben Tag besorgt. Vgl. Aufzeichnung Zeitschels für Knochen, 2. 7. 1942, in: CDJC, XLIXa-41.

¹²⁶ Feihl (Dt. Botschaft) an Auswärtiges Amt, 11. 8. 1942, in: PA-AA, R 100867.

und der französischen Polizei geführt¹²⁷. Parallel dazu verfasste Zeitschel einen Bericht, der unterstrich, dass die französische Regierung die internierten Juden freiwillig zur Verfügung stellte¹²⁸.

Die Frage des „Nationalitätenproblems“ beschäftigte die Dienststelle des SD weiterhin und führte zu beträchtlichen Spannungen. Wie ein interner Bericht vom 1. September vermerkte, seien „verschiedene Staaten [...] nunmehr frech geworden und woll[t]en die Juden ihrer Staatsangehörigkeit von allen zukünftigen Maßnahmen gegen Juden ausgenommen wissen ...!“¹²⁹ Abetz wies auch seinerseits nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die Nichterfassung ausländischer Juden einen „Stimmungsumschwung“ in der Bevölkerung erzeugt habe und die Umsetzung der deutschen Verordnungen erschwere, „da in jedem Einzelfalle erst die Staatsangehörigkeit der Juden festgestellt werden“ müsse „und dieselben in den letzten Wochen in großem Umfang versuchen, die Staatsangehörigkeit derjenigen Staaten zu erwerben, die von der Kennzeichnung ausgenommen sind“¹³⁰. Nach immer stärker werdenden Konflikten zwischen dem SD und vor allem dem italienischen Generalkonsul schlug Abetz neuerlich vor, den jeweiligen Staaten nahe zu legen, „ihre jüdischen Staatsangehörigen bis zum 31. Dezember 1942 aus Frankreich zu entfernen und den SD zu ermächtigen, bereits jetzt eine Verordnung zu erlassen, dass ab 1. Januar 1943 alle Juden ohne irgendwelche Ausnahme der Kennzeichnung und sämtlichen bisher erlassenen und kommenden Verordnungen unterliegen“. Eine Woche später lieferte Abetz genauere Zahlen über die betroffenen Juden: Demnach hielten sich in Paris 500 italienische, 3790 rumänische, 1570 ungarische, 3046 türkische, 1416 griechische, sowie eine unbekannte Zahl an spanischen und bulgarischen Juden auf. Abetz: „Sie benehmen sich [...] immer anmaßender.“¹³¹ Der Vorschlag wurde von Luther an Ribbentrop weitergegeben¹³², der daraufhin entschied, dass die Evakuierung der Juden aus den „verschiedensten Ländern Europas“ tatsächlich zu „beschleunigen“ sei und dass die betroffenen Regierungen dabei um Mithilfe gebeten werden sollten¹³³. Auf diese Weise wurde in den folgenden Wochen eine beträchtliche Zahl an Juden von ihren diplomatischen Vertretungen „freigegeben“; verhältnismäßig wenige wurden tatsächlich repatriert¹³⁴. In einigen Fällen dauerte der Vorgang allerdings mehr als ein Jahr: So etwa im Falle der türkischen Juden, die bis

¹²⁷ Vgl. Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 95–102.

¹²⁸ Luther an die Botschaft, 22. 8. 1942, in: ADAP, Serie E, Band III, Anm. zu Dok. Nr. 178; Notiz Röthkes für Knochen u.a. bezugnehmend auf einen Bericht Zeitschels, 29. 8. 1942, in: CDJC, XXVb-144, sowie Billig, Achenbach, S. 61.

¹²⁹ Aufzeichnung „H. Ahnert!“, ohne Unterschrift, vom 1. 9. 1942, in: CDJC, VI–194. Hervorhebung im Original.

¹³⁰ Abetz an Auswärtiges Amt, 7. 9. 1942, in: PA-AA, R 100867.

¹³¹ Abetz an Auswärtiges Amt, 15. 9. 1942, in: PA-AA, R 100867.

¹³² Aufzeichnung Luthers, 19. 9. 1942, in: ADAP, Serie E, Band III, Dok. 298.

¹³³ Aufzeichnung Luthers, 24. 9. 1942, in: Ebenda, sowie Sonnleithner an Luther, 3. 10. 1940, in: PA-AA, R 100867. Eine erste Antwort in diesem Sinne sandte Luther bereits am 22. 9. an die Botschaft, in: PA-AA, R 100867.

¹³⁴ Für genauere Details vgl. Lambauer, Abetz, S. 561.

Januar 1944 aus der ehemals besetzten Zone und bis Mai 1944 aus der Südzone in die Türkei zurückgeführt wurden¹³⁵.

Die Deportationen nach Auschwitz kamen im September 1942 nahezu zum Stillstand. Die Mitarbeit der französischen Regierung hatte sehr stark nachgelassen; in der französischen Bevölkerung hatte vor allem der Abtransport von Kindern, die von ihren zuvor nach Auschwitz geschickten Eltern getrennt worden waren bzw. deren Eltern sich geweigert hatten, sie mitzunehmen, sehr starke Betroffenheit ausgelöst¹³⁶. Am 16. September beklagte sich Zeitschel nach der traditionellen Dienstagssitzung beim Judenreferat des SD, dass bis zum Vortage 32.000 Juden deportiert worden waren und dass „von den 12.000 staatenlosen Juden aus dem unbesetzten Gebiet nur 7000 überstellt worden sind“¹³⁷. Wenn für den laufenden Monat noch täglich Züge für jeweils 1000 Juden zur Verfügung stünden, so müsste deren Zahl für Oktober reduziert werden, „da die französischen Maßnahmen im unbesetzten Gebiet, besonders nach den bekannten Hirtenbriefen und Predigten von verschiedenen Kanzeln [des] katholischen Klerus sowie [der] Einmischung der amerikanischen Vertretung in Paris und des englischen Rundfunks in London, nur mehr kläglich durchgeführt werden, sodaß die Anzahl von Juden, mit der ursprünglich gerechnet worden ist, nicht zur Verfügung steht“. Abetz verfolgte die vom katholischen Klerus und der amerikanischen Vertretung in Vichy erhobenen Proteste sehr aufmerksam und versuchte, ihnen bei Laval entgegenzuwirken und ihre Wichtigkeit Berlin gegenüber abzuschwächen¹³⁸. Der amerikanisch-englische Vorstoß in Nordafrika am 8. November 1942 und die darauffolgende Besetzung der Südzone durch die Wehrmacht veränderten die Situation nachhaltig. Was aber den deutschen Botschafter in Paris anbelangt, so wurde er Ende November nach Berlin berufen und kehrte erst ein Jahr später nach Paris zurück. Seine Position war ab diesem Zeitpunkt deutlich geschwächt, sein Verhältnis zu Ribbentrop sehr belastet.

Zusammenfassend muss also nochmals betont werden, dass die deutsche Botschaft in den ersten beiden Besatzungsjahren eine zentrale Rolle bei der Auslösung und Intensivierung der Verfolgung der Juden in Frankreich spielte. Es waren weder die deutsche Militärverwaltung noch Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes in Paris, die zu einer raschen Einleitung von antisemitischen Maßnahmen drängten. Und selbst in Berlin schien man zunächst zurückhaltend. Erst mit der von Abetz angeregten Einschaltung der französischen Regierung und ihrer Behörden in der besetzten Zone ging man zu einer aktiveren Haltung über. Man mag sich über die Motive des vor allem als frankophil bekannten Botschafters Fragen stellen, mit dessen Namen man allzu oft nur die deutsch-französische

¹³⁵ Abetz an Auswärtiges Amt, 10. 6. 1944, in: PA-AA, R 100867.

¹³⁶ Vgl. Pierre Laborie, *L'opinion française sous Vichy*, Paris 2001, S. 282.

¹³⁷ Aufzeichnung Zeitschels, 16. 9. 1942, in: CDJC, LXXI-106. Zu den Opferzahlen der Deportationen vgl. Klarsfeld, *Vichy-Auschwitz*, S. 10.

¹³⁸ Telegramme von Abetz an das Auswärtige Amt, 28. und 31. 8. 1942, in: ADAP, Serie E, Band III, Dok. 242 und Dok. 247; 2. 9. 1942, in: PA-AA, R 29594 (MF 320); 15. 9. 1942, in: PA-AA, R 100867.

Zusammenarbeit im kulturellen Bereich assoziiert. Immerhin merkt Robert Wistrich in seinem *Who's Who in Nazi Germany* an, dass Abetz' frühzeitiger Tod bei einem mysteriösen Autounfall 1958 ein Racheakt für seine Rolle bei der Auslösung der Deportationen gewesen sein könnte¹³⁹. Während seines Prozesses im Juli 1949 vor dem Pariser Militärtribunal begründete der ehemalige Botschafter seinen Eifer damit, dass die Kriegsschuld seiner Meinung nach bei den Juden gelegen hatte¹⁴⁰. Im Übrigen aber habe er sie mit seinen Vorschlägen vor schlimmerem Unheil schützen wollen; eine Behauptung, der man angesichts der beschriebenen Vorgänge freilich nur schwer folgen kann, bei der sich Abetz aber auf die im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern verhältnismäßig geringeren Opferzahlen Frankreichs stützen konnte¹⁴¹.

Aber war Abetz tatsächlich ein Antisemit? Mehrere seiner Bekannten aus den dreißiger Jahren haben dies nach 1945 verneint¹⁴². Er scheint vielmehr das Profil eines politischen Opportunisten zu haben, der sich nach dem Beispiel seiner eigenen deutsch-französischen Ehe einen Zusammenschluss zwischen „seinem“ (Nazi)-Deutschland und einem geeigneten (von ihm mitgestalteten) Frankreich wünschte und dazu einen sehr aktiven Beitrag leisten wollte. Um seine Position gegenüber den deutschen Stellen wahren zu können (in keinem anderen besetzten Land spielte der deutsche diplomatische Vertreter vor 1942 eine vergleichbare Rolle), war er auch bereit, sich bei der Verfolgung der Juden zu exponieren. In diesem Sinne kann man auch Wolfgang Seibel zustimmen, wenn er feststellt, dass es keines unbedingten Antisemitismus' bedurfte, um zum effizienten Akteur auf dem Gebiet der Judenverfolgung zu werden, und dass das Zusammenspiel verschiedener, oft miteinander konkurrierender Kräfte viel weitgehendere Resultate zeigen konnte, als eine übergeordnete deutsche „Monopol-Stelle“ sie wahrscheinlich hätte erzielen können¹⁴³. Abetz hatte seit Beginn seines deutsch-fran-

¹³⁹ Vgl. Robert S. Wistrich, *Wer war wer im Dritten Reich*, Frankfurt 1993, Eintrag Abetz.

¹⁴⁰ Archives de la Bibliothèque de documentation internationale contemporaine, Universität Paris X (Nanterre), Protokoll des Prozesses gegen Otto Abetz, Gerichtsverhandlung vom 15. 7. 1949.

¹⁴¹ Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, München 1996, zu Frankreich und Belgien Juliane Wetzel, S. 105–136 sowie zu den Niederlanden Gerhard Hirschfeld, S. 137–166. Unter der Leitung von Wolfgang Seibel beschäftigt sich ein Forschungsprojekt an der Universität Konstanz mit den Interdependenzen von polykratischen Strukturen während der deutschen Besatzung in Frankreich, Belgien und den Niederlanden und den sehr unterschiedlichen dortigen „Verfolgungs- und Vernichtungskapazitäten“. Die Deportationsrate betrug in Frankreich 25 Prozent, in Belgien 43 Prozent und in den Niederlanden 76 Prozent. Titel des Projekts: „Holocaust und Polykratie in Westeuropa, 1940–1944“. Eine Veröffentlichung der Forschungsergebnisse ist in Vorbereitung; eine allgemeine Beschreibung findet sich auf <http://www.uni-konstanz.de/FuF/Verwiss/Seibel/Forschung/holocaust.htm>.

¹⁴² Vgl. André Weil-Curiel, *Eclipse en France*, Paris (Myrthe) 1946, S. 122–127; Alfred Silbert, Protokoll zum Abetz-Prozess, in: Archives de la Bibliothèque de documentation internationale contemporaine, Nanterre, Zeugenaussage vom 19. 7. 1949.

¹⁴³ Vgl. Wolfgang Seibel, *A Market of Mass Crime? Inter-institutional Competition and the Initiation of the Holocaust in France, 1940–1942*, in: *International Journal of Organization Theory and Behavior*, Band 5, Nr. 3-4, 2002, S. 219–257.

zösischen Engagements wiederholt eine starke Anpassungsfähigkeit bewiesen. Nach 1940 schien es ihm opportun, auf Antisemitismus zu setzen – auch in den Propaganda-Kampagnen, die seine Informations-Abteilung ausbrütete und koordinierte. Der Botschafter sah hier offensichtlich eine Gelegenheit, die Gunst des „Führers“ zu gewinnen, obwohl die Frage in keiner Weise in seinen Zuständigkeitsbereich fiel. Ohne Zweifel fühlte sich Abetz an das Gespräch mit Hitler Anfang August 1940 gebunden; und schließlich spielte wohl auch eine gewisse Faszination, die vom Diktator ausging, eine Rolle.

Die deutsche Verfolgungspolitik gegen die jüdische Bevölkerung in Frankreich ging damit auf einen als Frankreich- und Kultur-Liebhaber bekannten Botschafter zurück, von dem eine Schweizer Zeitung Ende der vierziger Jahre schrieb: „Auch er verstand sich darauf, den Schmutz, der sich tagsüber durch die Arbeit für das Gewaltregime der Nazis an seine Hände geheftet hatte, abends mit wohlriechender Seife abzuwaschen und mit einem Biedermannsgesicht vor ahnungslose Ausländer zu treten, um ihnen seine humane Gesinnung auseinanderzusetzen.“¹⁴⁴

¹⁴⁴ Neue Zürcher Zeitung, 13. 7. 1949, anlässlich des Prozessbeginns gegen Otto Abetz vor dem Pariser Militärgerichtshof, in: Zeitungsarchiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, Dossier Abetz.

■■■ Wie harmonisch war der europäische Einigungsprozess, wie weit wurde er getragen von den Idealen von Frieden, Völkerverständigung und allgemeinem Wohlstand? Der Artikel vermittelt eine Vorstellung davon, dass es hinter solchen Schlagworten ein zähes Ringen in der europäischen, aber auch nichteuropäischen Staatenwelt gab, das noch in mancher Hinsicht an die Mächtepolitik des 19. Jahrhunderts erinnerte. Zu Beginn der 1960er Jahre stand ein Thema im Zentrum dieser subkutanen Auseinandersetzungen: die Frage, wer künftig das Potential an Nuklearwaffen in Europa kontrollieren würde. ■■■

Matthias Schulz

Integration durch eine europäische Atomstreitmacht?

Nuklearambitionen und die deutsche Europa-Initiative vom Herbst 1964

I. Einleitung

Gravierende europa- und bündnispolitische Spannungen überschatteten die Anfänge der deutsch-französischen Konsultationen, die dann mit dem Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 institutionalisiert wurden¹. Zunächst versah der Deutsche Bundestag den Freundschaftsvertrag unilateral mit einer so genannten „Präambel“², die ihm die Funktion zuwies, die transatlantische Allianz und die europäische Integration zu stärken. Nach Auffassung des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle änderte das „seinen ganzen Sinn“³. Sodann war der Nachfolger Konrad Adenauers im Amt des Bundeskanzlers, Ludwig Erhard, stärker den Angelsachsen als den Franzosen zugetan und lehnte es ab, in die Rolle des „Juniorpartners“ von de Gaulle zu schlüpfen. Der „Eklat“ beim Besuch des französischen Staatschefs in Bonn im Juli 1964, die Probleme bei der Errichtung des Gemeinsamen Agrarmarktes sowie die Krise des „leeren Stuhls“, in der Frankreich die Ministerratssitzungen der Sechsergemeinschaft ein halbes Jahr lang boykottierte, bildeten die sichtbaren Höhepunkte von Differenzen, welche die deutsch-französischen Beziehungen und die europäische Einigung belasteten

¹ Vgl. Georges-Henri Soutou, *La France et la défense européenne du traité d'Elysée au retrait de l'OTAN*, in: Wilfried Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises. The European Project, 1963–1969*, Baden-Baden/Brüssel 2001, S. 21–46; Georges-Henri Soutou, *L'alliance incertaine: les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996*, Paris 1996, insbesondere S. 261–310.

² Vgl. zur Entstehung der Präambel Matthias Schulz, *Die politische Freundschaft Jean Monnet – Kurt Birrenbach, die Einheit des Westens und die „Präambel“ zum Elysée-Vertrag von 1963*, in: Andreas Wilkens (Hrsg.), *Interessen verbinden: Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1999, S. 299–328.

³ Dies erklärte de Gaulle rückblickend in einer Pressekonferenz am 28.10. 1966, zit. nach Alfred Grosser, *Das Bündnis: Die westeuropäischen Länder und die USA seit dem Krieg*, München/Wien 1978, S. 292.

■■■ VfZ 2/2005 © Oldenbourg 2005

und deren Ursachen und Intensität in der Forschung kontrovers diskutiert werden.

Wodurch wurden die deutsch-französischen Spannungen ausgelöst? In der zuletzt stark auf die Verantwortlichkeit von Erhard und de Gaulle kaprizierten Kontroverse ist einerseits von der anglophilen und wirtschaftlichen Denkweise Erhards und seiner mangelnden außenpolitischen Erfahrung die Rede⁴. Andererseits heißt es, der Bundeskanzler sei durchaus um gute Beziehungen zum Nachbarn und um Fortschritte in der europäischen Einigung bemüht gewesen⁵. Die Rolle de Gaulles ist bis heute ähnlich umstritten. Wird dem Staatspräsidenten hier eine anachronistische, einzig an der Nation orientierte, integrationsfeindliche Grundhaltung nachgesagt⁶, argumentieren andere Historiker, es sei dessen sehnlichster Wunsch gewesen, eine enge Partnerschaft mit der Bundesrepublik⁷, eine über die Wirtschaftsintegration hinausgehende europäische Staatengemeinschaft und sogar eine europäische Atomstreitmacht zu begründen⁸. Doch jene unilaterale Einfügung der „Präambel“ zum Elysée-Vertrag durch den Deutschen Bundestag zeigt, dass sich bereits Monate vor dem Amtsantritt Erhards ein Graben zwischen der französischen und der westdeutschen Politik auftut, und dass

⁴ Nach Volker Hentschel, *Ludwig Erhard: Ein Politikerleben*, Berlin 1998, S. 850, habe der Bundeskanzler mit de Gaulle nie kooperieren wollen. Erhard hätte die historisch-politische Bedeutung der Freundschaft mit Frankreich ebensowenig erkannt wie die der europäischen Einigung im Rahmen der Sechser, und sie „mehrfach willentlich, mal fahrlässig, aufs Spiel“ gesetzt. Vgl. auch die kritische Rezension von Guido Thieme, „Biographie und wirtschaftliches Zeitbild“, in: *Neue politische Literatur* 42 (1998), S. 338–340.

⁵ Vgl. Ulrich Lappenküper, „Ich bin wirklich ein guter Europäer“. Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966, in: *Francia* 18/3 (1991), S. 85–120; ders., „Ein Europa der Freien und der Gleichen“: La politique européenne de Ludwig Erhard (1963–1966), in: Loth (Hrsg.), *Crisis and Compromises*, S. 65–92; Jeffrey Vanke, *The European Collaborations of France and Germany, 1963–1966*, in: Ebenda, S. 93–108; Matthias Schulz, *Ludwig Erhard, 'l'ordolibéralisme', et l'intégration européenne; du plan Schuman au Kennedy Round*, in: Michel Catala (Hrsg.), *Histoire de la construction européenne: cinquante ans après la déclaration Schuman*, Nantes 2001, S. 397–410.

⁶ Zu den politischen Vorstellungen de Gaulles vgl. die kritische Studie von Pascaline Winand, *Eisenhower, Kennedy and the United States of Europe*, New York 1993, insbesondere S. 245–264; Soutou, *La France et la défense européenne*, in: Loth (Hrsg.), *Crisis and Compromises*, kritische Passagen u.a. S. 28, S. 39 u. S. 46. Vgl. weiterführend Andreas Wilkens, *Das Jahrhundert des Generals. Die historische Forschung zu de Gaulle steht erst am Anfang*, in: *Francia* 20/3 (1993), S. 181–192; Maurice Vaisse, *La grandeur: Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969*, Paris 1998; Knut Linsel, *Charles de Gaulle und Deutschland 1944–1969*, Sigmaringen 1998, S. 227–251.

⁷ Vgl. Hentschel, *Ludwig Erhard*, S. 850.

⁸ Unter Berufung auf Franz Josef Strauß vgl. Wilfried Loth, *Franco-German relations and European security, 1957–1963*, in: Anne Deighton/Alan Milward (Hrsg.), *Widening, Deepening, and Acceleration: The European Economic Community 1957–1963*, Baden-Baden/Brüssel, 1999, S. 41–53, hier S. 52; Wilfried Loth, *De Gaulle und Europa. Eine Revision*, in: *Historische Zeitschrift* 253 (1991), S. 629–660; Frédéric Bozo, *Two Strategies for Europe: De Gaulle, the United States and the Atlantic Alliance*, Lanham 2001, insbesondere S. 1–29, S. 103–186 u. S. 245 ff. Wilfried Loth und Frédéric Bozo sehen in de Gaulle einen Visionär, der Europa auf neue Fundamente stellen wollte.

Erhard jedenfalls nicht die alleinige Verantwortung für die Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen trug. Vielmehr entwickelten sich auf dem Hintergrund der Berlin- sowie der Kuba-Krise in Bonn und Paris divergierende Vorstellungen über die Nuklearverteidigung des Westens und die Ausgestaltung der europäischen Einigung. Sie bildeten nicht nur den Hintergrund für die 1962/63 einsetzende, tiefgreifende, quer durch alle Parteien gehende Polarisierung westdeutscher politischer Eliten in die mehrheitlichen „Atlantiker“, welche die Sicherheit Europas am besten durch eine engere Anbindung an die USA, und eine Minderheit von „Gaullisten“⁹, die sie durch eine engere deutsch-französische Partnerschaft zu verwirklichen suchten. Ihnen lagen auch die deutsch-französischen Spannungen und die Probleme in der europäischen Integrationspolitik Mitte der sechziger Jahre zugrunde.

Dieser Beitrag untersucht die bisher kaum ergründeten Auswirkungen der nuklearen Frage auf die Bemühungen über eine Europäische Politische Union (EPU), das heißt eine außen- und sicherheitspolitische Kooperation der Sechsergemeinschaft, vom Scheitern der Fouchet-Verhandlungen im April 1962 bis zur Europainitiative von Bundeskanzler Erhard im Herbst 1964. Die Verbindung zwischen der deutschen Nuklearpolitik und den Bemühungen um eine politische Union wurde wohl aufgrund der Sensibilität der Materie, aber auch aufgrund der fachwissenschaftlichen Spezialisierung von der Forschung bisher kaum erkannt¹⁰. Anhand der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“, mit Hilfe des Nachlasses des Vordenkers der nuklearen Mitverantwortung der Bundesrepublik Kurt Birrenbach (CDU)¹¹ und anhand einschlägiger Dokumente

⁹ Vgl. dazu Reiner Marcowitz, *Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969*, München 1996.

¹⁰ Erste Hinweise bei Beatrice Heuser, *NATO, Britain, France and the FRG: Nuclear Strategies and Forces for Europe, 1949–2000*, Basingstoke/London 1997, S. 151–157. Keine der folgenden Arbeiten zur Nuklearpolitik der Bundesrepublik im westlichen Bündnis untersucht deren Auswirkungen auf die europäische Integration oder die Frage einer europäischen Atomstreitmacht: Dieter Mahncke, *Nukleare Mitwirkung: Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954–1970*, Berlin 1972; Hans-Peter Schwarz, *Adenauer und die Kernwaffen*, in: *VfZ* 37 (1989), S. 567–593; Johannes Steinhoff/Reiner Pommerin, *Strategiewechsel: Bundesrepublik und Nuklearstrategie in der Ära Adenauer–Kennedy*, Baden-Baden 1992; Matthias Küntzel, *Bonn und die Bombe: Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt*, Frankfurt a. M. 1992; Christoph Hoppe, *Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik, 1959–1966*, Baden-Baden 1993; Helga Haftendorn, *NATO and the Nuclear Revolution. A Crisis of Credibility*, Oxford 1996; Axel F. Gablik, *Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland 1955–1967: Politische Kontrolle oder militärische Notwendigkeit?* Baden-Baden 1996; Martin Koopmann, *Das schwierige Bündnis. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1958–1965*, Baden-Baden 2000, dort zur MLF S. 185–264.

¹¹ Grundlegend dazu der Nachlass von Kurt Birrenbach im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (künftig: ACDP) und Kurt Birrenbach, *Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte westdeutscher Außenpolitik*, Düsseldorf/Wien 1984. Birrenbach (MdB und MdEP seit 1957 bzw. 1958) stammte aus dem Milieu der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie. Vgl. auch Hans-Peter E. Hinrichsen, *Der Ratgeber. Kurt Birrenbach und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 2002.

des von Jean Monnet begründeten „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ (Monnet-Komitee) wird im folgenden der Zusammenhang zwischen westdeutscher Nuklear- und Europapolitik rekonstruiert¹². Birrenbach übte nicht nur als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, sondern seit 1961 auch im Monnet-Komitee, einem Netzwerk führender christlicher, sozialdemokratischer und liberaler Politiker sowie Gewerkschafter Westeuropas, Einfluss aus. Er zählte zu den regelmäßigen Gesprächspartnern und politischen Freunden Monnets in Bonn. Er genoss das Vertrauen der Bundeskanzler Adenauer, Erhard, Kiesinger und Brandt und reiste wiederholt im Auftrag Adenauers sowie 1964 und 1965 im Auftrag Erhards zu Gesprächen über die nukleare Mitbestimmung der Bundesrepublik in die USA¹³. Mit Aktivitäten in der europäischen und der atlantischen Bewegung¹⁴, „Geheimmissionen“ sowie seiner Einwirkung auf die westdeutsche Europainitiative vom Herbst 1964 steht er im Zentrum der Nuklear- und Europapolitik¹⁵, was ihn wiederum für die Forschung interessant macht. Durch Birrenbach war auch Monnet in Gespräche über die nukleare Frage stärker involviert als bisher bekannt.

Beginnend mit einer Skizze der nuklearpolitischen Vorstellungen im Umkreis der Bundesregierung anfang der sechziger Jahre, wird im folgenden untersucht, wie sich diese auf die westdeutsche Europapolitik und die deutsch-französischen Beziehungen auswirkten und welche Position europäische Eliten zur Frage der Nuklearverteidigung einnahmen. Dabei treten Zusammenhänge zutage, die den Mythos vom Europaidealismus als Triebkraft der Integration in Frage stellen. Wesentlicher erscheinen hingegen realpolitische Notwendigkeiten im Zeitalter des Kalten Krieges. Von besonderem Interesse ist ein Plan für eine europäisch-atlantische Atomstreitmacht im Birrenbach-Nachlass, der Jean Monnet zugeschrieben werden kann, und auf den sich die deutsche Außenpolitik später bezog¹⁶. Er ist ein Schlüsselstück im Puzzle um die Ursachen des Scheiterns der

¹² Vgl. Schulz, Monnet-Birrenbach, in: Wilkens (Hrsg.), *Interessen verbinden*. Zu Jean Monnet, dessen politischem Einfluss und dem Aktionskomitee vgl. Jean Monnet, *Erinnerungen eines Europäers*, (Neuausgabe) Baden-Baden 1997; Francois Duchêne, *Jean Monnet: The First Statesman of Interdependence*, New York 1994; Eric Roussel, *Jean Monnet 1888–1979*, Paris 1996; Gérard Bossuat/Andreas Wilkens (Hrsg.), *Jean Monnet, L'Europe et les chemins de la paix: actes du colloque de Paris du 29 au 31 mai 1997*, Paris 1999; Wilkens (Hrsg.), *Interessen verbinden*. Bestände dazu finden sich auch in: ACDP, *Nachlass Birrenbach*.

¹³ Vgl. Birrenbach, *Meine Sondermissionen*, S. 15–82 (zur Berlin-Krise) u. S. 152–256 (zur MLF); zur Kontroverse über Birrenbachs politischen Einfluss vgl. Hinrichsen, *Der Ratgeber*, S. 1–4 u. S. 576–578.

¹⁴ Birrenbach war seit 1957 einer der Vizepräsidenten der Europa-Union e.V., seit 1962 Präsidiumsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, von 1960 bis 1987 Vizepräsident des Board of International Movement for Atlantic Union und saß 1964 bis 1987 im Vorstand der Atlantik-Brücke.

¹⁵ In der insgesamt ausgezeichneten Birrenbach-Biographie wird der Gedankenaustausch zwischen Monnet und Birrenbach nur am Rande erwähnt. Die Motive für Erhards Europainitiative bleiben schemenhaft und werden nicht systematisch analysiert. Vgl. Hinrichsen, *Der Ratgeber*, S. 205–207 u. S. 214–219.

¹⁶ Außenminister Schröder bezog sich ausdrücklich auf den „Monnet-Plan“ in einem Gespräch mit dem US-Botschafter McGhee am 14. 7. 1964, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundes-*

deutschen Initiative für eine Europäische Politische Union (EPU) vom Herbst 1964, über deren Beweggründe und Ziele Bundeskanzler Erhard und sein Außenminister Gerhard Schröder sich stets bedeckt hielten¹⁷. Die westdeutschen Bemühungen um eine Europäische Politische Union dienten ganz wesentlich dem Ziel der nuklearen Mitbestimmung. Aufgrund der vor allem in Paris wachsenden Skepsis gegenüber westdeutschen Nuklearambitionen scheiterte die Europa-Initiative der Regierung Erhard, und der europäische Integrationsprozess geriet in seine bisher schwerste Krise.

II. Westdeutsche Vorstellungen für eine multilaterale Atomstreitmacht

Da die Bundesrepublik im Kalten Krieg als Frontstaat des Westens den höchsten Risiken – der unmittelbaren Aggression sowie der totalen Zerstörung – ausgesetzt war, drängte die Bundesregierung seit dem Beitritt zur NATO auf eine glaubwürdige Drohung vonseiten des NATO-Bündnisses. Das hieß, dass im Verteidigungsfall schnell Nuklearwaffen eingesetzt werden sollten – darauf jedenfalls beruhte angesichts der konventionellen Überlegenheit der Sowjets die Abschreckungsdoktrin¹⁸. Die allmähliche Abkehr der US-Regierung von der Strategie „massiver Vergeltung“ und die Hinwendung zur „flexiblen Antwort“ seit dem Sputnik-Schock, Berlin- und Kuba-Krise verstärkte in Bonn den Wunsch nach Einwirkungsmöglichkeiten auf die Strategieplanung der NATO und auf die verteidigungspolitische Kooperation unter den Europäern¹⁹. Auch die französische

republik Deutschland (künftig: AAPD), 1964, Band II, bearb. von Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995, Dok. 196, S. 819. Bisher war nicht bekannt, worauf sich dieser Hinweis bezog.

¹⁷ Vgl. Vanke, *European Collaborations*, S. 96. Erste Interpretationsansätze bei Gabriele Clemens, „Zwischen allen Stühlen“. Ludwig Erhards Europa-Initiative vom November 1964, in: Dies. (Hrsg.), *Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2001, S. 171–192; zum europäischen Kontext vgl. Carine Germond, *Les projets d'Union politique de l'année 1964*, in: Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises*, S. 109–130. Die von Clemens diskutierten Motive für die deutsche Europainitiative – Europaidealismus und innenpolitischer Druck – erklären nicht hinreichend, warum der Kanzler angesichts eines gespannten Verhältnisses zum französischen Staatspräsidenten und trotz dessen bremsender Signale das Risiko einging, durch eine unzeitgemäße Initiative im Wahljahr (1965) eine bedeutende diplomatische Niederlage zu erleiden. Auch die von Germond als Grund für das Scheitern der Europainitiative angegebene Geisteshaltung de Gaulles ist nicht befriedigend; vgl. ebenda, S. 129. Zu Schröder vgl. Torsten Oppelland, *Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession*, Düsseldorf 2002, hier S. 629 f.

¹⁸ Zur Nuklearpolitik des Westens im Kalten Krieg vgl. u. a. Heuser, *NATO*; Beatrice Heuser, *Nuclear Mentalities? Strategies and Beliefs in Britain, France and the FRG*, Basingstoke/London 1998; Susanna Schrafstetter, *Die dritte Atommacht. Britische Nichtverbreitungspolitik im Dienst von Statussicherung und Deutschlandpolitik 1952–1968*, München 1999; Christoph Bluth, *Britain, Germany and Western Nuclear Strategy*, Oxford 1995; Maurice Vaisse/Pierre Mélandri/Frédéric Bozo (Hrsg.), *La France et l'OTAN 1949–1996*, Bruxelles 1996; Zur Geschichte der NATO vgl. Gustav Schmidt (Hrsg.), *A History of NATO – The First Fifty Years*, 3 Bde., Basingstoke/London 2001. Zur Nuklearpolitik der Bundesrepublik vgl. Anm. 10.

¹⁹ Zum Einfluss der Berlin-Krise auf den Wandel der US-Nuklearstrategie vgl. zuletzt Sean M. Maloney, *Berlin Contingency Planning: Prelude to Flexible Response, 1958–1963*, in: *Journal*

Regierung war mit der Struktur der NATO unzufrieden. Da die USA die Errichtung eines Dreier-Direktoriums mit Großbritannien und Frankreich ablehnten, ergriff Paris 1961 die Initiative für eine Europäische Politische Union²⁰. Darin spiegeln sich zwei Intentionen: einerseits die Befürchtung, dass die Vereinigten Staaten im Ernstfall Atomwaffen nicht zum Schutz Europas, sondern nur zur eigenen Verteidigung einsetzen würden; und andererseits der Wunsch Frankreichs, nach dem Verlust seines Kolonialreiches mit Hilfe einer nationalen Atomkraft seinen Großmachtstatus wieder zu erlangen, um so die Sechsergemeinschaft führen und eine unabhängigere, moderierende Rolle im Ost-West-Konflikt spielen zu können. Die seit 1960 entstehende *Force de frappe* nahm dabei im Denken des französischen Staatspräsidenten eine Schlüsselstellung ein²¹: Nur sie schien eine Unabhängigkeit gegenüber den Supermächten gewährleisten zu können²². Obgleich die fünf EWG-Partner Frankreichs an einer stärkeren außen- und sicherheitspolitischen Koordination in Westeuropa interessiert waren, scheiterten die Fouchet-Verhandlungen im April 1962 an Differenzen zwischen Frankreich und den übrigen Fünf. De Gaulle lehnte die insbesondere von den Niederlanden und Italien geforderte supranationale Gestalt der politischen Union ab und zielte auf eine Distanzierung der Sechsergemeinschaft von den USA und Großbritannien. Die Fünf, darunter die Bundesrepublik, forderten jedoch die Einbeziehung Großbritanniens und die Beibehaltung der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft mit den USA und lehnten es ab, sich einer französischen Nuklearmacht unterzuordnen²³.

of Strategic Studies 25 (2002), Heft 1, S. 99–134; zur Kuba-Krise Harald Biermann, Die Kuba-Krise: Höhepunkt oder Pause im Kalten Krieg?, in: Historische Zeitschrift 273 (2001), S. 637–673.

²⁰ Vgl. die Fouchet-Pläne (nach dem französischen Außenminister Christian Fouchet) vom 2. 11. 1961 und 18. 1. 1962 sowie eine Gegenüberstellung der Artikelentwürfe der übrigen Staaten in: Europa-Archiv 1964, „Vertragsentwürfe für eine Union der Europäischen Völker (1961/1962)“, D 467–485; zu den Verhandlungen vgl. Jacques Bariéty (Hrsg.), Du plan Fouchet au traité Franco-allemand de janvier 1963, Paris 1997; Daniele Caviglia, De Gaulle e il tentativo di spostare l'asse politico europeo: il piano Fouchet, Padua 2000; Ulrich Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1964. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“. 2 Bde., München 2001, S. 1480–1602, hier S. 1543 ff.; Koopmann, Das schwierige Bündnis, S. 125–184; Jeffrey Glen Giauque, Grand Designs and Visions of Unity: The Atlantic Powers and the Reorganization of Western Europe, 1955–1963, Chapel Hill/London 2002, S. 126–157.

²¹ „[J]ede Außenpolitik wird durch Notwendigkeiten der Sicherheit und der Verteidigung bestimmt“, de Gaulle zu Staatssekretär Karl Carstens, Geheimprotokoll, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 186, S. 767. Vgl. Georges-Henri Soutou, „Le general de Gaulle et le Plan Fouchet d'Union politique européenne: un projet stratégique“, in: Deighton/Milward (Hrsg.), Widening, Deepening and Acceleration, S. 55–71, hier S. 70.

²² Der Aufbau einer nationalen Atomstreitmacht erfolgte unter de Gaulle in einem atemberaubenden Tempo. 1960 fand der erste erfolgreiche französische Atombombentest statt. Fünf Jahre später besaß die *Force de frappe* bereits eine kumulierte Sprengkraft von 2200 Hiroshimabomben. Vgl. André Eshet, Aspects stratégiques de la politique étrangère gaullienne, in: Élie Barnavi/Saul Friedländer (Hrsg.), La politique étrangère du Général de Gaulle, Paris 1985, S. 83.

²³ Vgl. Soutou, „Le général de Gaulle et le Plan Fouchet“, in: Deighton/Milward (Hrsg.), Widening, Deepening and Acceleration, S. 70. Vgl. auch die Aufzeichnung von Staatssekretär Carstens vom 10. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 193, S. 807.

Vor dem Hintergrund des Scheiterns der Fouchet-Verhandlungen forderten Experten der Bundesregierung und des Bundestags stattdessen eine Mitverfügungsgewalt über Nuklearwaffen im Rahmen des atlantischen Bündnisses. Die Nuklearverteidigung sollte nicht mehr der alleinigen Entscheidungsgewalt des US-Präsidenten unterliegen. Vielmehr sollte die einseitige Abhängigkeit Westeuropas von den USA durch eine Partnerschaft unter Gleichen ersetzt und die Glaubwürdigkeit der Abschreckung wiederhergestellt werden²⁴. Doch in welchem Rahmen und in welcher Form konnte die Bundesregierung weniger als zwanzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs den Partnern im atlantischen Bündnis eine nukleare Mitbestimmung überhaupt zumuten? Bundeskanzler Adenauer hatte die Bundesrepublik im Rahmen der Pariser Verträge 1954 darauf verpflichtet, keine ABC-Waffen auf deutschem Territorium herzustellen. Dies schloss freilich nicht aus, dass sie solche Waffen hätte kaufen können. Aber eine unter nationaler Verfügungsgewalt stehende Atomstreitmacht wurde aufgrund des gegebenenfalls zu erwartenden Widerstands der Sowjetunion ebenso wie der westlichen Verbündeten ausgeschlossen. Für Bonn war lediglich eine Verbesserung der Einflussnahme auf die Nuklearstrategie der NATO und eventuell die Erlangung der Mitverfügungsgewalt über Nuklearwaffen im bi- oder multilateralen Rahmen denkbar. Für eine multilaterale Lösung sprachen mehrere Gesichtspunkte: Erstens schienen die an nationalen Abschreckungskapazitäten arbeitenden Länder Großbritannien und Frankreich wirtschaftlich zu schwach und technologisch zu weit zurück, um der Sowjetunion eine wirklich substantielle Atomstreitmacht entgegenzusetzen²⁵. Zweitens drohte der NATO angesichts der Entwicklung unabhängiger französischer und britischer Atomstreitkräfte mit unterschiedlichen nationalen Strategien die Desintegration²⁶. Dies hätte die Sicherheit der Bundesrepublik und anderer nichtnuklearer NATO-Mitglieder unterminiert. Aus diesen Gründen bevorzugte Bonn eine Gesamtstrategie des Westens, die modernste Träger und Sprengköpfe sowie die Mitbestimmung der Westeuropäer im Rahmen einer transatlantischen Atomstreitmacht umfassen sollte.

Als institutionelles Rückgrat einer solchen Atomstreitmacht waren zwei Organisationen im Gespräch: die NATO als transatlantisches Dach und im europäischen Rahmen entweder die seit ihrer Gründung 1955 „schlafende“ Westeuropäische Union (WEU), eine Vereinbarung im Rahmen der Sechsergemeinschaft oder eine rein bilaterale deutsch-französische Nukleart Partnerschaft. De Gaulle hatte jedoch 1958 eine von der vorangegangenen französischen Regierung vereinbarte deutsch-französisch-italienische Nuklearkooperation desavouiert, und im Oktober

²⁴ Vgl. Birrenbach, *Meine Sondermissionen*, passim; Kurt Birrenbach, *The Future of the Atlantic Community: Toward European-American Partnership*, New York 1963, S. 14 f. u. S. 22 f. [Dt. Ausgabe: „Die Zukunft der Atlantischen Gemeinschaft“, Freiburg 1962].

²⁵ Exorbitante Kosten verursachte nicht nur die Entwicklung von Atom Sprengköpfen, sondern auch die von modernen Trägersystemen. Es wurde befürchtet, dass schnell veraltende britische und französische Bomber durch eine moderne Raketenabwehr der Sowjets ausgeschaltet werden könnten. Vgl. Birrenbach, *Future*, S. 8 f. u. S. 13.

²⁶ Vgl. ebenda, S. 22 f.

1962 lehnte sein Verteidigungsminister Pierre Messmer eine Anfrage seines Amtskollegen Franz Josef Strauß erneut ab²⁷. Die technologische und politische Führungsrolle der USA ließ der Bonner Regierung im Grunde keine andere Wahl als die Unterstützung Washingtons zu gewinnen.

Bei Sondierungsgesprächen im Auftrag Adenauers vertrat Birrenbach gegenüber der US-Regierung im Juli 1962 den Standpunkt, dass eine im Rahmen der NATO seit 1958 gelegentlich diskutierte multilaterale Atomstreitmacht an die Stelle der französischen und britischen nationalen Atomstreitkräfte treten, bzw. diese integrieren solle²⁸. Anhand der Argumentation Birrenbachs lassen sich einige Ziele der Bundesregierung deutlich ablesen. Erstens sollte die Mitsprache der interessierten nichtnuklearen NATO-Staaten – der Bundesrepublik, Italiens, Belgiens, der Niederlande, möglicherweise auch Griechenlands und der Türkei – in Fragen der Nuklearstrategie und des Einsatzes von Atomwaffen im Verteidigungsfall verbessert werden. Zweitens sollten insbesondere die Bundesrepublik und Italien den Status der Gleichrangigkeit gegenüber Frankreich und Großbritannien wahren können, den sie angesichts der Entwicklung nationaler Atomstreitkräfte in beiden Ländern zu verlieren drohten. Als Anreiz für die Amerikaner, Briten und Franzosen führte Birrenbach an, dass eine europäisch-atlantische, modern ausgestattete Atomstreitmacht im Rahmen der NATO wirkungsvoller und kostengünstiger sei als eine Reihe schwacher nationaler Atomstreitkräfte in Europa. Birrenbach schlug vor, die Atomstreitmacht politisch einem „Zwei-Schlüssel-Kontrollsystem“ innerhalb der NATO zu unterwerfen²⁹. Ein Schlüssel sollte in den Händen der Amerikaner, der zweite in den Händen derjenigen Europäer liegen, die sich in einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ zusammenschließen würden. Ein Einsatz von Nuklearwaffen könnte im Verteidigungsfall nur bei Zustimmung von Washington einerseits und der Mehrheit der europäischen Partner andererseits erfolgen. Somit hätte nur Washington ein Vetorecht, während die Europäer mit Mehrheit entscheiden sollten, was die Entscheidung für einen Einsatz im Ernstfall leichter und damit die Abschreckung realer machen würde, als wenn alle Regierungen ein Vetorecht hätten³⁰. Birrenbachs Konzept lief also darauf hinaus, die politische und sicherheitspolitische Integra-

²⁷ Vgl. Alain Peyrefitte, *C'était de Gaulle*, Vol. I: *La France redevient la France*, Paris 1994, S. 461; Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 55–139, insbesondere S. 78 ff., S. 136 ff. u. S. 205 ff. „Revoyant (Pierre) Messmer le 3 octobre 1962, Strauss, visiblement déçu, déclara que la RFA avait désormais compris que la France lui refuserait toute coopération nucléaire“. Strauß folgte, dass sich Bonn den USA zuwenden müsse, um eine nukleare Mitbestimmung zu erreichen. Zitat vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 205 ff.

²⁸ Memorandum Birrenbachs vom 19. 7. 1962, in: ACDP, I-433-51/I, NL Birrenbach.

²⁹ Ebenda. Birrenbach spielte mit unterschiedlichen Konzepten für die Realisierung einer multilateralen Atomstreitmacht. Demnach sollte über den Einsatz von Atomwaffen weder von allen NATO-Mitgliedern noch allein vom Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) entschieden werden, sondern von den USA, dem angegriffenen oder bedrohten Staat, dem Staat, von dem die Atomwaffen lanciert werden sollen, und von der stärksten konventionellen Verteidigungsmacht in Westeuropa – der Bundesrepublik. Vgl. Birrenbach, *Future*, S. 16 f.

³⁰ Vgl. Memorandum Birrenbachs vom 19. 7. 1962, in: ACDP, I-433-51/I, NL Birrenbach; vgl. auch Birrenbach, *Future*, S. 14 ff.

tion Westeuropas voranzubringen und gleichzeitig das transatlantische Bündnis zu stärken.

Amerikanische Befürworter der Multilateral Force (MLF), die vor allem im State Department angesiedelt waren, betonten gegenüber Birrenbach, dass eine integrierte, europäische Atomstreitmacht im Rahmen der NATO für Washington eine Alternative zu den nationalen Alleingängen der Briten und der Franzosen darstelle³¹. US-Präsident John F. Kennedy registrierte, dass die *Force de frappe* ein Gefühl der Ungleichheit bei den Westdeutschen weckte und eine Einladung an Bonn sei, ebenfalls eine eigene Atomstreitmacht zu entwickeln. Eine multilaterale Atomstreitmacht mit europäischer Komponente würde westdeutsche Nuklearambitionen eindämmen, den europäischen Zusammenschluss vertiefen und die Deutschen fest einbinden. Das US-Vetorecht über den Einsatz der Atomstreitmacht würde eine andauernde Kontrolle über die Europäer ermöglichen und eine Proliferation nationaler Nuklearkapazitäten verhindern. Die amerikanischen Befürworter einer solchen Lösung verlangten jedoch, dass Vorschläge zur politischen Kontrolle und zum Entscheidungsmechanismus für eine solche Atomstreitmacht von den Europäern kommen müssten³². Sie erwarteten, dass die Europäer sich zunächst über die Schaffung einer europäischen Verteidigungsidentität für die MLF einigten, die von der unabhängigen, nationalen Atomstreitmacht der USA strikt zu trennen sei. Die MLF war somit an Fortschritte im europäischen Integrationsprozess gebunden.

Die französische Regierung reagierte auf die amerikanisch-deutschen Erörterungen zunächst nicht völlig ablehnend. Die halbe französische Regierungsmannschaft verkündete am 17. Juli 1962 vor der Nationalversammlung, dass eine *europäische* Atomstreitmacht denkbar sei, sofern eine europäische politische Autorität errichtet werde³³. Damit wurde einer nuklearen Mitbestimmung mittlerer Mächte in Europa zwar nicht grundsätzlich widersprochen, aber der MLF eine stärker auf europäische Unabhängigkeit zielende Alternative gegenübergestellt. Ob die französische Regierung diese Idee lancierte, um das amerikanische MLF-Konzept zu torpedieren, ihren eigenen Führungsanspruch in Europa zu bekräftigen oder ob sie – im Vertrauen darauf, dass die MLF keine Realisierungschance besaß – lediglich versuchte, ihre grundsätzliche Ablehnung einer westdeutschen atomaren Mitbestimmung zu kaschieren, ist angesichts der weiteren Entwicklungen irrelevant. Jedenfalls schienen sich für Bonn zwei politische Optionen anzubieten, entweder eine nukleare Mitverantwortung im Rahmen einer atlantischen Atomstreit-

³¹ In der US-Regierung hielten sich Befürworter einer multilateralen Atomstreitmacht und solche einer Nichtproliferationspolitik mit Sonderbehandlung Großbritanniens die Waage. Vgl. Memorandum Birrenbachs vom 19. 7. 1962, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach; ferner Henry A. Kissinger, Was wird aus der westlichen Allianz?, Wien 1965, insbesondere S. 189 f.; Bozo, *Two Strategies*, S. 110–113. Zum Teststopp-Abkommen vgl. Schrafstetter, *Die dritte Atommacht*, S. 47–78; zur amerikanischen und britischen Nichtverbreitungspolitik vgl. ebenda S. 79–87.

³² Vgl. ebenda und Birrenbach, *Meine Sondermissionen*, S. 165.

³³ Premier Georges Pompidou, Außenminister Couve de Murville, Verteidigungsminister Pierre Messmer und der Minister für Atomenergie Gaston Palewsky. Vgl. „Vers la force européenne?“, in: *Le Monde* vom 18. 7. 1962; vgl. Heuser, *NATO*, S. 152.

macht mit einem europäischen Pfeiler oder im Rahmen einer von den USA womöglich unabhängigen Europäischen Politischen Union.

Vor diesem Hintergrund versuchte Birrenbach, der für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem von Jean Monnet begründeten „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ angehörte³⁴, also einer Runde führender christlicher, sozialdemokratischer und liberaler Politiker sowie Gewerkschafter Westeuropas, seine Vorschläge stärker auf die französischen Äußerungen abzustimmen und trug Monnet Vorstellungen für eine europäische Atomstreitmacht vor. Dabei stellte Birrenbach eine europäische Atomstreitmacht als Katalysator für eine zukünftige, supranationale Europäische Politische Union dar und nahm geschickt bezug auf die 1950 von dem geistigen Miturheber des europäischen Integrationsprozesses vorgeschlagene, dann jedoch 1954 gescheiterte Europäische Verteidigungsgemeinschaft: „Such EDC [European Defense Community, MS] could be the first important political field within a European Political Union of tomorrow, to which the majority rule could be applied. In this sense your idea of the inevitability of the trend towards political integration in Europe would receive a new confirmation.“³⁵ Auch bei Max Kohnstamm, dem Vize-Präsidenten des Monnet-Komitees, warb er für den „Gedanken einer europäischen kollektiven Atommacht unter dem Dache der NATO“³⁶. Durch eine Europäische Politische Union könnten die Europäer mit den USA eine vollwertige Partnerschaft unter Gleichen eingehen³⁷. Im Grunde versuchte Birrenbach, einen Konsens unter europäischen Eliten herbeizuführen; also diejenigen, die eine MLF mit den Amerikanern befürworteten und diejenigen, die eine unabhängige europäische Lösung bevorzugten, zusammenzubringen. Ehe das Monnet-Komitee sich in die Diskussion einmischte, ergriff die amerikanische Regierung die Initiative.

III. Die heraufziehende Krise im Bündnis

Da Großbritannien seine Atomrüstung und Trägerentwicklung nicht mehr finanzieren konnte, sagten die USA im Nassauer Abkommen Anfang Dezember 1962 die Lieferung von Polaris-Raketen mit Atomsprengköpfen zu³⁸. Dadurch wurde einerseits die nationale Atomstreitmacht Großbritanniens gestärkt, andererseits wurde aber die spätere Überführung der Polaris-Raketen in eine multilaterale Atomstreitmacht als Option vereinbart. Am 21. Dezember lud die US-Regierung Paris zur Teilnahme an dem Abkommen ein mit dem Ziel, Frankreich stärker im atlantischen Bündnis zu binden und von amerikanischen Atomwaffen und Trägersystemen abhängig zu machen³⁹. Kurz darauf legte der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium George Ball Konrad Adenauer am 14. Januar

³⁴ Zu Jean Monnet und dessen Aktionskomitee vgl. Anm. 12.

³⁵ Birrenbach an Monnet, 20. 7. 1962, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach.

³⁶ Birrenbach an Kohnstamm, 28. 12. 1962, in: Ebenda.

³⁷ Vgl. Birrenbach, Future, S. 17.

³⁸ Vgl. Giauque, Grand Designs, S. 115–119 u. S. 121 f.; Schrafstetter, Die dritte Atomkraft, S. 100–106.

³⁹ Zum US-Angebot und zur französischen Reaktion darauf vgl. Bozo, Two Strategies, S. 91–94.

1963 ein ernst zu nehmendes Angebot für eine westdeutsche Teilnahme an der zu schaffenden MLF vor, auf das der Kanzler positiv reagierte⁴⁰. Die amerikanische diplomatische Offensive wurde offenbar ausgelöst durch die Befürchtung, dass die im Herbst 1962 stattfindenden Verhandlungen zum deutsch-französischen Vertrag auch zu einer französisch-deutschen Allianz im Bereich der Nuklearverteidigung führen könnten – eine solche war aber nicht vorgesehen⁴¹. Durch die MLF sollten westdeutsche Nuklearambitionen eingehegt und die französische Nuklearpolitik kontrolliert werden. Garniert wurde diese Politik von Präsident Kennedy mit der Formel einer transatlantischen Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft unter Gleichen⁴². Diese Idee kam bei den europäischen Atlantikern gut an. Birrenbach beurteilte das Nassauer Abkommen als „Weg für eine europäische Lösung des atomaren Problems und damit zu einer echten militärischen Partnerschaft zwischen einem vereinigten Europa von morgen und den Vereinigten Staaten unter der Voraussetzung, dass Großbritannien und Frankreich der Überführung ihrer atomaren Waffen auf eine neu zu gründende europäische Verteidigungsgemeinschaft zustimmen“ würden⁴³. Während er den Briten in zu optimistischer Einschätzung eine solche Bereitschaft unterstellte, zweifelte er zu Recht an der de Gaulles und befürchtete, dass dieser weiterhin ein Dreier-Direktorium der Nuklearmächte in der NATO anstrebe, bei dem die Bundesrepublik als Frontstaat ausgeschlossen wäre – ein Szenario, „das wir ablehnen müssen“⁴⁴.

Für de Gaulle war der amerikanische Vorschlag einer transatlantischen Atomstreitmacht ein Ärgernis. Die MLF zielte offensichtlich auf eine Unterordnung der französischen *Force de frappe*⁴⁵, sollte eine nukleare Mitbestimmung der Bundesrepublik ermöglichen und unterminierte die von de Gaulle angestrebten Ziele einer Führungsrolle Frankreichs in Westeuropa, der Schwächung der amerikanischen Hegemonie und eine Entspannung zwischen den Blöcken durch französische Vermittlung⁴⁶. De Gaulle wollte die unabhängige nationale Atomstreitmacht für Frankreich unter keinen Umständen aufgeben⁴⁷. Mit seinem überraschenden unilateralen Veto gegen den britischen EWG-Beitritt vom 14. Januar verurteilte de Gaulle implizit die britisch-amerikanische *Special Relationship* in

⁴⁰ Vgl. Telegram from the Embassy in Germany to the Department of State, 14.01.1963, in: Foreign Relations of the United States 1961–1963, Vol. XIII, Washington 1994, Dok. 166, S. 478–482.

⁴¹ Vgl. Glauque, *Grand Designs*, S. 115.

⁴² Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 206 ff.

⁴³ Birrenbach an Max Kohnstamm, 28. 12. 1962, und mit fast gleichlautenden Formulierungen Birrenbach an Monnet, 16. 3. 1963, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach.

⁴⁴ Birrenbach an Kohnstamm, 28. 12. 1962, in: Ebenda.

⁴⁵ Vgl. Birrenbachs Memorandum vom 19. Juli 1962 über Gespräche in den USA „about the problem of replacing the presently existing independent national nuclear deterrents by a new European Defense Community in the field of nuclear weapons“, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach, und Birrenbach, *Future*, S. 18.

⁴⁶ Vgl. Eckart Conze, *Hegemonie durch Integration? Die amerikanische Europapolitik und ihre Herausforderung durch de Gaulle*, in: VfZ 43 (1995), S. 297–340.

⁴⁷ Vgl. Bozo, *Two Strategies*, S. 91–94.

der Nuklearverteidigung und erteilte Kennedys „Design“ einer transatlantischen Gemeinschaft, in der die Europäer von den USA sicherheitspolitisch abhängig sein würden, eine Absage⁴⁸.

Birrenbach vermutete richtig, dass die nukleare Frage der eigentliche Schlüssel zu der europapolitischen und transatlantischen Krise war⁴⁹. Was er noch nicht wusste, war, dass de Gaulle nicht nur die englische Nuklearpolitik als falsch ansah, sondern darüber hinaus eine deutsche Verantwortung über Atomwaffen – gleich in welcher Form – unter allen Umständen ablehnte: „Das ist der letzte casus belli, den es in der Welt gibt, oder einer der letzten. Ein Krieg würde ausschließlich deshalb ausbrechen.“⁵⁰

Monnets Position zur nuklearen Frage, die insofern von Bedeutung ist, als das Aktionskomitee unter seiner Führung immer wieder den europäischen Integrationsprozess mit Ideen befruchtet hatte, war von seinen engen Beziehungen zur US-Regierung und von dem Wunsch geleitet, einerseits die Sechsergemeinschaft zu schützen, andererseits die Einheit des Westens als Grundlage der Abschreckung zu bewahren. Monnet sah das innere Gleichgewicht der Sechsergemeinschaft durch die Politik des Generals gefährdet. Er befürchtete, dass das Streben de Gaulles nach einer nationalen Atomstreitmacht gegen die NATO gerichtet war und insbesondere einen Keil zwischen Deutschland und Frankreich treiben würde, der das europäische Aufbauwerk unterminiere⁵¹. Monnet stand permanent im Dialog mit den Mitgliedern des Aktionskomitees und reagierte sehr sensibel auf die Stimmungen der europapolitischen Eliten. Wie diese über das Veto de Gaulles erschüttert, forderte Monnet eine „starke Partnerschaft von Gleichberechtigten“⁵² zwischen den USA und Westeuropa einschließlich Großbritannien, bezog also zugunsten Kennedys „Design“ Position. Darüber hinaus, und damit forderte er de Gaulle heraus, hob er öffentlich die Notwendigkeit einer nuklearen Partnerschaft zwischen Europa und den USA hervor: „Was die Nuklearrüstung angeht, so hat Europa die Aufgabe, sich mit den Vereinigten Staaten die

⁴⁸ Vgl. zuletzt Geoffrey Warner, *Why the General Said 'No'*, in: *International Affairs* 78 (2002), S. 869–882.

⁴⁹ Birrenbach an Monnet, 16. 3. 1963, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach.

⁵⁰ Peyrefitte, *C'était de Gaulle*, Vol. I, S. 461. Nach Peyrefitte spielt de Gaulle damit auf die Haltung der Sowjetunion an.

⁵¹ „Wir [...] haben es uns zum Ziel gesetzt, ein geeintes Europa zu schaffen und den Geist der Vorherrschaft zwischen den Nationen und Völkern auszurotten. [...] Um einen solchen Wandel zu bewirken, war es unerlässlich, das Gefühl der Diskriminierung zwischen den Völkern [...] restlos zu beseitigen. Um schon fünf Jahre nach dem Krieg an die Einigung Europas herangehen zu können, war es von entscheidender Bedeutung, daß jedermann einsah, daß es keine Sieger oder Besiegte mehr gab, sondern nur noch gleichberechtigte Partner unter gemeinsamem Recht.“ Deutsche Übersetzung der Rede Monnets anlässlich der Verleihung des Freedom Awards am 23. 1. 1963 in New York, Beilage zum Schreiben an Kurt Birrenbach vom 1. 2. 1963, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach.

⁵² Telegramm von Monnet an Birrenbach mit Wortlaut der Erklärung Monnets gegenüber der Agence France Presse in Reaktion auf de Gaulles Veto gegen den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), 16. 1. 1963, in: ACDP, I-433-51/1, NL Birrenbach. Vgl. auch Monnet, *Erinnerungen*, S. 581.

Verantwortung für die Verteidigung des Abendlandes zu teilen. Es hat das Recht, maßgeblich an Entscheidungen beteiligt zu sein, die das Überleben oder die Zerstörung der Völker Europas zu ihrer Folge haben können. Es ist notwendig, sowohl in der Verteidigungspolitik wie in den anderen Bereichen zu einer Aktionseinheit zwischen Europa und Amerika auf gleicher Augenhöhe zu gelangen.⁵³

Bei der Verleihung des „Freedom Award“ durch Präsident Kennedy am 23. Januar meinte Monnet, dass die USA die „Mitverantwortung und Mitbestimmung“ der Europäer „in der Verteidigung einschließlich der Atomwaffen“ akzeptierten⁵⁴. Damit lieh Monnet sein ganzes moralisches Gewicht dem Gedanken einer multilateralen Nuklearstreitmacht mit einem europäischen und einem amerikanischen Pfeiler unter einem NATO-„Dach“ – dies hätte er nicht getan, wenn der Gedanke unter westeuropäischen Politikern keine Zustimmung erfahren hätte.

Die Bonner Entscheidung für die von den USA angebotene MLF wurde weder durch das französische Veto noch durch den Deutsch-Französischen Vertrag außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil, unter Mitwirkung von Monnet, Birrenbach und dem Vorsitzenden der Unionsfraktion Heinrich von Brentano stellte der Deutsche Bundestag dem Elysée-Vertrag einseitig eine Präambel voran, die der Bewahrung des europäischen Einigungswerkes und insbesondere der Wahrung der westdeutschen Option auf Teilnahme an der MLF diene, die Schröder, Birrenbach und andere Atlantiker durch den Elysée-Vertrag gefährdet sahen⁵⁵. Das amerikanische Angebot nuklearer Mitbeteiligung entwickelte eine Sogkraft auf die Bundesregierung und hatte zur Folge, dass eine exklusive Bindung an Frankreich ausgeschlossen, das Ziel der europäischen Integration bekräftigt und dieses mit der Stärkung der atlantischen Nuklearverteidigung verkoppelt wurde. Infolgedessen kam es zu einem Temperatursturz in der Zusammenarbeit mit Frankreich noch unter Bundeskanzler Adenauer. Der stärker transatlantisch orientierte Erhard erbte diese, auf die Bundestagsmehrheit gegründete Politik bei seinem Amtsantritt im Oktober 1963.

IV. Die Suche nach einem europäischen Pfeiler für die MLF

Nach dem Ringen um die Präambel, welche die französische Regierung nolens volens hinnahm, verfolgte die Bundesregierung, in der Außenminister Schröder

⁵³ Telegramm von Monnet an Birrenbach, 16. 1. 1963, in: ACDF, I-433-51/1, NL Birrenbach.

⁵⁴ Monnet anlässlich der Verleihung des Freedom Awards am 23. 1. 1963, wie Anm. 51.

⁵⁵ Vgl. Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem US-Botschafter McGhee, 14. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 196, S. 817 f. Schröder: „Was die MLF und die Integration der NATO angehe, so sei [...] hier bereits vor Unterzeichnung des Vertrages die französische Haltung klar gewesen. Dies sei auch der Grund dafür gewesen, daß der Bundestag einstimmig die Präambel zum Ratifizierungsgesetz angenommen habe.“ Unter Anspielung auf die Gaullisten in der Bundesrepublik fügte Schröder hinzu: „Dies scheinen aber einige Leute vergessen zu haben.“ (S. 821) Vgl. Schulz, Monnet-Birrenbach, in: Wilkens (Hrsg.), Interessen verbinden, S. 312–324.

nun mehr zum Zuge kam⁵⁶, die Realisierung der transatlantischen MLF mit einem europäischen Pfeiler. Doch welcher Pfeiler sollte es sein? Schröder versuchte zunächst, die seit ihrer Gründung 1955 „schlafende“ Westeuropäische Union (WEU) zu reaktivieren⁵⁷, um die außen- und sicherheitspolitische Konsultation unter den Westeuropäern einschließlich Großbritanniens zu intensivieren. Die WEU hatte den Vorteil, dass sie bereits existierte, während für eine politische Union der Sechs schwierige Verhandlungen mit Frankreich notwendig gewesen wären. Darüber hinaus bot sie aus westdeutscher Sicht einen idealen Rahmen für eine europäische Verteidigungsgemeinschaft, weil sowohl die Sechs als auch die Nuklearmacht Großbritannien bereits Mitglieder der WEU waren, und eine Verteidigung Westeuropas nach Ansicht der meisten westlichen Politiker nicht ohne die Briten möglich war⁵⁸. Die britische Skepsis gegenüber einer multilateralen Nuklearverteidigung blieb in Bonn unberücksichtigt⁵⁹. Für die Bundesregierung schien die Reaktivierung der WEU besonders attraktiv, da die Beistandsgarantie im WEU-Vertrag weiter ging als diejenige der NATO⁶⁰. Die französische Regierung nahm zu diesen Bestrebungen eine bremsende Haltung ein und vermied es sorgfältig, die weitergehende WEU-Beistandsverpflichtung im Sinne einer Nukleargarantie für das Territorium der WEU-Mitgliedstaaten zu interpretieren⁶¹. Im Juli 1963 gelang es den fünf EWG-Mitgliedern und Großbritannien dennoch, die Abhaltung vierteljährlicher Außenministertreffen im Rahmen der Westeuropäischen Union durchzusetzen, wenngleich die französische Regierung versuchte, deren Bedeutung so gering wie nur möglich zu halten⁶². Im Rahmen der NATO wurde außerdem ein Studienausschuss zur Erstellung eines MLF-Gutachtens eingerichtet, dem Frankreich jedoch fernblieb⁶³.

Gegenüber Washington nahm Paris im Frühjahr 1963 offiziell die Position ein, dass eine europäische Atomstreitmacht denkbar sei, um das „deutsche Problem“ einzuhegen, sofern dafür eine europäische Entscheidungsgewalt geschaffen werde⁶⁴. Im Juni 1963 erklärte der französische Außenminister Couve de Murville

⁵⁶ Vgl. Oppelland, Schröder, S. 539–544. Oppelland spricht bereits für die Zeit vom Sommer 1962 bis Frühjahr 1963 von zwei „nebeneinander herfahrende[n] Züge[n]“ mit Bezug auf das Verhältnis zwischen Adenauer und Schröder; Zitat ebenda, S. 485.

⁵⁷ Vgl. Henri de Kergorlay, M. von Brentano décidé à dissiper la méfiance américaine à l'égard du traité franco-allemand: Un commentaire pour l'interprétation authentique du texte accompagnera la loi de ratification, in: *Le Figaro* vom 27. 3. 1963; Beilage zu einem Schreiben von Monnet an Birrenbach, 27. 3. 1963, I-433-051/1, NL Birrenbach.

⁵⁸ Vgl. Interview Monnets mit Indro Montanelli, *Corriere della Sera* vom 7. 4. 1963, Kopie an Birrenbach, NL Birrenbach, I-433-051/1.

⁵⁹ Zum britischen „Jein“ vgl. Schrafstetter, *Die dritte Atommacht*, S. 112 ff.

⁶⁰ Birrenbach an Monnet, 16. 3. 1963, in: AGDP, I-433-051/1, NL Birrenbach.

⁶¹ Vgl. Heuser, *Nuclear Mentalities*, S. 108.

⁶² Vgl. *L'année politique, économique, sociale et diplomatique en France 1964* (künftig: *L'année politique 1964*), Paris 1965, S. 209.

⁶³ Vgl. Bozo, *Two Strategies*, S. 132 f.

⁶⁴ Couve de Murville sagte gegenüber Kennedy, das deutsche Problem könne eingehegt werden, wenn eine europäische politische Autorität bestünde, welche die nukleare Entscheidungsgewalt ausüben könnte. Damit machte er die Entstehung einer europäischen politischen Auto-

im deutschen Fernsehen, dass für eine europäische Atomstreitmacht erst mal eine europäische politische Autorität errichtet werden müsse⁶⁵. Und die konnte natürlich nur mit Frankreich geschaffen werden. Doch die WEU war ja eine europäische Einrichtung, und gegen deren Aufwertung wehrte sich die französische Regierung. Die französische Position war für Bonn schwer zu durchschauen, denn nach Aktenlage fanden keine vertraulichen Gespräche statt. In einer Geheimbesprechung im Sommer 1963 ließ der französische Couve de Murville zum Beispiel die britische Regierung wissen, dass seine Regierung jede nukleare Teilhabe der Bundesrepublik ablehnte⁶⁶. Der französische Botschafter in Bonn, Roland de Margerie, teilte seinem britischen Kollegen gleichlautend mit, dass de Gaulle die Bundesrepublik niemals an nuklearen Waffen teilhaben lassen würde⁶⁷. Es gab also zwei französische Positionen: eine öffentliche und eine geheime. Hing die französische Regierung – mit der Forderung nach einer europäischen politischen Autorität als *conditio sine qua non* für eine europäische Atomstreitmacht – die Trauben geschickt so hoch, dass die Bundesrepublik sie nie würde erreichen können? Tatsächlich wurden im Juli 1963 in Paris – ohne jede Absprache mit der Bundesrepublik und damit in Verletzung der Konsultationsverpflichtung des Deutsch-Französischen Vertrages – die Weichen für eine nationale, unabhängige nukleare Abschreckungsstrategie gestellt.⁶⁸ Damit begannen die französischen Vorbereitungen für den Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Und hinter den Kulissen wurde die französische Regierung in dem Maße, wie sich die Chancen für die MLF verbesserten, aktiver, um jegliche nukleare Mitverfügungsgewalt der Bundesrepublik zu verhindern.

Als Ludwig Erhard im Oktober 1963 ins Bundeskanzleramt einzog, berichtete der deutsche Botschafter in Paris Herbert Blankenhorn ihm in einer ausführlichen Notiz von einer nicht ablehnenden Haltung der französischen Regierung zur politischen Union⁶⁹. Er signalisierte weiter, dass es in Paris auch Stimmen gäbe, die für eine europäische Atomstreitmacht der Sechs seien, sofern dafür ein einheitliches politisches, europäisches Kontrollorgan geschaffen würde. Dies bedeutet, dass weder die deutsche Vertretung in Paris noch Erhard im Oktober 1963 die Position der französischen Regierung – Vorbereitung des NATO-Austritts, Ablehnung jeglicher deutscher Nuklearbeteiligung – richtig einschätzten. Bundeskanzler Erhard indessen bemühte sich gleich intensiv und öffentlichkeitswirksam um die Wiederaufnahme eines Dialogs zur außen- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit und erklärte, dass Europa durch eine politische Union

rität zur Vorbedingung für eine multilaterale Streitmacht. Allerdings brächte die MLF keine nukleare Autonomie Europas, die Abhängigkeit von den USA bliebe. Vgl. Gespräch Couve de Murville mit Kennedy, 25. 5. 1963, in: Bozo, *Two Strategies*, S. 113.

⁶⁵ Vgl. Heuser, *NATO*, S. 152; Michel Eyraud, *La controverse nucléaire au sein de l'Alliance Atlantique*, in: *Stratégie* no. 1, Sommer 1964, S. 116 f.

⁶⁶ Vgl. Heuser, *NATO*, S. 152.

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 153, S. 151–157 u. S. 169.

⁶⁸ Vgl. Bozo, *Two Strategies*, S. 132 f.

⁶⁹ Aufzeichnung Blankenhorns, 21. 10. 1963, in: *AAPD 1963*, Band III, bearb. von Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1994, Dok. 395, S. 1355.

mit einer einheitlichen Stimme gegenüber der Sowjetunion sowie im atlantischen Bündnis gegenüber den USA auftreten könne⁷⁰. Wie ein im Auswärtigen Amt im Januar 1964 erarbeiteter Stufenplan für eine EPU mit föderaler Zielrichtung bestätigt⁷¹, sollte die von westdeutscher Seite angestrebte politische Union insbesondere Aufgaben im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik bekommen und die erste Stufe im Rahmen der WEU – also mit Großbritannien – beginnen.

Nach dem Antrittsbesuch in Paris, bei dem Erhard das Projekt einer politischen Union ansprach, de Gaulle jedoch eine vorsichtig abwartende Haltung einnahm, bereiste Erhard zu Beginn des Jahres 1964 verschiedene europäische Hauptstädte, um die Möglichkeiten einer außen- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit zu erörtern⁷². Erhards Politik ging vom Grundsatz aus, kein Europa der „mächtigeren oder weniger mächtigen Länder“, sondern der „freien und gleichberechtigten“ zu bauen⁷³. Darin versteckt war die Forderung nach Gleichheit der Bundesrepublik mit Frankreich: Dass de Gaulle hoffte, „in Europa die Hegemonie“ zu übernehmen, stand für Erhard fest. Dagegen wollte er sich wehren, ebenso kam eine „deutsch-französische Vormachtstellung oder eine Blockbildung“ für ihn nicht in Frage. Der zweite Grundsatz Erhards war, dass das freie Europa nicht gespalten sein sollte: Großbritannien, die Staaten der Europäischen Freihandelszone (EFTA) sollten möglichst bald dazugehören. Dafür sprachen nicht nur wirtschaftliche, sondern eben auch sicherheitspolitische Gründe. Bei Erhards Antrittsbesuchen ging es immer auch um die MLF. Der italienische Ministerpräsident Aldo Moro und Bundeskanzler Erhard sahen in der MLF ein Gegenprojekt bzw. ein Gegengewicht zum nuklearen Alleingang Frankreichs. Erhard legte „großen Wert darauf, daß möglichst viele europäische Länder sich an einer gemeinsamen europäischen Nuklearmacht beteiligen, um das Mißtrauen zu beseitigen und ein Gegengewicht zu de Gaulles Autonomietendenzen zu schaffen“. Falls die MLF misslinge und die USA sich aus Europa zurückzögen, wäre Frankreich die einzige Nuklearmacht und könnte sie „politisch ausspielen“. Aus dem Sprachgebrauch („europäische Nuklearmacht“) lässt sich erkennen, dass Erhard wie die Regierung in Rom mit der MLF gleichzeitig eine europäische Verteidigungsidentität errichten wollte. Eine „Europäisierungsklausel“, durch die die „spätere Umwandlung der MLF in eine europäi-

⁷⁰ Vgl. Regierungserklärung vom 18. 10. 1963, in: Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Auswärtigen Amt, München 1990, S. 259–263, hier S. 261 f., und die Rede Erhards vor dem Deutschen Bundestag am 9. 1. 1964, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 14. 1. 1964, S. 1 f.; Deutsch-britische Regierungsbesprechungen in London, 16. 1. 1964, in: AAPD 1964, Bd. I, bearb. von Wolfgang Hölscher und Daniel Kosthorst, München 1995, Dok. 14, S. 69.

⁷¹ Stufenplan zur europäischen Einigung (Entwurf), 23. 1. 1964, in: Ebenda, Dok. 22, S. 118–120.

⁷² Erhard besuchte Frankreich am 21. 11. 1963, dann Anfang 1964 Großbritannien, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg. Vgl. AAPD 1963, Bd. III, Dok. 423; sowie AAPD, Bd. I, Dok. 12, 27, 49, 59 u. 112. Ähnliche Reiseaktivitäten zugunsten der politischen Union unternahm der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak. Vgl. Germond, Projets d'Union, S. 110 f.

⁷³ Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem Ministerpräsidenten Moro in Rom, 27. 1. 1964, in: AAPD 1964, Bd. I, Dok. 27, Zitate S. 134 ff.

sche Streitmacht nach Bildung einer europäischen politischen Union offengehalten wird“, und die USA auf ihr Vetorecht verzichteten, hatte die italienische Regierung bereits zu Beginn der MLF-Verhandlungen des NATO-Ausschusses mit US-Präsident Kennedy erörtert⁷⁴. Die Bundesregierung wollte aber auch im Fall der Errichtung einer politischen Union die Verbindung zu den USA und zur NATO aufrechterhalten⁷⁵. Die politische Union wurde also angestrebt, weil sie die nukleare Mitbestimmung der Bundesrepublik und Italiens später in einen europäischen Rahmen überführen sollte⁷⁶.

Moro und Erhard wollten außerdem Großbritannien über den Ministerrat der WEU in Konsultationen über die westeuropäische Verteidigung und die politische Union einbeziehen. London hatte am 23. Januar im Ministerrat der WEU darum gebeten, von Anfang an bei Gesprächen über die politische Union beteiligt zu werden⁷⁷. Außerdem hatte der britische Außenminister Richard A. Butler dem Bundeskanzler am 16. Januar versichert, dass Großbritannien grundsätzlich bereit war, an einem der vorgesehenen MLF-Musterschiffe teilzunehmen⁷⁸. Die MLF sollte aus multinational bemannten, mit Atomwaffen ausgerüsteten Kriegsschiffen bestehen.

Bei den deutsch-französischen Regierungskonsultationen im Februar 1964 bot de Gaulle Erhard eine französische Nukleargarantie an, um die Deutschen vom Streben nach nuklearer Mitverantwortung abzubringen. Für die deutsche Seite war das aber unbefriedigend⁷⁹. Da de Gaulle im Übrigen die Beteiligung Großbritanniens an Gesprächen zur politischen Union scharf ablehnte, aber weitere Bemühungen zur Wiederaufnahme der Gespräche über eine politische Union nicht grundsätzlich ausschloss⁸⁰, bearbeitete Erhard die Regierungen in Den Haag und Rom dahingehend, die britische Frage zunächst ruhen zu lassen. In Den Haag biss Erhard auf Granit⁸¹. Selbst der integrationsfreundliche Präsident

⁷⁴ Aufzeichnung der Politischen Abteilung II, geheim, 23. I. 1964, in: AAPD, 1964 Bd. I, Dok. 23, S. 120 ff., Zitat S. 120.

⁷⁵ Vgl. ebenda, S. 122 f., insbesondere Anm. 12.

⁷⁶ Außerdem einigten sie sich darauf, die Direktwahl des Europäischen Parlaments und die Wahl der Kommission anzuregen – gewissermaßen als Testballon, ob kleine Fortschritte erzielbar seien. Frankreich lehnte dies jedoch Ende Februar auf einem Ministerrat ab, und die italienische Regierung zog den Antrag zurück, um einen Eklat zu vermeiden. Gespräch Erhard mit Moro in Rom, 27. 1. 1964, in: AAPD 1964, Bd. I, Dok. 28, S. 142 f.; Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr, 27. 2. 1964, in: Ebenda, Dok. 56, S. 274 u. Anm. 7.

⁷⁷ Vgl. Gespräch Erhards mit Moro in Rom, 27. 1. 1964, in: Ebenda, Dok. 27, S. 135, Anm. 17.

⁷⁸ Vgl. Deutsch-britische Regierungsbesprechungen vom 16. 1. 1964, in: Ebenda, Dok. 14, S. 71 f.

⁷⁹ Gespräch zwischen de Gaulle und Erhard in Paris, 14. und 15. 2. 1963, in: Ebenda, Dok. 44 u. Dok. 49; vgl. Bozo, *Two Strategies*, S. 116.

⁸⁰ Vgl. Gespräch zwischen de Gaulle und Erhard, 14. und 15. 2. 1963, in: AAPD 1964, Bd. I, Dok. 44, S. 203 ff. u. S. 214 ff. sowie Dok. 49, S. 237; Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt, 8. 1. 1964, in: Ebenda, S. 25 f.; Gespräch zwischen Erhard und Botschafter de Margerie, 10. 1. 1964, in: Ebenda, Dok. 8, S. 29 f.

⁸¹ Vgl. Deutsch-niederländische Regierungsbesprechungen vom 2. und 3. 3. 1964, in: Ebenda, Dok. 59, S. 281, S. 285 u. S. 288.

der EWG-Kommission Walter Hallstein mahnte Erhard im April zu Geduld⁸². Der Bundeskanzler war daraufhin schon geneigt, die Bemühungen um eine politische Union aufzugeben⁸³.

Als Katalysator für die Fortsetzung der westdeutschen Bemühungen für eine politische Union wirkte jedoch die Erneuerung der amerikanischen Initiative für eine multilaterale Atomstreitmacht im Frühjahr 1964. Das US-State Department, allen voran George Ball, überzeugte Präsident Lyndon B. Johnson, der nach dem Tode Kennedys im November 1963 die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, dass das Projekt mit mehr Schwung vorangetrieben werden müsste⁸⁴. Hintergrund der zunehmenden Dynamik, mit der die MLF betrieben wurde, waren das wachsende Engagement Washingtons im Vietnam-Konflikt und das Motiv, die amerikanische Präsenz in Europa, zumindest aber deren Kosten und damit die US-Haushaltsprobleme zu reduzieren⁸⁵. Die MLF würde eine Verlagerung der Kosten der nuklearen Abschreckung auf die Europäer bedeuten⁸⁶. Nachdem der MLF-Expertenausschuss bei der NATO, dem Vertreter Großbritanniens, der Bundesrepublik, Italiens, der Niederlande, Griechenlands und der Türkei angehörten, ein positives Gutachten vorgelegt hatte⁸⁷, machte die US-Regierung am 8. April 1964 bekannt, dass nach den Präsidentschaftswahlen gegen Ende 1964 ein MLF-Abkommen mit der Bundesrepublik und den anderen NATO-Partnern geschlossen werden sollte⁸⁸. Wie der amerikanische Vertreter im NATO-Rat Thomas Finletter nach einer Besprechung mit Präsident Johnson auf einer Pressekonferenz bekannt gab⁸⁹, sollte die MLF aus 25 mit je acht Polaris-A3-Raketen bestückten Kriegsschiffen bestehen, deren Mannschaften multinational zusammengesetzt sein würden. Als Erhard Johnson im Juni 1964 besuchte, wurde das Ziel bekräftigt, die Verhandlungen über die MLF bis zum Jahresende abzuschließen⁹⁰.

⁸² Vgl. Gespräch Erhards mit Mitgliedern der EWG-Kommission in Brüssel, 24. 4. 1964, in: Ebenda, Dok. 110, S. 484 f.

⁸³ Das Auswärtige Amt versandte einen Runderlass, in dem die Hoffnungen auf auch nur bescheidene Fortschritte gedämpft wurden. Runderlass des Staatssekretärs Carstens vom 25. 4. 1964, in: Ebenda, Dok. 112, S. 487.

⁸⁴ Vgl. Winand, Eisenhower, S. 351 f. Zu Johnson Thomas A. Schwartz, Lyndon Johnson and Europe: In the Shadow of Vietnam, Cambridge/MA 2003.

⁸⁵ Vgl. die Klagen Johnsons, Gespräch zwischen Erhard und Johnson, in: AAPD 1964, Bd. I, Dok. 161, S. 654 f.

⁸⁶ Johnson hatte bei Erhards Besuch in den USA im Dezember 1963 mit dem Gedanken „gedroht“, die US-Truppen aus Europa abzuziehen, und im Mai sprach er darüber in einem Interview mit einer deutschen Boulevardzeitung. Vgl. Horst Osterheld, Außenpolitik unter Ludwig Erhard 1963–1966. Ein dokumentarischer Bericht aus dem Kanzleramt, Düsseldorf 1992, S. 45 f. (über Erhards USA-Besuch im Dezember 1963); vgl. Interview mit Johnson in: Quick vom 3. 5. 1964, S. 8–13 u. S. 138–142.

⁸⁷ Vgl. L'année politique 1964, S. 240.

⁸⁸ Vgl. Winand, Eisenhower, S. 352.

⁸⁹ Vgl. L'année politique 1964, S. 240.

⁹⁰ Kommunique vom 12. 6. 1964 über die Besprechungen zwischen Präsident Johnson und Bundeskanzler Erhard in Washington, in: Europa-Archiv, 13/1964, D 323-325. Vgl. Koopmann, Das schwierige Bündnis, S. 234; Winand, Eisenhower, S. 352.

V. Der „Monnet-Plan“ für eine europäische Atomstreitmacht

Während der US-Botschafter im NATO-Hauptquartier sich um einen Vorschlag für einen Vertragsentwurf bemühte, intensivierte sich die Diskussion um den europäischen Pfeiler, der im Rahmen der NATO möglichst geschlossen auftreten und die Nuklearbeteiligung der Bundesrepublik und Italiens „europäisch“ strukturieren sollte. Äußerst aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Plan Jean Monnets für eine europäische Atomstreitmacht, auf den sich die deutsche Außenpolitik anschließend bezog⁹¹. Birrenbach hatte Monnet bereits im März 1963 vorgeschlagen, dass sich das Aktionskomitee der MLF-Frage annehme, um einen Konsens über die Gestalt einer europäischen politischen Autorität herbeizuführen, der die USA – analog zum Nassauer Abkommen – Atomwaffen zur Verfügung stellen könnte⁹². Der „Monnet-Plan“ kam offenbar infolge des Briefwechsels mit Birrenbach und weiterer Sondierungen Monnets zustande.

Wie Birrenbach war auch Monnet überzeugt, dass die Teilnahme der USA an der Verteidigung Europas unverzichtbar war⁹³. Jedoch sollte die Verantwortung für die Strategieplanung, Entwicklung, Kontrolle und Begrenzung von Atomwaffen nicht mehr allein von den USA ausgeübt, sondern auch die Europäer daran beteiligt werden. Denn solange die Amerikaner alle Kosten und Verantwortung der Abschreckung trügen, die Europäer diese aber scheuten, blieben sie politisch entmündigt und im Ernstfall ohne politischen Einfluss auf die grundlegende Frage der eigenen Existenz. In dem Maße wie sich die US-Strategie nach amerikanischen – nicht europäischen – Bedürfnissen ausrichtete, würde die Sicherheitsgarantie an Wert verlieren. Auch bestehe die Gefahr, dass die Europäer von Verhandlungen zwischen den Supermächten untereinander ausgeschlossen blieben oder dass die Sowjetunion sich eines Tages derart überlegen fühle, dass sie versucht sein könnte, ihren Einfluss nach Westeuropa auszudehnen. Wenn die Europäer ihre Position der Unterlegenheit nicht auf Dauer akzeptieren wollten, müssten sie also politische Verantwortung im entscheidenden verteidigungspolitischen Bereich übernehmen und über nukleare Kapazitäten verfügen. Aufgrund ihres technologischen Rückstands müssten sie sich aber mit den USA im nuklearen Bereich assoziieren. Für die Beteiligung der Westeuropäer an der Nuklearverteidigung Westeuropas diskutierte Monnet in seinem Plan drei Optionen: Erstens

⁹¹ „Les armes nucléaires et l'Europe“, o. Da. (ca. Frühjahr 1964), o. Vf., aber in den Akten Birrenbachs zum Monnet-Komitee und mit handschriftlichen Ergänzungen Monnets, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach. Außenminister Schröder bezog sich in einem Gespräch über MLF und Europäische Politische Union mit dem US-Botschafter McGhee ausdrücklich auf den „Monnet-Plan“, 14. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 196, S. 819. Es kann sich dabei nur um dieses bisher unbekanntes Dokument handeln. Auf die Resolution des Monnet-Komitees bezog sich Schröder angesichts seiner Wortwahl sicherlich nicht.

⁹² „Should we as Committee not occupy ourselves with this key problem?“ Birrenbach an Monnet, 16. 3. 1963, in: ACDP, I-433-051/1, NL Birrenbach.

⁹³ „[P]our assurer la défense européenne, il faut la participation des Etats-Unis“. Monnet in einem Interview mit Indro Montanelli, in: Corriere della Sera vom 7. 4. 1963, übersetzte Kopie an Birrenbach, in: ACDP, I-433-051/1, NL Birrenbach.

könnten sich einzelne westeuropäische Staaten nationale Nuklearkapazitäten verschaffen. Zweitens könnten die Westeuropäer im Rahmen der NATO an der Entscheidung und Kontrolle über Atomwaffen des westlichen Bündnisses (MLF) partizipieren. Oder sie könnten, drittens, eine von den USA unabhängige, supranationale europäische Atomstreitmacht errichten⁹⁴.

Die nationalen Lösungen wurden von Monnet kritisiert. Nationale Streitkräfte einzelner europäischer Länder könnten mangels Ressourcen die amerikanische Abschreckungskapazität nicht ersetzen und würden die Gleichheit unter den Europäern beenden. Die sicherheitspolitische Solidarität zwischen den Europäern werde dadurch unterminiert. Durch nationale Streitkräfte allein könne Europa keine größere Rolle in der Verteidigung des Westens und bei der Wahrung des Weltfriedens spielen⁹⁵.

Die europäische Integration im Bereich der Nuklearverteidigung würde dagegen einen entscheidenden Beitrag zur politischen Integration des Kontinents und zur Verteidigung des Westens liefern. Wenn die Nuklearforschung, die Herstellung und die Kontrolle von Atomwaffen eine gemeinschaftliche Angelegenheit sei, würde die nationale Proliferation von Atomwaffen begrenzt, die sicherheitspolitische Solidarität gewahrt und die Kapazitäten ausreichend sein, um einen Abschreckungseffekt zu gewährleisten⁹⁶. Monnet forderte aus diesem Grund öffentlich auf einem Gewerkschaftskongress des DGB die Errichtung einer „europäischen politischen Autorität auf demokratischer Grundlage“ als Voraussetzung für eine Mitverantwortung in der Nuklearverteidigung⁹⁷. Eine derartige Einheit könnte sich mit den USA assoziieren und deren gleichberechtigter Partner werden.

Solange sich einige Regierungen weigerten, ihre nationalen Atomstreitkräfte einer gemeinschaftlichen politischen Autorität zu unterstellen, konnte sich Monnet jedoch vorerst nur eine transatlantische Atomstreitmacht unter dem Dach der NATO vorstellen: Die MLF sollte als Behelfslösung errichtet werden, bis es den Europäern gelänge, eine Europäische Politische Union zu gründen.

„Die multilaterale Streitmacht ist der erste Versuch einer Integration auf dem Felde der Strategie sowohl innerhalb Europas wie auch zwischen Amerikanern und Europäern. Es ist ein erster Schritt. Er kann dazu dienen, die Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht – die mit der amerikanischen verbunden ist – technisch vorzubereiten.“⁹⁸

Monnet kritisierte jedoch, dass die politische Präponderanz der USA durch eine MLF mit amerikanischem Vetorecht nicht aufgehoben würde. Gemäßigt werden könnte sie nur, wenn die Europäer ihrerseits eine politische Union unter sich

⁹⁴ „Les armes nucléaires et l'Europe“, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach.

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ Ebenda.

⁹⁷ Zitat aus der Ansprache Jean Monnets auf einem Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Dortmund am 6. 7. 1963, Abschrift in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach.

⁹⁸ Ebenda.

herbeiführten, die eine gemeinsame Nuklearpolitik zu führen fähig sei und eine gemeinschaftliche Atomstreitmacht kontrollieren könnte⁹⁹. Nur eine auf allgemeinem Wahlrecht basierende europäische politische Autorität könne eine hinreichende Legitimität für eine derartige Verantwortung innehaben. Die Regierungschefs der einzelnen Länder müssten einem solchen Gremium angehören; doch da dieses nicht in der Lage sein würde, bei Gefahr schnell zusammenzutreten, müsste ein von einem speziellen Kongress gewählter Präsident ihm vorstehen¹⁰⁰. Monnet plädierte also für eine supranationale politische Union, die mit den Vorstellungen de Gaulles unvereinbar war.

Nach weiteren Sondierungsgesprächen und Briefwechselln¹⁰¹ entwarf Monnet für die Tagung des Aktionskomitees am 1. Juni 1964 in Bonn eine Resolution über die EPU und die MLF. Die daraus resultierende „Gemeinsame Erklärung“ des Aktionskomitees, deren MLF-Teil nicht einstimmig, aber mit großer Mehrheit verabschiedet wurde¹⁰², forderte neben einer Vertiefung der europäischen Integration und dem Aufbau einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den USA auch den sofortigen Beginn einer gemeinsamen Nuklearpolitik mit den USA als einen von drei zentralen Punkten¹⁰³. Da die vollständige Abrüstung von Kernwaffen nicht möglich sei, müsse Europa zur nuklearen Verteidigung des Westens beitragen, und zwar nicht im nationalen Rahmen, da dies nur den Druck auf andere Länder erhöhe, ebenfalls ein nukleares Arsenal aufzubauen, sondern im Rahmen einer politischen Vereinigung Europas, das einen Verteidigungsbeitrag im Rahmen der NATO leisten würde. Eine politische Union könne eine Autorität bilden, „die in der Lage ist, den europäischen Beitrag zur Verteidigungsgemeinschaft zu kontrollieren und zu verwalten [. . .]. Die Länder der Europäischen Gemeinschaft müssen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Anstrengung begreifen“¹⁰⁴. Die MLF wurde seitens des Aktionskomitees als Zwischenlösung in einem schwierigen Umfeld und somit als Vorstufe einer europäischen Verteidigungsorganisation befürwortet. Für den MLF-Vertrag forderte es deshalb eine „Europäisierungsklausel“.

Wenige Wochen nach der Tagung des Monnet-Komitees in Bonn forderte auch die parlamentarische Versammlung der WEU eine Intensivierung verteidigungs-

⁹⁹ „L'établissement d'une force européenne et d'une association à part entière de l'Europe et de l'Amérique dans le domaine politique et militaire dépend donc de la création d'une autorité politique européenne“, in: Ebenda.

¹⁰⁰ „Le Conseil arrêterait la politique nucléaire de la Communauté, son budget et ses programmes. Le président négocierait les traités et les accords extérieurs, en premier lieu le traité d'association avec les Etats-Unis. Il exécuterait les décisions du Conseil, administrerait la Force et, en temps de la crise, prendrait les décisions relatives à son utilisation“, in: Ebenda.

¹⁰¹ Birrenbach an Monnet, 22. 5. 1964, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach; Monnet an Birrenbach, 26. 5. 1964, in: Ebenda.

¹⁰² Vgl. Duchêne, Monnet, S. 331.

¹⁰³ Von deutscher Seite waren beteiligt Willy Brandt, Fritz Erler, Herbert Wehner (SPD), Franz Etzel, Kurt Georg Kiesinger, Rainer Barzel (letzterer i. V. von Heinrich von Brentano) (CDU), Erich Mende (FDP), von Gewerkschaftsseite die Vorsitzenden Ludwig Rosenberg (DGB) und Otto Brenner (IG Metall).

¹⁰⁴ Déclaration commune, Comité d'action pour les Etats-Unis d'Europe, 1. 6. 1964, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach.

politischer Zusammenarbeit in Westeuropa¹⁰⁵. Sie stellte außerdem ein Programm für eine europäische Union in den Bereichen Außen- und Verteidigungspolitik unter Einschluss Großbritanniens vor, an dem der CDU-Abgeordnete von Merkatz maßgeblich beteiligt war und die von fast allen Abgeordneten mitgetragen wurde (zwei Holländer und drei Labour-Abgeordnete enthielten sich der Stimme)¹⁰⁶. Die Wiederbelebung der Idee der MLF durch die Amerikaner, das Gutachten des NATO-Ausschusses, der (geheime) Monnet-Plan, die Resolution des Monnet-Komitees und die Resolution der Versammlung der WEU belegen den engen Zusammenhang zwischen MLF und Europäischer Politischer Union. All das zeigt, dass unter den Parlamentariern Westeuropas eine beachtliche Zustimmung für eine engere verteidigungspolitische Zusammenarbeit in Europa bestand, bei der man die nukleare Verteidigung nicht ausklammern konnte. Am 30. Juni legte der britische Verteidigungsminister Peter Thorneycraft ein neues Konzept für eine land- und luftgestützte multilaterale Nuklearmacht vor¹⁰⁷. Damit versuchte London zwar, die amerikanische Politik in eine neue Richtung zu lenken, stimmte aber dem MLF-Prinzip wie schon in Nassau zu. Die nukleare Mitverantwortung der Bundesrepublik schien greifbar nahe. Dieses Szenario bildete den Hintergrund für den „Ehekrach“ auf dem deutsch-französischen Gipfel in Bonn am 3. und 4. Juli 1964.

VI. Der Eklat beim deutsch-französischen Gipfel im Juli 1964¹⁰⁸

Bei den deutsch-französischen Regierungskonsultationen brachte Adenauer Bundeskanzler Erhard in arge Bedrängnis, weil er eine Nebenaußenpolitik betrieb und den französischen Staatspräsidenten ermutigte, von der Bundesrepublik eine einseitige Option zugunsten Frankreichs und gegen die USA zu verlan-

¹⁰⁵ Erhard bezog sich auf diese Resolution vom 23. 6. 1964 in einem Gespräch mit de Gaulle über die Europäische Politische Union. Vgl. Protokoll des Gesprächs zwischen Erhard und de Gaulle vom 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 187, S. 776, Anm. 23. Wortlaut der Resolution der WEU-Versammlung in: Europa-Archiv 1964, D 493 f., und vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesrepublik Deutschland 1964, S. 1038 f.

¹⁰⁶ Gespräch des Altbundeskanzlers Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle, 3. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 184, S. 751.

¹⁰⁷ Vgl. Schrafstetter, Die dritte Atommacht, S. 115.

¹⁰⁸ Im Zusammenhang mit diesem Gipfel am 3./4. 7. 1964 wird immer wieder von einem „Desaster“ oder „Eklat“ gesprochen, doch mit ganz unterschiedlichen Akzenten; vgl. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 688 u. S. 701. Ein Teil der Forschung behauptet, Erhard hätte de Gaulle brüskiert und ein einmaliges Angebot auf Nuklearkooperation abgelehnt, vgl. ebenda, S. 697 ff., Soutou, „La France et la défense européenne“, S. 32 f., und ders., L'alliance incertaine, S. 273. Anderenorts heißt es, Adenauer habe de Gaulle zur „Optionsfrage“ – also zur Wahl zwischen Frankreich und den USA – gedrängt; vgl. Hoppe, S. 185. Grundlage der Interpretationen von Hentschel und Soutou sind Presseartikel und die Erinnerungen Adenauers, Horst Osterhelds und Strauß'. Weder Osterheld noch Strauß, noch Adenauer waren jedoch bei den Gesprächen zwischen Erhard und de Gaulle bzw. Couve de Murville und Schröder sowie bei den Gesprächen, die Staatssekretär Karl Carstens mit den französischen Regierungsmitgliedern im Juli 1964 führte, zugegen. Diese Quellenbasis ist folglich unzureichend.

gen¹⁰⁹. Erhard eröffnete dem französischen Staatspräsidenten, dass er mit allen Kräften ein geeintes Europa entwickeln wolle, und bot ihm an, im Rahmen der deutsch-französischen Strukturen eine Arbeitsgruppe zur politischen Union einzusetzen. Er sei offen, über deren Gestalt zu diskutieren. Warum Erhard so vehement daran arbeiten wollte, darüber schweigt das Protokoll. Doch er deutete an, dass die Stärkung des „politische[n] Europa“ von dem „militärische[n] Teil natürlich nicht zu trennen“ sei¹¹⁰. Aufgrund des Zusammenhangs zwischen politischer Union und Nuklearteilhabe kann gefolgert werden, dass Erhard mehr Mitsprache bei Nuklearwaffen haben und gleichzeitig den französischen Forderungen nach einem europäischen Europa entgegenkommen wollte. De Gaulle jedoch wich Erhard aus und ließ den Vorschlag einer Arbeitsgruppe beiseite.

Stattdessen stellte der französische Staatspräsident die berühmte „Optionsfrage“. Er eröffnete, dass ohne eine Lösung Deutschlands aus der NATO keine Fortschritte im deutsch-französischen Verhältnis und im Hinblick auf die europäische Entwicklung möglich seien. Deutschland müsse also zwischen den USA und Frankreich wählen, wenn es europäische Fortschritte wirklich wolle¹¹¹. Als Alternative wies er auf den Elysée-Vertrag hin, auf dem ein unabhängiges Europa intergouvernemental aufgebaut werden könnte¹¹². Ohne die Bundesregierung auf bevorstehende Initiativen oder neue Richtungen der französischen Außenpolitik diplomatisch vorbereitet zu haben, eröffnete Couve de Murville seinem Amtskollegen Schröder in einem anderen Gespräch, dass Frankreich beabsichtige, aus der NATO-Integration auszutreten und die „Kommandogewalt (über die

¹⁰⁹ Tatsächlich hatte de Gaulle Adenauer die Optionsfrage gestellt; nur hatte dieser deren Tragweite offenbar nicht verstanden. „Die Frage sei letzten Endes“, so de Gaulle, „ob man in Deutschland heute wirklich bereit sei, eine europäische Konstruktion anzufangen, ohne sich darum zu kümmern, ob die Amerikaner damit einverstanden seien, und ohne sich um die Bedingungen zu kümmern, die Amerika damit verbunden sehen würde. Die Frage sei, ob Deutschland wirklich eine so klare Wahl schon getroffen habe.“ Adenauer erwiderte de Gaulle – nach weiteren Ausführungen über die englische Frage – „daß das deutsche Volk jetzt reif sei, eine Wahl in diesem Sinne zu treffen“. Gespräch Adenauers mit de Gaulle vom 3. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 184, S. 752. Ohne die Implikationen der französischen Politik für die Sicherheit der Bundesrepublik oder die EWG zu verstehen, erklärte der Altbundeskanzler, dass er „glücklich“ wäre, wenn aus dem von de Gaulle „geäußerten Gedanken schließlich nur Deutschland und Frankreich hervorgingen“ – ein deutsch-französischer Zusammenschluss war ihm völlig hinreichend. Ebenda, S. 754. Vgl. aber Hentschels Interpretation, er leugnet, dass die Optionsfrage je gestellt wurde. Hentschel, Ludwig Erhard, S. 698. Hentschel hat die Protokolle des Auswärtigen Amtes nicht gesichtet bzw. nicht zitiert.

¹¹⁰ Gespräch Erhard mit de Gaulle, 3. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 180, S. 717.

¹¹¹ „Was Deutschland und Frankreich anbelange, so könnten diese beiden Länder [...] im derzeitigen Zeitpunkt hinsichtlich ihrer politischen Zusammenarbeit nichts Wesentliches unternehmen, denn in Wirklichkeit habe Deutschland nicht ‚gewählt‘. [...] In der Alternative [...] entweder eine den Vereinigten Staaten untergeordnete Politik zu betreiben, oder eine wirklich europäische Politik zu betreiben, d. h. eine von Amerika unabhängige, wenn auch nicht gegen Amerika gerichtete Politik, sei Deutschland nicht entschlossen.“ „In erster Linie müßte sich Deutschland entscheiden“, in: Ebenda, S. 714 u. S. 722.

¹¹² Vgl. ebenda, S. 718 u. S. 720.

französischen Streitkräfte) selbst zu übernehmen¹¹³. Damit eröffnete sich für Bonn ein neuer Blick auf die Absichten der französischen Regierung, der unmittelbar verdeutlichte, wie weit die beiden Seiten verteidigungspolitisch voneinander entfernt waren. Die Weichenstellung für eine unabhängige, nationale nukleare Abschreckungsstrategie war bereits im Juli 1963 – ein Jahr zuvor, also vier Monate vor Erhards Amtsantritt – ohne Konsultationen mit Bonn erfolgt¹¹⁴ und hatte mit einer Brüskierung de Gaulles durch Erhard nichts zu tun¹¹⁵. Ungeachtet dessen bestand de Gaulles Hauptkritik an der deutsch-französischen Zusammenarbeit gerade in dem Fehlen einer gemeinsamen Linie in der Verteidigung und der westdeutschen Option für die MLF: „Im Bereich der Verteidigung besteht keine Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich, und daher gibt es auch keine gemeinsame Außenpolitik. Sie zum Beispiel machen die MLF.“¹¹⁶ Die MLF, so de Gaulle, stehe im Widerspruch zum Elysée-Vertrag, in dem die Bundesrepublik sich für eine enge verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit Frankreich entschieden habe¹¹⁷. Die französische Regierung hatte sich bisher der offenen Kritik an der MLF nur deshalb enthalten, so Couve de Murville, weil sie diese lediglich für einen Lockvogel der USA gehalten hatte¹¹⁸. Damit war die Ursache der französischen Unzufriedenheit auf dem Tisch. Die Bundesregierung war auf solche Vorwürfe offenbar nicht vorbereitet. Staatssekretär Carstens stellte klar, dass Deutschland keine nationale Verfügungsgewalt über die Bombe wolle, sondern hoffe, über die MLF „Einfluß auf die nukleare Planung und auf die nuklearen Entscheidungen zu erhalten, die für die moderne Verteidigung notwendig sind“¹¹⁹. Darauf gingen seine Gesprächspartner nicht ein. Eine gemeinsame Außenpolitik gab es de Gaulle zufolge nur dann, wenn die Bundesrepublik „dieselbe Linie wie Frankreich verfolgen könne“. Eine beiderseitige Annäherung war gar nicht im Sinn des Generals, er glaubte, „dass die Ereignisse Deutschland ganz automatisch dazu führen werden, dieselbe Linie wie Frankreich anzunehmen“¹²⁰. De Gaulles Tandemsvorstellung mit Frankreich am Steuer und der Bundesrepublik als Sozium konnte nicht deutlicher zum Ausdruck kommen.

Weiter schlug de Gaulle vor, die Bundesrepublik solle exklusiv für den Deutsch-Französischen Vertrag und gegen die EWG-Partner optieren. Wenn die EWG-Partner nicht mit den französischen Vorstellungen intergouvernementaler

¹¹³ Gespräch Schröder mit Couve de Murville, 3. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 182, S. 736.

¹¹⁴ Vgl. Bozo, *Two strategies*, S. 132–134.

¹¹⁵ Henschel wirft Erhard unter Berufung auf Zeitzeugen „politische Verweigerungen und persönliche Brüskierungen“ des Generals vor; Henschel, *Ludwig Erhard*, S. 850.

¹¹⁶ Geheime Gesprächsnotiz von Staatssekretär Carstens, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 210, S. 768.

¹¹⁷ Auch in einem Gespräch mit Staatssekretär Carstens verlangte de Gaulle unmissverständlich die Lösung der deutschen Bindungen zur USA und einen Verzicht auf die MLF. Geheimprotokoll von Staatssekretär Carstens über Gespräche mit Staatspräsident de Gaulle und dem französischen Außenminister Couve de Murville, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 186, S. 768.

¹¹⁸ Gespräch Schröder – Couve de Murville, 3. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 182, S. 736.

¹¹⁹ Geheimprotokoll Staatssekretär Carstens, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 186, S. 768.

¹²⁰ Zweites Gespräch Erhard – de Gaulle, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 187, S. 776.

Kooperation konform gingen, dann müsse man eben „auf die Wirtschaftsgemeinschaft mit ihnen verzichten“¹²¹. Handelte es sich bei dieser offenen Drohung um eine Überspitzung, um ein Missverständnis, um einen Übersetzungsfehler? Keineswegs, denn im Gespräch mit Altbundeskanzler Adenauer war de Gaulle noch deutlicher geworden: Frankreich und die Bundesrepublik sollten die übrigen Vier zum Mitmachen bei einer lockeren Allianz der Sechs unter französischer Führung zwingen mit der Drohung, „daß es sonst auch mit der Wirtschaftsgemeinschaft für sie aus sei“¹²². Anhand der deutschen Gesprächsprotokolle erscheint De Gaulle tatsächlich als jemand, der mit der Atombombe im Gepäck und Deutschland im Gefolge kleinere Länder erpressen und die französische Führungsrolle in Europa erzwingen wollte¹²³. De Gaulle glaubte jedoch nicht, dass die Bundesregierung „heute schon genügend entschlossen sei, eine so kategorische Politik zu betreiben. Das wüßten die anderen natürlich, und deswegen machten sie nicht mit“, so der französische Staatspräsident¹²⁴.

Die bundesdeutschen, mehr föderativen Vorstellungen, die eine integrierte europäische Atomstreitmacht unter Einschluss Großbritanniens und Mehrheitsentscheide ermöglichen sollten, lehnte Paris hingegen ab. De Gaulle glaubte nicht, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam mit Großbritannien eine „Europäische Politik [...] betreiben“ könnten¹²⁵. Staatssekretär Carstens bekam in seinem Gespräch mit de Gaulle den Eindruck, dass diesem an „neuen Organisationsformen für die europäische politische Zusammenarbeit [...] nichts“ liege¹²⁶. De Gaulle hielt solche Bestrebungen für aussichtslos. Aussichtslos waren sie jedoch hauptsächlich, weil er selbst eine nationale, unabhängige Politik betreiben wollte, die niemand sonst in Europa mittrug. Die fünf übrigen EWG-Mitgliedstaaten verlangten stattdessen eine europäische, kompromissbereite, auf der gemeinsamen Ausübung von Kompetenzen beruhende Politik¹²⁷.

¹²¹ Gespräch Erhard–de Gaulle, 3. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 180, S. 723, und Erhard–de Gaulle, 4. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 187, S. 769.

¹²² Gespräch Adenauer–de Gaulle, 3. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 184, S. 753 f.

¹²³ „Wenn Deutschland und Frankreich wirklich entschlossen seien, Europa zu schaffen und in erster Linie für das Europa der Sechs eine gewisse politische Organisation auf die Beine zu stellen, sei es auch nur als einen Anfang, und wenn Deutschland und Frankreich entschlossen seien, den Sechs [Vier] zu sagen, daß sie entweder mitmachen müßten, oder daß es sonst auch mit der Wirtschaftsgemeinschaft für sie aus sei, dann ginge alles gut. Wer keine politische Union wolle, könne auf die Dauer auch nicht erwarten, daß die Wirtschaftsgemeinschaft fort-dauere. Man müsse also entweder bei der politischen Union mitarbeiten, oder auch die Wirtschaftsgemeinschaft ginge zu Ende.“ De Gaulle im Gespräch mit Adenauer, 3. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 184, S. 753 f.

¹²⁴ Ebenda, S. 754.

¹²⁵ Vgl. ebenda, S. 751–754, Zitat S. 754.

¹²⁶ Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Staatspräsident de Gaulle und dem französischen Außenminister Couve de Murville, 4. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 186, S. 768.

¹²⁷ Eine von Adenauer vorgeschlagene Mitwirkung der Diktatoren Salazar und Franco hielt der Staatspräsident dagegen für geeignet und begrüßte es, sie in Gespräche einzubeziehen, was allein die Idee einer politischen Union schon im Keim ersticken musste. Gespräch Adenauers mit de Gaulle, 3. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 184, S. 754 f. Erhardts spöttischer Kommentar: „Mit den beiden Diktatoren Europas würde man sich dann in angenehmer und guter

De Gaulles Vorschläge liefen der bundesdeutschen Politik und ihren Methoden – sowie denen der übrigen EWG-Partner – in allen Punkten entgegen, sei es im Hinblick auf die NATO und MLF, politische Union, supranationale Integration oder die Einbeziehung Großbritanniens. Der Bundestag hätte eine Abkehr von der NATO oder eine Politik der Drohungen gegenüber den EWG-Partnern nie mitgetragen. De Gaulle verstand nicht die Bedeutung des Multilateralismus und der Westintegration für die außenpolitische Kultur der jungen Bundesrepublik.

VII. Ein französisches Angebot auf Nuklearkooperation?

Hatte de Gaulle auch konstruktive Vorschläge mit im Gepäck, um die Bonner Regierung von ihrem MLF-Kurs abzubringen? Kanzleramtsmitarbeiter Osterheld behauptete nach dem Gipfel unter Berufung auf Staatssekretär Carstens und Strauß unter Hinweis auf angebliche Kontakte mit dem französischen Geheimdienst, de Gaulle habe ein Angebot auf Nuklearkooperation unterbreitet¹²⁸. In einem Gespräch mit Erhard im Februar 1963 und erneut am 4. Juli sprach de Gaulle jedoch nur von einer Nukleargarantie, einem automatischen Einsatz der *Force de frappe* für die Verteidigung Europas¹²⁹. Das war aber nicht dasselbe wie Nuklearkooperation, verpflichtete die französische Regierung zu nichts, und wenn es einen echten Automatismus gegeben hätte, dann hätte man ja auch eine europäische Atomstreitmacht errichten können. Die MLF kritisierend, soll de Gaulle gegenüber Carstens außerdem gesagt haben: „Warum gehen Sie nicht mit uns zusammen? Wir haben die Bombe auch. Bei uns können Sie einen weit größeren Anteil erhalten (oder: weit mehr beteiligt werden).“¹³⁰ Carstens hat jedoch durch seinen Zusatz in Klammern auf Übersetzungsprobleme bei dieser Passage hingewiesen und später in einem Memorandum festgehalten, dass de Gaulle nur einmal eine schwammige Formulierung verwendet habe, und ansonsten kein Indiz für ein ernsthaftes Angebot auf eine deutsch-französische Nuklearkooperation vorliege¹³¹. Außerdem hatte de Gaulle gegenüber Carstens schon Wochen zuvor sein Desinteresse an neuen Formen der europäischen Zusammenarbeit erkennen lassen¹³². Da aber die französische Regierung eine europäische Atom-

Gesellschaft befinden. Was [...] die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Dr. Adenauer bei der Verwirklichung einer europäischen politischen Union angehe, so sei er mehr als skeptisch.“ Gespräch zwischen Erhard und McChesney, 13. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 195, S. 815.

¹²⁸ Vgl. Osterheld, Außenpolitik, S. 99 f.; Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 432 f. u. S. 319; Hentschel, Ludwig Erhard S. 704; Loth, Franco-German relations, in: Deighton/Milward (Hrsg.), Widening, Deepening and Acceleration, S. 41–53, hier S. 52. Strauß will im Frühjahr 1964 von Mitarbeitern des französischen Geheimdienstes erfahren haben, dass de Gaulle Erhard im Juli 1964 ein Angebot auf Nuklearkooperation unterbreiten wollte.

¹²⁹ Vgl. nach französischen Akten Bozo, Two Strategies, S. 116; Protokoll des Gesprächs Erhard-de Gaulle, 4. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 187, S. 775.

¹³⁰ Geheimprotokoll von Carstens über Gespräche mit Couve de Murville und de Gaulle, 4. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 186, S. 768.

¹³¹ Vgl. Aufzeichnung von Carstens, 27. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 210, S. 885.

¹³² Geheimprotokoll von Carstens über Gespräche mit Couve de Murville und de Gaulle, 4. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 186, S. 768.

macht öffentlich mehrfach von der Bildung einer europäischen Autorität abhängig gemacht hatte, konnte dies kein ernsthaftes Angebot auf eine Nuklearkooperation sein¹³³. Dies war auch Erhards Eindruck. In einer Besprechung am 4. Juli hatte Erhard den französischen Staatspräsidenten gefragt, ob die *Force de frappe* jemals Grundlage einer europäischen Atomstreitmacht werden könne. De Gaulle wich einer Antwort aus mit dem Hinweis, dass es in Europa noch keine echte europäische Regierung gäbe, und es solange eben auch nur französische und britische, aber keine europäischen Atomwaffen geben könne. An dem Punkt, „wo Europa politisch und militärisch ausreichend organisiert sein werde“, sei man noch nicht angelangt, und dieser Zeitpunkt schien nach de Gaulles Ausführungen auch noch in weiter Ferne zu liegen¹³⁴. Hätte es mit de Gaulle je eine europäische Autorität geben können? Erhard hatte den Eindruck, die Deutschen könnten angesichts der Politik de Gaulles nur zwischen einer Abhängigkeit von den USA und einer Abhängigkeit von Frankreich wählen. Den Hinweis auf die Möglichkeit, dass die Bildung einer europäischen Regierung auch eine europäische *Force de frappe* nach sich ziehen könnte, fasste Erhard als Täuschungsmanöver auf, da de Gaulle ja gegen die Bildung einer europäischen Regierung sei. Somit gäbe es „auch nie eine europäische Force de frappe“¹³⁵.

Welchen Vorschlag de Gaulle auch immer unterbreitet hat, er wurde nicht diplomatisch vorbereitet oder näher ausgeführt. Am 10. Juli fragte die Bundesregierung in Paris an, ob Deutschen das Studium der Auswirkungen von Atomexplosionen und der Besuch von Atomtests möglich wäre. De Gaulle verneinte dies¹³⁶. Seinem Informationsminister Peyrefitte vertraute er an, dass eine Nuklearkooperation mit Deutschland nicht in Frage kam: „Eine gemeinsame Nuklearstreitmacht [...] ist das, was Amerika am meisten fürchtet und Deutschland am meisten wünscht. Es ist das, was Strauß fordert, Gleichrangigkeit mit Frankreich. Aber da verlangt er zuviel. Wir können Deutschland bis auf weiteres weder den Zugriff auf die amerikanische Atomwaffe noch auf die unsere gewähren.“¹³⁷ Von einem einmaligen Angebot konnte also keine Rede sein¹³⁸. Wenn dennoch Gerüchte an die amerikanische Presse gelangten, wonach Erhard ein großzügiges Angebot ausgeschlagen hätte¹³⁹,

¹³³ Vgl. ebenda.

¹³⁴ Protokoll des Gesprächs Erhard–de Gaulle, 4. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 187, S. 775.

¹³⁵ Protokoll des Gesprächs zwischen Erhard und McGhee, 6. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 189, S. 791 f. Ähnlich Erhard in einem späteren Gespräch mit McGhee, 3. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 302, S. 1219; siehe auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens, 17. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 343, S. 1343.

¹³⁶ Vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 275.

¹³⁷ Peyrefitte, *C'était de Gaulle*, Vol. I, S. 461.

¹³⁸ Soutou schlussfolgert auf der Basis französischer Akten, dass es sich – zweifellos! – nur um ein Missverständnis, bzw. eine Wunschphantasie seitens der deutschen Gaullisten gehandelt hat. De Gaulle warb zwar um die deutsche Gefolgschaft, doch „elle n'impliquait aucune participation allemande aux armes proprement dites“. „En fait le Général avait seulement dit, de façon elliptique, que, si les Allemands marchait avec les Français, ils serait davantage associés à la dissuasion française qu'ils ne le seraient jamais à l'américaine.“ Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 275.

¹³⁹ Vgl. Artikel des Bonner Korrespondenten, *Bonn Rebuffs de Gaulle on Atomic Partnership*, in: *New York Times* vom 25. 7. 1964; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 704.

mussten sie von Personen lanciert worden sein, die Erhard schaden wollten. Davon gab es genug¹⁴⁰. Die französische Regierung forderte umgehend ein Dementi¹⁴¹.

Erhard wollte noch nicht „völlig [...] resignieren“¹⁴², doch Schröder sprach nach dem Gipfel von großer „Verwirrung“ im deutsch-französischen Verhältnis. „Die Franzosen sagten, man solle keine amerikanische Außenpolitik, sondern eine europäische Außenpolitik führen. Das heiße aber, man solle ihre französische Außenpolitik unterstützen.“¹⁴³ Wie zur Bestätigung wurde der deutsche Vorschlag auf Einrichtung einer deutsch-französischen Arbeitsgruppe zur politischen Union von de Gaulle öffentlich desavouiert. In einer Pressekonferenz am 23. Juli nannte er den europäischen Einigungsprozess „ein hinterlistiges Unternehmen“: „Die Politik ist ein Kampf. Fähig, ihn verantwortlich zu führen, können allein die Regierungen der Staaten sein.“ Unbestimmten Regierenden, die sich zu Europaern erklärten, warf er Hintergedanken vor¹⁴⁴.

Das Auswärtige Amt überprüfte daraufhin die westdeutsche Frankreichpolitik. Die Staatssekretäre Carstens und Lahr resümierten¹⁴⁵, dass kein ernst zu nehmendes französisches Angebot für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit etwa im Hinblick auf die *Force de frappe* vorlag, und dass de Gaulle auf deutsche Interessen keine Rücksicht nehme, wenn diese mal nicht mit seinen übereinstimmen. Vor allem aber könne Deutschland „die Methoden der de Gaulleschen Politik nicht übernehmen“. Wenn Deutschland, wie de Gaulle es vorschläge, gegenüber den vier übrigen EWG-Mitgliedern Druck ausübe, dann würden „in diesen Ländern die antideutschen Ressentiments mit voller Schärfe wieder aufleben“, und sie würden den Schutz der USA suchen. Die Bundesrepublik könne den französischen Vorschlägen auf keinen Fall folgen¹⁴⁶. Der Kern des Problems, das deutsche Streben nach nuklearer Mitverantwortung, das ja tatsächlich hinter dem Plan einer politischen Union stand, wurde jedoch nicht überdacht. Die Bundesregierung hielt an

¹⁴⁰ Wer die Berichte lanciert hat, wurde nie bekannt. Erhard hatte dem US-Botschafter bereits mitgeteilt, dass de Gaulle Deutschland keine Nuklearkooperation angeboten hatte, kommt also als Informant nicht in Frage. Vgl. Protokoll des Gesprächs zwischen Erhard und Botschafter McGhee, 6. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 189, S. 791 f.; Hentschel, Ludwig Erhard, S. 697 ff., weist Erhard die Schuld zu. Es war Adenauer, der – mit Unterstützung von Strauß – den Bundeskanzler im Präsidium der CDU attackierte und behauptete, Erhard habe de Gaulle brüskiert und eine einmalige Chance ausgeschlagen.

¹⁴¹ Vgl. ebenda, S. 704.

¹⁴² Protokoll des Gesprächs zwischen Erhard und Botschafter McGhee, 6. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 189, S. 791 f., Zitat S. 793.

¹⁴³ Protokoll des Gesprächs des Bundesministers Schröder mit US-Botschafter McGhee, 14. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 196, S. 819.

¹⁴⁴ „[L]es arrière-pensées tenaces ne s'effacent pas aisément“, Text der Pressekonferenz in: *L'année politique 1964*, S. 430–435, hier S. 432. Die französische Regierung blockierte kurz darauf eine von den fünf anderen EWG-Mitgliedern erneut geforderte Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Botschafter Harkort (Brüssel/EWG, EAG) an Auswärtiges Amt, 31. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 216, S. 912.

¹⁴⁵ Aufzeichnung Carstens, 27. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 210, S. 884–893, Zitate S. 889.

¹⁴⁶ Selbst Blankenhorn, der langjährige Vertrauensmann Adenauers, Botschafter in Rom und zuvor Botschafter in Paris, stimmte der Analyse des AA zu. Blankenhorn (Rom) an Carstens, 24. 9. 1964, in: Ebenda, Dok. 257, S. 1066 f.

der MLF verbissen fest, da nun deutlich geworden war, dass de Gaulle aus der NATO austreten und damit das westliche Bündnis unterminieren wollte¹⁴⁷.

VIII. Die deutsche Europainitiative und das Ringen um die Nuklearteilhabe

Die deutschen „Gaulisten“ nahmen – in Verkennung der Realitäten – weiterhin an, die Bundesrepublik könne mit Frankreich in der Nuklearverteidigung kooperieren, Erhard habe ein großzügiges Angebot ausgeschlagen. Während die französische Regierung nicht einmal auf die Vorschläge zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe für eine politische Union eingegangen war, drängten die deutschen „Gaulisten“ bereits auf inhaltliche Vorschläge für eine politische Union¹⁴⁸. Doch de Gaulle strebte gar keine Europäische Politische Union mehr an. Er wollte eine deutsche Nuklearbeteiligung um jeden Preis vermeiden und lehnte die Union ab, weil sie ein Vehikel für die deutsche Nuklearbeteiligung zu werden drohte. Lediglich die Frage, ob der Widerstand de Gaulles sich nur gegen die amerikanische Hegemonie in einer MLF oder vielmehr grundsätzlich gegen jede nukleare Mitsprache der Bundesrepublik richtete, war der Bundesregierung noch nicht klar geworden. Nach realistischer Einschätzung von Ludger Westrick war im Hinblick auf die politische Union – sprich europäische Nuklearbeteiligung – „kein Vorschlag denkbar, der einerseits de Gaulle gefalle, andererseits den lebenswichtigen Interessen Deutschlands Rechnung trage“¹⁴⁹. Doch Birrenbach bedrängte Schröder am 8. Juli, dass die Bundesregierung nun mit ihrer Europainitiative ernst machen müsse und sich dabei an der Resolution des Monnet-Komitees orientieren solle¹⁵⁰. Offenbar sollte die Europäisierungsklausel im MLF-Vertrag die Franzosen davon überzeugen, dass die MLF doch eine gute Sache und der erste Schritt zu einer europäischen Atomstreitmacht sei. Durch die Europainitiative solle die europäische Gesinnung der Bundesregierung untermauert und der europäische Pfeiler für die europäische Atomstreitmacht vorbereitet werden. Birrenbach versuchte, die deutschen „Atlantiker“ und „Gaulisten“ zusammenzuführen, schätzte aber die Position der französischen Regierung offenbar falsch ein.

¹⁴⁷ „Es sei nicht die Absicht der Bundesregierung“, so Schröder, „von ihrer bisherigen Linie abzugehen, was insbesondere für Verteidigungsfragen gelte. Die Franzosen hätten deutlich zu erkennen gegeben, zumindest de Gaulle, daß sie keine integrierte NATO wollten, im Gegenteil, sie versuchten, sich aus der Integration zurückzuziehen. Außerdem seien sie nicht für die MLF.“ Gespräch des Bundesministers Schröder mit US-Botschafter McGhee, 14. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 196, S. 819.

¹⁴⁸ Adenauers Drängen kam u. a. in einer Rede vor dem Industrieklub und dem deutsch-französischen Kreis am 23. 6. 1964 zum Ausdruck; vgl. Konrad Adenauer, Reden 1917–1967. Eine Auswahl, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 459–470. Eine gekürzte Fassung in: Rheinischer Merkur vom 3. 7. 1964, S. 4.

¹⁴⁹ Westrick im Gespräch Erhard–McGhee, 13. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 195, S. 814.

¹⁵⁰ Vgl. Hinrichsen, Der Ratgeber, S. 214. Hinrichsen verweist dort auf ein Kohnstamm-Tagebuch, doch es muss sich richtigerweise um das Krone-Tagebuch handeln, Eintrag vom 8. 7. 1964, in: ACDP, I-028-068/5, NL Krone.

Ende Juli setzte das Auswärtige Amt ohne Frankreich einen Arbeitsausschuss für die politische Union ein, der deutsche Ambitionen verwirklichen und de Gaulles Widerstand entkräften sollte¹⁵¹. Das Auswärtige Amt hoffte auf „geduldige [...] Anstrengungen beider Seiten, um die Standpunkte [...] anzunähern“, vor allen Dingen im „NATO-Bereich, für die MLF“¹⁵². In diesem Sinne riet Birrenbach der Bundesregierung im September dazu, die Europainitiative zu einer Generalvereinbarung der Probleme mit Frankreich zu nutzen, was Erhard dem Auswärtigen Amt zu berücksichtigen empfahl¹⁵³. Um der Kritik der deutschen „Gaullisten“ und der französischen Regierung zu begegnen, setzte sich die Bundesregierung in den MLF-Gesprächen mit den USA für die Europäisierungsklausel ein, derzufolge die USA auf ihr Vetorecht verzichten sollten, sobald sich eine Europäische Politische Union gebildet hätte, mit der die Europäer selbst die alleinige kollektive Verantwortung für die multilaterale Atomstreitmacht übernehmen könnten. Die deutschen Vorschläge für eine EPU sollten laut Schröder Elemente des „Fouchet-Plans und des Monnet-Plans“ enthalten¹⁵⁴. Die MLF sollte also, wie von Monnet und dem Aktionskomitee gefordert, eine Vorstufe zur europäischen Atomstreitmacht darstellen, die Europainitiative die Grundlage für den europäischen Pfeiler legen. Aus Schröders Perspektive mussten die Bestrebungen auf nukleare Mitbestimmung im multilateralen Rahmen außerdem im Hinblick auf den innenpolitischen Druck der Gaullisten durch eine Europainitiative flankiert werden. Scheiterte diese an der Ablehnung de Gaulles, so könnte die Bundesregierung getrost ihren US-freundlichen Kurs fortsetzen und die MLF ohne bzw. gegen Frankreich realisieren¹⁵⁵. Der selten ausgesprochene Zusammenhang zwischen EPU und MLF war nur einem kleinen Kreis der politischen Elite klar, geht aber auch aus Erhards Zeitplan hervor¹⁵⁶. „[W]er immer sich zu einer euro-

¹⁵¹ Vgl. deutsch-niederländische Regierungsbesprechungen, 30. 9./1. 10. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 266, S. 1091, Anm. 6. Monnet unterstützte die deutschen Bemühungen und reiste Ende Juli in die USA zu Gesprächen über die MLF. Er berichtete, er habe überall beobachten können, dass die eindeutige Position des Monnet-Komitees zugunsten der transatlantischen Partnerschaft und der MLF auf Zustimmung stieß. Fortschritte erwartete er nach den Präsidentschaftswahlen im November. Monnet an Birrenbach, 30. 7. 1964, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach.

¹⁵² Aufzeichnung Carstens vom 10. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 193, S. 804.

¹⁵³ Vgl. Hinrichsen, *Der Ratgeber*, S. 218 u. S. 220 f.

¹⁵⁴ „Das bringe nun möglicherweise die Bundesregierung dazu, tatsächlich solche Vorschläge einzubringen, sei es öffentlich, sei es den Franzosen gegenüber, die dann ein Gemisch aus Elementen des Fouchet- und des Monnet-Planes seien, ohne dass er sich davon große Aussichten auf Fortschritte erhoffe.“ Gespräch Schröder-McGhee, 14. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 196, S. 819.

¹⁵⁵ Erhard und Schröder befürchteten andererseits, dass die Gaullisten die Forderungen nach politischer Union nur erheben würden, um nach deren Scheitern umso nachdrücklicher ein deutsch-französisches Zusammengehen zu erzwingen. Siehe Gespräch Erhards mit McGhee, geheim, 13. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 195, S. 814; Schröder-McGhee, 14. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 196, S. 819 f.

¹⁵⁶ Erhard wünschte sich eine europäische Außenministerkonferenz über die EPU noch vor den US-Wahlen im November 1964 – rechtzeitig vor der mit US-Präsident Johnson anvisierten Verwirklichung der MLF bis zum Jahresende. Gespräch Erhard-US-Botschafter McGhee, geheim, 13. 7. 1964, in: Ebenda, Dok. 195, S. 812, und Gespräch Schröder-McGhee, 14. 7.

päischen politischen Union zusammenschließen“, so Erhard, „könne über Fragen der Verteidigung und Außenpolitik nicht sprechen, solange man nicht wisse, wie es um die NATO, um die MLF und andere entscheidende Fragen stehe“¹⁵⁷.

Am 25. September stimmte das Bundeskabinett einem vom Auswärtigen Amt erarbeiteten Plan für eine Europäische Politische Union zu¹⁵⁸. Anschließend reiste Carstens nach Paris, um Außenminister Couve de Murville für die deutschen Vorstellungen zu erwärmen¹⁵⁹. Angesichts der bekannten Pariser Vorbehalte gegen supranationale Tendenzen siedelte die Bundesregierung ihren Vorschlag zunächst lediglich im Bereich der politischen Konsultation und Zusammenarbeit an, schlug jedoch vor, einer einzuberufenden Regierungskonferenz für die politische Union ein beratendes Organ beizugeben, das die zweite, supranationale Phase der Union vorbereiten sollte¹⁶⁰. Denn wie schon der Monnet-Plan dargelegt hatte, konnte eine europäische Atomstreitmacht nur auf supranationaler Grundlage funktionieren. Die regelmäßigen Konsultationen im Rahmen der politischen Union sollten allmählich ein Einvernehmen in der Außen- und Verteidigungspolitik herstellen¹⁶¹. Carstens versuchte Couve de Murville zu bewegen, sich an der MLF als Vorstufe einer europäischen Atomstreitmacht zu beteiligen oder sie wenigstens zu dulden. Dabei wies er auf die deutschen Bemühungen um die Europäisierungsklausel im MLF-Abkommen hin¹⁶², die nach Schaffung einer politischen Union eine größere Unabhängigkeit der Europäer gegenüber den USA erlauben würde¹⁶³. Die Europäisierungsklausel sollte die MLF „mit dem Projekt einer europäischen politischen Union in Einklang [...] bringen“¹⁶⁴. Durch eine gleichzeitige Entwicklung von europäischer politischer Zusammenarbeit und MLF könne Europas Unabhängigkeit allmählich gestärkt werden.

Couve de Murville wies die deutschen Vorstellungen schroff zurück, „die deutschen Illusionen und Realitäten seien zwei verschiedene Dinge“¹⁶⁵. Er erklärte, eine unabhängige europäische Atomstreitmacht werde es nicht geben, eine MLF

1964, in: Ebenda, Dok. 196, S. 819 f. Auch Barzel forderte, die bevorstehende Europa-Initiative sollte sich an der Resolution des Monnet-Komitees orientieren. Vgl. Rainer Barzel, Europa kann nicht warten, in: Deutsches Monatsblatt, August 1964.

¹⁵⁷ Gespräch Erhard-McGhee, 13. 7. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II., Dok. 195, S. 812, unter Bezug auf die Grundsatzrede Erhards zur Europapolitik auf dem CSU-Parteitag, 10.–12. 7. 1964, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesrepublik Deutschland 1964, S. 1061–1067.

¹⁵⁸ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 9. 1964; Süddeutsche Zeitung vom 26. 9. 1964.

¹⁵⁹ Gespräch Carstens mit Couve de Murville in Paris, 24. 10. 1964, in: AAPD, 1964, Bd. II, Dok. 297, S. 1189.

¹⁶⁰ Vgl. ebenda.

¹⁶¹ Vgl. Botschafter Klaiber, Paris, an AA, 4. 11. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 311, S. 1234 f.

¹⁶² Siehe Aufzeichnung des Botschafters bei der NATO, Grewe, 13. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 330, S. 1291 f.; außerdem diverse Dokumente zu den Verhandlungen im November 1964 in: AAPD 1964, Bd. II, insb. S. 1306, S. 1323 f., S. 1331 f., S. 1343, S. 1389, S. 1393, S. 1450 u. S. 1552.

¹⁶³ Vgl. Gespräch Carstens mit Couve de Murville, 24. 10. 1964, in: Ebenda, Dok. 297, S. 1187 ff.

¹⁶⁴ Aufzeichnung Carstens über Gespräch mit Maurice Schumann, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung, 17. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 343, S. 1343.

¹⁶⁵ Carstens-Couve de Murville, 24. 10. 1964, in: Ebenda, Dok. 297, S. 1189.

vollständig von den USA abhängig sein. Das von den Deutschen im Rahmen einer EPU anvisierte Gemeinschaftsorgan kam für Frankreich nicht in Frage, denn eine „Verbeugung vor der ‚Supranationalität‘“ werde Frankreich nicht mitmachen¹⁶⁶. Auch als die Frage der britischen Teilnahme an einer politischen Union durch den Wahlsieg der europaskeptischen Labour-Partei am 15. Oktober als Streitpunkt zwischen den Sechs wegfiel¹⁶⁷, änderte sich nichts an der französischen Haltung. Im Gegenteil, bereits Ende Oktober berichtete Botschaftsrat Sahm aus Paris von Pressemeldungen, nach denen „französische Diplomaten auf Weisung von de Gaulle“ aufgefordert worden seien, die These zu verbreiten, „die MLF sei unvereinbar mit weiteren europäischen Einigungsbestrebungen“¹⁶⁸. Kurz darauf ließ der sowjetische Botschafter Andrej Smirnow Carstens wissen, dass die Sowjetunion eine „Normalisierung“ der Beziehungen zur Bundesrepublik wünsche, eine Beteiligung Deutschlands an einer MLF jedoch die Gegensätze in der Deutschlandfrage verschlimmern würde¹⁶⁹. Alarmiert reagierte die Bundesregierung schließlich auf einen Vorschlag der neuen britischen Regierung für eine Atlantic Nuclear Force (ANF), deren Grundgedanke die Special Relationship und eine Führungsrolle der angelsächsischen Mächte war. Die ANF desavouierte praktisch die MLF und sollte Nichtnuklearmächte wie die Bundesrepublik diskriminieren. Die britische Regierung wollte außerdem eine Europäisierungsklausel im Rahmen der MLF verhindern, d. h. das US-Vetorecht sollte unwiderruflich vertraglich verankert sein¹⁷⁰.

Als die lang angekündigte Initiative der Bundesregierung für eine politische Union mit Aufgaben in der Außen- und Verteidigungspolitik und dem erklärten Ziel einer Stärkung der transatlantischen Allianz anfang November an die Partner in Europa versandt wurde¹⁷¹, waren die Widerstände gegen die MLF und eine Nuklearteilnahme der Bundesrepublik bereits massiv angewachsen. Nun zog Paris alle Register, vom Zuckerbrot bis zur Sabotage¹⁷², um eine bundesdeut-

¹⁶⁶ Ebenda.

¹⁶⁷ Vgl. Gespräch des Bundesaußenministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker, 15. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 335, S. 1314.

¹⁶⁸ Vgl. Gespräch Erhard–McGhee, 3. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 307, S. 1219, Anm. 10. Von Seiten der Deutschen Botschaft in Washington wurden französische Aktivitäten gegen die MLF am 2. 11. im Detail bestätigt.

¹⁶⁹ Carstens bot an, in den MLF-Vertrag eine Opt-out-Klausel für den Fall einer Wiedervereinigung einzubauen. Ein vereinigtes Deutschland könne dann aus der MLF austreten. Smirnow ging auf dieses Angebot nicht ein. Aufzeichnung Carstens, 2. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 304, S. 1211.

¹⁷⁰ Vgl. Carstens an Botschafter Blankenhorn (Rom), 2. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 305, S. 1213 f.; Gespräch des Bundesministers Schröder mit Premierminister Wilson, 11. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 383, S. 1510 f. Vgl. zum ANF-Vorschlag Schrafstetter, Die dritte Atommacht, S. 119–128. Zu außereuropäischen Nuklearproblemen Großbritanniens siehe Susanna Schrafstetter, Preventing the „Smiling Buddha“: British-Indian Relations and the Commonwealth Nuclear Force, 1964–1968, in: *Journal of Strategic Studies* 25/3 (2002), S. 87–108.

¹⁷¹ Botschafter Kläiber, Paris, an AA, 4. 11. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 311; vgl. auch Europa-Archiv 1964, D 608–617.

¹⁷² De Gaulle, so Erhard, „drohe [...] damit, sich aus der EWG zurückzuziehen, sabotiere die MLF und versuche offensichtlich, die Beziehungen mit Moskaus enger zu gestalten“. Gespräch

sche Nuklearbeteiligung zu verhindern. Zur Unterstützung der Europainitiative reiste Altbundeskanzler Adenauer im Auftrag Erhards nach Paris, um de Gaulle Agrarkonzessionen in Aussicht zu stellen und zu fragen, wie Paris zur MLF stehe und ob alternativ eine nukleare Mitbestimmung an der *Force de frappe* möglich sei¹⁷³. De Gaulle versuchte zunächst, Adenauer die MLF auszureden, sie mache „einen sehr schlechten Effekt“ in Osteuropa, brächte aber keine sicherheitspolitischen Vorteile, da die USA wiederum die Einsatzgewalt in ihren Händen behalten würden¹⁷⁴. Außerdem lenke „die MLF die Europäer und insbesondere die Deutschen von der europäischen Organisation Europas und seiner Verteidigung ab“¹⁷⁵. Gleichzeitig aktivierte de Gaulle seine Lock- und Verzögerungstaktik und stellte in Aussicht, dass die *Force de frappe*, sobald Europa eine „wirkliche politische Organisation“ geschaffen hätte, „die eine kollektive Verantwortung trage und kollektiv Politik und Verteidigungspolitik betreibe [...] zu einem Teil der Verteidigung Europas werde und unumgänglich für die Verteidigung Europas, das heißt an erster Stelle natürlich [...] Deutschlands eingesetzt werde“¹⁷⁶. Dies war das Zuckerbrot einer Nukleargarantie unter der Bedingung, dass die Bundesrepublik auf die MLF und die enge Partnerschaft mit den USA verzichte – das meinte die Bundesregierung aus sicherheitspolitischen Gründen nicht zu können – und falls eine europäische politische Organisation nach französischen Vorstellungen errichtet sei. Die Frage der nuklearen Mitverantwortung beantwortete de Gaulle nur indirekt, indem er der Bundesregierung zum Verzicht auf eine westdeutsche Atomstreitmacht riet¹⁷⁷. Verteidigungsminister Pierre Messmer wurde in einem Gespräch mit dem Bundesminister für besondere Aufgaben und Vorsitzenden des Bundesverteidigungsrates Heinrich Krone nicht deutlicher. Die MLF wies er zurück. Gegen eine europäische Atomstreitmacht wollte er sich nicht äußern, machte jedoch eine „europäische politische Autorität“ zu ihrer Voraussetzung, „die noch nicht bestehe und deren Schaffung noch eine längere Entwicklung voraussetze“¹⁷⁸. Damit wurde die Schaffung einer europäischen Atomstreitmacht zwar nicht ausgeschlossen, aber in unbestimmte Ferne gerückt. Die französische Regierung verfolgte letzten Endes eine Hinhaltenaktik. Wie weitere deutsche Sondierungen ergaben, existierten in Paris keine Planungen für eine Nuklearbeteiligung anderer Staaten¹⁷⁹. Carstens bemängelte, Paris habe nicht

Erhard–McGhee, 3. 11. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 307, S. 1224, dort als Belege für diese Auffassungen die Anm. 42 u. 43.

¹⁷³ Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 9. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 318, S. 1256 ff., hier S. 1260.

¹⁷⁴ Ebenda, S. 1259.

¹⁷⁵ Ebenda, S. 1260.

¹⁷⁶ Ebenda, S. 1261.

¹⁷⁷ De Gaulle unterstrich, dass die Bundesrepublik keiner französischen Hilfe zum Bau einer westdeutschen Atombombe bedürfe. Er halte die Entscheidung der Bundesrepublik, keine Atombombe zu bauen, für richtig. Seine Ausführungen blieben widersprüchlich und vage. Vgl. ebenda.

¹⁷⁸ Krone (Paris) an Erhard, 9. 11. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 319, S. 1262 ff., Zitat S. 1264.

¹⁷⁹ Botschafter Klaiber, Paris, an das AA, 25. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 359, S. 1397 f.

einen einzigen „konstruktiven Vorschlag“ vorgelegt¹⁸⁰. Warum die MLF Europa keinen wirklichen Schutz bieten könne, sondern vielmehr Europa zur Zielscheibe mache, die französische *Force de frappe* aber doch Europa schütze, versäumte die französische Regierung zu erklären¹⁸¹. Entsprechend erschien die französische Europarethorik dem Auswärtigen Amt als Vernebelungstaktik. Das war sie auch. Die französische Regierung wollte ihre nationale Verfügungsgewalt über eine unabhängige Abschreckungsmacht nicht aufgeben, auch nicht unter einer so genannten politischen Union. Sie lehnte eine deutsche Nuklearbeteiligung schlicht ab. Einem hochrangigen italienischen Diplomaten gegenüber vertraute Couve de Murville an, dass Italien sich durchaus eine nationale Atomwaffe verschaffen möge; „[a]usgeschlossen sei jedoch, daß man atomare Waffen in die Hände der Deutschen gebe, denn man könne nie wissen, ob diese in Zukunft nicht einmal ihre territorialen Ansprüche mit Gewalt zu lösen versuchten. Man müsse auf der Hut sein.“¹⁸² Wenn die multilaterale Atomstreitmacht ins Leben träte, so der Franzose, bestünde nur wenig Aussicht auf eine Europäische Politische Union. Gegenüber Ball verwarf Couve de Murville die in den MLF-Verhandlungen ausgehandelte Europa-Klausel als unbefriedigend, da sie keine „Abtretung der Streitmacht an die Europäer“, sondern nur eine allgemeine Revisionsmöglichkeit vorsehe¹⁸³. Da Ball ihm versicherte, dass die USA ihr Vetorecht bei einer MLF nicht aufgeben würden¹⁸⁴, war eine französische Beteiligung ohnehin ausgeschlossen.

Verzögert wurde der Beginn von Gesprächen über eine politische Union von der französischen Regierung, indem sie ihn scheinbar von deutschen Konzessionen in der Agrarpolitik abhängig machte. Als Erhard im Hinblick auf die Getreidepreise nachgab, folgte sofort die nächste Bedingung, eine Einigung über die Finanzierung der EWG-Agrarsubventionen¹⁸⁵. Dabei ist es interessant, dass Regierungsdokumente von Agrarkonzessionen für die EPU sprechen, eine Aufzeichnung Birrenbachs dagegen einen Zusammenhang zwischen Agrarkonzessionen und MLF herstellt¹⁸⁶. Agrarkonzessionen und Nuklearwaffen waren freilich keine

¹⁸⁰ Drahterlass Carstens, geheim, an Schröder, Botschafter Klaiber (Paris), Botschafter Grewe (NATO) und Botschafter von Etzdorf (London), 22. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 351, S. 1372.

¹⁸¹ Botschafter Klaiber, Paris, an das AA, 25. 11. 1964, in: Ebenda, Dok. 359, S. 1397 f.

¹⁸² Gespräch zwischen Schröder und Saragat, 8. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 375, S. 1452 f, insbesondere Anm. 9 (Zitat).

¹⁸³ Aufzeichnung Carstens, 5. 12. 1964, über ein Gespräch zwischen Couve de Murville und George Ball, in: Ebenda, Dok. 374, S. 1449 f. Vgl. Aufzeichnung von Hartlieb, 21. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 393, S. 1552.

¹⁸⁴ Aufzeichnung Carstens, 5. 12. 1964, über ein Gespräch zwischen Couve de Murville und George Ball, in: Ebenda, Dok. 374, S. 1449 f.

¹⁸⁵ Gespräch Carstens mit Couve de Murville in Paris, 24. 10. 1964, in: Ebenda, Dok. 297, S. 1187 ff. Aufzeichnung Carstens 30. 10. 1964, Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 9. 11., Aufzeichnung Lahr, 13. 11., Schröder an Erhard, 19. 11., Drahterlass Carstens, 22. 11., Lahr an Schröder (Washington), 25. 11. 1964, alle in: Ebenda, Dok. 301, 318, 329 (insbesondere Anm. 9), 347, 351 u. 358.

¹⁸⁶ In einer Aufzeichnung Birrenbachs heißt es, „Deutsch-französisches Verhältnis Mitte der sechziger Jahre in tiefer Krise. Bundesrepublik folgte amerikanischen, nicht französischen Vor-

gleichwertigen politischen Handlungsfelder. Da die deutsche Regierung weiterhin insistierte, Erhard sogar vor der Presse ankündigte, die MLF notfalls allein mit den USA zu verwirklichen, griff de Gaulle schließlich zu wohl dosierten Presionen: Der belgische Außenminister Paul-Henri Spaak zog nach einem Gespräch mit de Gaulle seine Unterstützung für die MLF Ende November zurück, da Frankreich ansonsten die Existenz der EG und der NATO gefährden würde¹⁸⁷. Da auch in London die Widerstände gegen die MLF wuchsen, wurde die MLF zu einer deutsch-italienisch-amerikanischen Angelegenheit¹⁸⁸. Vergeblich lancierte die italienische Regierung, die bis zum Schluss an der MLF festhielt¹⁸⁹, am 26. November 1964 einen Rettungsvorschlag, der die EPU für außenpolitische Konsultationen und die WEU für verteidigungspolitische Kooperation vorsah, doch vergeblich¹⁹⁰. Am 3. Dezember erklärte Premierminister Georges Pompidou vor der französischen Nationalversammlung, dass die Gründung einer europäischen Atomstreitmacht ausgeschlossen sei¹⁹¹.

Aufgrund der Gefährdung der Allianz und des massiven Drucks Frankreichs und der Sowjetunion entschied sich US-Präsident Johnson im Dezember schließlich, die MLF im Sande verlaufen zu lassen¹⁹². Damit war die MLF für die US-Regierung praktisch tot, und mit ihr jede europäische Atomstreitmacht. Lediglich in Bonn brauchte man noch etwas Zeit, um es zu begreifen. Erhard war sich längst dessen bewusst, dass er die deutsch-französische Freundschaft und die Existenz der EWG riskierte, wenn er gegen den Wunsch Frankreichs an der MLF festhielt¹⁹³. Doch er beschloss, die MLF zwar aus wahltaktischen Gründen aufzuschieben¹⁹⁴, aber prinzipiell an ihr festzuhalten, und verlagerte seine Hoffnungen zunächst auf einen Erfolg der Europainitiative vor der Bundestagswahl im Sommer. De Gaulle erhöhte den Druck auf die Bundesrepublik, indem er die Beziehungen zur Sowjetunion und zur DDR durch Kreditgewährungen verbesserte und durch Pressemitteilungen den Anschein erweckte, er akzeptiere die

stellungen von Verteidigungspolitik und hielt am Gedanken einer MLF fest. Um Spannungen nicht zu vertiefen, wollte Bundesrepublik Frankreich vor allem in der Agrarpolitik entgegenkommen.“ Undatierte „Aufzeichnung über die Fortentwicklung der europäischen Integration“, in: ACDP, I-433-050/2, NL Birrenbach.

¹⁸⁷ Wiedergabe der Position Spaaks im Gespräch zwischen Schröder und Gordon Walker, 11. 12. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 381, S. 1495, Anm. 13 u. 14, sowie S. 1496.

¹⁸⁸ Vgl. Runderlass Carstens, 25. 11. 1964, geheim, in: Ebenda, Dok. 357, S. 1393 f.

¹⁸⁹ Die italienische Regierung sah in der „französischen Force de frappe ein Element der Desintegration, in der MLF jedoch ein Mittel zur Verstärkung der Allianz“ und wandte sich gegen ein englisches Vetorecht gegen die MLF. Gespräch Schröders mit Saragat in Rom, 8. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 375, S. 1453.

¹⁹⁰ Aufzeichnung von Ministerialdirektor Jansen, 3. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 368, insbesondere S. 1428 f.; Gespräch Schröders mit Saragat in Rom, 8. 12. 1964, in: Ebenda, Dok. 375, S. 1451 ff.

¹⁹¹ Vgl. Archiv der Gegenwart 34 (1964), S. 11565.

¹⁹² Vgl. Bozo, Two Strategies, S. 157; Gespräch zwischen Erhard und Smirnow, 14. 12. 1964, in: AAPD 1964, Bd. II, Dok. 386, S. 1518 f.

¹⁹³ Ausführungen Erhards gegenüber McGhee, 11. 12. 1964, geheim, in: Ebenda, Dok. 380, S. 1490 f.

¹⁹⁴ Vgl. Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache, S. 245–249.

sowjetische Zwei-Staaten-Theorie; damit wurde die deutschlandpolitische Position der Bundesregierung untergraben. Bei den deutsch-französischen Konsultationen im Februar 1965 versuchte Erhard, die Wogen zu glätten, ohne von seinen Positionen abzuweichen. Bis März einigte sich Außenminister Schröder mit den vier übrigen EWG-Partnern weitgehend über die Aufnahme von Vorgesprächen für die EPU, und die italienische Regierung lud zu diesem Zweck zu einer Konferenz der Außenminister nach Venedig ein.

Doch am 9. März eröffnete de Gaulle dem niederländischen Botschafter in Paris, Baron Adolphe Bentinck, dass die vorliegenden EPU-Vorschläge aufgrund des weiterhin fortbestehenden Dissens im Bereich der Verteidigung scheitern müssten. Gleichzeitig drohte er mit einem Ende der EWG¹⁹⁵. Nicht nur das Vertrauensverhältnis zwischen Bonn und Paris war hochgradig gestört; die nukleare Frage hatte auch längst die Sechsergemeinschaft untergraben. Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko und Couve de Murville übten Schulterchluss und bekräftigten im April 1965 in Paris in einem gemeinsamen Kommuniqué die Auffassung, dass der Verzicht Deutschlands auf eine atomare Verfügungsgewalt endgültig sein müsse¹⁹⁶.

Wenn Bundesverteidigungsminister von Hassel auf einer NATO-Ratstagung im Juni dennoch zu verstehen gab, dass die Bundesregierung die MLF nach den Wahlen weiterverfolgen wolle, handelte es sich aus französischer Sicht um eine Provokation¹⁹⁷. Damit bildete die Nuklearpolitik der Bundesrepublik auch einen wichtigen Hintergrund für die im Juli 1965 von Frankreich ausgelöste Krise des „leeren Stuhls“, in der Frankreich sieben Monate lang die Leitungsgremien der europäischen Gemeinschaften boykottierte¹⁹⁸. Frankreich bedrohte nun tatsächlich die Existenz der EWG, und damit die Grundlage der westdeutschen Wirtschaftsmacht und erhöhte so abermals den Druck auf Bonn.

US-Präsident Johnson wollte eine Eskalation der Spannungen im Bündnis vermeiden¹⁹⁹. Nachdem Birrenbach im Herbst 1965 im Auftrag des Bundeskanzlers erneut wegen der MLF nach Washington gereist war, wurden die Bundesrepublik und Italien im Dezember 1965 mit einem Nuklearausschuss im Rahmen der NATO abgefunden, was Deutschlands Stellung in der NATO ein wenig stärkte,

¹⁹⁵ Maurice Vaisse, *La politique européenne de la France en 1965: pourquoi la «chaise vide»?.* in: Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises*, S. 193–214, hier S. 198.

¹⁹⁶ Klaiber, Paris, an das AA, 27. 4. 1965, in: AAPD 1965, Bd. I, bearb. von Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1996, Dok. 191, S. 763–765.

¹⁹⁷ Vgl. Hoppe, *Zwischen Teilhabe und Mitsprache*, S. 249.

¹⁹⁸ Frankreich begründete den Boykott der Gemeinschaftsinstitutionen offiziell mit dem Dissens über die Agrarfinanzierung und die Finanzkompetenz des Parlaments, verlangte dann eine Einschränkung des Mehrheitsprinzips bei Fragen von vitalem Interesse und forderte schließlich sogar eine Änderung der Römischen Verträge. Vgl. zur Reaktion der Fünf Anjo G. Harryvan/Jan van der Harst, *For Once a United Front. The Netherlands and the „Empty Chair“ Crisis of the Mid-1960s*, in: Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises*, S. 173–192, Antonio Varsori, *Italy and the „Empty Chair“ Crisis (1965–1966)*, in: Ebenda, S. 215–227, und Torsten Oppelland, *„Entangling Alliances with None“ – Neither de Gaulle Nor Hallstein. The European Politics of Gerhard Schröder in the 1965/66 Crisis*, in: Ebenda, S. 227–246.

¹⁹⁹ Vgl. Bozo, *Two Strategies*, S. 121 u. S. 157–159.

ohne eine nukleare Mitverfügungsgewalt zu begründen²⁰⁰. Frankreich kehrte kurz darauf wieder in die EWG zurück, trat jedoch aus den integrierten NATO-Streitkräften aus und verwies das NATO-Hauptquartier des Landes. Frankreich konnte und wollte nun eine unabhängige Politik betreiben²⁰¹. Eine Zusammenarbeit der Sechs in der Außen- und Verteidigungspolitik war damit vorläufig obsolet geworden.

IX. Ergebnis

Die deutsch-französische Konfrontation in der Frage der Nuklearverteidigung war der entscheidende Faktor, der Mitte der sechziger Jahre alle Bemühungen um eine politische Union untergrub und darüber hinaus einen Hintergrund für die Krise des „Leeren Stuhls“ in den Europäischen Gemeinschaften bildete. Die verteidigungspolitischen Konzeptionen und politischen Ambitionen von Bonn und Paris schlossen einander aus und stürzten beide Regierungen just zu dem Zeitpunkt, als die deutsch-französische Freundschaft durch den Elysée-Vertrag besiegelt wurde, in einen Konflikt um Rang, Nuklearstatus und Europapolitik. Es ist dabei unverkennbar, dass Frankreich von einer ganz anderen moralischen Position aus eine unabhängige Nuklearmacht anstrebte als die Bundesrepublik die Teilhabe an der MLF.

Beim Streit zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“ in der Bundesrepublik stand auf dem Spiel, ob, wie und mit wem die Bundesrepublik nukleare Mitverantwortung erlangen würde. Die MLF sollte dazu dienen, die Bundesrepublik und andere westeuropäische Staaten in die Mitverantwortung über Planung und Einsatz von Atomwaffen einzubinden, die USA stärker auf die Verteidigung Europas zu verpflichten, die Solidarität der Europäer untereinander zu stärken und die Ranggleichheit der Bundesrepublik gegenüber Frankreich zu wahren. Die bundesdeutsche Initiative für eine Europäische Politische Union sollte in diesem Zusammenhang nicht nur die europäische Gesinnung der Bundesregierung innenpolitisch unter Beweis stellen, sondern auch die nukleare Mitbestimmung der Bundesrepublik flankieren, Frankreich zur Annahme oder wenigstens Duldung der MLF bewegen und eine spätere Überführung der MLF in eine europäische Atomstreitmacht unter dem Dach der NATO ermöglichen. Damit ging die Bundesregierung auf die öffentliche Position der französischen Regierung von 1963 bis zum Sommer 1964 ein, die eine europäische politische Autorität als Vorbedingung für eine europäische Atomstreitmacht forderte. Die französische Regierung jedoch wollte entgegen ihren irreführenden öffentlichen Verlautbarungen jedwede deutsche Nuklearteilhabe unbedingt verhindern. Im Gegensatz zum sich hartnäckig in der deutschen Historiographie haltenden Mythos wollte

²⁰⁰ Siehe zur Entstehung der späteren Nuklearen Planungsgruppe Haftendorn, NATO, S. 161–173.

²⁰¹ Etwa im Sommer 1965 war die *Force de frappe* soweit entwickelt, dass die wichtigsten russischen Städte laut de Gaulle hätten ausgelöscht werden können; vgl. Soutou, *L'alliance incertaine*, S. 276.

de Gaulle auch keine europäische Atomstreitmacht. Bonn wollte sie – de Gaulle wusste sie zu verhindern.

Die Bemühungen der Regierung Erhard für eine politische Union werden durch die Verbindung zu Nuklearambitionen in ein fragwürdiges Licht getaucht. Es erscheint frappierend, wie hartnäckig, die Vorbelastungen deutscher Geschichte außer acht lassend, die Regierung Erhard an dem Ziel der nuklearen Mitverantwortung selbst gegen den Widerstand nicht nur des wichtigsten Nachbarn in Europa, sondern auch angesichts der wachsenden Skepsis weiterer EWG-Partner und Großbritanniens festhielt. Andererseits verfolgte die Bundesregierung eine Reihe legitimer Ziele: Sie wollte aufgrund ihres exponierten Frontstaatstatus' lediglich Mitverfügungsgewalt in einem multilateralen, durch eine Gemeinschaft kontrollierten Rahmen und sorgte sich über die sowjetische Bedrohung und den amerikanischen Strategiewandel nach Sputnik-Schock, Kuba- und Berlin-Krise. Weil diese Sorgen auch über Deutschland hinaus im Westen weit verbreitet waren, fand die Bundesregierung viel Unterstützung in Europa. Nicht nur das Monnet-Komitee und die parlamentarische Versammlung der WEU unterstützten die Bemühungen um nukleare Mitverantwortung im Rahmen einer MLF. Auch das Europaparlament verabschiedete auf Betreiben des französischen Oppositionspolitikers René Pleven am 25. November 1964 eine Resolution, welche die EWG-Staaten aufforderte, eine Regierungskonferenz über eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik einzuberufen, eine Föderation zu errichten und eine Partnerschaft unter Gleichen mit den USA zu verfolgen²⁰².

De Gaulle wollte keine politische Union im Sinne der Bundesregierung, weil sie ein Vehikel für begrenzte deutsche Nuklearambitionen und für die Unterordnung der *Force de frappe* unter eine supranationale europäische Autorität hätte werden können. Eine solche Institution war mit dem Selbstverständnis der gaullistischen Politik – Unabhängigkeit in der Weltpolitik und souveräne Führungsrolle Frankreichs in Europa – unvereinbar²⁰³. Denn während die Bundesrepublik als nichtnukleare Mittelmacht für die Ausübung politischen Einflusses und nuklearer Verantwortung die multilaterale Einbindung benötigte, konnte Frankreich nach de Gaulles Auffassung mit einer nationalen Atomstreitmacht eine größere Rolle spielen denn als Mitglied einer multilateralen integrierten. Analog hätte eine Europäische Politische Union für die französische Politik nur dann Sinn gehabt, wenn dadurch die Führungsrolle Frankreichs und Unabhängigkeit Westeuropas gegenüber den Supermächten gestärkt würde – also ohne transatlantisches Dach. Das Motiv des Unabhängigkeitsstrebens für Frankreich war es, eine Entspannungspolitik zwischen den Blöcken betreiben zu können. Deutscher Atomwaffenbesitz, gleich in welcher Form, hätte nach de Gaulle zu einer Verschärfung des Kalten Krieges geführt und war somit kontraproduktiv – darin hatte er recht²⁰⁴. Eine gleichberechtigte Stellung bzw. Mitverantwortung im

²⁰² Vgl. L'année politique 1964, S. 309.

²⁰³ Vgl. Heuser, NATO, S. 169.

²⁰⁴ Erhard über de Gaulles Argumente in der CDU-Bundesvorstandssitzung vom 9. 2. 1965, in: ACDP, Bd. VII-001-014/1.

nuklearen Bereich wollte de Gaulle der Bundesregierung aus diesen Gründen nicht anbieten.

Letztendlich haben de Gaulle wie Erhard die deutsch-französischen Beziehungen belastet, indem sie ihre Absichten verschleierten, bzw. erst zu einem Zeitpunkt aussprachen, als der Nachbar bereits argwöhnisch geworden war. Beide Seiten haben im Ringen um die Nuklearteilhabe der Bundesrepublik die Existenz der europäischen Gemeinschaften aufs Spiel gesetzt. Die politische Union konnte nicht gelingen, weil das von deutscher Seite angestrebte *nuclear power sharing* für eine Weiterentwicklung der europäischen Integration nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges nicht geeignet war. Wie schon 1954 scheiterte ein Projekt zur Errichtung einer europäischen politischen und Verteidigungsgemeinschaft, und erneut diente die NATO, diesmal mit der Nuklearen Planungsgruppe, als Auffangbecken. Der Deutsch-Französische Vertrag konnte die ihm vom Bundestag zugedachte Motorfunktion für den europäischen Einigungsprozess erst erfüllen, als die Bundesrepublik unter der Regierung Brandt 1969 dem Nichtproliferationsvertrag beitrug, der den Verzicht auf die Teilnahme an einer multilateralen Atomstreitmacht einschloss²⁰⁵. Daraus wird deutlich, dass der Verzicht der Bundesrepublik auf strategische Atomwaffen nicht nur eine Grundlage ihrer politischen Kultur, sondern auch der seither erreichten Fortschritte in der europäischen Einigung ist.

Das Problem der europäischen Atomstreitmacht zeigt die weitreichenden Konsequenzen, über die beim Streben nach einem politisch geeinten Europa nachgedacht werden muss. Konnte sie als Antwort auf existentielle Bedrohungen in der Zeit des Kalten Krieges nicht verwirklicht werden, so wird dies noch viel weniger gelingen in einer Zeit ohne bekannten Feind, ohne massive Bedrohungen von außen. Allerdings entfällt unter diesen Umständen auch ihre Notwendigkeit, und gerade darin liegt ein Hoffnungsschimmer. In dem Maße wie die Bedeutung von Atomwaffen gemindert werden kann, verringert sich ihr Störpotential bei Bemühungen um eine politische Union. Eine gemeinsame konventionelle Verteidigungspolitik sollte in dieser Konstellation möglich sein.

²⁰⁵ Die Bundesrepublik trat dem Nichtverbreitungsvertrag am 28.11.1969 bei. Am 1./2.12.1969 gelang auf dem Haager Gipfel ein Durchbruch in den deutsch-französischen Beziehungen und eine Relance des europäischen Einigungsprozesses. Zum Haager Gipfel vgl. Marie-Thérèse Bitsch, *Le sommet de la Haye. La mise en route de la relance de 1969*, in: Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises*, S. 539.

Warum gibt es im politischen Leben Deutschlands so wenig „positive“ Feier- und Gedenktage? Gibt es hierzu überhaupt Anlässe? Diese gibt es sehr wohl, so etwa den 5. Mai, an dem die Bundesrepublik Deutschland 1955 endlich wieder souverän wurde. Doch ist jene Zäsur schon damals nicht entsprechend gefeiert worden. Das „Kabinetstück“ ist vielmehr ein anschauliches Beispiel dafür, wie eine angemessene Reaktion der Öffentlichkeit auf eine fundamentale außenpolitische Veränderung an vielen Widerständen und Ängsten scheiterte: an außen- und innenpolitischen Rücksichtnahmen, an parteipolitischer Zerstrittenheit, vor allem aber an einer Mentalität der deutschen Gesellschaft, deren Bedarf an nationalen Zeremonien fürs erste gedeckt war.

Helmut Vogt

„Wir stehen als Freie unter Freien“

Der Tag der Souveränität am 5. Mai 1955

Das formelle Ende von zehn Jahren alliierter Besatzungsherrschaft bot eigentlich alle Voraussetzungen für eine denkbar breite Anteilnahme der Öffentlichkeit. Anlass zu feiern gab es in der Tat genug: Immerhin waren die westlichen Siegermächte so weit von der Nachhaltigkeit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation Westdeutschlands überzeugt, dass sie jene Kontroll- und Interventionsmechanismen aufzugeben bereit waren, welche die 1949 gegründete Bundesrepublik für eine ursprünglich unbegrenzte Übergangsperiode in ihrer Souveränität einschränkten¹. Zumindest in alliierten Kreisen sah man dies noch als Wagnis an, als heiklen Schritt mit unsicherem Ausgang: Ende März 1955 versicherten sich etwa Harold Macmillan, zu diesem Zeitpunkt Verteidigungsminister, und sein Staatssekretär Lord Carrington gegenseitig, wie unwirklich zu Beginn des Zweiten Weltkriegs die Aussicht angemutet hätte, im Frühjahr 1955 mit einem künftigen deutschen Verteidigungsminister beim Mittagessen zu sitzen². Und hätten diejenigen Deutschen, welche die Restitution der Staatlichkeit als überfällig ansahen, nicht zumindest die Leistung Konrad Adenauers anerkennen müssen, die Geduld, die der Kanzler in zähen Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren und den sie entsendenden Regierungen bewiesen hatte, sein taktisches Geschick, das am Ende die Strategie kluger Integrationsschritte mit der zehn Jahre lang entbehrten Souveränität belohnte? Was der Regierungschef nach erfolgreichem Abschluss der Pariser Verträge im Oktober 1954 von seinen Mitbürgern erwartete, war indes weniger die Anerkennung dieser politischen Leistung als vielmehr das Wissen um die hohe Bedeutung dieser Zäsur als definitiven Endpunkt von Natio-

¹ Zum Nebeneinander von Grundgesetz und Besatzungsstatut vgl. Helmut Vogt, Wächter der Bonner Republik. Die Alliierten Hohen Kommissare 1949–1955, Paderborn 2004, S. 13–23 u. S. 68–84, hier auch weiterführende Literatur.

² Tagebucheintrag vom 28. 3. 1955, in: Peter Catterall (Hrsg.), The Macmillan Diaries. The Cabinet Years, 1950–1957, London 2003, S. 408 f.

nalsozialismus, Krieg und Besetzung. In diesem Sinne wollte er den „Tag der Souveränität“ vom ganzen Volke in gebührender Feierlichkeit begangen wissen³.

Der sonst für politische Stimmungen so sensible Kanzler hätte es besser wissen müssen. Schon die öffentliche Reaktion auf die erste, die „kleine“ Revision des Besatzungsstatuts vom 6. März 1951 war für die Beteiligten enttäuschend ausgefallen. Denn der Akt wurde, wie Frankreichs Hochkommissar André François-Poncet verstimmt nach Hause berichtete, als bloße Selbstverständlichkeit aufgenommen. Noch deutlicher formulierte damals der Schweizer Missionschef Alfred Huber die Ursachen: „Es ist zu viel Zeit verstrichen zwischen Ankündigung und Verwirklichung; der psychologische Moment wurde verpasst! [...] Bei dieser Politik ‚Schritt um Schritt‘ und des Aushandelns der Souveränität gegen deutsche Konzessionen kommt es aber begreiflicherweise nie zum richtigen stimmungsmäßigen Widerhall im deutschen Volk.“⁴ Ganz ähnlich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in ahnungsvoller Einstimmung auf einen verpatzten 5. Mai 1955: „Das Gewohnte wird uninteressant und schnell übersehen. Man hat unendlich viel für und gegen die Pariser Verträge geredet. Das bringt uns alle in Gefahr, ihre heutige Hinterlegung als selbstverständlich hinzunehmen.“ Der *Spiegel* verpackte seine übliche Häme über die ausgefallene Feierlichkeit in ein Zitat eines italienischen Pressekorrespondenten: „Es erinnert mich an die Hochzeit eines Paares, das schon einige Kinder hat: Das Verhältnis wird legitimiert.“⁵ So konnte man die mittägliche Zeremonie im Kanzleramt durchaus sehen, denn die grundsätzliche Entscheidung war eben bereits im Frühjahr 1952 gefallen. Auch wenn der Generalvertrag und die Abmachungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wegen fehlender Ratifizierung durch das französische Parlament formell nie in Kraft traten und im Herbst 1954 durch die – für Westdeutschland weit günstigere – Nato-Lösung ersetzt wurden, gehörte der Bundeskanzler (und Außenminister) längst zum Kreis der westeuropäischen Staatsmänner. Dem verkrampften Streben nach Feierlichkeit anlässlich des formellen Vollzugs der Souveränität haftete also bereits unleugbar etwas Gequältes an. Dies war nach Lage der Dinge nicht zu ändern, hätte den Tag selbst jedoch weit weniger beeinträchtigt, wäre seine Vorgeschichte nicht durch ein Bündel weiterer Konflikte und Misslichkeiten, sowohl innen- als außenpolitisch, belastet gewesen.

Das Ringen um den Termin

Mit ihrer Zustimmung zu den Pariser Verträgen machte die französische Nationalversammlung am 29./30. Dezember 1954 den Weg für die formelle Beendi-

³ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 26. 10. 1954, S. 1781; vgl. Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, Stuttgart 1966, S. 433.

⁴ Manfred Tödt (Hrsg.), *Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland. Berichte der Schweizer Gesandtschaft in Bonn 1949–1955*, München 1987, Dok. 20, S. 52 f. (Zitat); vgl. auch Hans-Manfred Bock (Hrsg.), *Les Rapports Mensuels d'André François-Poncet. Haut-Commissaire français en Allemagne 1949–1955, Bd. 1*, Paris 1996, S. 121.

⁵ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. 5. 1955, S. 1: „Geschichtliches Datum“; *Der Spiegel* vom 11. 5. 1955, S. 10.

gung des Besatzungsregimes frei. Eine – für den Fall des Scheiterns – vorsorglich zwischen Bonn, London und Washington eingeleitete Auffanglösung konnte damit abgesetzt werden. Jetzt war Adenauer am Zuge: Ohne deutsche Zugeständnisse in der Saarfrage würde Frankreich die Hinterlegung der Vertragsurkunden verweigern und so die Rückgabe der Souveränität weiter hinauszögern. Am 27. Februar 1955 schließlich stimmte der Bundestag nach harten Debatten in dritter Lesung zu. Von diesem Zeitpunkt an konnte überhaupt erst die konkrete Ausgestaltung des „Tages der Souveränität“ in Angriff genommen werden. Gleichzeitig drängte der Kanzler die Franzosen, durch baldige Hinterlegung der Dokumente völkerrechtliche Fakten zu schaffen, bevor weitere sozialdemokratische Störmanöver oder gar das von der SPD angerufene Bundesverfassungsgericht den Erfolg in Frage stellen konnten. Rückendeckung für diese Eile kam aus Washington. Den Versuchen der französischen Partner, den ausstehenden Akt als „bargaining weapon in bilateral negotiations [...] on Saar and Roehling matters“ zu benutzen, sei diplomatischer Druck entgegenzusetzen, verfügte Außenminister John Foster Dulles. Noch im April 1955 müssten alle Hürden abgebaut werden⁶.

Als erster von deutscher Seite avisierter Termin ist der 15. April 1955 greifbar. Dieses Datum erwähnte Adenauer sowohl gegenüber US-Hochkommissar James Conant⁷ als auch im Kabinett, wo der Tagesordnungspunkt „Tag der Wiedererlangung der Souveränität“ am 23. März 1955 behandelt wurde⁸. Wenige Tage später wurde eine so frühe Hinterlegung der Vertragsurkunden bereits wieder verworfen: Nachdem Adenauer zunächst vom einem Ende des Besatzungsregimes vor Aufnahme Westdeutschlands in die NATO ausgegangen war, ließ er jetzt durch Herbert Blankenhorn, Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, mitteilen, die Bundesregierung sei bereit, die noch ausstehende niederländische Ratifizierung der NATO-Verträge abzuwarten. Das jetzt genannte Ziel – den 10. Mai 1955 – hielt der britische Hochkommissar Frederick Hoyer Millar für etwas zu früh, schlimmer noch: Der Jahrestag des Beginns der deutschen Westoffensive von 1940 sei, so der Diplomat, für Niederländer, Belgier und Franzosen mit schlechten Erinnerungen verbunden. Hoyer Millar plädierte deshalb für den 15. Mai⁹. Noch mehr Zeit glaubte die französische Seite zu benötigen, um den Deutschen vor Rückgabe der Souveränität noch einige Zugeständnisse in der Saarfrage abzutrotzen. Armand Bérard, langjähriger stellvertretender Hochkommissar

⁶ Diese Bedenken übermittelte Adenauer Anfang April durch Blankenhorn dem französischen Hochkommissar. Tagesbericht François-Poncets an Pinay vom 5. April, in: Documents Diplomatiques Français, 1955, Bd. 1, Paris 1987, Dok. 173, S. 403; Dulles an US-Botschaft Paris, 7. 5. 1955, in: Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS), 1955–1957, Bd. 5: Austrian State Treaty; Summit and Foreign Ministers Meetings, 1955, hrsg. von Charles S. Sampson, Washington 1988, Dok. 90, S. 138–141, hier S. 139.

⁷ Hancock an Foreign Office (FO) vom 23. 3. 1955, in: Public Record Office, Kew (künftig: PRO), FO 371/118261.

⁸ Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv von Friedrich P. Kahlenberg, Bd. 8, 1955, bearb. von Michael Hollmann und Kai von Jena, München 1997, 77. Sitzung, S. 204 ff.

⁹ Hoyer Millar an FO vom 22. u. 28. 3. 1955, in: PRO, FO 371/118261.

in Bonn, jetzt diplomatischer Berater des französischen Ministerpräsidenten Edgar Faure, nannte einen Zeitkorridor zwischen Ende Mai und Mitte Juni 1955, offenbar eine Zumutung für die Verbündeten, denn nur zwei Tage später korrigierte der französische Außenminister Antoine Pinay gegenüber Dulles und dem britischen Premierminister Anthony Eden seine Vorstellungen deutlich und brachte den 7. Mai ins Gespräch¹⁰. Jedoch gab es auch im Bundeskabinett durchaus Stimmen, die sich aus Gründen der Symbolik für einen späteren Termin aussprachen. Die Minister Gerhard Schröder, Hans Christoph Seebohm und Robert Tillmanns hielten den 23. Mai, den Jahrestag des Inkrafttretens des Grundgesetzes, für besonders geeignet. Franz Josef Strauß plädierte vehement für den 17. Juni. Die letzte Entscheidung sollte allerdings, darin war sich die Ministerrunde einig, beim Kanzler liegen¹¹.

Adenauer hatte nämlich die Kabinettsitzung vom 20. April vorzeitig verlassen, um ein diplomatisches Husarenstück zum Abschluss zu bringen, das allen hier ventilierten Terminen die Grundlage entziehen sollte. Die amerikanische Regierung war die französische Taktik, durch Herauszögern des letzten formalen Aktes wirtschaftliche Zugeständnisse in der Saarfrage zu erpressen, leid und hatte – gegen den Rat ihrer Pariser Botschaft – ihren Vertreter angewiesen, zur Beschleunigung der Angelegenheit die beiden Urkunden zum Deutschland- und zum Truppenvertrag zu hinterlegen. Adenauers Kalkül, die Briten auf seine Seite zu bringen und so den Druck auf Paris zu erhöhen, scheiterte allerdings an der Weigerung Londons, den Vertreter Frankreichs im Regen stehen zu lassen und die Wiedererlangung der Souveränität vollends zur Farce werden zu lassen („rather painfully isolate the French High Commissioner from his two colleagues and make the eventual ceremonial ending of the occupation rather an anticlimax“)¹². Trotzdem bemühte sich London intensiv darum, den französischen Partnern einen Termin Anfang Mai 1955 schmackhaft zu machen¹³.

Noch am 19. April war man davon überzeugt, dass die Hinterlegung der amerikanischen Exemplare der Verträge ein politisch kalkulierter Alleingang bleiben würde¹⁴. Nachdem jedoch einen Tag später zur Mittagszeit ein sichtlich erleichteter US-Hochkommissar seine zwölfzeilige Ansprache (auf Deutsch) hinter sich gebracht hatte, nahm die kleine Zeremonie im Kanzleramt eine unerwartete Wendung. Wie erst im letzten Augenblick mit dem Kabinett abgestimmt, teilte Adenauer dem verdutzten Conant mit, auf deutscher Seite sofort auch die beiden

¹⁰ Hoyer Millar an FO vom 12. 4. 1955, in: PRO, FO 371/118262; vgl. Ulrich Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur „Entente élémentaire“. Bd. 1: 1949–1958, München 2001, S. 824 f.; US-Botschaft Paris an State Department vom 14. 4. 1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, Dok. 91, S. 141 f.

¹¹ Vgl. Kabinettsprotokolle 1955, 79. Sitzung am 20. 4. 1955, S. 240 ff.

¹² US-Botschaft Paris an State Department vom 14. 4. 1955, in: FRUS 1955–1957, Bd. 5, Dok. 91, S. 141 ff.; Zitat: Hoyer Millar an FO vom 18. 4. 1955, in: PRO, FO 371/118263; vgl. Vogt, Wächter der Bonner Republik, S. 245 f.

¹³ Britische Botschaft in Paris an FO vom 14. 4. 1955, Aide Mémoire vom 16. 4. 1955, und FO an Botschaft vom 18. 4. 1955, in: PRO, FO 371/118207.

¹⁴ Hoyer Millar an FO vom 19. 4. 1955, in: PRO, FO 371/118264.

von Bundespräsident Theodor Heuss unterschriebenen Vertragstexte hinterlegen zu wollen. Vor der Bundespressekonferenz rechtfertigte Pressechef Felix von Eckardt den Vertrauensbruch mit Adenauers angeblicher Rücksichtnahme auf die „Kollegen von der optischen Fakultät“, die „mit ihren Apparaten nun einmal da seien“; auf diplomatischer Ebene ließ Blankenhorn verlauten, die deutsche Sinnesänderung sei erst am Morgen des 20. April im Kabinett beschlossen worden, und zwar mit Stoßrichtung auf die Landtagswahl in Niedersachsen am 24. April. Dem wahren Motiv des Kanzlers dürfte am nächsten kommen, was dieser wenige Tage später auf Nachfrage des Bundespräsidenten antwortete: Er glaube, „dass dieser Akt – obwohl er ohne Fühlungnahme mit England und Frankreich erfolgt sei – politisch in Richtung Frankreich gut gewirkt habe“¹⁵.

Mit dieser Einschätzung hatte er zweifellos recht. Bereits zwei Tage nach der Brückierung der Partner nannte Außenminister Pinay in einem Interview am Londoner Flughafen den 5. Mai 1955 als Hinterlegungstermin für die restlichen Urkunden und beendete damit die Spekulation in der deutschen Presse, der „Tag der Souveränität“ würde auf den 8. Mai fallen, den Jahrestag der Kapitulation von 1945. Auch wenn tags darauf behauptet wurde, die französische Regierung sei wegen dieses angeblichen Alleingangs konsterniert, stabilisierte sich das Datum. Am 23. April meldete Blankenhorn das Einverständnis der Bundesregierung. Voraussetzung war die Bereitschaft des Bundespräsidenten, seine Reisepläne zu ändern und am Nachmittag des 5. Mai rechtzeitig in Bonn zu sein. Auf diese Weise konnte Adenauer beruhigt zu der für den Folgetag einberufenen Tagung der Westeuropäischen Union fahren¹⁶.

Vorüberlegungen zur Programmgestaltung des „Tages der Souveränität“

Weder die lange Vorlaufzeit des Verfahrens noch der sich abzeichnende Widerstand der Opposition konnten Adenauer von seinem Plan abbringen, „die Wiedererlangung der Souveränität [...] in einem festlichen Akt in Bonn zu begehen“. Die außenpolitischen Bestandteile – Hinterlegung der Urkunden und Überreichung der Beglaubigungsschreiben der nun zu Botschaftern mutierten Hohen Kommissare – gab er vor. Für die weitere Programmgestaltung bat er am 23. März die Kabinettskollegen um Vorschläge, in einer Art *brainstorming*, denn der Tagesordnungspunkt wurde ohne Vorlage behandelt¹⁷. Zahlreiche Ressortchefs schlossen sich Innenminister Schröders Überzeugung an, dass ein reiner Festakt keinesfalls aus-

¹⁵ Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA), B 145 I/48, Protokoll der Pressekonferenz des Bundespresseamts vom 20. 4. 1955; Hoyer Millar an FO vom 20. 4. 1955, in: PRO, FO 371/118264; Adenauer – Heuss. Unter vier Augen. Gespräche aus den Gründerjahren 1949–1959, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1999, Dok. 37, 25. 4. 1955, S. 161.

¹⁶ FO an britische Botschaft Paris vom 22. 4. 1955, Hoyer Millar an FO vom 23. 4. 1955, und FO an britische Botschaft Washington vom 23. 4. 1955, in: PRO, FO 371/118208; Hoyer Millar an FO vom 26. 4. 1955, in: PRO, FO 371/118264; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. 4. 1955, S. 1: „Frankreich will am 5. Mai hinterlegen“.

¹⁷ Kabinettsprotokolle 1955, 77. Sitzung am 23. 3. 1955, S. 204 ff.

reiche, „man bei der Ausgestaltung eines solchen Feiertages noch Augenfälligeres tun müsse, wenn man einen nachhaltigen Eindruck bei der Bevölkerung hinterlassen wolle“. Man überbot sich bei der Nennung symbolträchtiger Aktionen: Die tägliche Beflaggung der Dienstgebäude sollte am großen Tag durch die Bundesminister persönlich erfolgen, die Bevölkerung aufgefordert werden, an ihren Häusern gleiches zu tun. Die Proklamation der Wiederherstellung der Souveränität würde in Form von Plakatanschlägen bekanntgegeben oder gleich per Lautsprecher übertragen werden. Durch Ansprachen von Kanzler und Staatsoberhaupt sollte „auch der Akt der feierlichen Überreichung der Urkunden [...] sehr betont herausgehoben werden“. Selbstverständlich waren auch die scheidenden Prokonsuln aufgefordert, „durch symbolische Gesten“ den feierlichen Charakter des Ereignisses zu unterstreichen. Auf örtlicher Ebene wurden offizielle Besuche alliierter Truppenkommandeure bei „ihrem“ Bürgermeister oder Landrat vorgeschlagen. Und da man bereits einen ganzen Strauß an entsprechenden Möglichkeiten beisammen hatte, folgte prompt die Idee, die Maßnahmen zeitlich so geschickt zu strecken, „dass die Nachwirkung in der Presse noch mehrere Tage anhalten würde“. Den Vorschlag des Ministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, Adenauer solle in einer Sondersitzung des Bundestages „der 10jährigen Wiederkehr von Kapitulation, Flucht und Vertreibung gedenken“, nahm der Kanzler zum Anlass, seine eigenen Vorstellungen darzulegen: Kein Festakt im Parlament, „da die Opposition sich an einem solchen Festakt nicht beteiligen werde, wenn er das Wort ergreife“. Stattdessen viel öffentlicher Lärm: Glockengeläut am Vorabend, am Tag selbst Platzkonzerte durch den Bundesgrenzschutz, Bekanntgabe der Proklamation an die Bevölkerung. Die festliche Übergabe der Urkunden sollte im Bundesratssaal erfolgen, wo seinerzeit das Grundgesetz verabschiedet worden sei. Festgottesdienste am nachfolgenden Sonntag, eventuell eine Nachfeier im Lager Friedland. Die von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard vorgeschlagene „allgemeine Produktions- und Verkehrsstille“ hielt Adenauer für erwägenswert, denn die Proklamation des Datums zum gesetzlichen Feiertag wurde wegen rechtlicher Schwierigkeiten verworfen. Staatssekretär Hans Globke, des Kanzlers rechte Hand in der Innenpolitik, erhielt den Auftrag, einen Ausschuss zur Ausarbeitung eines Festprogramms einzurichten, und zwar „unter Verwertung der vom Kabinett gemachten Anregungen“.

Dem am 2. April eingesetzten Gremium gehörten unter Federführung des Innenministeriums Referenten der betroffenen Ressorts und je ein Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche an. Es nahm drei Tage später seine Arbeit auf¹⁸. Als offizielle Bezeichnung für die Veranstaltung wurde einstimmig der Vorschlag „Tag der Souveränität“ ausgewählt. Ansonsten zeigten sich die Experten aus den Ministerien bemüht, die spontanen Einfälle ihrer Ressortchefs auf das politisch Machbare zu reduzieren. Durch alle Programmvorschläge zieht sich somit die Rücksichtnahme auf all diejenigen, welche aus unterschiedlichsten Gründen wenig Anlass sahen, die Ersetzung von Besatzungsrecht durch Vertrags-

¹⁸ BA, B 136/3005, Vermerk des Kanzleramts vom 19. 4. für die Kabinettsitzung am 20. 4. 1955; Programmentwurf des Bundesministeriums des Innern vom 6. 5. 1955, abgedruckt in: Kabinettsprotokolle 1955, 79. Sitzung am 20. 4. 1955, S. 236–240.

recht aufwändig zu feiern. Das vorgeschlagene vorabendliche Glockengeläut fiel den Bedenken der Kirchen zum Opfer. Man befürchtete eine Schwächung der Schwestergemeinden in der DDR, die sich bis dahin erfolgreich gegen eine politische Instrumentalisierung gewehrt hätten. Auch die Länder wollte man lediglich „bitten, Beflagungen und Schulfeiern durchzuführen“. Es sei nicht zu erwarten, „dass alle Bundesländer weitergehenden Empfehlungen des Bundes nachkommen würden“. Die heikle Beteiligung des Bundestags sollte dadurch entschärft werden, dass nicht der parteipolitisch festgelegte Kanzler, sondern der politisch neutrale Bundespräsident, im Verhinderungsfalle der Bundestagspräsident, die Festrede hielt. Auch der westdeutschen Arbeiterschaft war man sich nicht sicher. Die Ausschussmehrheit hatte „erhebliche Bedenken [...] Stillelegung der Arbeit, Sirenengeheul und Verlesung der Proklamation in den Betrieben zu veranlassen“. Überhaupt bevorzugten die Fachleute eher ein stilles Gedenken: Konzerte durch Grenzschutz und Bereitschaftspolizei stünden nicht in Zusammenhang mit dem Anlass, könnten darüber hinaus der DDR Munition für ihre Militarismusbeschuldigung liefern, ein Vorwurf, den man gerade in Zusammenhang mit der anstehenden Wiederbewaffnung vermeiden wollte.

Bis zur Präsentation der Ausschussvorschläge im Kabinett vergingen zwei Wochen, Zeit genug also, um die wichtigsten Punkte der Vorlage an die Presse durchsickern zu lassen. Die Stellungnahmen der SPD, des FDP-Vorsitzenden (und Adenauer-Kritikers) Thomas Dehler, aber auch der regierungsfreundlichen Presse seien „ausschließlich negativ“, warnte ein Vermerk des Kanzleramts, der sich offensichtlich auf den FAZ-Artikel „Wird der Tag der Souveränität gefeiert?“ vom 15. April stützte. Zweifel an Adenauers Überzeugung, die Souveränität sei auch in gesamtdeutschem Kontext ein bedeutendes Ereignis, welches vor der Weltöffentlichkeit zelebriert werden müsse, gingen danach bis hinein in die CDU. Beim Koalitionspartner FDP herrsche ohnehin die Überzeugung vor, die Kapitulation der Wehrmacht von 1945 und das Ende von zehn Jahren Besatzung seien kein Grund zu feiern, erst die Zukunft werde erweisen, ob die ausgehandelten Verträge wirkliche nationale Unabhängigkeit bringen würden, und so lange die Teilung andauere, gebe es ohnehin nichts zu feiern¹⁹.

Vor den Journalisten trat Pressesprecher Edmund Forschbach am 15. April Gerüchten entgegen, der 8. Mai solle zum gesetzlichen Feiertag werden. Es sei nur „einmal erwogen worden, ob man die Inkraftsetzung des Deutschlandvertrages in der Öffentlichkeit besonders würdigen solle“. – „Aber die Bundesregierung überlegt, ob diese Wiederlangung der Souveränität nicht Gegenstand einer würdigen Feier sein sollte“, verlautete es vorsichtig am 20. April, nicht ohne Grund, denn die SPD nahm die am selben Tag erfolgte Hinterlegung der Urkunden durch die USA und Deutschland zum Anlass, unter Verweis auf die fortbestehende deutsche Tei-

¹⁹ BA, B 136/3005, Vermerk des Kanzleramts vom 19. 4. für die Kabinettsitzung am 20. 4. 1955; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. 4. 1955, S. 1: „Wird der Tag der Souveränität gefeiert?“ Als Beleg für weitergehende Spekulationen die Voraussage, Heinrich von Brentano, Nachfolger Adenauers an der Spitze des Auswärtigen Amtes, werde bereits während der Feierstunde „als neuernannter Außenminister der Bundesrepublik auf der Regierungsbank des Plenarsaals sitzen“; Frankfurter Neue Presse vom 14. 4. 1955: „Tag der Souveränität wird feierlich begangen“.

lung in scharfer Form gegen alle Pläne zu protestieren, einen so genannten „Tag der Souveränität“ feierlich zu begehen²⁰. So endete das hochfliegende Vorhaben in Resignation. „Die seit längerer Zeit diskutierten Pläne seien in der Öffentlichkeit heftig kritisiert worden. Es bleibe nur übrig, dass der Bundestag zur Entgegennahme einer Erklärung der Bundesregierung versammelt werde“, skizzierte Innenminister Schröder am Vortage des Ereignisses das reduzierte Programm. Nicht einmal reden durfte Adenauer vor dem Parlament. Erschreckt von der Drohung der SPD, sie werde im Falle einer formellen Regierungserklärung den Saal verlassen, hatte der Kanzler sich damit zufriedenzugeben, nach der mittäglichen Hinterlegungszeremonie im Palais Schaumburg mit dem Kabinett in den Bundestag zu ziehen, um hier „dem Bundestagspräsidenten eine schriftliche Mitteilung über die Wiedererlangung der deutschen Souveränität [zu] überreichen“. Die Befürworter einer feierlichen Ausgestaltung waren zu Gefangenen ihrer eigenen Argumentation geworden. War ihnen der Tag wirklich wichtig, galt es „Zurückhaltung [zu] üben, um unwürdige Szenen an diesem bedeutsamen Tage zu vermeiden“²¹. Wozu die SPD in dieser Hinsicht fähig war, hatte sie im Sommer 1952 bewiesen, als sie durch parlamentarische Tricks den Abschiedsempfang des Bundestagspräsidenten für den scheidenden US-Hochkommissar John McCloy sabotierte²².

Die Selbstauflösung der Alliierten Hohen Kommission

Spätestens seit Unterzeichnung des Generalvertrages am 26. Mai 1952 war das Ende der einst ausgedehnten alliierten Kontrollbürokratie abzusehen. Daran änderte auch die verzögerte Ratifizierung nichts. Allerorten war seitdem Personal abgebaut worden, oft bis an den Rand der Handlungsfähigkeit²³. Einen Tag nach Billigung der Saarverträge durch den Bundestag einigten sich die drei Hochkommissare darüber, die Auflösungsentscheidung in die 109., die letzte Sitzung des Alliierten Rates, ihres höchsten Beschlussgremiums, zu integrieren. Ende März 1955 wurde der Text der begleitenden Proklamation entworfen. Die untergeordneten Ausschüsse waren angewiesen, noch offene Vorgänge bis zum 1. Mai abzuschließen. Am 20. April stimmte man die Prozedur der Übergabe mit Blankenhorn ab, der im Kanzleramt vom ersten Tage an die Verbindungsstelle zur Alliierten Hohen Kommission geleitet hatte²⁴.

²⁰ Vgl. Kommentar von Hans Schmitz: „Feiertag?“, in: Neue Rheinzeitung vom 14. 4. 1955; BA, B 145 I/48, Protokoll der Pressekonferenz des Bundespresseamts vom 15. 4. u. 20. 4. 1955; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 4. 1955, S. 1: „Bonn und Washington gehen voran“.

²¹ Kabinettsprotokolle 1955, 80. Sitzung am 4. 5. 1955, S. 267.

²² Für Einzelheiten vgl. Vogt, Wächter der Bonner Republik, S. 220.

²³ Entsprechende Schwierigkeiten zeigte die letzte spektakuläre Intervention, die konzertierte Verhaftung des ehemaligen Goebbels-Staatssekretärs Werner Naumann und seines „Gaulenkreises“ in der Nacht vom 14. auf den 15. 1. 1953 durch den ausgedünnten Sicherheitsdienst der Briten. Vgl. Vogt, Wächter der Bonner Republik, S. 185 f.

²⁴ Hoyer Millar an FO vom 28. 2. 1955, in: PRO, FO 371/118260; 108 u. 109. Treffen des „General Committee“ der stellvertretenden Hochkommissare vom 30. 3. u. 20. 4. 1955, in: PRO, FO 371/118165.

Ort des letzten Aktes am 5. Mai 1955 sollte die US-Hochkommission am Rhein sein, die man 1951 in einem enormen Kraftakt erbaut und von vornherein auf die Bedürfnisse einer künftigen Botschaft in der Bundesrepublik Deutschland ausgelegt hatte. Hierhin hatte man, nachdem die Unterzeichnung der Verträge die gewohnt ostentative Ausübung der Herrschaft vom exponierten Petersberg aus inopportun erscheinen ließ, die gemeinsame Dreimächte-Verwaltung verlagert und so dem Partner Adenauer die verhasste Auffahrt²⁵ auf den hochgelegenen „Monte Veto“ erspart. An der südlichen Längsseite des Konferenzraumes waren Pressetribünen installiert worden. Im Blitzlichtgewitter der Fotografen zogen die letzten drei Amtsinhaber, nachdem sie das Ergebnis von zehn Jahren Besetzungsgesetzgebung außer Kraft gesetzt hatten, um 11 Uhr einen Schlussstrich unter fast sechs Jahre alliierter Vormundschaft: „In Anbetracht des neuen Verhältnisses zwischen der Französischen Republik, den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinigten Königreich [...] einerseits und der Bundesrepublik Deutschland andererseits [...] verkünden wir [...] gemeinschaftlich im Namen und in Vollmacht unserer Regierung, dass das Besatzungsstatut aufgehoben ist und dass die Alliierte Hohe Kommission und die Dienststellen der Landeskommisssare in der Bundesrepublik aufgelöst sind.“²⁶

„Noch eine Stunde haben wir die Macht“, witzelte François-Poncet, allein der bloße Anschein sprach dagegen. Nicht nur, dass man die Presse ins Allerheiligste einer alliierten Ratssitzung vorgelassen hatte, die Vertreter der Vierten Gewalt erwiesen sich schnell als die wirklichen Herren. Film- und Fotoreporter kletterten über Tische und Bänke, schubsten und stießen sich und erreichten nach zahlreichen Anläufen jenen kreuzweisen Händedruck der drei Prokonsuln, der am deutlichsten die erwünschte Botschaft von einer glücklich abgeschlossenen Mission in die Sprache der Bilder umsetzte²⁷. Pünktlich zum Inkrafttreten der Proklamation erschienen François-Poncets Cadillac und der Rolls Royce des britischen Hochkommissars Hoyer Millar um 12 Uhr vor dem Kanzleramt. Conant, der Dritte im Bunde, fehlte, da er den Hinterlegungsakt bereits am 20. April vollzogen hatte. Adenauer schloss den abwesenden US-Vertreter ausdrücklich in seine Ansprache ein und bedankte sich bei den Hohen Kommissaren für Verständnis und Wohlwollen. Stärker als in Deutschland selbst war bei den beteiligten ausländischen Mächten der Sinn für die Bedeutung des Tages ausgeprägt. Der französische Außenminister ließ durch François-Poncet eine Grußbotschaft überreichen, die den neuen Platz der Bundesrepublik „in der Europäischen Gemeinschaft und im Atlantischen Bündnis“ betonte und bilateral Zusammenarbeit und Annäherung beschwor. Sein Amtskollege Macmillan hieß den jungen Staat „in der Gemeinschaft der westlichen Nationen willkommen“, er sprach gar

²⁵ Vgl. die diesbezügliche Darstellung François-Poncets in seiner Rückschau vom 3. 5. 1955, in: Bock (Hrsg.), *Rapports*, S. 1393.

²⁶ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 7. 5. 1955, S. 710; dreisprachige Fassung in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, III. Reihe, Bd. I: 5. Mai bis 31. Dezember 1955, bearb. von Ernst Deuerlein, Frankfurt 1961, S. 3 ff.

²⁷ Detailreiche Schilderung in: *Der Spiegel* vom 11. 5. 1955, S. 9 f.

324 Aufsätze

von einem Abschluss der „vergangenen Kapitel und der Besetzung“ und meinte, dass die Bundesrepublik „unter der weisen Führung ihres Bundeskanzlers Dr. Adenauer“ eine „wichtige Rolle bei der Erhaltung des Friedens und dem Aufbau eines neuen Europas“²⁸ spielen werde, ein gewiss schönes Lob für den Architekten der Westintegration, für den die wenigen feierlichen Minuten im mittäglichen Kanzleramt angesichts dessen, was noch durchzustehen war, zweifellos einen Höhepunkt des Tages darstellten.

Schauplatz Bundestag

Im Kabinett, wo man ab 12.15 Uhr zusammensaß, blieb Adenauer nur ein kurzer Ausdruck der Freude, „dass die Bundesregierung nunmehr einen souveränen Staat regiere und im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse ihre Entschlüsse vollkommen frei fassen könne“; danach galt es, die nach wie vor ungeklärte Form des Auftretens im Bundestag abzusprechen. Um 12.45 Uhr betrat die schwarz gekleidete Regierungsmannschaft den Plenarsaal des Bundestages. Dieser hatte die seit 11.50 Uhr unterbrochene Sitzung zu diesem Zeitpunkt wieder aufnehmen wollen, die Pause dann jedoch um eine weitere Stunde verlängert. Von der Diplomatentribüne sahen François-Poncet und Hoyer Millar amüsiert dem Rückzug des Kabinetts durch die Hintertür zu und beschlossen, erst einmal essen zu gehen. In der wiederaufgenommenen Kabinettsitzung äußerten die Regierungsmitglieder „ihr Befremden darüber, dass der Bundestag trotz vorheriger Benachrichtigung nicht zu dem von der Regierung erbetenen Zeitpunkt zur Entgegennahme der Erklärung bereit war“. Um 12.55 Uhr schließlich suchten Adenauer und Vizkanzler Franz Blücher „nach Voranmeldung“ den Bundestagspräsidenten auf, überreichten ihm die zu verlesende schriftliche Mitteilung des Kanzlers über den historischen Akt der wiedergewonnenen Souveränität und versicherten ihm, „die Bundesregierung sei entschlossen, auch dem Parlament gegenüber ihr Recht zu wahren“²⁹.

Als Präsident Eugen Gerstenmaier um 13.48 Uhr die unterbrochene Bundestagsitzung wieder eröffnete, waren die Bänke der SPD nur spärlich besetzt. Sie füllten sich erst wieder, als der Hausherr bereits mit dem Verlesen der lakonisch kurzen Mitteilung Adenauers beschäftigt war: „Die Vertreter der Französischen Republik und des Vereinigten Königreichs haben um 12 Uhr die Urkunden über die Ratifizierung des Deutschlandvertrags und des Truppenstationierungsvertrags hinterlegt. Da die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland die Hinterlegung schon vorher vorgenommen hatten, sind die Verträge in Kraft

²⁸ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 6. 5. 1955, S. 702 f.

²⁹ Kabinettsprotokolle 1955, Sondersitzung am 5. 5. 1955, S. 270 f.; 2. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, Bd. 24, 80. Sitzung am 5. 5. 1955, S. 4413 f.; Petra Weber (Bearb.), Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1949–1957, 2. Halbband, 182.–328. Sitzung, 1953–1957, Düsseldorf 1993, S. 185 ff.; vgl. Der Spiegel vom 11. 5. 1955, S. 10. Zum Vorspiel der parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Form der parlamentarischen Kenntnisnahme vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 5. 1955, S. 1: „Adenauer proklamiert das Ende der Besetzung“, z. T. wörtlich zitiert bei Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 430 ff.

getreten. Das Besatzungsregime ist damit beendet. Die Bundesrepublik Deutschland ist souverän.“ Hätte Adenauer die Form der Regierungserklärung gewählt, wäre nach der Geschäftsordnung eine Debatte nicht zu verhindern gewesen, unter der Gefahr, in einen dem Anlass unangemessenen politischen Schlagabtausch auszuarten³⁰. So folgten statt einer Aussprache lediglich Erklärungen der einzelnen Fraktionen. Heinrich von Brentano, der kommende Außenminister, würdigte für die CDU/CSU das Erreichte, hielt also eben die Rede, welche zu halten Adenauer verwehrt blieb. Sein Dank an den Kanzler für dessen Leistung wurde mit lebhaftem Beifall aus den Reihen der Regierungsparteien quittiert. Oppositionsführer Erich Ollenhauer rechtfertigte ohne jede Umschweife die Verweigerungshaltung der SPD: Für das deutsche Volk biete „die Ablösung des bisherigen Besatzungsrechts [...] keinen Anlass zum Feiern“. Die neue politische Bewegungsfreiheit sei „schwerwiegend eingeschränkt“ durch die eingegangenen NATO-Verpflichtungen und die von der Bundesregierung zugestandene vertragsrechtliche Übernahme ehemaliger Besatzungsbestimmungen. Vor allem: „Deutschland ist nach wie vor gespalten. Von der Souveränität Deutschlands kann erst die Rede sein, wenn Deutschland in Freiheit wiedervereinigt ist.“ Den Erklärungen der kleineren Parteien folgte eine zusammenfassende Würdigung des Bundestagspräsidenten, offensichtlich ein Versuch, doch noch ein Bewusstsein des Parlaments für die Bedeutung des Ereignisses verspüren zu lassen, dabei fast krampfhaft nach Gemeinsamkeiten suchend, aber die SPD blieb ungerührt. Beifall gab es nur aus dem Regierungslager. Nach kurzer Sitzungsunterbrechung nahmen die Abgeordneten mit der Beratung der 31. Verordnung über Zollsatzänderungen ihr profanes Alltagsgeschäft wieder auf³¹.

Am Nachmittag: Flaggenzeremonie im Park des Palais Schaumburg

„Von der seitens der Regierung ursprünglich geplanten Feierlichkeit anlässlich der Souveränitätserklärung ist nicht viel übrig geblieben“, berichtete der Schweizer Missionschef in seinem Tagesbericht nach Bern³²; um „dem Tag zumindest eine gewisse Weihe [...] zu geben“³³, inszenierte Adenauer am Nachmittag im kleinen Rahmen seines Amtssitzes eine Zeremonie von rührender Bescheidenheit. Im Park des Palais Schaumburg stellten sich um 15 Uhr eine Polizeikapelle und ein Ehrenzug des Grenzschatzes auf. Ähnlich wie in den anderen Ministerien wurde als äußeres Zeichen der Souveränität die Bundesflagge gehisst. Als Kulisse dienten jene, die ohnehin dort arbeiteten: Fahrer und Boten, Pförtner, Sekretärinnen, Beamte.

³⁰ Vgl. die spätere Darstellung des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt a. M. 1981, S. 423 f.: „Ich hatte Mühe zu verhindern, dass an dem Tag statt einer Feier eine neue Kampfdebatte im Bundestag stattfand.“

³¹ 2. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, Bd. 24, 80. Sitzung am 5. 5. 1955, S. 4414 ff. u. S. 4456.

³² Todt (Hrsg.), Anfangsjahre der Bundesrepublik, Dok. 68 vom 5. 5. 1955, S. 158.

³³ Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, S. 432, mit falscher Uhrzeit. Am Tag zuvor war im Kabinett „als Zeitpunkt [...] 15.00 Uhr festgesetzt“ worden. Kabinettsprotokolle 1955, 80. Kabinettsitzung am 4. 5. 1955, S. 267.

Auch die Presse war dabei, als ein verspätet eintreffender Bundeskanzler die Ehrenformation abschrift und anschließend die offizielle, auch im Radio übertragene Proklamation: „Wir stehen als Freie unter Freien“ verlas, gefolgt vom Abspielen des Deutschlandlieds. Von den engsten Mitarbeitern kamen die Glückwünsche. Staatssekretär Globke, auch im geschichtssträchtigen Moment ganz Jurist, hielt fest, dass dank der „wohlüberlegten, zielbewußten und zähen Arbeit“ seines Chefs „zehn Jahre minderen Rechts [...] ihr Ende gefunden“ hätten³⁴.

Der Abend: Gesetzte Feierlichkeit beim Bundespräsidenten

Mit einem solch abgespeckten Ersatz der ursprünglich geplanten Feierlichkeiten ließen sich die drei ehemaligen Hochkommissare nicht abspesen. Ihr Sendungsbewusstsein, ihr Sinn für Formen und Protokoll waren sprichwörtlich: Automobile, Salonzüge, Flugzeuge, exquisite Residenzen, Scharen von Personal, durchaus auch zur persönlichen Bedienung, hatten ihnen jahrelang den Status von Vizekönigen über Deutschland gegeben. Entsprechend ausgefeilt war die Planung für den Abgang. Für die Hinterlegung der Vertragsurkunden beim Kanzler beanspruchten sie die Anwesenheit des Staatsoberhauptes „und anderer ausgewählter Würdenträger“³⁵, doch das Vorpreschen der USA am 20. April schwächte die geübte Einheit der Trinität. Ein weiteres Missgeschick hinderte den US-Vertreter Conant daran, am späten Nachmittag beim Bundespräsidenten mit den Kollegen zur Übergabe seines Beglaubigungsschreibens vorzufahren: Wegen eines Versehens des State Department war seine Bestätigung durch den Senat nicht termingerecht erfolgt, der ehemalige Hochkommissar also seit 12 Uhr „diplomatisch nackt“, so seine über das transatlantische Telefon geäußerte Klage. Also konnten nur die Europäer in der Villa Hammerschmidt protokollgerecht ihre Kreditive vorweisen: François-Poncet um 18.15 Uhr, unmittelbar gefolgt vom alten/neuen britischen Botschafter, „Our Trusty and Well-beloved Sir Frederick Robert Hoyer Millar“, wie der Court of St James den Deutschen die Wahl der Königin präsentierte³⁶.

Die Krönung des Tages stellte zweifellos das abendliche Abschiedsdiner beim Bundespräsidenten dar, zu dem sich die Geehrten vorsichtshalber selbst eingeladen hatten: „We have yet to convince the German side that this would be a good idea“, hatte Hoyer Millar am 28. Februar über den Stand der entsprechenden Planungen ins Foreign Office berichtet. Eigentlich war dieser Akt ausschließlich als versöhnlicher Schlusspunkt einer langen, oftmals heiklen Kontroll- und Beratungstätigkeit der „Tutoren der Bonner Republik“ gedacht gewesen, ganz im Sinne der Schlussansprache François-Poncets vom Vormittag, in der er die Konzilianz der Wächter herausgestellt hatte, den Halbschlaf der Kommission in der

³⁴ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 6. 5. 1955, S. 701, und vom 7. 5. 1955, S. 710 f.; vgl. Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976–1951, Frankfurt a. M. 1979, S. 219; Der Spiegel vom 11. 5. 1955, S. 10 f.

³⁵ Hoyer Millar an FO vom 28. 2. 1955, in: PRO, FO 371/118260.

³⁶ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 7. 5. 1955, S. 709; vgl. James B. Conant, My Several Lives. Memoirs of a social inventor, New York 1970, S. 590 f. Beglaubigungsschreiben für Hoyer Millar, in: BA, B 122/22557.

zweiten Phase ihrer Existenz, die Verdienste um den Status des geteilten Berlin. Die ursprünglichen alliierten Planungen sahen deshalb eine strikte Rollentrennung vor: Die Reduzierung der ehemaligen Teilhaber an der Staatsmacht zu bloßen Botschaftern ihrer Regierungen sollte erst am Morgen des Folgetages stattfinden. Einer nach dem andern wollten sie einzeln beim Bundespräsidenten erscheinen, um den neuen Partnern das Trauma einer ungebrochenen Fortsetzung jeder alliierten Dreieinigkeit zu nehmen, an der sich so viele deutsche Politiker in den vorausgegangenen fünfzehn Jahren gerieben hatten („having to deal with a solid tripartite front, on the lines of the Allied High Commission, after the end of the Occupation“)³⁷.

Das Staatsbankett zu Ehren der gewesenen Hohen Kommissare bei Heuss fand im kleinen Kreis statt. Neben Adenauer und seinem Außenstaatssekretär Walter Hallstein nahm auf deutscher Seite Manfred Kläiber teil, der als Leiter des Präsidialamts in den vorausgegangenen Jahren zusammen mit seinem alliierten Partner die zahlreichen offiziellen Auftritte koordiniert hatte. Der neuen Rolle der Amtsinhaber als Botschafter gemäß waren die künftigen deutschen Vertreter in Paris und London, Vollrath von Maltzan und der langjährige Protokollchef Hans-Heinrich Herwarth von Bittenfeld zugegen, ferner Adenauers vertrauter Presseschef Felix von Eckardt, der die Interessen Bonns bei der UNO in New York vertreten sollte. Wenn Heuss die Anwesenden in seiner Tischrede als „Weggefährten“ bezeichnete, war dies in der Tat mehr als eine bloße Floskel.

In seiner sehr persönlichen, sehr sensiblen Auseinandersetzung mit zehn Jahren Besatzungsgeschichte („Zehn Jahre der Geduld“) sprach der Präsident von der zurückliegenden „seelischen Auseinandersetzung“, von einem „Freiwerden von Komplexen, die sich auf beiden Seiten eingenistet“ hatten, von „Globalvorstellungen, in die sich viele, viele, auf beiden Seiten, verliebt hatten und die erst ausgeräumt werden mussten in der Praxis gemeinsamer Beratung, der Begegnungen zwischen Besatzungsmacht und deutschen Behörden, deutschen Bürgern“. Wie weit lag sie zurück, jene unvergessene Lektion in alliierter *re-education*, die 1945 oder 1946 ein niederrangiger US-Besatzungsoffizier ihm, dem amtierenden Kultusminister von Württemberg-Baden, vermittelte, bevor der spätere Bundespräsident ihn wiederum in die Feinheiten deutscher Bildungstradition und -politik einführen konnte, ein Austausch, der in „eine fruchtbare, wechselseitige Freundschaft“ mündete. Aus der damaligen „Unterrichtsstunde in Geduld“ sei „ein Unterrichtsjahrzehnt im gleichen Fach geworden“, und der Inhaber des höchsten Staatsamts sah sich vom Herbst 1949 an herausgefordert, „diesen Zeitlauf mit rationaler Einsicht auszufüllen, mit Zähigkeit im Suchen nach rechten Formen“. Mit der „Geduld des Gärtners“, auch für Rückschläge („Gefahr durch Fröste“) gewappnet, habe man dem 5. Mai 1955 entgegengewartet, und mit diesem Bild war Heuss bei Adenauer angelangt, der Personifikation der Geduld in der Politik, dem Rosen züchtenden Architekten des Ausgleichs mit dem Westen, jetzt Adressat einer weiteren kraftvollen präsidialen Metapher: „Für den Gärtner

³⁷ PRO FO 371/118260. Zur Schlussansprache François-Poncets in Mehlem vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 5. 1955, S. 1: „Adenauer proklamiert das Ende der Besatzung“.

Adenauer zumal ist dieses ein großer Tag, da er hoffen darf, den von ihm umhегten Geschichtsraum vor Geröll bewahrt, für Frucht und Ernte gesichert zu haben.“

An die scheidenden Prokonsuln und ihre Vorgänger erging der Dank für ihre konstruktive („aus Einsicht helfend“) Mitwirkung an der Transformation als Voraussetzung für die erreichte völkerrechtliche Aufwertung. Und so vermochte Heuss, von der hohen, neutralen Warte des Staatsoberhauptes, am Abend eines turbulenten – für die Beteiligten nicht immer befriedigenden – Tages sowohl dem Kanzler auch als seinen alliierten Partnern gerecht zu werden, ohne dabei die Opposition unnötig zu brüskieren: Alles in allem sei dieser 5. Mai 1955 für Deutschland „ein sehr wichtiger Tag“, aber wegen der auf einen Teilstaat beschränkten Freiheit eben kein „stolzer“ Tag³⁸. Und wem das nicht genug war, der konnte sich an den wesentlich kräftigeren Farben delektieren, die US-Präsident Eisenhower in seiner von Botschafter Conant überbrachten Grußbotschaft auftrug: „Dies ist ein glückhafter Tag, an dem ein neues, kraftvolles und demokratisches Deutschland Schulter an Schulter mit den anderen Völkern der freien Welt zusammensteht.“³⁹

Nachklang

Wenige Tage später, so Adenauer in seinen Memoiren, suchte ihn „ein bedeutender Ausländer“ im Palais Schaumburg auf und drückte sein Erstaunen darüber aus, „dass die deutsche Öffentlichkeit von der Souveränitätserklärung der Bundesrepublik so wenig Notiz genommen hatte“⁴⁰. Ein Teil der heimischen Presse pflichtete dem bei: Sowohl die Hohen Kommissare als auch die Regierungen der neuen Partnerstaaten hätten sich bemüht, die Bedeutung dieses Tages zu unterstreichen. Das destruktive Hickhack zwischen Regierung und Opposition lasse auf unzureichende Regie schließen⁴¹. Auch die Schuldzuweisung des Kanzlers an die Sozialdemokraten fand publizistische Unterstützung: „Enttäuschung über die Mißerfolge der eigenen Parteipolitik“, nannte Richard Tüngel in der *ZEIT* als eigentliches Motiv. Den SPD-Einwand, hier würde eine bloße Scheinsouveränität gefeiert, wie sie sich zum Beispiel im NATO-Beitritt der Bundesrepublik manifestiere, wies er als überzogen zurück: An solchen Maßstäben gemessen seien nur Diktatoren wie Hitler und Stalin absolut souverän gewesen, denn sie konnten internationale Verträge brechen. Eine souveräne Bundesrepublik jedoch, so der entscheidende Fortschritt, brauche das Ergebnis künftiger Ost-West-Verhandlungen nicht mehr ohne weiteres zu akzeptieren⁴².

³⁸ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 7. 5. 1955, S. 709 f.; vgl. Felix von Eckardt, *Ein unordentliches Leben*, Düsseldorf 1967, S. 345.

³⁹ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 7. 5. 1955, S. 710.

⁴⁰ Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 432.

⁴¹ Vgl. *General-Anzeiger für Bonn und Umgebung* vom 6. 5. 1955. Die stärkere Wahrnehmung des Ereignisses im Ausland belegen die Glückwünsche von 14 Staatsoberhäuptern, die bis zum 10. Mai beim Bundespräsidenten eingegangen waren. Vgl. BA, B 122/32, passim.

⁴² „Der Sinn der Souveränität“, in: *Die Zeit* vom 12. 5. 1955.

Für den Kommentator der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* lag dem Verzicht, die Souveränität „auf einer breiten volksmäßigen Grundlage zu feiern“, die fehlende Endgültigkeit des Prozesses zu Grunde⁴³. Was am 5. Mai 1955 formell nachgeholt wurde, war in der Praxis der Beziehungen bereits längst vollzogen. An einer solchen Sicht ist der Kanzler keineswegs unschuldig gewesen, waren doch seit dem Herbst 1949 seine Präsentationen äußerer Erfolge der Wirklichkeit oft vorausgeeilt, mit augenzwinkernder Duldung der Besatzungsmächte, die sich zunehmend an einer innenpolitischen Stabilisierung des Verhandlungspartners interessiert zeigten. Und der politisch bewusste Zeitgenosse konnte auch keine Illusionen über die Zweitklassigkeit der am 5. Mai proklamierten Souveränität hegen, wie sie sich in der kunstvollen diplomatischen Kompromissformel von der „volle[n] Gewalt eines souveränen Staates über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“ niederschlugen. Eine lupenreine Souveränität des westdeutschen Teilstaates war in der Tat mit der Aufrechterhaltung der obersten Gewalt der Siegermächte über Gesamtdeutschland unvereinbar, hätte die Teilung Deutschlands bestätigt und die sowjetische These vom Nebeneinander zweier souveräner deutscher Staaten unterstützt⁴⁴.

Dennoch lagen diplomatische Beobachter falsch, wenn sie aus der fehlenden öffentlichen Begeisterung anlässlich der Souveränität Westdeutschlands und der ausbleibenden Erfolge in Sachen Wiedervereinigung auf eine abnehmende Überzeugungskraft des Bundeskanzlers schlossen⁴⁵. Gut zwei Jahre später erbrachte er den Beweis. Auf den Tag genau acht Jahre waren vergangen, seitdem er mit kleinstmöglicher Mehrheit von einer zerbrechlich wirkenden Vier-Parteien-Koalition zum Regierungschef bestimmt worden war. Jetzt, am 15. September 1957, erreichte Adenauer seinen höchsten Triumph als Wahlkämpfer. Nach einer stark außen- und verteidigungspolitisch geführten Auseinandersetzung mit der SPD garantierte die absolute CDU/CSU-Mehrheit im Parlament eine Fortsetzung der Westintegration: „Für weitere vier Jahre war die Stetigkeit der Außenpolitik verbürgt“, konstatierte der Sieger nüchtern in seinen Memoiren die Konsequenzen eines erneuerten Mandats. Das Volk, dessen Jubelchöre die eigens angereisten ausländischen Korrespondenten am 5. Mai 1955 vergebens aufzuspüren versuchten, hatte die Politik verstanden⁴⁶.

⁴³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 5. 1955, S. 1: „Das Schwerste“.

⁴⁴ Hanns Jürgen Küsters, *Der Integrationsfriede. Viermächte-Verhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990*, München 2000, S. 688–691; Klaus Freiherr von Richtigshofen, *Die Wiedererlangung der deutschen Souveränität für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954*, Jur. Diss., Göttingen 1972, S. 203 f.

⁴⁵ Zur Einschätzung des britischen Hochkommissars vgl. Hoyer Millar an FO vom 25. 4. 1955, in: PRO, FO 371/118208.

⁴⁶ Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, S. 313–320 (Zitat S. 320).

Debatten um den Hitler-Stalin-Pakt: Eine Moskauer Konferenz und ihr Umfeld

„Die Folgen des Geheimabkommens bestimmen Geschichte und Gegenwart Ostmitteleuropas bis in unsere Tage und wohl noch weit darüber hinaus“, schreibt Jan Lipinsky in seiner kürzlich erschienenen Studie über die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte des geheimen Zusatzprotokolls zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939¹. Wie aktuell diese Feststellung ist, zeigt der Klimasturz, den das ohnehin nicht spannungsfreie Verhältnis zwischen Rußland und den baltischen Staaten, insbesondere Lettland, in den letzten Wochen erfahren hat. Zentrale Ursache ist ein verwickelter Geschichtsstreit, bei dem es in erster Linie um die Bedeutung des Hitler-Stalin-Pakts geht. Obwohl sich die Sowjetunion 1989 im Zeichen von Glasnost nicht ohne Mühe dazu durchgerungen hat, die Existenz des geheimen Zusatzprotokolls anzuerkennen, und der Kongreß der Volksdeputierten es schließlich ex tunc für rechtswidrig erklärte, gehen die Deutungen des Protokolls immer noch stark auseinander – und das kann gerade im symbolisch bedeutsamen Gedenkjahr 2005 nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben. Das wurde auch auf der gemeinsam vom Institut für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, der Lettischen Universität Riga, dem Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und der Konrad-Adenauer-Stiftung am 3. und 4. Februar 2005 in Moskau veranstalteten Konferenz „Die internationale Krise 1939–1941: Von den sowjetisch-deutschen Verträgen von 1939 bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion“ sehr deutlich, an der Historiker aus Rußland, Deutschland, Lettland, Litauen, Estland, Schweden, Finnland, Polen, Weißrußland, der Ukraine, Rumänien und Großbritannien teilnahmen.

Der politische Konflikt

Die Konferenz fand in einem politisch durchaus delikaten Umfeld statt: Am 9. Mai 2005 soll in Moskau feierlich und mit großer internationaler Beteiligung des 60. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges gedacht werden. Wenn Russen gefragt werden, ob und was es Bewahrenswertes aus der Sowjetzeit gibt, dann steht der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg an erster Stelle – mit großem Abstand selbst vor Jurij Gagarins Pionierflug in den Weltraum. Angesichts der massenmörderischen Kriegs- und Besatzungspolitik des NS-Regimes und seiner Zukunftspläne zur Versklavung der Völker der Sowjetunion kann man dem die Berechtigung kaum absprechen. Vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte, mit deren unmenschlichen Abgründen die sowjetische Öffentlichkeit in der Glasnost-Ära massiv konfrontiert wurde, gewinnt der Sieg über Hitlerdeutschland

¹ Jan Lipinsky, Das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 und seine Entstehungs- und Rezeptionsgeschichte 1939 bis 1999, Frankfurt a. M. u. a. 2004, S. 85.

und seine Verbündeten zudem als eine der wenigen historischen Identifikationsmöglichkeiten an Bedeutung, zumal angesichts der gewaltigen Zahl von mehr als 27 Millionen Todesopfern, die die Sowjetunion in diesem Krieg zu beklagen hatte². Bei den internationalen Gedenkfeierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch Einheiten der Roten Armee hob der russische Präsident Vladimir Putin – der bei dieser Gelegenheit zugleich jüngste antisemitische Erscheinungen in Rußland deutlich verurteilte – denn auch hervor, sein Land habe mehr als jedes andere für den Sieg über den Faschismus und für die Rettung des jüdischen Volkes getan³.

Doch die historische Rolle der Sowjetunion als Befreierin vom Nationalsozialismus ist in Ostmittel- und Nordosteuropa alles andere als unumstritten. Vor allem in den drei baltischen Staaten herrscht eine ganz andere Sichtweise vor. Mit Blick auf die bevorstehenden Gedenkfeiern zum 9. Mai 2005 erklärte etwa die lettische Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga Anfang Januar 2005, für ihr Land habe der Zweite Weltkrieg erst Jahrzehnte später geendet, nämlich am 4. Mai 1990, als das lettische Parlament eine Unabhängigkeitserklärung verabschiedet habe. Anders als in Westeuropa, so die offizielle lettische Geschichtsinterpretation, habe der Sturz des verhaßten NS-Regimes nicht in einer Befreiung gemündet. „Stattdessen wurden die drei baltischen Staaten Lettland, Estland und Litauen Gegenstand einer anderen brutalen Okkupation durch ein anderes, fremdes Imperium, das der Sowjetunion. Für fünf lange Jahrzehnte wurden Lettland, Estland und Litauen von der Landkarte Europas ausgelöscht. Unter der sowjetischen Herrschaft erfuhren die drei baltischen Länder Massendeportationen und -tötungen, den Verlust ihrer Freiheit und den Zustrom von Millionen russischsprachiger Siedler.“ Ohne den Hider-Stalin-Pakt und die Aufteilung ganz Osteuropas in Einflußsphären, so Vike-Freiberga, hätte der zerstörerischste Konflikt der Menschheitsgeschichte vielleicht nicht stattgefunden. Alle Führer demokratischer Nationen sollten daher Rußland ermutigen, sein Bedauern über die Unterwerfung von Zentral- und Osteuropa nach dem Krieg auszudrücken, die eine direkte Folge des Molotow-Ribbentrop-Paktes gewesen sei⁴. Die Sichtweise, das Baltikum sei seit dem Pakt einer 60jährigen Besatzung unterworfen worden, wird nicht nur von

² Zur zentralen Bedeutung des Großen Vaterländischen Kriegs im russischen historischen Bewußtsein: Žan T. Toščenko, *Istoričeskoe soznanie i istoričeskaja pamjat'*. Analiz sovremenogo sostojanija, in: *Novaja i novejšaja istorija* (2000), Nr. 4, S. 3–14, hier S. 5 f.; Jutta Scherrer, *Sowjetunion/Rußland. Siegesmythos versus Vergangenheitsaufarbeitung*, in: Monika Flacke (Hrsg.), *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen. Begleitbände zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums, Berlin 2004*, Bd. 2, S. 619–670.

³ President Putin's speech at the Forum, *Let My People Live!*, Commemorating the Memory of the Victims of Auschwitz, <http://www.cdi.org/russia/johnson/9039-3.cfm>; Judith Ingram, *Putin Expresses His Shame for Russia*, in: *Moscow Times*, Friday, January 28, 2005.

⁴ Declaration by H.E. Dr. Vaira Vike-Freiberga, President of the Republic of Latvia regarding 9 May 2005 Riga, 12 January 2005, <http://www.mfa.gov.lv/en/news/speeches/2005/january/12-1/?print=on>.

der neueren baltischen Historiographie vertreten⁵, sondern auch durch die Okkupationsmuseen in Riga und Tallin sowie das Museum der Genozid-Opfer in Vilnius öffentlichkeitswirksam präsentiert⁶.

Obwohl der estnische Staatspräsident Arnold Rüütel nach einer Begegnung mit Putin im Januar 2005 erklärt hatte, russischerseits bestehe die Bereitschaft, den Hitler-Stalin-Pakt für nichtig zu erklären⁷, setzte Putin in Auschwitz einen anderen Akzent: „Auf diesem gepeinigten Boden müssen wir heute klar und deutlich sagen, dass alle Bemühungen, die Geschichte in Frage zu stellen, indem Henker und ihre Opfer, Befreier und Besatzer auf die gleiche Stufe gestellt werden, für Menschen unmoralisch und unzulässig sind, die sich für Europäer halten“, zitiert ihn die Internet-Zeitung *russland.Ru*⁸. Ebenso wie ihre Kollegen von der *Moscow Times* sahen die Journalisten von *russland.Ru* darin einen deutlichen Wink in Richtung der baltischen Staaten. Während diese trotz übereinstimmender Grundhaltungen bislang noch keine gemeinsame Position zur Bedeutung des 9. Mai formuliert haben⁹, versucht vor allem Lettland, seinen Standpunkt auch der russischen Seite plausibel zu machen.

Diesem Zweck dient wohl auch die Herausgabe einer Darstellung der Geschichte Lettlands im 20. Jahrhundert in russischer Sprache¹⁰, die am Tag vor der Historikerkonferenz in der lettischen Botschaft in Moskau präsentiert wurde, ein Unterfangen, das nicht nur freundlich aufgenommen wurde. So erhielt einer der Mitautoren, Aivars Stranga, der sich zuvor öffentlich gegen die Teilnahme der lettischen Präsidentin an den Feierlichkeiten in Moskau ausgesprochen hatte, ein offizielles Signal, seine Einreise sei unerwünscht; er blieb deshalb in Lettland¹¹. Das russische Außenministerium erklärte zu dem Buch, das kurz zuvor von Frau Vike-Freiberga in Lettland präsentiert und bei den Feierlichkeiten zur Befreiung von Auschwitz Präsident Putin als Geschenk überreicht worden war,

⁵ Vgl. State Archives of Latvia (ed.): *Policy of Occupation Powers in Latvia 1939–1991. A Collection of Documents*; Riga 1999 (mit einem Vorwort des seinerzeitigen Staatspräsidenten Guntis Ulmanis); Daina Blejere, Ilgvars Butulis, Antonijs Zunda, Aivars Stranga, Inesis Feldmanis, *Istorija Latvii. XX vek. [russ.] Riga 2005*, S. 462.

⁶ Vgl. z. B. Occupation Museum Foundation (Hrsg.), *Occupation of Latvia. Three Occupations 1940–1991. Soviet and Nazi Take-Overs and Their Consequences*; Riga 2004.

⁷ Hitler-Stalin-Pakt soll nachträglich annulliert werden. Estnischer Präsident berichtet von entsprechenden Plänen Putins – keine Stellungnahme des Kremls, *Der Standard*, 21. 1. 2005; Baltikum: Streit um historischen Pakt, *Moskauer Deutsche Zeitung* Nr. 2 (151) Januar 2005.

⁸ „Putin warnt in Auschwitz vor Geschichtsfälschung“, in: *russland.Ru*, die Internet-Zeitung, 28. 1. 2005; <http://www.russlandonline.ru/mainmore.php?tpl=Politik&iditem=4080>; siehe auch „Putin Expresses His Shame for Russia“, *Moscow Times*, Friday, January 28, 2005.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Blejere u. a., *Istorija Latvii*.

¹¹ Ministry of Foreign Affairs of Latvia: Russian edition of the book „History of Latvia: 20th Century“ presented in Moscow [03 Feb 2005] <http://www.am.gov.lv/en/news/press-releases/2005/February/03-1/>; MID latvii solidarizirovalsja s russofobij i antisemitizmom Strangi [Das lettische Außenministerium hat sich mit der Russophobie und dem Antisemitismus Strangas solidarisiert], Meldung der Nachrichtenagentur Regnum vom 2. 2. 2005, <http://www.regnum.ru/news/399658.html>. On a book censored before being read, [Interview von Aaron Eglicis mit Aivars Stranga], in: *Baltic Times*, 16. 2. 2005, http://www.baltictimes.com/art.php?part_id=11970.

seine Autoren seien, geleitet von ideologischen Annahmen, bestrebt gewesen, ein „Gemisch von Fakten, nicht bestätigten Informationen und unverhohlenen Fälschungen in das Prokrustesbett der eigenen Geschichtsauslegung zu zwängen“¹². Insbesondere zeigte sich das russische Außenministerium empört darüber, daß das Konzentrationslager Salaspils in dem Buch als Erziehungs- und Arbeitslager bezeichnet werde, worin man eine Verharmlosung zu erkennen glaubte.

Nun reagiert man in Rußland nicht ganz ohne Grund sehr mißtrauisch auf mögliche Verharmlosungen der nationalsozialistischen Besatzungspolitik und der Kollaboration im Baltikum. Die seit den 90er Jahren regelmäßig stattfindenden Gedenkmärsche der lettischen Legionäre, ehemaliger Angehöriger der zwei lettischen Waffen-SS-Divisionen, oder die Einweihung eines Ehrenfriedhofs für diese in Lestene im März 2004¹³, an der auch eine Reihe Parlamentsabgeordneter teilnahm, oder aber die wiederholten Versuche von Veteranen und nationalistischen „Geschichtsenthusiasten“, estnischen SS-Freiwilligen ein Denkmal zu setzen (die allerdings wiederholt mit der Entfernung des Monuments durch die Behörden endeten)¹⁴, haben nicht nur in Moskau Proteste hervorgerufen. Auf besonderes Unverständnis war international gestoßen, daß Lettland im Jahre 1998 den 16. März zum offiziellen Tag des Soldaten erklärt hatte, denn der 16. März 1943 war der Gründungstag der ersten Lettischen SS-Division. Im Jahr 2000 wurde der Feiertag aufgrund des internationalen Drucks wieder abgeschafft¹⁵; Veteranen und rechtsgerichtete Organisationen begehen den Tag jedoch bis heute regelmäßig mit feierlichen Aufmärschen¹⁶.

Im Falle des lettischen Geschichtsbuches hätte allerdings eine genauere Lektüre konfliktbegrenzend wirken können, denn tatsächlich kann man in dem Kapitel über das nationalsozialistische Repressionssystem und den Holocaust zu Salaspils lesen: „Das Lager wurde offiziell als Erweitertes Polizeigefängnis und Arbeitererziehungslager bezeichnet.“ Es geht also nicht um eine Einschätzung der Autoren, sondern um die zeitgenössische Bezeichnung. Im übrigen werden, auch wenn Angaben zu den Opferzahlen leider fehlen, die schrecklichen Verhältnisse in dem Lager ebenso benannt, wie die Tatsache, daß Wachmannschaften aus lettischen SS-Leuten unter dem Konrad Kalejs gestellt wurde¹⁷. (Der Grund für die offizielle Bezeichnung von Salaspils lag in einem Kompetenzkonflikt des Befehls-

¹² Russlands Außenministerium wirft Lettland Versuche vor, weiterhin „Krieg gegen die UdSSR zu führen“, *russland.Ru*, 2. 2. 2005, <http://www.russlandonline.ru/rupol0010/morenews.php?lang=de&iditem=4188>; MFA's Commentary on the Book „Latvia's History: The 20th Century“ *ITAR-TASS*, 2. 2. 2005, <http://www.tass.ru/eng/prnt.html?NewsID=1707082>.

¹³ Vgl. z. B. Natascha Gotta: Differenzen zwischen Lettland und Russland wachsen, *Norddeutscher Rundfunk*, 29. 4. 2004, <http://www.mdr.de/eu/beitrittslaender/lettland/1354059.html>.

¹⁴ Estonia removes SS monument, *BBC-Meldung* vom 24. Juli 2002 (<http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/2148792.stm>); Tallinn Removes SS Memorial, in *St. Petersburg Times*, 7. 9. 2004 (http://www.sptimes.ru/archive/times/1001/news/n_13464.htm).

¹⁵ Vgl. Gotta, Differenzen.

¹⁶ Vgl. Nazi memorial march approved in Latvia, *UPI-Meldung* vom 3. 3. 2005.

¹⁷ Blejere u. a., *Istoriija Latvii*, S. 265. Hingegen sind die Autoren der vom Okkupationsmuseum verteilten Broschüre „Occupation of Latvia“ deutlich bemüht, die Kollaboration herunterzuspielen; vgl. *Occupation of Latvia*, S. 21 ff.

habers der Sicherheitspolizei und des SD Ostland, mit dem Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS, der Spitze des KZ-Systems, dem der BdS das Lager nicht unterstellen wollte¹⁸.) Der Vorwurf, Salaspils würde in dem lettischen Geschichtsbuch verharmlost, hat sich inzwischen verselbständigt und wurde in einer ganzen Reihe von Artikeln und Stellungnahmen stereotyp übernommen¹⁹. Empfindlichkeiten, Mißverständnisse und unvereinbare Deutungen kennzeichnen den geschichtspolitischen Konflikt, bei dem die historische Debatte nicht zum ersten Mal auf der Ebene der Außenministerien geführt wird²⁰.

Inzwischen sind die Töne schärfer geworden. Mit ihrer im heimischen Fernsehen Anfang Februar gemachten Äußerung „Natürlich werden wir jene betagten Russen nicht überzeugen, ihr Bewußtsein nicht verändern, die am 9. Mai ihren Dörrfisch auf einem Stück Zeitung bereitlegen, Wodka trinken und ihre Gassenhauer singen und sich auch daran erinnern werden, wie heldenhaft sie das Baltikum erobert haben“²¹, hat sich die lettische Präsidentin in Rußland, gelinde gesagt, wenig Sympathien erworben. In Moskau wiederum ist mittlerweile die lettische Botschaft von jugendlichen Aktivisten linksextremistischer und nationalistischer Strömungen zum Ziel von Demonstrationen auserkoren worden. Am 23. März 2005 verbrannten dort 40 Mitglieder der „Avantgarde der Roten Jugend“ eine lettische Fahne, die sie mit einem Hakenkreuz versehen hatten. Sie rissen die Fahne am Botschaftsgebäude herunter und forderten unter anderem ein Verbot der lettischen Staatssymbole, die sie als „faschistisch“ bezeichneten. Ein Beteiligter wurde festgenommen und wegen Vandalismus angeklagt. Der russische Botschafter in Riga wurde ins dortige Außenministerium einbestellt²². Die Aktion

¹⁸ Hans-Heinrich Wilhelm, Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42. Eine exemplarische Studie, in: Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1982, S. 279–636, hier S. 610 f.

¹⁹ Z. B. Pis'mo bivšej uznici Salaspilsa Vladimiru Putinu [Brief eines ehemaligen weiblichen Opfers von Salaspils an Vladimir Putin], Regnum 11. 2. 2005, <http://www.regnum.ru/news/405708.html>; Antifašizm priravnen k vandalizmu [Antifaschismus wird mit Vandalismus gleichgesetzt], Sovetskja Rossija, Nr. 25–26 vom 26. 2. 2005, http://www.sovross.ru/2005/25/25_2_4.htm; Interview mit Vaira Vike-Freiberga auf Radio „Echo Moskvy“ am 28. 2. 2005, <http://echo.msk.ru/interview/34714/index.phtml>.

²⁰ Vgl. den argumentativen Schlagabtausch über die Rolle der lettischen Legion auf den Homepages des russischen und des lettischen Außenministeriums Anfang 2004: „Involvement of the Lettish SS Legion in War Crimes in 1941–1945 and the Attempts to Revise the Verdict of the Nuremberg Tribunal in Latvia“ 290-13-02-2004 (<http://www.in.mid.ru/ns-dgpch.nsf/0/432569ee00522d3cc3256e39004ccc86?OpenDocument>) und The Volunteer SS Legion in Latvia (<http://www.am.gov.lv/en/latvia/history/legion/>).

²¹ Natal'ja Vinogradskaja: Kak budet po-latyšskij „vodka“, ili sbor kamnej dlja sosednogo ogoroda [Wie „Wodka“ auf lettisch heißt, oder Steine sammeln für den Nachbargarten], <http://www.wps.ru/ru/products/pp/tv-review/2005/02/04.html>; siehe auch die Meldung von RIA-Novosti vom 4. 2. 2005, http://de.rian.ru/rian/rif.cfm?prd_id=567&msg_id=5379656.

²² Antifašizm priravnen k vandalizmu; Razgrom posol'stva Latvii v Moskve [Zerschlagung der lettischen Botschaft in Moskau], <http://www.akm1917.org/>. Act of vandalism at Latvia's Embassy in Russia [23 Feb 2005], <http://www.mfa.gov.lv/en/news/press-releases/2005/February/23-1/>.

der „Avantgarde“ war unter anderem durch die Forderung eines Verbots kommunistischer Symbole ausgelöst worden, die baltische und andere Abgeordnete des Europaparlaments ins Spiel gebracht hatten, nachdem der Hakenkreuz-Auftritt des britischen Prinzen Harry eine Debatte über ein europaweites Verbot des Hakenkreuzes ausgelöst hatte.²³ Die zweite Demonstration fand am 1. März 2005 statt und wurde von der Jugendorganisation der nationalistischen Partei „Rodina“ („Heimat“) organisiert. Sie richtete sich gegen eine angebliche Verfolgung russischer Veteranen in Lettland und die geplanten Märsche zu Ehren der lettischen Legion. Die jungen Nationalisten brachten ihre Meinung recht drastisch zum Ausdruck, indem sie an einem mitgebrachten Galgen eine Puppe aufhängten, die einen lettischen Legionär darstellen sollte²⁴.

Der geschichts- und identitätspolitische Knoten wird noch weiter dadurch entwickelt, daß Rußland vorgeschlagen hat, am Rande der Feierlichkeiten zum 9. Mai die geplanten Grenzverträge mit Estland und Lettland zu unterzeichnen und dies mit der Verabschiedung von Grundsatzabkommen über die beiderseitigen Beziehungen zu verbinden. Diese Grenzen sind gegenwärtig die einzigen nicht vertraglich festgelegten Außengrenzen der EU. Die lettische Präsidentin, die bisher als einzige Vertreterin der baltischen Staaten die Einladung nach Moskau angenommen hat, möchte den Grenzvertrag hingegen schon vorher unterzeichnen und ist allenfalls bereit, am Rande der Gedenkfeiern die Ratifikationsurkunden auszutauschen²⁵. Nachdem das russische Außenministerium am 6. Februar seine Variante einer Grundsatzklärung veröffentlicht hat, zog Lettland wenige Tage später nach²⁶. Angesichts der in diesen Dokumenten deutlich zu Tage tretenden Differenzen über die Geschichte der beiderseitigen Beziehungen ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß es in absehbarer Zeit zu einer Einigung über eine Grundsatzklärung kommt. Der russische Entwurf hebt das Zusammenleben seit mehr als 250 Jahren hervor, übergeht aber völlig die Zeit der lettischen Eigenstaatlichkeit zwischen 1918 und 1940. Beide Seiten erachteten als wichtig, so der Entwurf der Deklaration, daß die gemeinsame Geschichte von Spezialisten beider Staaten weiter untersucht werde, wobei man sich einig sei, daß historische Ereignisse die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen nicht beeinträchtigen sollten.

²³ Gerold Büchner, Debatte um Sowjetsymbole. EU-Kommissar Frattini lehnt Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus ab, Berliner Zeitung vom 9.2. 2005, <http://www.BerlinOnline.de/berliner-zeitung/politik/419948.html>.

²⁴ Picketing takes place near the Latvian Embassy in Moscow [01 Mar 2005], <http://www.mfa.gov.lv/en/news/press-releases/2005/march/01-3/>.

²⁵ Burkhard Bischof, Interview mit Vaira Vike-Freiberga: „Befreit von der Roten Armee? Unerhört!“, Die Presse, 25. 1. 2005, http://www.diepresse.at/textversion_article.aspx?id=462441.

²⁶ Russische Version: Political Declaration on the Foundations of Relations Between the Republic of Latvia and the Russian Federation (Unofficial Translation). http://www.ln.mid.ru/brp_4.nsf/e78a48070f128a7b4325699005bcbb3/0dcef3bf763ac1dbc3256f9d002ce1ea?OpenDocument, lettische Version: Political Declaration on the Foundations of Relations Between the Republic of Latvia and the Russian Federation (Unofficial translation, Latvian draft), <http://www.mfa.gov.lv/en/news/898/2005/February/declaration/>; ein entsprechender Entwurf des russischen Außenministeriums liegt auch für die Beziehungen zu Estland vor: http://www.ln.mid.ru/brp_4.nsf/0/d71f3b9bade576b9c3256f9d002bfab5?OpenDocument.

Der lettische Entwurf ist dem diametral entgegengesetzt. Er unterstreicht die Bedeutung des Friedensvertrags zwischen der lettischen Republik und Sowjetrußland vom 11. August 1920 und sieht eine gemeinsame Verurteilung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und des geheimen Zusatzprotokolls von 1939 vor, deren direkte Konsequenz für Lettland aufeinanderfolgende Besetzungen und der faktische Verlust der Staatlichkeit gewesen sei. Beide Parteien sollen diesem Entwurf zufolge ferner erklären, diese tragische Situation sei durch die Konferenzen von Jalta und Potsdam weiter verstärkt worden. In einem weiteren Absatz soll das tiefe Bedauern beider Seiten über die Opfer beider Weltkriege, der NS-Verbrechen, insbesondere des Holocaust, Verbrechen des internationalen Terrorismus und der stalinistischen Verfolgungen in Lettland und Rußland zum Ausdruck gebracht werden. Die Lektüre beider Dokumente läßt nur den einen Schluß zu, daß zwischen Rußland und Lettland fundamentale Uneinigkeit über die historischen Grundlagen der beiderseitigen Beziehungen besteht. Seit Ende Februar/Anfang März 2005 hat diese Debatte auch Deutschland erreicht. So forderte etwa der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedbert Pflüger, Bundeskanzler Schröder solle bei seiner Teilnahme an den Moskauer Feierlichkeiten sein gutes Verhältnis zu Präsident Putin nutzen, um dem baltischen Standpunkt Gehör zu verschaffen²⁷.

Die Konferenz

Daß auch das avantgardistische Hochhaus des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften in Moskau in dieser politisch aufgeheizten Atmosphäre kein stiller Elfenbeinturm sein konnte, in dem sich weltentrückte Gelehrte austauschen, versteht sich von selbst. Im Vorfeld war in russischen Medien gar der Vorwurf erhoben worden, das Institut für Allgemeine Geschichte der Akademie und sein Leiter Aleksandr Čubar'jan würden sich den „diplomatischen Attacken“ Lettlands auf Rußland anzuschließen²⁸. Der estnische Schriftsteller und einstige KGB-Mitarbeiter Uno Laht ging soweit, zu erklären, die Akademie befasse sich mit „absolutem Quatsch“²⁹.

Ganz unrecht hatte der Leiter der Moskauer Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung, Thomas Kunze, sicher nicht, als er bei der Begrüßung der Konferenzteilnehmer erklärte, man bewege sich auf einem „Minenfeld“. Aleksandr Čubar'jan, der als Hausherr die Konferenz eröffnete, betonte, es gehe um die Überwindung der Gegensätze durch gemeinsame Suche nach der historischen Wahrheit, und nannte die deutsch-russische Historikerkommission als ein erfolgreiches Beispiel hierfür. Die Geschäftsträgerin der Lettischen Republik in Moskau, Argita Daudze,

²⁷ Severin Weiland, Schröders schwieriger 9. Mai, Spiegel online, 3.3. 2005, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,344432,00.html>.

²⁸ Rossiskaja Akademija Nauk prodolžit „diplomatičeskoe nastuplenie“ Latvii protiv Rossii, <http://www.regnum.ru/news/389578.html>.

²⁹ Ėstonskij istorik: Rossiskaja AN zanimaetsja „absolutnoj muroj“, <http://www.regnum.ru/news/390464.html>.

selbst studierte Historikerin und maßgeblich am Zustandekommen der Konferenz beteiligt, schloß sich dem ebenso an wie der Verfasser als Vertreter des Instituts für Zeitgeschichte. Natürlich konnten die tiefgreifenden Unterschiede bei der Interpretation der Ereignisse von 1939 bis 1941 in zwei Tagen nicht überwunden werden, dennoch war das Klima der Konferenz weithin vom Bemühen um Verständigung geprägt und unterschied sich damit wohltuend von der polemischen Atmosphäre, die die öffentliche Diskussion prägt. Dazu mag auch der breitere Kontext beigetragen haben, in dem die Problematik des Hitler-Stalin-Pakts behandelt wurde. Gegensätze wurden indes keineswegs vertuscht.

In seinem Eingangsreferat über die Interpretationsansätze der internationalen Krise von 1939 bis 1941 gab Aleksandr Čubar'jan einen Überblick über kontroverse Standpunkte zum Verhalten der Sowjetunion, die sich zwischen den Polen „Expansion“ und „Suche nach Sicherheit“ bewegen. Das Münchner Abkommen von 1938 müsse als wichtige Voraussetzung berücksichtigt werden. Daß Stalin einen Konflikt mit Deutschland gefürchtet habe, sei keine „Dummheit“ gewesen. In gewisser Weise müsse man ihn als Geisel der Situation betrachten. Čubar'jan plädierte für eine Analyse, die die gesamte internationale Situation mit in den Blick nimmt. Hinsichtlich der aktuellen Debatten erinnerte er an den Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten von 1989, mit dem die deutsch-sowjetischen Verträge vom August und September 1939 annulliert und die Geheimprotokolle ex tunc für nichtig erklärt wurden.

Jan Lipinsky (Aachen), der das zweite Einleitungsreferat hielt, sprach über die „unendliche Geschichte“ des geheimen Zusatzprotokolls von 1939 und setzte andere Akzente. Er konstatierte ein geheimes Einverständnis zwischen Hitler und Stalin. Ersterer habe mit territorialen Zugeständnissen auf Kosten Dritter die Ermöglichung des Krieges gegen Polen und damit die Eröffnung des Weltkriegs erkaufte. Eigene baltische Pläne habe er dafür aufgegeben. Lipinsky führte aus, daß sowohl unter den zeitgenössischen europäischen Politikern als auch bei späteren Historikergenerationen in der Sowjetunion und in Polen trotz sowjetischer Verleugnung ein wenn auch nicht immer gesichertes Wissen um den Pakt nachweisbar ist. Profitiert habe von ihm Hitler kurzfristig, Stalin und seine Nachfolger langfristig.

Michail Mjagkov vom Institut für Allgemeine Geschichte betonte in seinem Beitrag über die Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Vertrags seit dem Münchner Abkommen, von gleichgroßer Verantwortlichkeit des Dritten Reichs und der Sowjetunion für den Zweiten Weltkrieg könne keine Rede sein. Er hob die weitreichenden geopolitischen Pläne der Mächte des Antikominternpakts hervor. Seiner Meinung nach boten sich sowohl der Sowjetunion als auch Deutschland Chancen, mit den Westmächten Übereinkünfte zu treffen. Im Falle der Sowjetunion sei dies an objektiven Hindernissen, wie vor allem der Verweigerung eines Durchmarschrechtes für die Rote Armee durch Polen, gescheitert, erklärte Mjagkov, der nicht nur hier Positionen vertrat, wie man sie aus der sowjetischen Geschichtsschreibung kennt. Nach wie vor stelle sich aber die Frage, welche Bedeutung der Flug von Rudolf Hess nach England gehabt habe. Auch in dem Beitrag von Botschafter a. D. Vladimir Lavrov wurde deutlich, daß das vom Hess-

Flug und britischen politischen Manövern geweckte russische Mißtrauen gegenüber Großbritannien und seiner Haltung zu Deutschland bis heute nicht abgeklungen ist.

Die Existenz einer „englischen Alternative“ für Deutschland verneinte Sergej Slutsch (Institut für Slawenkunde der Russischen Akademie der Wissenschaften) in seinem Beitrag über Hitlers Außenpolitik und die UdSSR 1939 entschieden. Das Dritte Reich habe bei seinem Bestreben, nach der Besetzung der böhmischen Länder Polen zu isolieren, keine eindeutige Linie außer der der Vermeidung eines Zweifrontenkrieges gehabt. Slutsch betonte das beständige Bemühen Stalins um gute Beziehungen zu NS-Deutschland während der 30er Jahre. Dagegen sei Ribbentrop noch im Januar 1939 ganz antirussisch eingestellt gewesen. Es war also Stalin, der „A“ sagte, bis Hitler, als er wegen des geplanten Kriegs gegen Polen eine Rückversicherung zur Vermeidung eines Zweifrontenkrieges brauchte, endlich mit „B“ antwortete.

Die Folgen der Übereinkunft, darüber besteht Einigkeit, waren tiefgreifend. Die zwiespältigen Reaktionen Litauens beleuchtete Algimantas Kasparavicius vom Institut für Litauische Geschichte in Vilnius. Daß Litauen das 1920 von Polen annektierte Vilnius zurückerhielt, wurde begrüßt, andererseits war die Perspektive, daß Litauen ein sowjetisches Protektorat bilden werde, für das Establishment eine Katastrophe. In Erwartung einer sowjetischen Besetzung wurden staatliche Finanzmittel in den Westen transferiert. Kasparavicius bezeichnete die totalitären Mächte als würdige Partner und hob hervor, daß die Auswirkungen des Ribbentrop-Molotow-Pakts sich auf mehr als ein halbes Jahrhundert erstreckten. Die lettische Führung, so Inesis Feldmanis von der Lettischen Universität Riga, sei früh über den Pakt orientiert, aber nicht frei von Illusionen gewesen und habe geglaubt, die Unabhängigkeit aufrechterhalten zu können. Tatsächlich, so führte der estnische Historiker Magnus Ilmarj aus, hatten die baltischen Staaten keinerlei Alternativen mehr. Von keiner Großmacht war Schutz zu erwarten, militärischer Widerstand war wenig aussichtsreich. Antonijs Zunda von der Lettischen Universität zeigte die ausweglose Situation der baltischen Staaten an ihrem Verhältnis zu Großbritannien auf. Während im Baltikum zum Teil illusorische Vorstellungen herrschten, reagierte das Königreich höchst nüchtern. So habe es bereits gekaufte Waffen nicht an Lettland und Estland ausgeliefert, da man davon ausging, diese würden früher oder später sowieso in die Hände der Roten Armee fallen. Andererseits habe Großbritannien als Reaktion auf die sowjetische Forderung nach der Auslieferung lettischer Finanzbestände auf britischen Banken die Konten blockiert.

Aleksandr Šubin vom Institut für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften meinte hingegen in der Diskussion, das Beispiel Finnlands im Winterkrieg habe gezeigt, daß es sehr wohl eine Wahl gegeben habe. Eine Stärke Finnlands sei die Geschlossenheit seiner Gesellschaft gewesen, während die baltischen Staaten unter ihren autoritären Regimen gespalten gewesen seien. Die Existenz autoritärer Regime sei unbestritten, das aber rechtfertige nicht die sowjetische Politik, replizierte Algimantas Kasparavicius. Ob man denn nicht unterschiedliche Phasen der sowjetisch-baltischen Beziehungen in der Zeit des Pakts

unterscheiden müsse, warf Aleksandr Cubar'jan ein. 1939 sei es ja noch nicht um eine Besetzung gegangen. Dem hielt Inesis Feldmanis entgegen, die Errichtung von sowjetischen Militärbasen sei bereits der Beginn der Besetzung gewesen. Auf den von mehreren russischen Konferenzteilnehmern vorgebrachten Hinweis, nicht der Ribbentrop-Molotow-Pakt, sondern das Münchner Abkommen müsse als eigentlicher Startpunkt des Zweiten Weltkriegs angesehen werden, reagierte Feldmanis mit der Feststellung, das Münchner Abkommen sei der Beginn der Mißachtung der Rechte kleiner Staaten gewesen.

Allerdings stand nicht nur das Schicksal kleiner Staaten auf dem Spiel. Polen war das erste Opfer des Paktes. Eugenisz Duraczynski, Vertreter der Polnischen Akademie der Wissenschaften bei ihrem russischen Pendant, zeigte die Möglichkeiten und Grenzen der polnischen Exildiplomatie auf. Die polnische Exilregierung habe sich de facto, wenn auch nicht de jure wegen der Besetzung der ostpolnischen Gebiete im Kriegszustand mit der Sowjetunion befunden. General Sikorski habe während des Winterkriegs Hilfe für Finnland erwogen. Großbritannien, das bekanntlich zusammen mit Frankreich Deutschland gegenüber eine Garantieerklärung für Polen gegeben hatte, sei nicht bereit gewesen, wegen der ostpolnischen Gebiete Krieg mit der Sowjetunion zu führen. In der Diskussion forderte Sergej Slutsch mit Blick auf in der russischen Historiographie verbreitete Positionen dazu auf, sich hinsichtlich der Besetzung der ostpolnischen Gebiete von Euphemismen zu verabschieden. 1932 habe die Sowjetunion mit Polen einen Nichtangriffspakt geschlossen, der auch 1939 gültig war. Am 17. September 1939 habe die UdSSR daher eindeutig den polnischen Staat überfallen.

In der offiziellen sowjetischen Begründung für den Einmarsch war vom Schutz für die ukrainische und weißrussische Bevölkerung die Rede gewesen. Tatsächlich, so Michail Kostjuk von der weißrussischen Akademie der Wissenschaften, sei der Einmarsch in Belorußland von Teilen der Bevölkerung begeistert begrüßt worden. Die Sowjetisierung habe indes auch massenhafte Repression und Deportation bedeutet. Die Nationalisten in der Ukraine erhofften sich dagegen, wie Alexander Lysenko beschrieb, 1941 von der deutschen Besatzungsmacht Unterstützung für ihre Unabhängigkeits- und Staatlichkeitsbestrebungen – bekanntermaßen vergeblich.

In Schweden machte man sich über den Pakt nicht allzu viele Sorgen. Krister Wahlbäck von der schwedischen Verteidigungsakademie veranschaulichte in seiner nüchternen Analyse der Rahmenbedingungen der schwedischen Neutralität die relativ komfortable Lage des Landes, das als wichtiger Rohstofflieferant des deutschen Reiches weder fürchten mußte, der sowjetischen Interessensphäre zugeschlagen noch von Deutschland okkupiert zu werden, da das die Erzförderung beeinträchtigt hätte.

Für den deutschen Widerstand gegen das NS-Regime, führte Aleksandr Boroznjak aus Lipezk aus, sei der Pakt katastrophal gewesen. Er verwies auf die Auslieferung deutscher politischer Flüchtlinge durch die Sowjetregierung und machte deutlich, daß die Widerstandstätigkeit insbesondere des kommunistischen Untergrunds in der Phase des Paktes stark zurückgegangen sei. Auch die französischen Kommunisten hatten einige Schwierigkeiten, sich an die neue

Situation anzupassen, wie Vladislav Smirnov von der Staatlichen Moskauer Universität betonte. Ihnen war von der Komintern aufgetragen, die Westmächte als Kriegstreiber zu denunzieren, was mit antifaschistischen und patriotischen Impulsen nicht leicht in Einklang zu bringen war. In der französischen kommunistischen Untergrundpresse ließen sich daher auch manche Abweichungen vom offiziellen Kurs feststellen.

Obwohl es politisch mit den russisch-baltischen Beziehungen nicht gerade zum besten steht und auch unter den Zeithistorikern beider Seiten die Meinungsverschiedenheit vorwiegen, beschränkt sich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den „hot spots“ nicht allein auf kontroverse Debatten. So war am Rande der Konferenz zu erfahren, daß Natal'ja Lebedeva, die durch ihre Arbeiten über Katyn bekannt geworden ist, zusammen mit litauischen Historikern, darunter Algimantas Kasparvicius, an einer Edition arbeitet, die die Entwicklung bis hin zum Anschluß Litauens an die Sowjetunion dokumentiert. Lebedeva schilderte, wie Stalins Sondergesandter Vladimir Dekanozov in nahtlos engem Kontakt mit dem Moskauer Politbüro die sowjetischen Vorgaben in Litauen durchsetzte. Ob die Errichtung von Militärbasen wirklich „eine gewöhnliche Praxis“ war, wie Aleksandr Orlov vom Institut für Militärgeschichte meint, wird sich im Lichte einer breiten Dokumentation sicher noch besser beurteilen lassen als heute. Orlov, der 1989 zu den konservativen Mitgliedern der Jakovlev-Kommission gezählt hatte, die die Frage des geheimen Zusatzprotokolls zu klären hatte, hob hervor, die Eingliederung der baltischen Staaten, auch wenn sie als Fehler zu betrachten sei, sei doch in demokratischen Formen vollzogen worden. Schon zuvor war diese Sichtweise in der Diskussion aufgetaucht und hatte Lebedeva zu dem Zwischenruf veranlaßt, in Litauen sei bei den Parlamentswahlen nur jeweils ein Kandidat zur „Wahl“ gestanden. In ähnlichen Formen hatte sich die von der Sowjetunion initiierte „Demokratisierung“ der autoritären Systeme auch in den anderen baltischen Staaten vollzogen. Lebedeva war es übrigens auch, die den zuerst von Boris Sokolov aufgebrauchten Protest gegen die Behinderung der Teilnahme von Aivars Stranga an der Konferenz auf den Punkt brachte: Es sei zum Schaden des eigenen Landes, wenn sich andere Institutionen als die Akademie in die Auswahl von Referenten einer wissenschaftlichen Konferenz einmischten, sagte sie unter dem Beifall eines Großteils der Teilnehmer.

Das gute Einvernehmen zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion dauerte bekanntlich nicht bis zum deutschen Angriff an. Das Potential des Pakts war bald erschöpft. Eine Reihe von Beiträgen thematisierten die feinen Risse im deutsch-sowjetischen Verhältnis, wie sie sich beim Besuch Molotovs in Berlin im November 1940 (Vladimir Lavrov) oder vor allem im Frühjahr 1941 auf dem Balkan zeigten. Leonid Gibianskij, Südosteuropaspezialist am Institut für Slawenkunde der Russischen Akademie der Wissenschaften, führte aus, daß es bisher zwar keine Belege für die Behauptung des NKVD-Offiziers Pavel Sudoplatov gebe, wonach seine Behörde in den Belgrader Offiziersputsch vom März 1941 involviert gewesen sei. Die Sowjetunion habe aber die Waffenlieferungen von Großbritannien an das von Deutschland bedrohte und besetzte Jugoslawien begrüßt.

Oleg Ržeševskij suchte frühe Wurzeln der späteren Anti-Hitler-Koalition schon in der Periode des Pakts, konnte aber nicht alle Fragen nach seinen Quellen beantworten, und Vladimir Nevežin zeigte anhand der Entwicklung der sowjetischen Propaganda auf, daß sich im Frühjahr 1941 die Stimmung gegenüber Deutschland zu ändern begann – eigentlich recht spät angesichts der Masse an Informationen über einen drohenden deutschen Angriff, die die sowjetischen Aufklärungsdienste erhielten, über deren Rolle Vladimir Poznajkov vom Institut für Allgemeine Geschichte referierte. Nevežin machte deutlich, daß zwar die sowjetische Propaganda im Mai 1941 einen offensiven Charakter angenommen hatte, nicht jedoch die konkrete sowjetische Politik gegenüber Deutschland.

Weitere Beiträge über das britische Meinungsklima gegenüber der Sowjetunion (Jose Harris, Oxford), die Auswirkungen des Pakts auf Rumänien (Vitalie Varatic, Bukarest) und die finnische Kooperation mit Deutschland im Krieg gegen die Sowjetunion (Nikolaj Baryšnikov, St. Petersburg) rundeten die Konferenz ab. Insgesamt zeigte sich ein Panorama mit deutlichen Bruchlinien, die allerdings nicht ausschließlich an der Nationalität der Referenten festzumachen waren. Die Vielfalt der Positionen war sicherlich bei den russischen Historikern am größten, und das nicht nur, weil sie die größte Teilnehmerzahl stellten.

Daß die Diskussionen nützlich waren, bestätigte am Ende auch ein Beamter des russischen Außenministeriums, der die Tagung aufmerksam verfolgt hatte, und dann ein Gutachten vortrug, das auf völkerrechtliche Akte verwies, die als internationale Anerkennung der Zugehörigkeit der baltischen Staaten zur Sowjetunion zu interpretieren seien, womit er auf energischen Widerspruch von Inesis Feldmanis stieß. So war am Ende die historische Debatte wieder in der konfliktreichen politischen Gegenwart angekommen. Daß man es mit einem ziemlich delikaten Diskussionsprozeß zu tun habe, darin waren sich die lettische Geschäftsträgerin Argita Daudze und Aleksandr Čubar'jan in der Schlußdiskussion einig. Zur Zufriedenheit aller Organisatoren hatte sich aber die wissenschaftliche Debatte in einer hoch erhitzten politischen Umgebung ihre eigenen Regeln und ihren eigenen Stil bewahren können. Daß tiefgreifende historische Streitfragen in einer einzigen Konferenz nicht geklärt werden können, versteht sich von selbst. Der Verlauf des Moskauer Symposiums ermutigte einige Teilnehmer zu der Anregung, weitere Tagungen folgen zu lassen. Zunächst sollen die Beiträge der Moskauer Konferenz in russischer und englischer Sprache publiziert werden.

Jürgen Zarusky

**... von der Redaktion betreut
(Januar-März 2005)**

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionjournal *sehpunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehpunkten* ihren Niederschlag, sondern in zweifacher Weise auch in den Vierteljahrsheften selbst:

- In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehpunkten* erschienen sind.
- Jedem Aprilheft wird kostenlos eine CD-ROM mit allen Besprechungen beigelegt, die im Jahr zuvor unter der Betreuung der VfZ-Redaktion in den *sehpunkten* veröffentlicht worden sind.

*

Frank Bajohr, „Unser Hotel ist judenfrei“. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt/Main 2003.

Rezensiert von: *Mirjam Triendl (Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München) in sehpunkte 5 (2005), Nr. 3*

<http://www.sehpunkte.historicum.net/2005/03/8128.html>

Thomas M. Bohn/Dietmar Neutatz (Hg.), Studienhandbuch östliches Europa. Bd. 2: Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion, Köln/Weimar/Wien 2002.

Rezensiert von: *Yuliya von Saal (München) in sehpunkte 5 (2005), Nr. 3*

<http://www.sehpunkte.historicum.net/2005/03/3909.html>

William I. Brustein, *Roots of Hate. Anti-semitism in Europe before the Holocaust*, Cambridge 2003.

Rezensiert von: *Ulrich Wyrwa (Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin) in sehpunkte 5 (2005), Nr. 1*

<http://www.sehpunkte.historicum.net/2005/01/6263.html>

Bernhard Chiari/Matthias Rogg/Wolfgang Schmidt (Hg.), *Krieg und Militär im Film des 20. Jahrhunderts*, München 2003.

Rezensiert von: *Christian Hartmann (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehpunkte 5 (2005), Nr. 3*

<http://www.sehpunkte.historicum.net/2005/03/5076.html>

Noam Chomsky, *Hybris. Die endgültige Sicherung der globalen Vormachtstellung der USA*, Hamburg 2003.

Rezensiert von: *Bernhard Gotto (Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Augsburg) in sehpunkte 5 (2005), Nr. 2*

<http://www.sehpunkte.historicum.net/2005/02/7309.html>

VfZ 2/2005 © Oldenbourg 2005

344 Rezensionen online

Jost Dülffer, *Europa im Ost-West-Konflikt 1945–1991*, München 2004.

Rezensiert von: *Fabian Hilfrich (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 3*

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/03/6748.html>

Astrid M. Eckert, *Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 2004.

Rezensiert von: *Armin Nolzen (Warburg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 2*

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/02/7070.html>

Hans Ehlert/Matthias Rogg (Hg.), *Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven*, Berlin 2004.

Rezensiert von: *Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 3*

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/03/7086.html>

Joachim Fest, *Begegnungen. Über nahe und ferne Freunde*, Reinbek 2004.

Rezensiert von: *Hans Woller (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 1*

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/01/7432.html>

Max Paul Friedman, *Nazis & Good Neighbors. The United States Campaign against the Germans of Latin America in World War II*, Cambridge 2003.

Rezensiert von: *Uwe Lübken (Deutsches Historisches Institut, Washington D.C.) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 2*

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/02/5233.html>

Janos Hauszmann, *Ungarn. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Regensburg 2004.

Rezensiert von: *Dirk Riedel (KZ-Gedenkstätte Dachau) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 3*

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/03/7326.html>

Cornelia Hecht, *Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik*, Bonn 2003.

Rezensiert von: *Manfred Kittel (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 2*

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/02/8016.html>

W. Scott Hoerle, Hans Friedrich Blunck, *Poet and Nazi Collaborator, 1888–1961*, Bern/Frankfurt a.M. [u.a.] 2003.

Rezensiert von: *Volker Dahm (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 3*

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/03/5053.html>

Harold James, *Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Fall und Aufstieg 1914–2001*. Aus dem Englischen von Udo Rennert, Martin Richter und Thorsten Schmidt, München 2004.

Rezensiert von: *Eckart Conze (Seminar für Neuere Geschichte, Philipps-Universität Marburg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 3*

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/03/5154.html>

Wolfgang Krieger (Hg.), *Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart*, München 2003.

Rezensiert von: Matthias Uhl (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 1

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/01/5217.html>

Birthe Kundrus/Beate Meyer (Hg.), *Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne – Praxis – Reaktionen 1938–1945*, Göttingen 2004.

Rezensiert von: Edith Raim (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 2

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/02/7071.html>

Jochen P. Laufer/Georgij P. Kynin (Hg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, Berlin 2004.

Bd. 1: 22. Juni 1941 bis 8. Mai 1945

Bd. 2: 9. Mai 1945 bis 3. Oktober 1946

Bd. 3: 6. Oktober 1946 bis 15. Juni 1948

Rezensiert von: Bernd Bonwetsch (Deutsches Historisches Institut Moskau) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 2

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/02/7467.html>

Alan McDougall, *Youth Politics in East Germany. The Free German Youth Movement 1946–1968*, Oxford 2004.

Rezensiert von: Peter Skyba (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 3

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/03/8089.html>

Frank Hermann Meyer, *Von Wien nach Kalavryta. Die blutige Spur der 117. Jäger-Division durch Serbien und Griechenland*, Mannheim/Möhrnesee 2002.

Rezensiert von: Klaus Schmider (Royal Military Academy Sandhurst, Großbritannien) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 1

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/01/5463.html>

Steven Merritt Miner, *Stalin's Holy War. Religion, Nationalism, and Alliance Politics, 1941–1945*, Chapel Hill, NC/London 2003.

Rezensiert von: Katrin Boeckh (Osteuropa-Institut München) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 2

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/02/3845.html>

Marc von Miquel, *Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren*, Göttingen 2004.

Rezensiert von: Andreas Eichmüller (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 3

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/03/5081.html>

Robert Pledge (Hg.), Li Zhensheng – Roter Nachrichtensoldat. Ein chinesischer Fotograf in den Wirren der Kulturrevolution. Einleitung v. Jonathan D. Spence. Aus dem Englischen v. Martina Bauer, Berlin 2003.

Rezensiert von: Vivian Wagner (Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 3

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/03/5376.html>

Dieter Schröder, Augstein, Berlin 2004.

Rezensiert von: Gudrun Kruip (Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 3

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/03/7146.html>

Wolfgang Schwarz, Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961–1968, München 2004.

Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 1

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/01/6829.html>

Michael E. Smith, Europe's Foreign and Security Policy. The Institutionalization of Cooperation, Cambridge 2003.

Rezensiert von: Markus Kaim (Historisches Institut, Friedrich-Schiller-Universität Jena) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 2

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/02/6507.html>

Vom Ereignis zur Ikone: Der 17. Juni 1953. Literaturbericht

Von: Edgar Wolfrum (Historisches Seminar, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 3

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/03/8127.html>

*

Rezensionen zu Publikationen aus den Reihen des IfZ (Januar-März 2005):

Diese Rezensionen wurden von der Redaktion der *sehepunkte* betreut:

Dimitrij N. Filippovych/Matthias Uhl (Hg.), Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, München 2005.

Rezensiert von: Rüdiger Wenzke (Militärgeschichtliches Forschungsamt, Potsdam) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 3

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/03/7569.html>

Michael Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2004.

Rezensiert von: Arnd Bauerkämper (Berliner Kolleg für Vergleichende Geschichte Europas) in sehepunkte 5 (2005), Nr. 1

<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/01/6680.html>

Thomas Schlemmer and Hans Woller, Italian Fascism and the Jews, 1922 to 1945

It has long been regarded as a commonplace that a militant anti-Semitism had not been a characteristic feature of Italian Fascism, a fact which distinguished it markedly from German National Socialism. Many historians, especially scholars like Renzo De Felice, took this for a reason to put a stronger emphasis on the differences between the two ideologies rather than on their affinity, and they even questioned the scientific soundness of the term "fascism". According to this interpretation, the anti-Jewish policy of the fascist regime did not seem to be the result of its genuine ideological disposition, but a secondary consequence of Italy's alliance with National Socialist Germany.

This article holds a different position. It argues that Italian Fascism was racist from the very beginning, and it was not free of anti-Semitic tendencies either. Those tendencies gained more and more influence from the mid-1930s onwards. During this process, it was not an imitation of Hitler and the Third Reich, but rather Italy's colonial war in Abyssinia, with its racist furor and the inner logic of Mussolini's project to create man anew after his fascist ideals, which worked as catalysts for a policy that culminated in the race laws of 1938. The latter were neither a pale imitation of the Nuremberg race laws of 1935, nor did they exist only on paper. On the contrary, the anti-Jewish policy of the regime was radicalized further until 1943, although it certainly never came close to the murderous dynamism of its German counterpart. Yet the fascists of the republic of Salò became accomplices in the persecution and the killing of the Italian Jews by actively supporting the German bureaucracy of extermination. The essay argues that Italian fascism and German National Socialism had more in common than it had long been assumed. Therefore, it seems doubtful to take racism and anti-Semitism as major criteria in order to distinguish between the two phenomena.

Peter Langer, Paul Reusch and the Gleichschaltung of the "Münchener Neueste Nachrichten"

From the 1920s onwards, the "Gute-Hoffnungs-Hütte" group (GHH) was the majority shareholder of the Munich newspaper publisher Knorr & Hirth, which published, among others papers, the largest newspaper in Southern Germany, the "Münchener Neueste Nachrichten" (MNN). In 1933, Paul Reusch, the GHH's chief executive of many years' standing, was compelled to take side for or against the new regime, because the seizure of the group's capital was diametrically opposed to the group's interests. After a short period of hesitation Reusch decided to submit to the NS regime, like most of his colleagues in the boardrooms of the heavy industry in the West of Germany. This can be reconstructed from Reusch's papers in detail. By looking at the case of the MNN, the author tries to gauge what freedom of action a formerly powerful industrial magnate still had before the dictatorship was firmly established. The essay also tries to uncover what

Reusch knew about the terror in the early period of the NS regime, and how he dealt with victims of National Socialism in his immediate personal sphere.

Barbara Lambauer, **Opportunistic anti-Semitism. The German ambassador Otto Abetz and the persecution of Jews in France, 1940–1942**

This essay deals with the role of the German embassy in causing and radicalizing the persecution of Jews that took place both in the occupied as well as in the “free” part of France in the years between 1940 und 1942. It is important to note that the model of occupation enacted in France differed greatly from the situation in other occupied countries: During the period that is analyzed in this article there was no comparable situation in any other country in Western or Eastern Europe that was occupied by the Germans. The mere existence of a German embassy in the occupied zone, which was intended to influence the so-called “sovereign” French government in the unoccupied zone, is an unmistakable sign for this. Originally, measures against the Jewish population at the beginning of the period of occupation were planned neither by the military administration nor by the representative of the SD in situ. Having analyzed the sources available in French and German archives, it has to be concluded that it was the embassy whose actions decided the fate of the French Jews. These actions included an imposition of immediate anti-Semitic measures in the autumn of 1940, the foundation of a French general authority for Jewish matters in March 1941, pressing for a quick deportation of interned Jews from summer 1941, and, lastly, the introduction of the star of David as a mark of identification in June 1942.

Matthias Schulz, **Integration through European nuclear power? Nuclear ambitions and the German European initiative in the autumn of 1964**

The policies that the second chancellor of the Federal Republic of Germany, Ludwig Erhard, pursued towards France and towards Europe have been the subject of much controversy. Some scholars have argued that Erhard had been unfriendly towards France and had damaged the European integration process, whereas others have held the contrary position, namely that Erhard had tried very hard to find common ground with President Charles de Gaulle in matters of European and Atlantic policy. Yet it has often been overlooked that the tensions between Germany and France had risen even before Erhard took over from Konrad Adenauer. These tensions originated from divergent nuclear interests and a mutual distrust that had begun to grow at the end of 1962 the latest. Erhard actually tried to distinguish himself as a proponent of European integration, much like Adenauer had done.

This article focuses on Erhard’s initiative for a European Political Union, which the latter pursued throughout 1964, and it unearths the connections between this initiative and West Germany’s nuclear policy. It reinterprets the reasons for

the failure of Erhard's initiative, and thereby sheds light on the most serious crisis that the European integration project has seen up to this day, the so-called "Empty Chair Crisis" of 1965. As a result, Franco-German relations were gravely damaged, and a new and profound rapprochement between France and Germany was only achieved when the Federal Republic acquiesced in the policy of non-proliferation in 1969. The article demonstrates that nuclear and defense issues should not be disregarded when doing research into early European integration history.

Helmut Vogt, **West Germany free of tripartite restrictions (May 5, 1955)**

On May 5, 1955, after ten years of occupation, West Germany was finally handed back her national sovereignty. The Allied High Commission with its substantial rights of control and intervention ceased to exist. The representatives of Britain, France and the USA lost their proconsular powers and became mere ambassadors. What would have been greeted with enthusiasm in the autumn of 1949 (when the Federal Republic of Germany was founded), went by virtually unnoticed six years later. Against the background of official preparations for the great day the article analyses the main reasons for this remarkable public indifference: Since the 1952 Bonn Treaty the Occupation Statute had hardly been a burden, and while patiently waiting for its successor (the Paris Treaty of 1954) to take effect, many people saw their country already on an equal footing with its neighbours in Europe. More interest was lost during the long delay caused by the French using the instruments of ratification as a bargaining weapon in their negotiations on the Saar problem. When the date for the formal handover approached there was an overwhelming consensus in Bonn and West Berlin not to provoke the East German rulers by ostentatious gestures. Above all, the SPD opposition took advantage of its parliamentary influence to prevent Federal Chancellor Adenauer from capitalizing on his successful integration policy.

Dr. **Thomas Schlemmer**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Rom (Via Aurelia Antica 391, 00165 Rom); veröffentlichte u.a. „Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955“ (München 1998); als Herausgeber zusammen mit Hans Woller „Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973“ (München 2001, 2002 und 2004).



Dr. **Hans Woller**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte (Leonrodstr. 46b, 80636 München); veröffentlichte u.a.: „Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth“ (München 1986); „Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943–1948“ (München 1996); „28. Oktober 1922. Die faschistische Herausforderung“ (München 1999); als Herausgeber zusammen mit Martin Broszat und Klaus-Dietmar Henke „Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland“ (München 1988, 31990); und zusammen mit Thomas Schlemmer „Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973“ (München 2001, 2002 und 2004).



Dr. **Peter Langer**, Schulleiter der Heinrich-Böll-Gesamtschule Oberhausen und Geschäftsführer der Historischen Gesellschaft Oberhausen (Schmachtendorfer Str. 165, 46147 Oberhausen); veröffentlichte u.a.: „Der Kampf um Gerechtigkeit und Demokratie: Oberhausen 1918–1933“ (Oberhausen 2002), „Paul Reusch und die ‚Machtergreifung‘“, in: Mitteilungsblatt des Instituts für Soziale Bewegungen (2003), S. 157–201.



Dr. **Barbara Lambauer**, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre d'Histoire de Sciences Po in Paris (27, Rue Saint Guillaume, F-75337 Paris Cedex 7); veröffentlichte: „Otto Abetz et les Français ou l'envers de la Collaboration“ (Paris 2001).





Dr. **Matthias Schulz**, Associate Professor am Department of History und Direktor des Center for European Studies an der Vanderbilt University in Nashville/Tennessee (Benson Hall, Nashville, TN 37235-1802, USA); veröffentlichte u. a.: „Regionalismus und die Gestaltung Europas“ (Hamburg 1993); „Deutschland, der Völkerbund und die Frage der europäischen Wirtschaftsordnung 1925–1933“ (Hamburg 1997); zusammen mit Yves Bizeul „Die deutsch-französischen Beziehungen: Rückblick und aktueller Stand“ (Rostock 2000); als Herausgeber zusammen mit Mareike König „Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000“ (Stuttgart 2004).



Dr. **Helmut Vogt**, Gymnasiallehrer in Köln (Nonnenpfad 57, 53229 Bonn); veröffentlichte u. a.: „Der Herr Minister wohnt in einem Dienstwagen auf Gleis 4“. Die Anfänge des Bundes in Bonn 1949/50“ (Bonn 1999); „Brückenköpfe. Die Anfänge der Landesvertretungen in Bonn 1949–1955“, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 64 (2000), S. 309–362; „Wächter der Bonner Republik. Die Alliierten Hohen Kommissare 1949–1955“ (Paderborn 2004).